



Spektrum
AKADEMISCHER VERLAG
Sachbuch

Ben Dupré

50 schlüssel ideen

Ben Dupré

50 Schlüsselideen Politik



Aus dem Englischen übersetzt von Peter Wittmann



Inhalt

Einleitung

„Politik ist angeblich das zweitälteste Gewerbe, und mir ist klar geworden, dass es eine sehr große Ähnlichkeit mit dem ältesten besitzt“, witzelte Ronald Reagan 1977. Der spätere 40. Präsident der Vereinigten Staaten – und die Hüter der Logik – mögen mir verzeihen, aber es könnte sein, dass die zweitälteste Profession in Wahrheit älter ist als die erste. Sich politisch zu verhalten, könnte man argumentieren, ist untrennbar mit dem Menschsein verbunden. Aristoteles' Definition der Menschen als *zōa politika* („politische Wesen“) ging auf seine Beobachtung zurück, dass sie sich in den Verhältnissen des griechischen Stadtstaates oder der *polis* – wovon der Begriff „Politik“ abgeleitet ist – am vollkommensten und charakteristischsten entfalteten. Die *polis* ist demnach der natürliche Lebensraum politischer Wesen, hier agieren sie im wechselseitigen Miteinander und schaffen so die Regeln und Institutionen, von denen gesellschaftliche Ordnung und soziale Gerechtigkeit abhängen. Und wenn der Mensch von Natur aus ein politisches Wesen ist, folgt daraus, dass es ein Leben ohne Politik nicht geben kann.

Die *polis* mag das Ergebnis der Zusammenarbeit von Bürgern sein, doch ihre Triebfeder ist der Konflikt. Wenn sich Menschen nicht stets uneins wären, könnte man auf Politik verzichten. In einer Welt vollkommener Einigkeit – oder allgegenwärtiger Unterdrückung – könnte Politik nicht gedeihen, denn entweder gäbe es einfach keine Meinungsunterschiede oder sie wären eliminiert. Wir können gar kein anderes als ein politisches Leben führen, da es keine grundsätzliche Übereinstimmung in den Fragen gibt, wie die guten Dinge verteilt werden sollen, wer Autorität gegenüber wem besitzen soll und wie hierüber entschieden wird. Wie Mao Zedong einmal klug bemerkte, ist Politik Krieg ohne Blutvergießen: ein Mittel zur Konfliktlösung ohne Anwendung von Gewalt. Die einzige selbstverständliche Übereinkunft in einer politisch offenen Gesellschaft ist die, dass bestehende Unterschiede anzuerkennen sind. Politik ist folglich die Kunst (oder die Wissenschaft – die Meinungen sind geteilt) des Kompromisses.

Gehen wir also davon aus, dass Uneinigkeit das ist, was Politik letztlich ausmacht. Dann würde ich dem Thema nicht gerecht werden, wenn ich meine ganz persönliche Auswahl von 50 politischen Schlüsselideen, die dieses Buch behandelt, rechtfertigen wollte. Und angesichts der Tatsache, dass es das Wort „endgültig“ in der Sprache der Politik nicht gibt (wie Benjamin Disraeli bemerkte), werde ich auch nicht so tun, als könnte jedes einzelne Konzept nur so und nicht anders dargestellt werden. Ich danke lediglich meinen Verlegern (erst Richard, jetzt Slav) für ihre stete Unterstützung und außerdem meiner Familie, die mir gezeigt hat, dass eine gute politische Entscheidung nicht vom Verstand oder von gerechter Arbeitsteilung abhängt. *Amor vincit omnia*.

Ben Dupré
Oxford, 2010

01 Freiheit

In den westlichen Demokratien gilt die Freiheit weithin als das höchste Menschenrecht: ein Ideal, für das es sich zu kämpfen und notfalls auch zu sterben lohnt. Der hohe Stellenwert der Freiheit ist ein Maß für die vielen erbitterten Kämpfe, die ausgefochten wurden, um sie zu erringen: gegen Kirchen, die ihre Glaubenslehre auch um den Preis von Menschenleben verteidigten; gegen die absolute Macht von Monarchen, die Unterdrückung der Frau und politisch Andersdenkender; gegen Sklaverei, Vorurteile, Ignoranz und vieles andere mehr.

Seit den großen Revolutionen in Amerika und Frankreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts galt Freiheit als das herausragende Merkmal des Liberalismus. In Übereinstimmung mit dem Staatsdenker John Locke, dessen Werk die Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika inspirierte, ist die Gewährleistung der Freiheit die höchste Rechtfertigung der Verfassungsordnung eines Staates: „Die Gesetze sind nicht dafür da, die Freiheit abzuschaffen oder einzuschränken, sondern dafür, sie zu bewahren und zu vergrößern." Freiheit bedeutet für jeden die Möglichkeit, die ihm zusagenden politischen und religiösen Ansichten zu haben, sie ohne Furcht oder Beschränkung zu äußern, selbst zu entscheiden, wo und wie man sein Leben lebt.

Nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist Freiheit ebenso wie das Leben selbst und das Streben nach Glück eines der natürlichen und unveräußerlichen Rechte, mit dem alle Menschen ausgestattet sind. Es ist ein Recht, das nur im äußersten Fall eingeschränkt werden darf. Dennoch kann es nicht grenzenlos oder absolut sein. Wie der englische Sozialphilosoph und Historiker R. H. Tawney in *Equality* (1938) bemerkte, bedeutet „die Freiheit für den Hecht den Tod der Karpfen". Die uneingeschränkte Freiheit des einen engt zwangsläufig die Freiheit von anderen ein. Doch wo ziehen wir die Grenze? Staatsführungen reagieren gewöhnlich auf äußere Bedrohungen wie Krieg oder Terrorismus, indem sie die Freiheitsrechte der Bürger beschneiden, und der damit verbundene Freiheitsverlust ist nach Meinung von Kritikern oft nicht weniger beunruhigend als die Gefahren, die ihn angeblich rechtfertigen.

Zeitleiste

1644
John Miltons *Areopagitica* kritisiert die staatliche Zensur

1690
John Locke veröffentlicht *Zwei Traktate über die Regierung*

Juli 1776
Die Vereinigten Staaten von Amerika erklären ihre Unabhängigkeit

Juli 1789
Sturm auf die Bastille

Positive und negative Freiheit Keine moderne Darstellung des Freiheitsbegriffs kann den grundlegenden Beitrag ignorieren, den im 20. Jahrhundert der politische Philosoph Isaiah Berlin zu diesem Thema leistete. Seine Analyse geht von einer zentralen Unterscheidung zwischen zwei Freiheitskonzepten aus: der positiven und der negativen Freiheit.

Wir sehen Freiheit gewöhnlich dort als gegeben, wo keine äußeren Beschränkungen oder Zwänge vorhanden sind: Man ist so lange frei, wie keine Einschränkung einen daran hindert zu tun, was man tun möchte. Das ist es, was Berlin „negative Freiheit“ nennt. Mit Blick auf die Umstände, unter denen es für die Gesellschaft statthaft ist, diese Freiheit zu beschneiden, spricht sich Berlin für das „Schadensprinzip“ aus, das besonders mit dem englischen Philosophen John Stuart Mill verbunden ist. Es sieht vor, dass der Staat Individuen die Freiheit gewähren sollte, alles tun zu dürfen, was die Interessen anderer nicht beeinträchtigt. Auf diese Weise lässt sich ein Bereich individueller Freiheit definieren, ein privater Raum, der unantastbar ist und geschützt gegen jede Einmischung von außen. Freiheit in diesem Sinne ist immer ein Kompromiss zwischen Individuen, die in einer Gesellschaft zusammenleben. „Freiheit bedeutet“, schrieb 2002 der britische Dramatiker Tom Stoppard, „in meinem Badezimmer so laut singen zu dürfen, wie es meinen Nachbarn nicht in seiner Freiheit einschränkt, in seinem eine andere Melodie zu singen.“

Stellen Sie sich jetzt eine Person vor, die Freiheit in diesem negativen Sinn besitzt, der es aber an den finanziellen Möglichkeiten, an Erziehung oder anderen geistigen oder physischen Ressourcen mangelt, um sich dementsprechend zu verhalten. Ist eine solche Person vollkommen frei? Nehmen wir einmal an, dass es bestimmte Handlungsweisen gibt, die man wählen sollte und wählen würde, dass man aber daran gehindert wird, weil es einem an den nötigen materiellen Mitteln, an Charakterstärke oder Vorstellungskraft fehlt. Woran es dieser Person mangelt, ist das, was Berlin „positive Freiheit“ nennt: eine Form der Befähigung oder Eigen-

Der neue Preis der Freiheit

Laut Sprichwort ist stetige Wachsamkeit der Preis der Freiheit. Ursprünglich sollten die bürgerlichen Freiheiten einer ständigen Überprüfung unterzogen werden, aus Sorge, sie könnten durch staatliches Handeln unbemerkt ausgehöhlt werden und verloren gehen. Heute ist es genau umgekehrt, und die Bürger selbst sind zu Objekten ständiger Kontrolle geworden, wobei die Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden immer raffiniertere Überwachungstechniken einsetzen. Unsere Bewegungen werden von Drohnen, Satelliten und unzähligen Überwachungskameras registriert; unsere physischen Merkmale werden biometrisch analysiert; unsere Computerdaten werden abgegriffen und für Persönlichkeitsprofile genutzt, unsere Telefongespräche routinemäßig mitgehört; unsere E-Mails werden gescannt. Der Große Bruder beobachtet uns wirklich auf Schritt und Tritt.

1859
John Stuart Mill veröffentlicht *Über die Freiheit*

Oktober 1958
Isaiah Berlin hält eine Vorlesung zum Thema „Zwei Begriffe der Freiheit“

September 2001
George W. Bush hält vor dem Kongress seine Rede zum „Krieg gegen den Terror“

> **„Diejenigen, die Freiheit an sich immer als Wert betrachtet haben, waren überzeugt, dass die Freiheit zu wählen und nicht die Abwesenheit von Zwängen ein unverzichtbarer Bestandteil dessen ist, was den Menschen zum Menschen macht.“**
> **Isaiah Berlin, 1969**

verantwortung, die einen in die Lage versetzt, das eigene Potenzial auszuschöpfen oder seine eigentliche Bestimmung zu erfüllen.

Genau darin sieht Berlin das Problem dieser positiven Form von Freiheit, dass sie nämlich die Existenz einer „Bestimmung“ voraussetzt – einen richtigen Weg, den man gehen sollte und auf dem man sich befindet, wenn sich die „bessere Seite“ des Charakters durchsetzt. Das würde bedeuten, es gibt in der Natur des Menschen gleichsam etwas Essenzielles, das bestimmt, was richtiges Handeln ist, und nur eine freie Person ist in der Lage, diesen Wesenskern zu entfalten. Aber wer könnte sagen, was diese Bestimmung oder Essenz ist? Berlins Sorge ist, dass diejenigen, die Autorität besitzen – üblicherweise die Vordenker und Begeisterten –, bestimmen, wie die Dinge sein sollten, und es selbst in die Hand nehmen, die angenommene „bessere Seite“ der anderen zu fördern (und die schlechte zu unterdrücken), und zwar so, wie es ihren eigenen Interessen am ehesten nützt. Eine solche patriarchalische Regierung könne sich leicht in Tyrannei verwandeln, indem sie ein bestimmtes gesellschaftliches Ziel festlegt und den Bürgern vorschreibt, wie sie zu leben haben. Für die Mächtigen ist es dann nur noch ein kleiner Schritt, sich das Recht anzumaßen, „die tatsächlichen Wünsche von Menschen oder Gesellschaften zu ignorieren, diese zu schikanieren, zu unterdrücken, zu foltern im Namen und im Interesse ihres ‚wahren‘ Selbst“. Berlins tiefes Misstrauen gegenüber positiver Freiheit speiste sich aus dem Wissen um die Ungeheuerlichkeiten des 20. Jahrhunderts, insbesondere der totalitären Schreckensherrschaft Stalins in der Sowjetunion.

Freie und kühne Spekulationen

„Gebt mir die Freiheit zu wissen, zu äußern und frei zu argumentieren, nach meinem eigenen Gewissen, als höchste aller Freiheiten.“ Die Streitrede des englischen Dichters John Milton gegen die Zensur in seinem Traktat *Areopagitica* aus dem Jahr 1644 ist einer der überzeugendsten Appelle für die Rede- und Meinungsfreiheit. Auf sie bezieht sich John Stuart Mill in seiner Schrift *Über die Freiheit* (1859), in der er vor den Gefahren einer Kultur des Vorurteils und der intellektuellen Unterdrückung warnt, in der allgemein akzeptierte Ansichten weder hinterfragt noch kritisiert werden dürfen und in der „die aktivsten und wissbegierigsten Köpfe“ sich davor fürchten, „freie und kühne Spekulationen über die wesentlichen Dinge“ anzustellen. Aus einer ähnlichen Haltung heraus hatte vor ihm der deutsche Philosoph Immanuel Kant postuliert, dass der Intellekt frei sein müsse, um zur Reife zu gelangen: „Zur Aufklärung aber wird nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.“ Auf den Punkt gebracht hat diesen Gedanken der englische Schriftsteller George Orwell, als er Freiheit definierte als „das Recht, den Leuten zu erzählen, was sie nicht hören wollen“.

Andere sehen positive Freiheit in einem helleren Licht und unterstreichen ihr Potenzial für die persönliche Entwicklung und Selbstverwirklichung.

Die Verteidigung der Freiheit Die Verwirklichung und Verteidigung der Freiheit ging selten reibungslos vonstatten. Die Vereinigten Staaten, selbsternannter Fackelträger der Freiheit, machten sich die Hände schmutzig, als sie nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit die Sklaverei fast ein Jahrhundert lang gesetzlich erlaubten und sie de facto bis ins 20. Jahrhundert praktizierten. In Frankreich, einer weiteren Bastion der Freiheit, verkehrte sich die von einer Pariser Zeitung anlässlich des Sturmes auf die Bastille ausgerufene „heitere und gesegnete Freiheit" binnen vier Jahren in die Schreckensherrschaft unter Robespierre, der jede politische Opposition zerschlagen und schätzungsweise 17 000 angebliche Konterrevolutionäre auf der Guillotine hinrichten ließ.

1795 warnte der politische Schriftsteller und Intellektuelle Thomas Paine: „Wer seine eigene Freiheit sichern will, muss selbst seinen Feind vor Unterdrückung schützen." Doch seine Mahnung fand nur wenig Gehör. Die Revolutionäre in Frankreich rechtfertigten ihre Missachtung der Bürgerrechte mit der Gefahr einer Gegenrevolution im eigenen Land und mit der Bedrohung durch fremde Armeen von außen. Leider haben nachfolgende Regierungen trotz ihrer behaupteten Freiheitsliebe das französische Modell zu kopieren versucht und dabei die Warnung des vierten US-Präsidenten James Madison vergessen: „Die Mittel zur Abwehr von äußeren Gefahren wurden in der Geschichte zu Instrumenten der Tyrannei im eigenen Land." Nach den islamistischen Anschlägen am 11. September 2001 rief George W. Bush einen Krieg gegen den Terror aus – „Zivilisationen kämpfen … den Kampf all jener, die an Fortschritt und Pluralismus, an Toleranz und Freiheit glauben". Der Krieg sollte eine „Ära der Freiheit" einleiten, doch zu seinen Opfern in den darauffolgenden Jahren zählten auch bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte: Gesetze wurden verschärft, sogenannte feindliche Kämpfer misshandelt, gefoltert und unter Missachtung internationalen Rechts abgeurteilt.

> **„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit gewinnen, der wird am Ende beides verlieren."**
> Benjamin Franklin, 1755



02 Gerechtigkeit

Wir alle können das krasse Unrecht sklavenartiger Kinderarbeit in Ausbeuterbetrieben erkennen, oder auch das hungernder Kinder, für die eigentlich genug Nahrung vorhanden wäre. Wir wissen um die Ungerechtigkeit, dass HIV-Infizierte wegen maßlos überteuerter Medikamentenpreise an Aids sterben oder andere Folter erleiden müssen und ohne Gerichtsverfahren eingesperrt sind. Wir scheinen einen natürlichen Sinn für Gerechtigkeit oder vielmehr ein Bewusstsein von Ungerechtigkeit zu besitzen: Es mag nicht leicht sein, Gerechtigkeit zu definieren, doch im konkreten Fall scheinen wir sie – oder ihre Abwesenheit – fast instinktiv zu erkennen.

Neben dieser Sensibilität für Ungerechtigkeit gibt es oft ein Bewusstsein für Unstimmigkeit, für das Missverhältnis zwischen dem, was Menschen erleiden, und dem, was ihnen nach unserem Gefühl zusteht oder was sie berechtigterweise erwarten dürfen. Die Verbindung des Gerechtigkeitsprinzips mit der Vorstellung von Ausgewogenheit ist schon sehr alt und geht mindestens bis auf Plato und Aristoteles zurück. Im Fall der per Gesetz geregelten Gerechtigkeit wird sie durch die Figur der Justitia personifiziert, die zwei Waagschalen hält.

Gerechtigkeit bei den alten Griechen Plato zieht in seiner sehr speziellen Theorie, die er am deutlichsten in seiner *Politeia* beschrieben hat, Parallelen zwischen der Gerechtigkeit in seinem idealen Staat und der sittlichen Vorbildlichkeit von Individuen. Genauso wie Gerechtigkeit im Staat auf der Ausgewogenheit oder gesellschaftlichen Harmonie zwischen den drei Klassen von Bürgern (Regierende, Hüter, Erzeuger) in der Erfüllung ihrer Pflichten beruht, hängt das sittliche Wohl eines Individuums ab von der Balance oder inneren Harmonie zwischen den drei Teilen der Seele (Verstand, Gefühle, Bedürfnisse). Aus Platos Vorstellung von Gerechtigkeit als Harmonie ergibt sich, dass das Wohl des Staates mit der Verwirklichung von Gerechtigkeit untrennbar verbunden, wenn nicht sogar gleichzusetzen ist. In vielen späteren politischen Theorien wurde die Gerechtigkeit ausdrücklich oder unausgesprochen zum grundlegenden oder höchsten politischen Wert erhoben. So ist etwa für den Römer Cicero aus dessen Sicht

Zeitleiste

ca. 375 v. Chr.
Plato legt seine Lehre von der Gerechtigkeit als Harmonie vor

ca. 350 v. Chr.
Aristoteles argumentiert, dass ein wesentlicher Aspekt von Gerechtigkeit darin besteht, gleiche Fälle gleich zu behandeln

als Staatsdenker Gerechtigkeit „die krönende Pracht", „die höchste Gebieterin und Königin aller Tugenden".

Nach Aristoteles' Auffassung von Gleichgewicht oder Ausgewogenheit besteht das Wesen der Gerechtigkeit darin, dass Menschen „das ihnen Zustehende bekommen". Gerechtigkeit herrscht, im Leben wie nach dem Gesetz, wenn es eine Übereinstimmung gibt zwischen dem Schicksal, das ein Mensch erfährt, und dem Schicksal, das zu erfahren er verdient hat; ein angemessenes Verhältnis zwischen dem, was einer Person zuteil wird, und dem, was ihr zuteil werden müsste. Diese sogenannte distributive oder Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich auf die faire oder gerechte Verteilung der zwangsläufig begrenzten Ressourcen, Vorteile und Belastungen (einschließlich der Rechte und Pflichten) innerhalb einer Gemeinschaft oder Gesellschaft. Sowohl die gute Regierungspraxis als auch die Stabilität eines Staates hängen entscheidend von der (sichtbaren) Anwesenheit dieser Art von Gerechtigkeit ab. Der französische Philosoph und Aufklärer Denis Diderot war sich dessen deutlich bewusst, als er bemerkte: „Gerechtigkeit ist die erste Tugend derer, die befehlen, und sie bereitet den Klagen derer ein Ende, die ihnen gehorchen".

„Gerechtigkeit ist der beständige und unwandelbare Wille, einem jeden das ihm Gebührende zukommen zu lassen."
Kaiser Justinian,
6. Jh. n. Chr.

Furchtlos und unparteiisch Justitia trägt zwei Waagschalen und dazu eine Binde vor den Augen: Von ihr wird nicht nur verlangt, ausgewogene Urteile zu fällen, sondern auch blind zu sein hinsichtlich „Partei, Freundschaft [und] Verwandtschaft" (in den Worten Joseph Addisons). Objektivität verlangt, dass alle Unterschiede, auf die eine Person keinen Einfluss hat – zum Beispiel Hautfarbe oder Herkunft –, unberücksichtigt bleiben. Doch Justitia ist nicht blind gegenüber sämtlichen Unterschieden: Objektivität bedeutet nicht, alle gleich zu behandeln. Wir alle mögen im Prinzip der Meinung sein, dass Gleiches gleich behandelt werden sollte, doch kein Mensch gleicht dem anderen, und folglich gibt es Unterschiede in dem, was angemessen ist. Gerechtigkeit erfordert, dass jeder, der in moralisch relevanter Hinsicht ähnlich gestellt ist, gleich behandelt werden sollte; mit anderen Worten, Gleichbehandlung ist notwendig, *sofern* es nicht gute Gründe gibt, von ihr abzuweichen.

Schwierig wird es natürlich, wenn wir uns über diesen Konsens hinaus Fragen stellen – etwa danach, worin Gleichheit eigentlich besteht. Chancengleichheit und tatsächlicher Erfolg sind zwei völlig verschiedene Dinge. Selbst wenn alle in ihrem Leben die gleichen Chancen hätten, würden Unterschiede hinsichtlich Talent und Glück dafür sorgen,

1971
John Rawls entwickelt seine Theorie der Gerechtigkeit als Fairness

2009
Amartaya Sen plädiert für ein pluralistisches Verständnis von Gerechtigkeit

Das Märchen von der Flöte

Drei Kinder streiten sich darüber, wer von ihnen eine Flöte behalten darf. Anne begründet ihren Anspruch auf das Instrument damit, dass sie die einzige unter den Dreien ist, die weiß, wie man es spielt. Bob sagt, dass er die Flöte haben sollte, weil er so arm ist, dass er keine anderen Spielsachen hat. Schließlich fordert Clara, dass ihr die Flöte gehören soll, denn sie habe sie schließlich gemacht. Wer also sollte die Flöte bekommen? Auf den ersten Blick hat jedes der drei Kinder einen begründeten Anspruch, eine gerechte Schlichtung erfordert also ein behutsames Abwägen und genaues Prüfen aller relevanten Umstände. Die Entscheidung wird letztlich davon abhängen, wie man die Bedürfnisse der drei Kinder und Dinge wie künstlerischer Ausdruck oder das Lindern von Armut gewichtet.

Erzählt wird die Geschichte von der Flöte von dem indischen Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen in seinem von den Kritikern gefeierten Buch *Die Idee der Gerechtigkeit* (2009). Der springende Punkt in der Erzählung besteht für Sen darin, dass es eine absolut und objektiv „richtige" Antwort nicht gibt; eine für alle faire und akzeptable Entscheidung lässt sich allein anhand von Prinzipien und ohne die Berücksichtigung öffentlicher Debatten und Argumente nicht treffen. Während Gerechtigkeit als abstraktes Prinzip schwer zu definieren und noch schwieriger anzuwenden ist, sind Ungerechtigkeiten in der realen Welt ganz konkret spürbar. Sie verdienen unsere volle Aufmerksamkeit, und wir können sie beseitigen und die Gerechtigkeit in der Welt schrittweise vermehren, indem wir öffentliche Debatten führen und „gegenwärtige Leben vergleichen". In Sens Augen ist Gerechtigkeit kein abstraktes oder monolithisches Prinzipiengebäude, sondern es gibt eine Vielzahl konkurrierender Grundsätze, die eine Pluralität miteinander im Wettstreit liegender Versionen von Gerechtigkeit begründen. „Was uns antreibt, ist nicht die Erkenntnis, dass die Welt nicht durch und durch gerecht ist, was kaum jemand erwartet, sondern die Tatsache, dass es um uns herum offensichtlich vermeidbare Ungerechtigkeiten gibt, die wir beseitigen wollen."

dass Menschen ganz verschiedene Positionen in der Gesellschaft erreichen. Weiter stellt sich die Frage, welche Gründe ein Abweichen von der Gleichverteilung der guten und schlechten Dinge in einer Gesellschaft moralisch rechtfertigen könnten. Ist es gerecht und fair, dass bessere Qualifikationen, höhere Intelligenz oder Freude an harter Arbeit dazu führen, dass jemand stärker an den guten Dingen des Lebens partizipiert? Oder ist es Aufgabe einer gerechten Gesellschaft, die Ungleichheiten, die sich aus unseren natürlichen Gaben ergeben können, auszugleichen?

> **Gerechtigkeit ist die erste Bedingung für Humanität.**
> **Wole Soyinka,**
> **nigerianischer Schriftsteller, 1972**

John Rawls und Gerechtigkeit als Fairness In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Gerechtigkeitsdebatte maßgeblich von den Überlegungen des US-amerikanischen Philosophen John Rawls beeinflusst. In *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971) unterstreicht Rawls, dass jede Theorie der sozialen Gerechtigkeit den Gedanken der Ungleichheit mit einbeziehen

„Unsere erste Frage lautet nicht, wie eine vollkommen gerechte Gesellschaft aussehen würde, sondern welche vermeidbaren Ungerechtigkeiten erkennbar sind, über deren Beseitigung begründete Übereinstimmung herrschen würde.“

Amartya Sen, *The Guardian*, Juli 2009

müsse. Denn wenn die Prinzipien, auf denen ein Gesellschaftssystem beruht, unausgewogen sind und eine bestimmte Gruppe (etwa eine soziale Klasse oder politische Partei) bevorzugen, wird sich dieses System automatisch als ungerecht erweisen.

Von zentraler Bedeutung in Rawls' Darstellung ist seine Antwort auf die Frage, was als moralisch ausreichende Begründung für ein Abrücken vom Prinzip der Gleichbehandlung gelten kann. Er argumentiert, dass Menschen, die unter einem imaginären „Schleier des Nichtwissens“ stehen, der alle persönlichen Interessen und Verpflichtungen verbirgt, gutheißen werden, was er als „Differenzprinzip“ bezeichnet, um ihre eigenen (unbekannten) zukünftigen Interessen zu wahren. Nach diesem Prinzip sind Ungleichheiten in der Verteilung knapper Güter oder Ressourcen (Geld, Macht, Gesundheitsfürsorge) nur dann gerechtfertigt, wenn die am stärksten benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft am meisten davon profitieren. Steuersenkungen für die Reichen wären zum Beispiel statthaft, vorausgesetzt sie hätten bessere Chancen für die weniger Wohlhabenden zur Folge. Zweifellos lassen sich mit Rawls' Differenzprinzip sehr große Unterschiede zwischen den schwächsten und den erfolgreichsten Mitgliedern einer Gesellschaft rechtfertigen. Und um sein Konzept der sozialen Gerechtigkeit liefern sich Gegner und Befürworter nach wie vor heftige Debatten.



03 Gleichheit

Kaum ein Politiker, egal welcher inneren Überzeugung, würde heute aufstehen und für Ungleichheit eintreten. Neben seinen revolutionären Begleitern Freiheit und Brüderlichkeit ist das Gleichheitsprinzip heutzutage praktisch unantastbar und wird als unverzichtbarer Bestandteil einer gerechten Gesellschaft angesehen. In einem Schreiben an George Washington im Jahr 1784 bemerkte Thomas Jefferson, dass „die naturgegebene Gleichheit des Menschen" die konstitutionelle Basis der Vereinigten Staaten von Amerika bildet. Am hohen Stellenwert der Gleichheit als Grundpfeiler des politischen und sozialen Denkens hat sich seitdem nichts geändert.

Als Ideal der Aufklärung geht das Prinzip der Gleichheit auf staatstheoretische Überlegungen zurück, die John Locke und andere in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts anstellten. Hundert Jahre später, 1776, wurde die Vorstellung, dass es bestimmte naturgegebene und unveräußerliche Rechte gibt, in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten verankert, darunter „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück" als Rechte, die *allen* Menschen *gleichermaßen* zustehen. Dreizehn Jahre später wurde eben jenes Ideal zur Inspirationsquelle für die von den Kämpfern der Französischen Revolution verkündete Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte – und mit ihr entstand deren Schlachtruf: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit."

Die weitgehende Unantastbarkeit des Gleichheitsprinzips mag uns den Blick darauf verstellen, wie sehr es auf die Neuzeit und regional begrenzt wie auch allgemein ungenügend umgesetzt ist. Das Ideal der Gleichheit, für das sich die Aufklärer einsetzten, war in mancher Hinsicht eine säkular inspirierte Reaktion auf die sogenannte „Gleichheit vor Gott" – und auf die unausgesprochene und große Ungleichheit unter den Menschen (und Geschlechtern), die während des gesamten vergangenen Jahrtausends den Alltag bestimmte. Ungleichheiten beispielsweise aufgrund von Geburt, Kaste oder Geschlecht sind noch heute die Regel in nichtwestlichen Ländern, wo die Staatsmacht in den Händen religiöser Führer oder des Militärs liegt oder allgemein undemokratische Verhältnisse herrschen und Gleichheit im Sinne der westlich-liberalen Tradition noch nicht einmal angestrebt wird.

Zeitleiste

1690
John Locke veröffentlicht *Zwei Abhandlungen über die Regierung*

1776
Die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten proklamiert die unveräußerlichen Menschenrechte

Chancengleichheit Die verwirrende Frage, die im Mittelpunkt der Diskussion um das Gleichheitsprinzip steht, hat der österreichische Sozialphilosoph und Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Hayek in seinem einflussreichen Buch *Die Verfassung der Freiheit* (1960) zutreffend beschrieben:

> Aus der Tatsache, dass die Menschen sehr verschieden sind, folgt, dass gleiche Behandlung zu einer Ungleichheit in ihren tatsächlichen Positionen führen muss, und dass der einzige Weg, sie in gleiche Positionen zu bringen, der wäre, sie ungleich zu behandeln. Gleichheit vor dem Gesetz und materielle Gleichheit sind daher nicht nur zwei verschiedene Dinge, sondern sie schließen einander aus.

Kein Mensch gleicht dem anderen. Zu behaupten, alle Menschen seien gleich, argumentiert Hayek, sei schlichtweg unwahr – weltfremdes und ideologisch motiviertes Wunschdenken. Menschen sind mit den unterschiedlichsten Talenten ausgestattet, wenn sie also „Gleichheit vor dem Gesetz" genießen – dieselben grundlegenden juristischen und politischen Rechte, wie sie der typische Liberale mindestens fordert –, werden ihre soziale Positionen und wirtschaftliche Situationen zwangsläufig sehr unterschiedlich sein. Die Art von Gleichheit, die Liberale wie Hayek fordern, ist die Gleichheit der *Chancen*. Sie setzt voraus, dass keine künstlichen Hindernisse wie soziale Herkunft, Rasse oder Geschlecht einer möglichst freien Entfaltung der natürlichen Gaben und persönlichen Potenziale im Weg stehen. Allerdings ist es nicht die Aufgabe eines gerechten Staates, hier einzugreifen und sich in die Rechte und Freiheiten der Bürger einzumischen, um die daraus entstehende Chancenungleichheit (hinsichtlich Wohlstand, Status, Macht usw.) auszugleichen. Gleichheit nach diesem Verständnis erfordert faire Bedingungen, ohne so zu tun, als ob alle Akteure gleich talentiert wären, und ohne dafür sorgen zu wollen, dass sie in der Ausschöpfung ihrer Talente gleich belohnt würden.

Jedem, was ihm zusteht

In seinem Essay *Die Idee der Gleichheit* (1927) drückte der englische Schriftsteller Aldous Huxley die unvermeidliche Diskrepanz zwischen der Gleichbehandlung von Menschen und deren Behandlung entsprechend ihrer Leistung aus: „Brüderlichkeit unter den Menschen bedeutet nicht ihre Gleichheit", schrieb er. „Familien haben ihre Narren und ihre Genies, ihre schwarzen Schafe und ihre Heiligen … Ein Mensch sollte seinen Bruder liebevoll und gerecht behandeln, gemäß der Verdienste eines jeden. Doch nicht alle Brüder haben dieselben Verdienste." Wir sind keine Klone – kein Mensch wird je identisch mit einem anderen sein; und die Fairness, die oft in einem Atemzug mit Gerechtigkeit genannt wird, scheint es zu gebieten, dass Menschen gerecht und entsprechend ihrer individuellen Leistung behandelt werden – jedoch nicht gleich, es sei denn, sie leisten dasselbe.

1960
Friedrich Hayek veröffentlicht *Die Verfassung der Freiheit*

1989
Die kommunistischen Regime in der Sowjetunion und in Osteuropa kollabieren

2007
Die kapitalistische Marktwirtschaft wird von der weltweiten „Kreditkrise" gebeutelt

Wege zur Chancengleichheit Gleichheit nach liberaler Lesart ist also im Kern leistungsorientiert. Die Verantwortung des Staates beschränkt sich darauf, ein System gleicher Rechte und Freiheiten zu schaffen, das Individuen in die Lage versetzt, kraft ihres angeborenen Verstandes und harter Arbeit in angesehene Positionen aufzusteigen – das heißt in Positionen der Ungleichheit. Ein solche Auffassung billigt das Entstehen von Eliten, allerdings nicht solcher der Herkunft oder des materiellen Wohlstands wie in früheren Zeiten, sondern von Leistungseliten – letztlich also „Verdienst-Aristokratien".

Hier ergeben sich aber sofort Probleme. Es ist naiv zu glauben, dass es genügen würde, etwa aufgrund von Herkunft oder Geschlecht gegebene Hürden zu beseitigen, um die Entfaltung angenommener natürlicher Talente zu ermöglichen. Kaum ein Staat würde heute darauf setzen, dass Gerechtigkeit durch einen derart minimalen Eingriff erzielt werden kann. Es ist offensichtlich, dass eine Vielzahl von Faktoren die *effektive* Freiheit zur Selbstverwirklichung einschränkt: fehlende Erziehung, mangelnde Bildung, geringe finanzielle Möglichkeiten. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass Gesellschaften entstehen, die durch tiefe strukturelle Ungleichheiten gespalten sind. Abgesehen von einigen unverbesserlichen Liberalisten würden alle akzeptieren, dass der Staat *ein ganzes Bündel* von Maßnahmen ergreifen muss, um Ungleichheiten zu beseitigen und ausgewogene Rahmenbedingungen zu schaffen. Umstritten ist jedoch das Maß der Intervention, und in hitzigen Debatten über die Ausgestaltung des öffentlichen Bildungs- und

Hirngespinst oder Gift?

Selbst dort, wo das Gleichheitsideal im Prinzip anerkannt wurde, war seine Unerreichbarkeit in der Realität stets ein Gemeinplatz in der Literatur und im politischen Denken. In Anthony Trollopes Buch *Der Premierminister* (1876) beklagt der Herzog von Omnium (der Premierminister des Titels) den Umstand, dass „ein gutes Wort, das für eine große Idee steht, aus dem Wortschatz guter Menschen verdrängt wurde. Gleichheit wäre ein Himmelreich, wenn wir sie erlangen könnten". In George Orwells *Farm der Tiere* (1945) verkünden die tyrannischen Schweine zynisch „alle Tiere sind gleich, aber einige sind gleicher als andere", während in dem Roman *1984* des englischen Schriftstellers die rätselhafte, an Trotzki erinnernde Figur des Emmanuel Goldstein feststellt: „Kein Zuwachs an Wohlstand, keine Änderung im Verhalten noch eine Reform oder Revolution haben die Menschen der Gleichheit auch nur einen Millimeter nähergebracht." Unter Philosophen herrschte zu keiner Zeit Konsens darüber, ob Gleichheit möglich und erwünscht ist. Plato reflektiert über eine unter seinen Zeitgenossen weitverbreitete Auffassung, wenn er die Demokratie als eine „angenehme Verfassung" bespöttelt, die „ohne Unterschied Gleichen und Ungleichen dieselbe Gleichheit zuteilt". Und für den deutschen Philosophen Friedrich Nietzsche, der seinen heroischen, vom Willen zur Macht über die „Herde" angetriebenen Übermenschen pries, war der Gleichheitsgedanke an sich verabscheuenswert: „Die Lehre von der Gleichheit! … aber es gibt gar kein giftigeres Gift: denn sie *scheint* von der Gerechtigkeit selbst gepredigt, während sie das *Ende* der Gerechtigkeit ist."

Sozialsystems und eine gerechtere Steuerpolitik zur Verringerung von Armut wurde eine Menge politischer Staub aufgewirbelt.

Im Mittelpunkt solcher Auseinandersetzungen steht das Argument, dass die sozialen und ökonomischen Unterschiede zwischen Individuen auf Faktoren wie Familie, Kultur und Herkunft beruhen, auf die eine Person keinen Einfluss hat; wenn diese nicht beeinflussbar sind und folglich niemandem vorgeworfen oder als Verdienst zugeschrieben werden können, dann ist die liberale, auf Leistungsunterschiede begründete Rechtfertigung ungleicher Chancen grundsätzlich infrage gestellt. Die Idee einer gerechten Gesellschaft wird auf die linke Seite des politischen Spektrums gerückt, in Richtung eines Modells, in dem alle Ressourcen entsprechend der Bedürfnisse und nicht dem Verdienst verteilt sind und in dem es die Aufgabe des Staates ist, strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen und eine größere Gleichheit der sozialen und ökonomischen Bedingungen herzustellen.

> **‚Es ist besser, dass einige unglücklich sind, als dass keiner glücklich ist, was in einem Zustand allgemeiner Gleichheit der Fall wäre.‘**
>
> **Samuel Johnson,**
>
> **in James Boswells *Das Leben des Samuel Johnson*, 1791**

Die besonders im Zusammenhang mit sozialistischen Staatstheorien gestellte Forderung nach Chancengleichheit erfüllte sich im 20. Jahrhundert nach und nach mit der Ausbreitung des Kommunismus. Angeregt durch Marx’ Maxime „jedem nach seinen Bedürfnissen“ machten kommunistische Regime sich daran, mithilfe sozialplanerischer Maßnahmen und zentraler Wirtschaftslenkung einen Staat zu schaffen, in dem alle Bürger gleich sein sollten. Diese Versuche scheiterten jedoch, und der Zusammenbruch des Kommunismus seit 1989 schien der liberalen Auffassung von Gleichheit Recht zu geben und die Einschätzung des berühmten US-amerikanischen Ökonomen Milton Friedman zu bestätigen, der 1980 bemerkte: „Eine Gesellschaft, die Gleichheit – im Sinne von Gleichheit im Ergebnis – über Freiheit stellt, wird am Ende weder das eine noch das andere haben.“ Doch jegliche Triumphgefühle waren nur von kurzer Dauer und erhielten durch die Krisen, die den globalen Kapitalismus in den nachfolgenden Jahrzehnten erschütterten, einen starken Dämpfer. In seinem Roman *Die rote Lilie* beobachtet der französische Schriftsteller Anatole France voller Sarkasmus wie „die majestätische Gleichheit vor dem Gesetz … den Reichen wie den Armen verbietet, unter Brücken zu schlafen, in den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen“. In der von ökonomischen Erschütterungen gebeutelten Welt des frühen 21. Jahrhunderts wurde die Brisanz einer solchen Äußerung erneut deutlich: Es war offensichtlich, dass die Debatte über Gleichheit keineswegs beendet war.



04 Menschenrechte

Die Menschenrechte sind tief in unserem politischen Bewusstsein verwurzelt. Es gilt heute als selbstverständlich, dass es gute Dinge gibt, auf die Menschen ein Anrecht haben, und schlechte Dinge, die wir vermeiden können oder versuchen können zu vermeiden. Eine große und weiter wachsende Zahl solcher Ansprüche und Sicherheiten werden heute jedem überall und jederzeit zuerkannt, und zwar schlicht aufgrund unserer Humanität – der Würde und des Respekts, die uns als Menschen zustehen.

Entsprechend der Charta, mit deren Unterzeichnung 1945 die Vereinten Nationen (UNO) ins Leben gerufen wurden, verpflichten sich alle Mitgliedsstaaten, „die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen". Trotz der deprimierenden Bilanz hinsichtlich ihrer konkreten Umsetzung ist es letztlich den hochgesteckten Zielen der UNO und einer Reihe unterstützender Verträge und Vereinbarungen zu verdanken, dass die Menschenrechte in den darauffolgenden Jahrzehnten im internationalen Recht wie auch in den nationalen verfassungsrechtlichen Regelungen zahlreicher Länder der Erde verankert wurden. Die Einhaltung von Menschenrechtsstandards, auf die sich die internationale Gemeinschaft festgelegt hat, ist zu einer Messlatte der Legitimität von Regierungen geworden, während überall auf der Welt oppositionelle Gruppen die Forderung nach diesen Rechten als Parole auf ihre Fahnen geschrieben haben. Mittlerweile sind unzählige sogenannte Nichtregierungsorganisationen – von Amnesty International bis zu Human Rights Watch – entstanden, die sich für die Einhaltung von Rechten einsetzen und gegen jeglichen Missbrauch mit der Folge von Ausbeutung, Unterdrückung, Verfolgung und des Verlustes an menschlicher Würde protestieren.

Leben, Freiheit und mehr … Die Ursprünge der Menschenrechte in der Neuzeit (wenn auch nicht der Begriff als solcher) sind insbesondere in den Werken John Lockes zu finden. Der englische Staatsdenker verfasste seine Schriften unmittelbar nach Englands „Glorreicher Revolution" von 1688, in der Jakob II. als absolutistischer Herrscher gestürzt worden war. Locke argumentiert, dass es bestimmte Rechte gibt, die Individuen allein kraft ihres Menschseins besitzen; diese sind naturgegeben insofern, als sie im

Zeitleiste

1690
John Locke veröffentlicht *Zwei Abhandlungen über die Regierung*

1776
Amerikanische Unabhängigkeitserklärung

1789
Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte

Wesen des Menschen begründet liegen und folglich unveräußerlich (nicht aberkennbar) und universell (allen Menschen gleichermaßen eigen) sind. Die drei von Locke genannten Grundrechte – Leben, Freiheit und Eigentum – wurden von Thomas Jefferson in dessen berühmtem Entwurf der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) aufgegriffen. Darin fordert er als Selbstverständlichkeiten, dass „alle Menschen gleich geschaffen wurden; dass sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden; dass zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören". Die von Locke postulierten Rechte sind vorwiegend negativ: Er erklärt im Gegensatz zu Verfechtern des politischen Absolutismus, dass das individuelle Bürgerrecht unabhängig von der zufälligen Autorität des Staates und seiner Einmischung besteht. Die Legitimität der Regierung hängt nach dieser Sichtweise von ihrer Fähigkeit ab, diese Rechte zu achten und zu fördern, und es ist das Privileg des Bürgers, die Regierung zu stürzen, wenn sie dies unterlässt.

Unsinn auf Stelzen

Philosophisch drehte sich die Debatte über die Bedeutung von Rechten vor allem um die Frage nach deren Ursprung oder Grundlage. Lockes Überzeugung, dass sie sich unmittelbar aus dem Naturgesetz herleiten – gewissermaßen dem Wesen des Menschen entspringen –, wurde von den französischen *Philosophen* der Aufklärung und insbesondere von Montesquieu, Voltaire und Rousseau weiter ausgeführt. Deren Ansichten fanden ihren endgültigen Ausdruck in der revolutionären Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789, die proklamiert, dass „die Menschen von Geburt frei und gleich an Rechten sind und bleiben" und dass „das Ziel jeder politischen Vereinigung die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen [unverlierbaren] Menschenrechte ist". Die philosophische Demontage der Vorstellung vom Naturrecht begann Mitte des 18. Jahrhunderts mit den Ideen des schottischen Philosophen David Hume. Dieser widersprach der Auffassung, alles Präskriptive und auf Werten Beruhende (wie etwa Rechte) ließe sich aus etwas Deskriptivem und auf Tatsachen Fußendem (wie etwa der Natur der Welt und der Menschen) ableiten. Die vielleicht schärfste Zurückweisung kam von dem utilitaristischen Philosophen Jeremy Bentham. „Natürliche Rechte sind purer Unsinn", schrieb er im Jahr 1795, „natürliche und unveräußerliche Rechte, rhetorischer Unsinn – Unsinn auf Stelzen." Nach seiner Überzeugung war ein Recht „der Abkömmling des Gesetzes", also Gegenstand der Übereinkunft von Menschen, und er hielt Rechte – wie alles andere auch – dann für gerechtfertigt, wenn sie den Nutzen oder menschliches Glück vermehren.

1945
Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen

1948
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Das fortwährende Ringen

Während die Menschenrechte als universell gelten, ist ihre konkrete Verwirklichung weit davon entfernt. Völkermord, ethnische Säuberungen, Kriegsverbrechen, Folter, Menschenhandel, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und unzählige andere Menschenrechtsverletzungen waren und sind in vielen Teilen der Welt traurige Realität. Selbst die angeblichen Bastionen der Menschenrechte in Europa und Amerika haben sich schuldig gemacht, indem sie sich unter dem Vorwand der Notsituation oder der Bedrohung der inneren Sicherheit in zynischer Weise über diese hinwegsetzten. Strukturelle Probleme der internationalen Ordnung und die daraus resultierenden gewaltigen Wohlstandsunterschiede zwischen Staaten waren der Anlass für eine völlig neue Art von Rechten, die sich auf Gegenstände wie Entwicklung, Umwelt und Verbrauch von natürlichen Ressourcen bezogen. Inzwischen haben die Kräfte der Globalisierung eine Reihe riesiger multinationaler Konzerne und Finanzinstitute entstehen lassen. Mit Budgets, die teilweise weit über dem eines kleineren Landes liegen, fühlen sie sich gewöhnlich Investoren und Anteilseignern verpflichtet und nicht der lokalen Bevölkerung oder irgendwelchen äußeren Interessen. Die neue große Bedrohung, die von solchen Giganten ausgeht, wurde 2003 von Jean Ziegler, damals Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission, hervorgehoben:

> Der wachsende Einfluss transnationaler Unternehmen und ihre Machtausweitung durch Privatisierung, Deregulierung und den Rückzug des Staates … bedeutet, dass es jetzt an der Zeit ist, bindende Rechtsnormen zu entwickeln, die Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechtsstandards verpflichten und den möglichen Missbrauch ihrer Machtposition einschränken.

Seit den großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts war die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im Wesentlichen eine Geschichte der Ausweitung von Rechten über die von Locke und Jefferson ins Auge gefasste Sphäre des Politischen hinaus auf die Bereiche der Gesellschaft und der Ökonomie. Während anfangs zur Gewährleistung der Rechte die Zurückhaltung und Nichteinmischung seitens des Staates gefordert wurde, verlagerte sich der Fokus später zunehmend in Richtung der positiven Rechte, die von den herrschenden Autoritäten affirmatives Handeln verlangen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts brachte die von einem entfesselten Kapitalismus vorangetriebene Industrialisierung erschreckende Armut und großes Elend über die Arbeiter. Deren Ausbeutung entgegenzuwirken, war einer der Gründe für die Einführung erster Wohlfahrtsrechte oder Sozialleistungen, die allerdings alles andere als einheitlich oder universell waren. Seit jener Zeit sind eine ganze Reihe neuer positiver Wohlfahrtsrechte in sozialen und mit der Arbeitswelt verbundenen Bereichen hinzugekommen, darunter die Interessenvertretung durch Gewerkschaften, Sozialversicherung, Mindestlohn, bezahlter Urlaub, Fortbildung, Gesundheitswesen und vieles andere mehr.

Wegweiser und Zündstoff Diese Ausweitung von Rechten stieß von Anfang an auf heftigen Widerstand. Unterschiedliche Ansichten über Art und Umfang von Rechten spiegelten unterschiedliche Vorstellungen darüber wider, welche Rolle der Staat bei der Gestaltung der Gesellschaft spielen sollte. Diejenigen, die sozialistisch orientiert waren, sprachen sich für staatliche Eingriffe aus, um mehr Gleichheit zu schaffen und die Wohlfahrtsrechte der Bürger zu schützen. Anhänger der freien Marktwirtschaft indessen hielten dagegen, dass Wohlfahrtsrechte keine fundamentalen Rechte sind (nicht menschliche Grundbedürfnisse repräsentieren) und den Kapitalismus als effizientestes Mittel der Ressourcenverteilung zu untergraben drohen. Besonders deutlich wurde diese ideologische Kluft in den Jahrzehnten nach der formalen Inkraftsetzung der Menschenrechte, die ihren Namen unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielten.

Kein Dokument hat mehr dazu beigetragen, den Menschenrechten dauerhaft einen vorderen Rang in der politischen Debatte einzuräumen, als die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte", die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 in Paris verabschiedet wurde. Unter dem Eindruck der Gräuel des gerade zu Ende gegangenen Krieges bekräftige dieser formale Ausdruck der Vorrangstellung der Menschenrechte die in der drei Jahre zuvor unterzeichneten UNO-Gründungscharta enthaltenen Verpflichtungen und führte die theoretische Grundlage für diese Rechte aus: „Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würde geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen."

> **‚Die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte ist die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt.'**
>
> **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948**

Neben bürgerlichen und politischen Rechten wie dem Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Gedanken- und Versammlungsfreiheit proklamiert die Charta eine Reihe sozialer und ökonomischer Rechte, darunter das Recht auf Arbeit, Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Von Anfang an waren sich die westlichen Demokratien und der Ostblock uneins über die Prioritäten, die diesen verschiedenen Arten von Rechten eingeräumt werden sollen, und die Angelegenheit blieb in den Jahren des Kalten Krieges höchst spannungsgeladen. Ein jüngerer, ebenfalls immer wieder vorgebrachter Einwand lautete, dass das Konzept der Menschenrechte als eine von internationalen Gremien wie der UNO verkündete Vorstellung kulturell einseitig in der westlich-liberalen Tradition stehe und regionale Unterschiede zu wenig berücksichtige. Angesichts solcher grundsätzlichen Einwände und der weitverbreiteten Missachtung der Menschenrechte werden diese mit Sicherheit auch weiterhin ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda bleiben.



05 Der Gesellschaftsvertrag

Der Staat maßt sich an, unser Leben auf vielfältige Weise zu kontrollieren. Die Vertreter der Staatsmacht nehmen unser Geld in Form von Steuern und führen in unserem Namen Kriege. Sie erlegen uns Geld- oder Gefängnisstrafen auf, wenn wir die von ihnen aufgestellten Regeln brechen. Sie überwachen unsere Bewegungen und sagen uns, was wir essen sollen und wo wir rauchen dürfen … und vieles andere mehr.

Wie wird diese Machtausübung legitimiert? Welche Rechtfertigung gibt es für die Existenz und Organisation des Staates und für die Verteilung von Ressourcen, Rechten und Pflichten in ihm? Mit Blick auf diese sehr grundsätzlichen Fragen haben Staatstheoretiker von Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert bis John Rawls im 20. Jahrhundert darauf hingewiesen, die Legitimität des Staates sei am besten damit zu erklären, dass seine Institutionen und Strukturen auf der Grundlage eines stillschweigenden Übereinkommens oder „Gesellschaftsvertrags“ unter seinen Mitgliedern aufgebaut wurden.

Weshalb schließen Menschen Verträge? Warum lassen sie sich auf Vereinbarungen ein, die sie Strafen ausliefern, wenn sie etwas tun, was sie ansonsten vielleicht nicht getan hätten? Weil sie – sofern der Vertrag gerecht ist – erkennen, dass es sich lohnt, bestimmte Verpflichtungen einzugehen oder gewisse Freiheiten aufzugeben, um im Gegenzug einen Mehrwert dafür zu erhalten. Sie sehen, dass ihren Interessen eher gedient ist, wenn sie auf diese Weise eingeschränkt sind, als wenn sie frei von solchen Beschränkungen wären. Im Falle des Gesellschaftsvertrags, wie ihn Hobbes und andere vorgeschlagen haben, ist unsere Anerkennung des Staates und seiner Rechte, unserem Tun Grenzen zu setzen, die eine Seite eines Handels; gewissermaßen als Gegenwert genießen wir den Vorteil, nicht in Chaos und Anarchie leben zu müssen, was ohne den Staat der Fall wäre.

Zeitleiste

1651
Thomas Hobbes‘ *Leviathan* redet der absoluten Souveränität das Wort

1690
John Locke veröffentlicht *Zwei Abhandlungen über die Regierung*

Hobbes und Leviathan Um die Bedingungen eines Vertrags richtig zu bewerten, muss man bedenken, wie das Leben wäre, wenn der Vertrag nicht bestehen würde: Nur dann lässt sich beurteilen, ob die Übereinkunft einen lohnenden Zugewinn bringt. Theoretiker, die mit der Vorstellung sympathisieren, dass die Organisation der Gesellschaft im Sinne eines stillschweigenden Gesellschaftsvertrags verstanden werden kann, haben sich dementsprechend Gedanken darüber gemacht, wie es wäre, wenn es solche Regeln und Regulierungen, die die Rechte und Freiheiten von Bürgern einzuschränken pflegen, nicht geben würde.

‚Der Mensch wird frei geboren; und überall liegt er in Ketten. Manch einer glaubt, Herr über die anderen zu sein, und ist ein größerer Sklave als sie.‘
Jean-Jacques Rousseau, 1762

Einer der ersten und einflussreichsten Theoretiker des Gesellschaftsvertrags, der englische Philosoph und Staatsdenker Thomas Hobbes, beginnt seine große Abhandlung *Leviathan* (1651) mit der Beschwörung einer hypothetischen vorgesellschaftlichen *Condition humaine*, die er als „Naturzustand“ bezeichnet. Hobbes’ Vision der Lebensbedingungen des Menschen ohne das Korsett gesellschaftlicher Kräfte ist durchweg düster und pessimistisch. Er nimmt an, dass im Naturzustand jeder Mensch für sich allein handelt, ausschließlich mit dem eigenen Vergnügen und Interesse, der Selbsterhaltung beschäftigt und hauptsächlich angetrieben von einem „rastlosen Verlangen nach immer neuer Macht, das nur mit dem Tode endet“. Da die Menschen permanent zerstritten sind und im Wettbewerb miteinander stehen, ist keinerlei Vertrauen oder

Der „edle Wilde“ und der Schlaf der Vernunft

Während Thomas Hobbes die Macht des Staates als notwendiges Mittel zur Zügelung der egoistischen und grausamen Instinkte des Menschen betrachtet, teilt der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau, obwohl stark von Hobbes‘ Ideen beeinflusst, dessen düstere Vorstellungen nicht. In seinem bekanntesten Werk, *Vom Gesellschaftsvertrag* (1762), stellt er fest, dass menschliche Laster und andere Übel ein *Produkt* der Gesellschaft sind – dass der „edle Wilde“, unschuldig und zufrieden im „Schlaf der Vernunft“ und mit seinen Gefährten in Harmonie lebend, durch Erziehung und andere Einflüsse der Gesellschaft in seiner Natürlichkeit verdorben wird. Diese Vorstellung der verlorenen Unschuld und der nicht vom Kalkül gesteuerten Gefühle erwies sich als eine Inspirationsquelle für die Geistesbewegung der Romantik, die Europa gegen Ende des 18. Jahrhunderts erfasste.

1762
Jean-Jacques Rousseau führt in seinem Werk *Vom Gesellschaftsvertrag* den „edlen Wilden“ ein

1971
John Rawls entwickelt in *Eine Theorie der Gerechtigkeit* die Vorstellung von Gerechtigkeit als Fairness

Kooperation möglich; und ohne Vertrauensbasis besteht keine Aussicht auf Prosperität oder darauf, die Früchte der Zivilisation zu genießen: „Keine Künste, keine Literatur, keine Gesellschaft; und das Schlimmste von allem, beständige Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes“. Und deshalb, folgert Hobbes mit den berühmt gewordenen Worten, ist im Naturzustand „das Leben des Menschen einsam, armselig, scheußlich, tierisch und kurz“.

Es ist zweifellos in jedermanns Interesse zusammenzuarbeiten, um der von Hobbes gezeichneten Hölle zu entkommen. Warum also kooperieren im Naturzustand die Menschen nicht? Die Antwort ist einfach: Weil das Einhalten eines Vertrags immer einen Preis hat und andererseits immer etwas gewonnen wird, wenn man es nicht tut. Wenn Eigeninteresse der einzige moralische Kompass ist, wie Hobbes unterstellt, wird es immer jemanden geben, der einen Vorteil aus der Nichteinhaltung eines Vertrags zu ziehen versucht. Deshalb ist das Beste, was man tun kann, den Vertrag als Erster zu brechen, bevor andere es tun. Und weil natürlich jeder so denkt, gibt es kein Vertrauen, und jede für die Zukunft getroffene Vereinbarung verliert rasch ihre Gültigkeit: Langfristiges Interesse wird immer für kurzfristige Vorteile geopfert, und damit gibt es kein Entrinnen aus dem Kreislauf von Misstrauen und Gewalt.

> **Durch Kunstfertigkeit wurde jener große Leviathan erschaffen, Gemeinwesen oder Staat genannt, der nur ein künstlicher Mensch ist … und in welchem Souveränität eine künstliche Seele ist.**
>
> **Thomas Hobbes, 1651**

Wie also können Individuen, die in so einem erbärmlichen Sumpf feststecken, eine Übereinkunft mit anderen erzielen und sich damit aus diesem befreien? Für Hobbes ist die Krux an der Sache, dass „Verträge ohne das Schwert leere Worte sind“. Es bedarf einer äußeren Macht oder Sanktionierung, die alle Menschen *zwingt*, die Bedingungen eines Vertrags zum Wohl eines jeden einzuhalten. Menschen müssen bereit sein, ihre Freiheiten um der Kooperation und des Friedens willen einzuschränken, unter der Auflage, dass jeder dies tut; sie müssen „ihre gesamte Macht und Stärke auf einen Menschen oder eine Versammlung von Menschen übertragen, die ihre Einzelwillen durch Stimmenmehrheit auf einen Willen reduzieren können“. Die Lösung besteht also in der gemeinsamen Unterwerfung unter die absolute Autorität des Staates (den Hobbes „Leviathan“ nennt) – „eine gemeinsame Macht, die sie in Schrecken hält“.

Locke über das Regieren auf der Grundlage von Zustimmung Knapp ein halbes Jahrhundert nach Hobbes beschäftigt sich ein anderer großer englischer Philosoph, John Locke, mit der Vorstellung des Gesellschaftsvertrags, um die Grundlage des Regierens auszuloten. Hobbes spricht vom Leviathan – der Macht des Staates – als „der *sterbliche* Gott“ und deutet damit an, dass die Souveränität durch menschliche Übereinkunft auf den Staat übertragen wird und nicht durch göttliche Fügung, wie es der damals vorherrschenden Auffassung entsprochen hätte. In dieser Hinsicht stimmt Locke mit Hobbes überein, doch ist sein Bild des Naturzustands – der Bedingungen für

die Menschheit in einer vorgesellschaftlichen Zeit ohne Regierung oder Gesetz – wesentlich weniger finster als das von Hobbes. Folglich ist der Vertrag, den Locke sich zwischen Volk und Souverän vorstellt, auch bei Weitem nicht so drakonisch. Während nach Hobbes die Macht des Staates notwendigerweise unbegrenzt und absolut sein muss, um die Schrecken des „Krieges aller gegen alle" abzuwenden, liefert Locke im Grunde die Argumente für die konstitutionelle Monarchie. Nach seiner Auffassung willigen die Menschen ein, ihre Macht dem Souverän unter der Bedingung zu übertragen, dass er sie für das Gemeinwohl einsetzt, und sie behalten sich das Recht vor, diese Einwilligung zu widerrufen, wenn der Souverän seine vertraglichen Pflichten nicht erfüllt. Dabei bleibt der Sturz der Regierung durch das Volk, falls nötig durch eine Rebellion, ein legitimes (wenn auch das letzte) Mittel.

Hinter dem Schleier des Nichtwissens Der prominenteste und einflussreichste Theoretiker des Gesellschaftsvertrags in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Philosoph John Rawls. In seinem Werk *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971) unternimmt Rawls ein Gedankenexperiment, das eindeutig in der Tradition von Hobbes' Naturzustand steht. Um die zentrale Bedeutung der Objektivität für die soziale Gerechtigkeit zu unterstreichen, geht Rawls von einem „Urzustand" aus, einer fiktiven Situation, in welcher Individuen sich hinter einem „Schleier des Nichtwissens" befinden, der alle persönlichen Interessen und Zugehörigkeiten verbirgt. „Niemand kennt seine Stellung in der Gesellschaft, seine Klasse oder seinen Status, ebenso wenig sein Los bei der Verteilung natürlicher Gaben wie Intelligenz oder Körperkraft." Wenn wir uns hinter diesem Schleier befinden, unwissend, was die Gesellschaft für uns auf Lager hat, sind wir gezwungen, auf Nummer sicher zu gehen und dafür zu sorgen, dass keine Gruppe auf Kosten einer anderen übervorteilt wird. Wie bei Hobbes ist es ausschließlich rationales Eigeninteresse, was die Entscheidungen hinter dem Schleier steuert. Tatsächlich sind wir in solch einer Situation bereit, Verträge über bestimmte soziale und ökonomische Strukturen und Regelungen einzugehen, welche diese gerecht und dadurch stabil und belastbar machen.

Worum es geht

Der Preis gesellschaftlicher Ordnung

06 Demokratie

Im vergangenen Jahrhundert wurde die Demokratie zunehmend als ideale Regierungsform betrachtet: ein höchst gerechtes System, das für politische und gesellschaftliche Strukturen sorgt, innerhalb derer die Menschen ein glückliches, erfülltes und verantwortliches Leben führen können. Einer der Gründe, weshalb Woodrow Wilson 1917 zu der Überzeugung gelangte, die Welt müsse „sicher für die Demokratie" gemacht werden, war, dass sie allein das Potenzial hat, „die Energien jedes einzelnen Menschen" freizusetzen.

Beeindruckend schnell hat sich die Demokratie seitdem in der Welt ausgebreitet. Nach Schätzungen kam im Jahr 2000 rund die Hälfte der Weltbevölkerung in den Genuss politischer Institutionen, die ein historisches Höchstmaß an staatlicher Demokratie gewährleisten. Tatsächlich genießt die Demokratie heute eine derart hohe Reputation, dass man leicht vergisst, wie schlecht ihr Ruf bis vor nicht allzu langer Zeit noch war. In den vergangenen zweieinhalb Jahrtausenden gab es kaum einen Staatstheoretiker, der die Demokratie – als Prinzip und als Praxis – nicht entschieden abgelehnt hat.

Die Griechen und die Demokratie Auf großes Misstrauen stieß die demokratische Regierungsform in ihrer Anfangszeit in Athen, dem griechischen Stadtstaat, der gewöhnlich als „Wiege der Demokratie" bezeichnet wird. (Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes".) Das Regierungssystem, das die Athener im 5. Jahrhundert v. Chr. entwickelten, war wohl die reinste Form der direkten Demokratie, die jemals verwirklicht wurde. Den Anfang hatte 507 v. Chr. der bekannte Staatsmann Kleisthenes gemacht. Kernstück seiner Reformen war die *ekklesia* oder Volksversammlung, die allen wählbaren Bürgern (männliche Athener, die mindestens 18 Jahre alt waren) offenstand. Das Gremium kam regelmäßig zusammen, um über die wichtigen Angelegenheiten des Staates zu debattieren; Entscheidungen erfolgten durch Handzeichen auf Mehrheitsbasis aller Anwesenden.

In Thukydides' Darstellung der Geschichte des Peloponnesischen Krieges werden die Stärken der attischen Demokratie eindrucksvoll in einer Grabrede dargelegt, die der

Zeitleiste

507 v. Chr.
Kleisthenes leitet Reformen in Athen ein

1651
Thomas Hobbes diskutiert das Gleichgewicht zwischen Staatsmacht und individueller Freiheit

1690
John Locke identifiziert gesellschaftlichen Konsens als Grundlage staatlicher Autorität

Athener Staatsmann Perikles 430 v. Chr. gehalten haben soll. Er greift viele ihrer Qualitäten heraus, die von späteren Verfechtern der Demokratie ebenfalls hervorgehoben werden sollten, unter anderem, dass sie eine Regierungsform sei, welche „die Vielen begünstigt und nicht die Wenigen“; zudem fordere sie die Gleichheit vor dem Gesetz und den politischen Aufstieg auf der Grundlage von Leistung und nicht von Reichtum oder Klassenzugehörigkeit ein. Perikles’ Begeisterung für die Demokratie wurde allerdings nur von wenigen seiner Zeitgenossen geteilt, auch nicht von Griechenlands einflussreichsten Philosophen, Plato und Aristoteles. In ihren Werken, die im darauffolgenden Jahrhundert unter dem Eindruck der verheerenden Niederlage Athens im Kampf gegen das totalitäre Sparta entstanden, tun sie die Demokratie verächtlich als von Natur aus ungebärdig, verdorben und instabil ab. In seiner bedeutsamen Unterscheidung der politischen Systeme beschreibt Aristoteles die Demokratie als eine pervertierte Form von „Politie“, dem Modell einer idealen Staatsform, in welcher die Vielen im Dienste des Gemeinwohls herrschen. In einer Demokratie dagegen würden die unteren Schichten der Gesellschaft im eigenen Interesse regieren und deshalb eher danach trachten, sich Vermögen und Besitz der besser gestellten Bürger anzueignen.

Demokratie unter Beschuss Die Sorge, dass die Demokratie im Kern anarchisch sein könnte, treibt seitdem ihre Befürworter und Gegner gleichermaßen um. Thomas Jefferson, selbst ein Freund der Demokratie, äußerte seine Bedenken, sie könnte am Ende „nichts anderes als die Herrschaft des Pöbels“ sein. Mit unverhohlener Ironie stellt Jean-Jacques Rousseau in seinem Werk *Vom Gesellschaftsvertrag* (1762) fest, dass wenn es ein Volk von Göttern gäbe, es sich demokratisch regieren würde, doch eigne sich eine so vollkommene Regierungsform nicht für den Menschen. Weil wir es aber in unserer Welt mit Menschen und nicht mit Göttern zu tun hätten, müsse man erkennen, dass „es keine Regierungsform gibt, die so anfällig für Bürgerkriege und inneren Aufruhr ist“.

Nichtrepräsentative Demokratie

Nur wenige politische Systeme, die vor dem 20. Jahrhundert existierten, würden heute als lupenreine Demokratien eingestuft werden, und zwar aus dem einfachen Grund, weil in ihnen das Wahlrecht stark eingeschränkt war. In Athen, wo Frauen, am Ort lebende Ausländer und Sklaven vom wahlberechtigten *demos* (Volk) ausgeschlossen waren, hatte nach Schätzungen von Wissenschaftlern nur ein Zehntel der Bevölkerung das Recht zur Stimmabgabe. Noch stärkere Beschränkungen gab es im 19. Jahrhundert in Großbritannien, wo das Wahlrecht strikt an materiellen Besitz gebunden war, sodass selbst nach dem *Great Reform Act* von 1832 nur etwa sieben Prozent der erwachsenen Bevölkerung zur Urne gehen durften; das allgemeine Wahlrecht besteht dort erst seit 1928, nachdem die Berechtigung zur Stimmabgabe auf die erwachsenen Frauen ausgedehnt worden war.

1787
Die Verfassung der Vereinigten Staaten legt die Regeln der demokratischen Regierung des Landes fest

1789–1799
Während der Französischen Revolution werden erstmals radikaldemokratische Strukturen etabliert

1989–1991
Die kommunistischen Regime in der Sowjetunion und in Osteuropa kollabieren

Die Einschätzung, dass die Demokratie zur Anarchie tendiert, beruhte gewöhnlich auf der angeblichen Unfähigkeit des Volkes zur verantwortungsbewussten Beteiligung am Regierungsprozess. Der englische Philosoph John Stuart Mill machte sich trotz seiner grundsätzlichen Sympathie für demokratische Prinzipien Gedanken über die Gefahr der „kollektiven Mittelmäßigkeit“ der Masse, die „ihre Ansichten nicht mehr durch Würdenträger der Kirche oder des Staates, aus Führern oder Büchern schöpft“. Winston Churchill soll gescherzt haben, das beste Argument gegen die Demokratie sei ein fünfminütiges Gespräch mit dem durchschnittlichen Wähler, während in den 1920er-Jahren der US-Satiriker H. L. Mencken Demokratie als „armseligen Glauben in die kollektive Weisheit der individuellen Ignoranz“ abtat. Die Unzulänglichkeiten der Demokratie wurden sogar auf Zelluloid festgehalten, in der Verfilmung von Graham Greenes Roman *Der Dritte Mann* aus dem Jahr 1949. Auf dem Höhepunkt der Geschichte stellt der von Orson Welles gespielte Verbrecher Harry Lime fest, die Schweiz hätte 500 Jahre lang Demokratie und Frieden gehabt und nicht mehr hervorgebracht als die Kuckucksuhr.

„Demokratie ist eine Regierungsform, welche die Anordnung einiger Korrupter durch die Beschlüsse vieler Inkompetenter ersetzt.“
George Bernard Shaw,
***Mensch und Übermensch*, 1903**

Wahrscheinlich am hartnäckigsten hielt sich unter den Theoretikern der frühen Neuzeit die bereits von den griechischen Philosophen geäußerte Sorge über die sogenannte „Tyrannei der Mehrheit“. Mill und andere fürchteten, dass die Mehrheit ihre Machtposition dazu missbrauchen könnte, Minderheitenrechte mit Füßen zu treten – bestärkt (wie sie glaubten) durch ein System, das die Verwirklichung ihrer Wünsche und Hoffnungen legitimiert.

Die Anfänge der repräsentativen Demokratie Die von Amerikas Gründervätern geäußerte Sorge war Teil einer langen und folgenreichen Debatte über Demokratie und die Souveränität des Volkes. Diese war aus der Fülle neuer Ideen hervorgegangen, die von den Denkern der Aufklärung vorgebracht wurden. Eine zentrale Frage, welche die Richtung vieler späterer Diskurse bestimmen sollte – und einen Kontrapunkt zu den Bedenken einer möglichen Tyrannei *durch* die Mehrheit setzte –, wurde 1651 von Thomas Hobbes unter dem Eindruck des in England gerade zu Ende gegangenen Bürgerkriegs gestellt. Wie, fragte er, lässt sich die souveräne Macht des Staates, legitimiert (unter anderem) durch die Notwendigkeit, die Rechte jedes Einzelnen zu schützen, beschränken, um die missbräuchliche Beschneidung eben jener Rechte zu verhindern? Eine erste Antwort darauf gab einige Jahrzehnte darauf John Locke. Er argumentierte, dass die Übertragung einer solchen Autorität durch die Regierten auf die Regierung und die gleichzeitige Beschränkung ihrer eigenen Freiheiten nur mit der Einwilligung der Regierten erfolgen kann. Die Debatte über die angemessene Beziehung zwischen Volk und Staat wurde dadurch in eine neue Richtung gelenkt. Im Mittelpunkt stand jetzt die angemessene Balance von Macht und Recht – das zweckmäßige Verhältnis zwischen

den Ansprüchen des Staates auf der einen und den Rechten des Einzelnen auf der anderen Seite.

Vorangetrieben durch zwei siegreiche, blutige Revolutionen, zuerst in Amerika und später in Frankreich, sollten dennoch viele Jahrzehnte vergehen, bis die Früchte dieser Debatte geerntet werden konnten: in Gestalt einer Form der Demokratie, die sowohl verfassungsrechtlich verankert als auch repräsentativ war. Über die Jahre in wesentlichen Punkten verfeinert und weiter ausgearbeitet, gab diese Theorie – die „große Entdeckung der Neuzeit“, wie John Stuart Mills Vater James formulierte – die endgültige Antwort auf Hobbes’ grundsätzliche Frage nach der Begrenzung von Macht. Durch die Festlegung einer Reihe politischer Mechanismen, darunter regelmäßige Wahlen und Wettbewerb zwischen den Parteien und Kandidaten, stellte das repräsentative System sicher, dass die Regierenden den Regierten jederzeit Rechenschaft ablegen mussten und dadurch Letztere die höchste Autorität und die Kontrolle über den politischen Prozess behielten.

Wenn alle Stricke reißen

Die heute fast überall verbreitete Überzeugung, Demokratie sei die beste aller Staatsformen, hat dazu geführt, dass in vielen politischen Zusammenhängen „demokratisch“ fast gleichbedeutend mit „gerecht“ geworden ist. Das Wort besitzt eine so starke positive Ausstrahlung, dass viele unterdrückerische und autoritäre Regime sich ungeachtet ihres tatsächlichen Charakters bewusst zu Demokratien stilisiert haben. Ostdeutschland – ein rigoroser Einparteienstaat – nannte sich „Deutsche Demokratische Republik“. In Wahrheit erklärt sich der gegenwärtige Erfolg der Demokratie teilweise aus dem kläglichen Scheitern ihrer Alternativen. In einer Rede vor dem britischen Unterhaus im Jahr 1947 sagte Winston Churchill den berühmten Satz „Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle jene anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden“. Innerhalb eines halben Jahrhunderts wurde ihr größter Konkurrent als Fundament der staatlichen Organisation, der Kommunismus, in Russland und Osteuropa weggefegt.

Worum es geht

Herrschaft – oder Tyrannei – der Vielen

07 Monarchie

Nur wenig Sympathie genießt im 21. Jahrhundert ein Regierungssystem, bei dem die Staatsmacht in den Händen einer einzelnen Person liegt, und dies aus dem einzigen Grund, weil schon der Vater ein ähnliches Privileg genossen hat. Wer dazu erzogen wurde, Kompetenz und Charakterstärke höher zu bewerten als adlige Abstammung und gepflegte Umgangsformen, hat in der Regel nicht viel übrig für Könige, Königinnen, Kaiser und Sultane, die das Recht zu regieren geerbt und nicht durch Verdienst erworben haben.

Weniger als ein Viertel der souveränen Staaten der Welt – 44 von etwa 200 – haben heute die Monarchie als Regierungsform, darunter das Vereinigte Königreich und 15 weitere Commonwealth-Staaten, die alle einer Monarchin unterstehen: Königin Elisabeth II. Mit Ausnahme einiger weniger Länder wie Saudi-Arabien, Oman, Katar, Brunei oder Vatikanstadt ist die politische Autorität des Monarchen heute entweder rein nominell oder durch Gesetze stark eingeschränkt; die wirkliche Macht liegt anderswo, meist bei Parlamenten der einen oder anderen Form, während die Rolle des Monarchen hauptsächlich symbolischer und zeremonieller Natur ist. Das war nicht immer so. In der Geschichte war die Monarchie bis in die jüngere Vergangenheit über weite Strecken die vorherrschende Regierungsform, und die Monarchen besaßen praktisch unbegrenzte Macht.

Die Ursprünge der Monarchie Wie alle Staatsformen entwickelt sich auch die Monarchie über einen längeren Zeitraum hinweg, und sie festigt ihre Position, indem sie besondere Regierungsstrukturen und -institutionen ausbildet. Gleichzeitig baut sie ihren eigenen Kanon von Gründungs- und dynastischen Mythen auf und schafft so eine Logik, die ihre Rechtmäßigkeit begründet und ihre Legitimität über die Generationen hinweg sichern hilft. Die Gründung einer Monarchie setzt allerdings ein unmittelbareres gesellschaftliches Bedürfnis oder eine dringliche Situation voraus, die sowohl das monarchische System rechtfertigt, als auch einen bestimmten Amtsinhaber legitimiert.

In früherer Zeit waren Konflikte und Kriege fast allgegenwärtig. Sie wurden ausgetragen, um fruchtbares Land zu erobern oder zu verteidigen, Kontrolle über Handelsrouten zu gewinnen oder diese zu sichern und aus vielen anderen Gründen mehr. Da die

Zeitleiste

1651
Thomas Hobbes spricht sich in seinem *Leviathan* für die absolute Macht des Souveräns aus

1688
Die Glorreiche Revolution bringt England die konstitutionelle Monarchie

1690
John Locke propagiert in *Zwei Abhandlungen über die Regierung* das Prinzip des Regierens mit Einwilligung des Volkes

Fortdauer und das Wohlergehen einer Gemeinschaft gewöhnlich von ihrem militärischen Erfolg abhingen, waren vor allem die Qualitäten als Krieger und Schlachtenführer ausschlaggebend für das Erreichen einer Machtposition bis hin zur Königsherrschaft. In trockenen Klimaregionen konnte das Überleben zudem von der effizienten und planmäßigen Verteilung von landwirtschaftlichen Flächen und Wasser abhängen. Man nimmt daher an, dass die Fähigkeit zum Bau und Unterhalt der erforderlichen Infrastruktur, etwa von Bewässerungsanlagen, ein wichtiger Faktor für das Entstehen von Monarchien in China, Ägypten und Babylonien war. Angesichts der vorrangigen Bedeutung von besonderen Fertigkeiten und persönlichem Charisma ist es wahrscheinlich, dass die meisten frühen Monarchien ursprünglich auf irgendeiner Art von Wahl beruhten, vermutlich vonseiten einer etablierten Adelselite.

Von militärischer Gewalt zu absoluter Macht Militärische Stärke blieb in den darauffolgenden Jahrhunderten die wichtigste Voraussetzung von Monarchien, von Alexander dem Großen in der hellenistischen Welt und Augustus, dem ersten römischen Kaiser, über Karl den Großen bis zu den Kriegsherren des mittelalterlichen Europas. Im Mittelalter wurde von den Königen gewöhnlich erwartet, dass sie ihre Heere selbst als Feldherren in die Schlacht führten, und Erfolge auf dem Schlachtfeld konnten die Position starker Führer wie Eduard I. und Heinrich V. von England gegenüber den Intrigen ambitionierter Adliger und konkurrierenden Ansprüche der Kirche zusätzlich festigen. Stabilität in ihrer damaligen Form basierte auf einem Ehrenkodex zwischen Monarch und Adel, der beide Seiten durch ein fein ausbalanciertes System von Privilegien und Verpflichtungen aneinanderband.

Von der Renaissance bis in die frühe Neuzeit gab es eine Tendenz zur Stabilisierung, die europäischen Monarchen finanzierten Entdeckungsreisen und förderten neue Formen des Handels, sie bauten Verwaltungen auf, die die Regierungsarbeit und das Steuerwesen unterstützten, und sie hoben immer größere Heere aus, um ihre Territorien auszuweiten und an Ruhm und Prestige zu gewinnen. Große Monarchen des 16. Jahrhunderts wie Karl V., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (Karl I. von Spanien), oder Heinrich VIII. und Elisabeth I. von England setzten sich entschlossen für die Einigung ihrer Reiche und die verstärkte Kontrolle über sie ein. Die Zentralisierung der Macht erreichte ihren Höhenpunkt während der Regentschaft des französischen „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV., der wie kein anderer Monarch die Vorstellung der abso-

„Zuallererst sind wir unserer Monarchie gegenüber zu Ehre und Respekt verpflichtet … Ihre Geheimnisse sind ihr Leben. Wir dürfen das Magische nicht dem hellen Tag aussetzen.“
Walter Bagehot,
***Die englische Verfassung*, 1867**

1789
Die Französische Revolution beendet die Alleinherrschaft der Bourbonen

1917–1922
Die imperialen Monarchien verschwinden als Folge des Ersten Weltkriegs von der Bildfläche

luten Herrschaft verkörperte. Er besaß uneingeschränkte Autorität über sein Königreich und war unabhängig sowohl vom Adel als auch von der Kirche. 1655 soll er die Einheit von König und Staat mit dem berühmt gewordenen Ausspruch *„L'état, c'est moi"* („Der Staat bin ich!") verkündet haben.

Opfer von Krieg und Revolution Das sogenannte Zeitalter des Absolutismus endete abrupt im Jahr 1789, als die Französische Revolution die Herrschaftsansprüche der Bourbonendynastie in Frankreich beendete. Die Gründe für dessen Zerfall reichen jedoch weit in die Geschichte zurück. Schon bald nachdem Karl I. von England, der seine autokratische Herrschaft unter Berufung auf „Gottes Gnade" gerechtfertigt hatte, im Jahr 1649 hingerichtet worden war, formulierte Thomas Hobbes seine Vorstellung eines nichttheistischen Absolutismus. Er argumentierte, dass nur die ungeteilte Souveränität in der Person eines allmächtigen Monarchen die anarchischen Kräfte der Zeit abwehren könnte. Dieser Sichtweise widersprach jedoch später John Locke, nach dessen Auffassung Hoheitsgewalt durch Zustimmung der Bevölkerung gewährt wird und auch wieder entzogen werden kann, wenn sie nicht zum Wohl der Gemeinschaft ausgeübt wird. Die englische *Bill of Rights* (1689) untersagte dem König, sich über Recht und Gesetz zu stellen, und setzte damit dem Anspruch ein Ende, dass königliche Autorität gottgewollt sei und folglich nicht durch Gesetze behindert werden könne.

Das höchste Gut auf Erden

Von Beginn an haben Monarchen versucht, ihre Herrschaftsansprüche aus einem göttlichen Plan abzuleiten. Manche, wie die Pharaonen im alten Ägypten und die römischen und japanischen Kaiser, wurden selbst als Götter verehrt; andere beanspruchten für sich, von Gott als seine Stellvertreter auf Erden berufen zu sein. Die Vorstellung, dass ein Monarch das Recht zur uneingeschränkten Machtausübung im Staat direkt von Gott (nicht vom Volk und nicht durch die Kirche) zugesprochen bekommt, wurde im Mittelalter als Gottesgnadentum formuliert; nach dieser Lehre war der König allein Gott gegenüber Rechenschaft schuldig, und Widerstand gegen seine Herrschaft galt als Gottesverrat, auf den als Strafe die Verdammnis stand. Der Stuart-König Jakob I. trieb das Dogma auf die Spitze, als er im Jahr 1610 in einer Rede vor dem Parlament postulierte, der monarchische Staat sei das „höchste irdische Gut, denn Könige sind nicht nur die Stellvertreter Gottes auf Erden und sitzen auf Gottes Thron, sondern sie werden sogar von Gott selbst Götter genannt". Das Gottesgnadentum war der theoretische Kontrapunkt zu dem Streit zwischen Jakobs Sohn Karl I. und dem englischen Parlament, der zum Bürgerkrieg und letztlich zur Hinrichtung Karls führte. Von Karl II. für kurze Zeit wiederbelebt, wurde das Gottesgnadentum in der Glorreichen Revolution von 1688 ein für alle Mal beseitigt.

> **Der Haupteinwand gegen die Herrschaft eines Einzelnen ist das häufige Abgleiten von Autokraten in den Größenwahn; hinzu kommen inkompetente Nachfolger, da das Amt erblich ist.**
>
> Anthony Quinton, 1995

Die Stimme des Volkes rief, wenn sie überhaupt gehört wurde, nicht unbedingt nach Demokratie oder dem Sturz von Königen – das Kaisertum Napoleons war im Grunde genommen eine Monarchie, die ihre Legitimation durch die Zustimmung des Volkes erhielt. Dennoch gab es Anzeichen für bevorstehende Veränderungen, und ein Reihe von Revolutionen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, herbeigeführt durch die Unzufriedenheit im Volk und verlorene Kriege, führten dazu, dass die monarchischen Regime im russischen, österreichisch-ungarischen, deutschen und ottomanischen Reich ins Wanken gerieten.

Monarchie in heutiger Zeit Die heute existierenden Monarchien haben größtenteils nur deshalb überdauert, weil sie befolgten, was Trotzki einmal das „englische Rezept" nannte: Sie haben sich an ein Regierungssystem angepasst, in dem der Monarch „regiert, aber nicht bestimmt". 1867 waren die Aufgaben des britischen Königshauses auf ein Maß reduziert, dass der englische Ökonom Walter Bagehot, die drei Ansprüche einer konstitutionell eingeschränkten Herrschaft zusammenfassend, beschreiben konnte als „das Recht, angehört zu werden, das Recht Zustimmung zu äußern, das Recht zu warnen".

Am Ende ihrer Regierungszeit im Jahr 1901 hatte Königin Viktoria die Rolle der britischen Monarchie neu definiert und damit die Blaupause für ein funktionierendes Königtum im 20. Jahrhundert geschaffen. An die Stelle direkter politischer Macht trat jetzt der Einfluss auf symbolischer Ebene, indem der König oder die Königin zum Sinnbild für nationale Einheit wurden: Mittelpunkt der patriotischen Gefühle, Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft, eine einende Figur, die stellvertretend für die Ambitionen und Sehnsüchte eines ganzen Landes stand. Von da an wurde der Mangel an politischem Einfluss als eine der wesentlichen Referenzen der Monarchie angesehen. Den Vorzug eines Staatsoberhaupts, das „über der Politik" steht – und zwar so, wie es für einen gewählten Präsidenten nie möglich sein wird –, beschrieb 1985 die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher in einer Rede: „Diejenigen, die glauben, ein Politiker würde eine bessere Gallionsfigur abgeben als ein angestammter Monarch, dürften mit mehr Politikern Bekanntschaft machen."



08 Tyrannei

Im Verlauf von mehr als 2500 Jahren seines Gebrauchs hat der Begriff „Tyrannei" einen so abstoßenden Beigeschmack bekommen, dass er heute seinen festen Platz im Lexikon der politischen Rhetorik hat. Als Schimpfwort in politischen Debatten oder Angriffen eingesetzt, beschwört er augenblicklich das Bild einer unterdrückerischen und rücksichtslosen Regierungsform herauf.

Wie oft bei derlei Rhetorik werden die feinen Bedeutungsunterschiede verwischt, meistens unbeabsichtigt. Tatsächlich ist der Begriff der Tyrannei in seiner polemischen Verwendung kaum zu trennen von seinen engen Verwandten, Despotie und Diktatur. Als im Jahr 1940, auf dem traurigen Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, Winston Churchill Hitlerdeutschland als „eine monströse, im dunklen und beklagenswerten Katalog der menschlichen Verbrechen niemals übertroffene Tyrannei" anklagte, wollte er zweifellos einen ganzes Bündel abscheulicher Eigenschaften ins Gedächtnis rufen, darunter die Brutalität der Naziführer und die illegale Art und Weise, wie sie an die Macht gekommen waren.

Die Griechen und die Tyrannei Die spätere Bedeutung des Wortes „Tyrann" – die des Usurpators oder einer Person, die in einem Staat die Macht gesetzwidrig an sich reißt – deckt sich fast mit seinem ursprünglichen Sinngehalt. Im griechischen „Zeitalter der Tyrannen" vom 7. bis zum 6. Jahrhundert v. Chr. bezeichnete das Wort „tyrannisch", jedenfalls zu Beginn, die Mittel, durch welche die politische Macht gewonnen wurde: Es war wertfrei in Bezug auf den Charakter des Machthabers wie auch auf die Qualität seiner Herrschaft. Tatsächlich wurden viele der frühen griechischen Tyrannen vom Volk geschätzt, als Sachwalter der Vielen und Armen gegen die Wenigen und Reichen, wie es gewöhnlich hieß; und nicht wenige von ihnen dürften bei ihrem Vorhaben, den herrschenden Adel von der Macht zu verdrängen, Unterstützung vom Volk erhalten haben. Der bekannteste unter den frühen Tyrannen, Peisistratos, blieb wegen seiner Gesetzestreue und der Verdienste, die er sich um das Wohl Athens erworben hatte, in wohlwollender Erinnerung: In seiner Regierungszeit erlebte Athen sein goldenes Zeitalter, in dem die Stadt aufblühte und sich zu einem in ganz Griechenland bekannten Zentrum der

Zeitleiste

7. Jh. v. Chr.	7.–6. Jh. v. Chr.	ca. 546–510 v. Chr.	Mitte 4. Jh. v. Chr.
Das Wort „Tyrann" wird erstmals von dem griechischen Dichter Archilochos verwendet	Zeitalter der Tyrannen in Griechenland	Tyrannenherrschaft Peisistratos' und seiner Söhne	Eindeutig griechische Darstellung der Tyrannei durch Aristoteles

Kultur entwickelte. Eine Reihe späterer Tyrannen, unter ihnen Peisistratos' Söhne, waren allerdings nicht so aufgeklärt. Als sie ihre Macht mit der Zeit immer mehr missbrauchten, verdüsterte sich das Bild der Tyrannei zunehmend, und in den philosophischen Werken von Plato und Aristoteles wurden die dunklen Flecke schließlich unauslöschlich. Beide waren der Auffassung, dass der Tyrann die schlimmste Form des Herrschers ist. Die Tyrannei findet sich in Aristoteles' einflussreicher Klassifizierung der verschiedenen Arten politischer Verfassungen, die sich auf zwei Kriterien gründet: der Zahl derer, die regieren (einer, wenige oder viele), und in wessen Interesse sie regieren (im eigenen oder dem der Gemeinschaft). In diesem System erscheint die Tyrannei als die verdorbene oder pervertierte Form der Monarchie, und ein Tyrann ist ein Herrscher, der in seinem eigenen Interesse regiert.

Viele der von Aristoteles angeführten Aspekte der Tyrannei beruhen auf dem Vergleich mit dem Prinzip der Despotie, das die Griechen als eine für Asien charakteristische Regierungsform ansahen. Während der Despotismus genau wie die Tyrannei im größten Gegensatz zur Freiheit steht (welche die Griechen besonders mit sich selbst in Verbindung brachten), unterscheiden sich beide dennoch in vielen wichtigen Punkten. Erstens regiert ein Despot, obwohl seine Macht allumfassend ist, in Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen und bewegt sich somit in gewisser Weise auf dem Boden der Verfassung; im Gegensatz dazu reißt ein Tyrann eigenmächtig die Kontrolle an sich und regiert nach eigenem Gutdünken, auf der Grundlage seines persönlichen Willens und seiner individuellen Launen. Man kann somit sagen, dass die Subjekte der Despotie die Macht freiwillig abgeben und folglich nicht gegen ihren Willen oder gewaltsam regiert werden; anders als diejenigen, die unter einem Tyrannen leben, stimmen sie dem Regierungssystem, in dem sie leben, stillschweigend zu und handeln somit nicht unter dem Einfluss von Angst. Das ist der Grund, weshalb eine Despotie im Unterschied zur Tyrannei typi-

Die Despotie der Freiheit

Tyrannei hat nicht den Verlust von Freiheit zur Folge, und es ist weder direkt noch in der politischen Rhetorik die vorrangige Pflicht der Verfechter der Freiheit, der Tyrannei entgegenzutreten. Getreu dem Motto seiner Familie („Widerstand gegen Tyrannen ist Gehorsam gegen Gott") erklärte Thomas Jefferson im Jahr 1787: „Der Baum der Freiheit muss von Zeit zu Zeit mit dem Blut der Patrioten und der Tyrannen aufgefrischt werden. Es ist sein natürlicher Dünger." Die wundersamsten Beispiele verbaler Verrenkungen lieferten in diesem Zusammenhang die Kämpfer der Französischen Revolution. Darüber nachgrübelnd, ob die Anwendung von Terror die Revolutionäre nicht zu Despoten macht, verkündete Robespierre im Jahr 1794, dass Schrecken dann gerechtfertigt sei, wenn er als Mittel eingesetzt wird, „um die Feinde der Freiheit zu bezwingen". „Die Revolutionsregierung", folgerte er, „ist die Despotie der Freiheit über die Tyrannei."

1775–1783
Die Amerikanische Revolution kämpft für die Befreiung von der „absoluten Tyrannei" Englands

1789–1799
Die Französische Revolution kämpft für die Befreiung vom Despotismus der französischen Könige

1922–1945
Faschistische Tyranneien von Mussolini und Hitler in Italien und Deutschland

1929–1953
Josef Stalin herrscht als effektiver Diktator der Sowjetunion

Die Tyrannei der Mehrheit

„Das durchdringende Übel der Demokratie", schrieb Lord Acton 1878, „ist die Tyrannei der Mehrheit." Weiter beschreibt er eine Form der Tyrannei – eine Gefahr schildernd, die ausschließlich in der Demokratie besteht –, in welcher die Rechte von Minderheiten von der Mehrheit mit Füßen getreten werden, wobei Letztere in der Überzeugung handelt, die Verwirklichung des „Volkswillens" sei durch den demokratischen Prozess legitimiert. Actons Bedenken wurden nicht nur von Staatstheoretikern wie Edmund Burke, Alexis de Tocqueville oder John Stuart Mill geteilt, sondern auch von den Gründervätern der Vereinigten Staaten. Ein besorgter Thomas Jefferson verglich Demokratie mit Pöbelherrschaft, wo „51 Prozent der Leute die Rechte der anderen 49 Prozent wegnehmen können". John Adams, den späteren zweiten Präsidenten, beunruhigte die Vorstellung, alle Regierungsorgane könnten von der Mehrheit kontrolliert werden. Im Jahr 1787 notierte er: „Zuerst würden die Schulden gestrichen; Steuern lasteten schwer auf den Reichen und überhaupt keine auf den anderen; und zumindest würde eine absolut gleiche Verteilung von allem verlangt und durch Wahl bestimmt." Im Jahr 1833 beklagte der vierte US-Präsident, James Madison, die „pauschale Verunglimpfung der Mehrheitsregierungen als tyrannischste und unerträglichste aller Regierungen". Doch gerade sein Anliegen, die Gefahr einer solchen Tyrannei zu mindern, brachte ihn dazu, die Gewaltenteilung vorzuschlagen und ein System der gegenseitigen Kontrolle zu entwickeln, das eine zentrale Rolle in der amerikanischen Verfassung spielt, für die er in großem Umfang mit verantwortlich war.

scherweise über einen langen Zeitraum stabil bleibt und nicht durch Nachfolgeprobleme gekennzeichnet ist.

Wo das Gesetz endet Die Vorstellung von Tyrannei als einer Person oder Gruppe, die unter Missachtung des Rechts die Macht ergreift und ausübt, findet sich auch noch in späteren Darstellungen. Sie wurde jedoch teilweise dahingehend verfeinert, dass es zuerst Machtgier ist, die den Tyrannen antreibt, und dass die Ausübung der Macht ohne jegliche Einschränkung durch Recht und Gesetz das eigentlich moralisch Verwerfliche ist. In einer Rede vor dem britischen Oberhaus im Jahr 1770 stellte William Pitt der Ältere im Rückgriff auf einen vormals von John Locke geäußerten Gedanken fest: „Unbegrenzte Macht ist geeignet, die Seelen derer zu verderben, die sie besitzen; und eines weiß ich, meine Herren, wo das Gesetz endet, da beginnt die Tyrannei."

Wo immer das Gesetz endet, da beginnt die Tyrannei.
John Locke,
***Zwei Abhandlungen über die Regierung*, 1690**

Hinsichtlich des Handelns ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz ist die Tyrannei praktisch nicht von der Diktatur zu unterscheiden, zumindest nicht nach unserem heutigen Verständnis (*dictator* war ursprünglich ein römisches Magistratsamt mit weitgehenden Voll-

machten, das jedoch für die Zeit einer Ausnahmesituation befristet war und dessen Inhaber Recht und Gesetz verpflichtet blieb).

Autokraten der Neuzeit, von Napoleon bis Stalin und Hitler, die teilweise aufgrund von persönlichem Charisma an die Macht kamen und deren Herrschaft durch den Willen des Volkes legitimiert war, wurden von ihren Gegnern wahllos als Diktatoren oder Tyrannen abgestempelt. Auf den Hang der Tyrannei zur Macht geht der englische Schriftsteller George Orwell in seinem Roman *1984* (1949) ein: „Macht ist kein Mittel, sie ist ein Zweck. Man errichtet keine Diktatur, um eine Revolution abzusichern; man macht eine Revolution, um eine Diktatur zu errichten."

Der totalitäre Staat Die ungeheuerlichen Schrecken und das Ausmaß der staatlichen Tyranneien des 20. Jahrhunderts ließen manche zu der Auffassung kommen, dass diese sich nicht nur graduell, sondern ihrem Wesen nach von früheren Herrschaftssystemen unterscheiden und deshalb eine neue Terminologie erforderlich sei. Die Bezeichnung „Totalitarismus" war zunächst auf die faschistische Diktatur Mussolinis in Italien gemünzt und wurde dann auf Nazideutschland übertragen. Nach dem Krieg, im Gefolge der Niederlage Deutschlands und Italiens, entwickelte sie sich in der Rhetorik des Kalten Krieges zu einem zentralen Begriff der Liberalen und wurde fast ausschließlich in Bezug auf die Sowjetunion unter Stalin verwendet.

> **„Von allen Tyranneien ist jene, die zum Wohle ihrer Opfer ausgeführt wird, die vielleicht erdrückendste."**
> **C. S. Lewis, 1949**

Zweifellos stellte das Ausmaß, in dem diese Regime jeden einzelnen Aspekt des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens zu kontrollieren und zu lenken bestrebt waren, alles je Dagewesene in den Schatten. Der Staatsapparat war in der Regel in hohem Maß auf eine einzige Partei und einen einzigen charismatischen Führer zentralisiert, und eine durchorganisierte, technologisch bestens ausgerüstete Bürokratie wurde entwickelt, um die gesellschaftlichen und ökonomischen Aktivitäten zu steuern und zu überwachen und außerdem die Geheimpolizei und andere Dienste in ihren Aufgaben zu koordinieren, tatsächliche oder vermeintliche Regimekritiker zu terrorisieren und zu eliminieren. Die vielleicht am deutlichsten ausgeprägte Gemeinsamkeit des Nazi- und des Sowjetsystems war das Maß an Ideologie, dessen sich beide in Reaktion auf die angebliche Dekadenz der freiheitlichen Demokratie und in dem Bestreben einer utopischen Transformation der Gesellschaft bedienten. Aber wie dem auch sei, das Bild totaler, allumfassender staatlicher Kontrolle, die in sämtliche Lebensbereiche eindringt, war selbst Teil der totalitären Mythologie, vermittelt durch Propaganda und Zensur; die tatsächliche Effektivität des totalen Staates und selbst seine Existenz als solche wurde in den vergangenen Jahrzehnten ernstlich in Zweifel gezogen.



09 Utopien

„Ich möchte etwa 20 Seelen versammeln“, schrieb D. H. Lawrence im Januar 1915 in einem Brief, „und von dieser Welt voller Krieg und Elend fortsegeln und eine kleine Kolonie gründen, in der es kein Geld geben soll, aber eine Art von Kommunismus soweit es die Lebensbedürfnisse erfordern, und ein bisschen wahren Anstand.“ Mit seiner Sehnsucht, in eine einfachere und anständigere Welt zu entfliehen, steht der Schriftsteller in einer langen Tradition von Visionären und Mystikern (und nicht wenigen wunderlichen Käuzen), die alle von einer schönen neuen Welt träumten, in welcher der Mensch von seinen Fehlern und Schwächen geheilt wäre und neue Hoffnung schöpfen könnte.

Solche Träume vom Paradies auf Erden – solche Utopien – haben selten außerhalb der Vorstellung ihrer Schöpfer existiert. In den meisten Fällen sei dies eher ein Grund für Erleichterung als für Bedauern, schrieb Evelyn Waugh in seinem in Kriegszeiten entstandenen Roman *Mit Glanz und Gloria* (1942): „Der menschliche Geist ist schon genügend einfallsreich, wenn er sich Schrecken ausdenkt; er ist es erst recht, wenn er versucht, einen Himmel zu erfinden, der ihn selbst dumm aussehen lässt.“ Waughs Pessimismus wurde im 20. Jahrhundert durch ebenso ambitionierte wie fehlgeleitete Versuche bestätigt, die Gesellschaft nach ideologischen Gesichtspunkten zu reformieren: Sie offenbarten die Fähigkeit der Menschheit, erträumte Utopien in reale Albträume zu verwandeln.

Thomas Morus’ *Utopia* Der Begriff „Utopie“ wurde von dem englischen Gelehrten und Staatsmann Sir Thomas Morus geprägt. In seinem 1516 in lateinischer Sprache erschienenen Buch *Utopia* schildert er ein imaginäres Inselparadies, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt in einer frühkommunistischen Gesellschaft zusammenleben. Der Staat sorgt für die Erziehung, religiöse Intoleranz ist verboten; aller Besitz ist gemeinschaftlich, und Gold, das nicht besonders geschätzt wird, dient der Herstellung von Nachttöpfen. Die moderne Bedeutung von „utopisch“ im Sinne eines Vorhabens oder Projekts, das ebenso idealistisch wie unerreichbar ist, ist in Morus’ Darstellung bereits enthalten. Das Buch beginnt mit einem kurzen einleitenden Vers, in dem erklärt

Zeitleiste

1516
Thomas Morus prägt den Begriff „Utopia“

1649
Die frühkommunistischen *Diggers* werden im Gefolge des englischen Bürgerkriegs aktiv

1888
Edward Bellamy veröffentlicht seine technokratische Zukunftsvision *Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887*

wird, dass der vom Autor beschriebene ideale Staat, *Utopia* (aus dem Griechischen übersetzt so viel wie „Nicht-Ort“ oder „Nirgendwo-Land“), genauso gut *Eutopia* („Gut-Land“) heißen könnte. Da offene Kritik zu Morus’ Zeit äußerst riskant war, benutzte er *Utopia*, um auf indirektem Weg ein Gegenbild zu den vielen gesellschaftlichen und politischen Unzulänglichkeiten im damaligen christlichen Europa entwerfen zu können. Viele spätere Autoren folgten Morus’ Beispiel und griffen wie er auf Utopien zurück, um gesellschaftliche Missstände anzuprangern, ohne hochgestellte Persönlichkeiten offen anzugehen und sich zu gefährlichen Gegnern zu machen.

Utopische Vorstellungen und das Versprechen von Veränderungen übten oft einen besonderen Reiz auf untergeordnete gesellschaftliche und politische Gruppen aus, die keine Stimme innerhalb der etablierten Machtstrukturen besaßen. Dominante Gruppen ziehen dagegen meist Kontinuität vor und wollen ihren Status quo behalten. Morus und viele andere Utopisten sahen ein Mittel, die Kluft zwischen Arm und Reich und den daraus entspringenden Neid wie auch die Habgier zu überwinden, und schlugen daher als Alternative eine Art egalitäres, kommunistisches System vor. Solche radikalen Rezepte haben in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche im Allgemeinen bessere Aussicht auf Erfolg. So traten etwa während des Bürgerkriegs in England eine Reihe radikaler Gruppen in Erscheinung, darunter die eher exzentrischen *Diggers* („Buddler“) oder *True Levellers* („wahre Gleichmacher“), deren visionärer Anführer Gerrard Winstanley darauf bestand, dass Gottes Erde ein Schatz war, der allen gehörte, und dass die Institution des Eigentums eine Folge des Sündenfalls war. Im April 1649 begann eine Gruppe von Diggers, fest entschlossen, das Recht auf gemeinschaftliches Land zurückzugewinnen, eine brachliegende Allmende

Schwärmerische Leidenschaften

Der Glaube an Utopien und die Überzeugung, dass eine bessere Gesellschaft möglich ist, markiert in der Geschichte die politische Verwerfungslinie zwischen Konservativen auf der einen und Sozialisten und Liberalen auf der anderen Seite. In seinen *Betrachtungen über die Französische Revolution* (1790) lässt sich Edmund Burke, der große Vordenker des Konservatismus, abfällig über diejenigen aus, die sich ohne Respekt gegenüber den „Maximen ihrer Vorfahren“ von „schwärmerischen Leidenschaften“ haben mitreißen lassen und große Pläne aushecken, um die Gesellschaft von ihren Mängeln zu befreien. Voller Skepsis gegenüber einem solchen Allheilmittel, das auf der in ihren Augen ungerechtfertigten Annahme beruht, dass die Menschen vervollkommnungsfähig sind, werden die Konservativen von ihren Kontrahenten als zynisch und herablassend gegenüber menschlichen Ansprüchen und Bestrebungen porträtiert. Konservative könnten dagegenhalten, dass, wie die Geschichte gezeigt hat, die Wege in die Hölle stets mit guten Absichten gepflastert waren. Wie der amerikanische Schriftsteller Ambrose Bierce in seinem satirischen Buch *Des Teufels Wörterbuch* (1906) schreibt, ist der Konservative ein Staatsmann, „der in bestehende Mängel verliebt ist, während der Liberale sie durch neue Mängel ersetzen möchte.“

1890
William Morris veröffentlicht *Nachrichten aus dem Niemandsland*

1891
Oscar Wilde veröffentlicht seinen Essay *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*

1932
Aldos Huxley veröffentlicht seinen dystopischen Klassiker *Schöne neue Welt*

1949
George Orwell veröffentlicht seinen Roman *1984*

Ohne die Utopien früherer Zeiten würden die Menschen noch immer nackt und elend in ihren Höhlen sitzen … Aus großzügigen Träumen entstehen segensreiche Realitäten. Utopie ist das Prinzip jeden Fortschritts und der Entwurf einer besseren Zukunft.

Anatole France, ca. 1900

auf St. George's Hill in Surrey umzugraben und zu bepflanzen. Es entstand eine Reihe weiterer Kolonien, die aber alle nur von kurzer Dauer waren.

Viktorianische Hoffnung, edwardianische Angst Eine heute nicht nur in der Literatur verbreitete Kritik an Utopien lautet, dass sie (im Unterschied zu Dystopien oder Antiutopien) öde und lebensfern sind – perfekte, aber gerade deswegen sterile und statische Lebensentwürfe, denen die lebendige Kraft menschlicher Leidenschaften, Konflikte und Fehlbarkeiten ausgetrieben wurde. Eine ganz andere Sichtweise war dagegen im 19. Jahrhundert vorherrschend, als die von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen beflügelte Suche nach Utopien als Schlüssel zum Fortschritt galt. Den damaligen heiter-beschwingten Optimismus artikulierte Oscar Wilde in seinem Essay *Der Sozialismus und die Seele des Menschen* (1891). Darin plädiert er für eine sozialistische Welt, in der die zum Nutzen aller eingesetzte Technologie die Fron der Arbeit ersetzt. „Eine Weltkarte, auf der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keine Beachtung", mahnt er, „denn sie lässt die Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird. Und wenn sie dort gelandet ist, hält sie wieder Ausschau, und wenn sie ein schöneres Land vor sich sieht, setzt sie die Segel. Fortschritt ist nur die Verwirklichung von Utopien".

Doch schon gegen Ende des Jahrhunderts wurden erste Bedenken angesichts des unerbittlichen technischen und wissenschaftlichen Fortschritts laut. Als Reaktion auf die technokratischen Zukunftsvisionen des US-amerikanischen Erzählers Edward Bellamy, der eine klassenlose und egalitäre, aber auch stark industrialisierte und bürokratisierte Welt heraufbeschwor, lieferte der englische Sozialist, Künstler und Autor William Morris mit seinem Buch *Nachrichten aus dem Niemandsland* (1890) einen starken Gegenentwurf. In der von ihm beschriebenen Welt einer ländlichen Idylle sind alle Spuren industrieller Verschmutzung beseitigt, und Männer und Frauen sind in ihr frei und gleichberechtigt.

Diese Zeichen der Angst verstärkten sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Während die optimistischen „Viktorianer" von egalitären und ganzheitlichen Utopien träumten, entwickelten die ängstlichen „Edwardianer" Utopien, die elitär und exklusiv waren. Für den Science-Fiction-Autor H. G. Wells ging es weniger darum, eine bessere Welt für die Menschen zu schaffen als viel eher bessere Menschen für diese Welt. Um die Ängste zu mindern, anständige Leute könnten von den „Menschen des

Abgrunds“ (so auch der Titel einer Reportage von Jack London über die Londoner Slums) – der wachsenden Zahl verarmter Arbeiter – niedergerannt werden, traten neue Wissenschaften in Erscheinung, die angebliche Patentrezepte anboten. Der Sozialdarwinismus, eine pervertierte Form von Charles Darwins Evolutionstheorie der natürlichen Artenselektion, wollte die Lehren aus dem „Überleben des Stärkeren“ auf Ethnien und gesellschaftliche Gruppen angewendet wissen. Im Namen der Höherentwicklung der Menschheit wurden Maßnahmen zur Unterstützung derer, die von Armut betroffen oder anderweitig „schwach“ waren, als Versuch kritisiert, die „natürlichen“ Klassen- und Besitzunterschiede zu korrigieren und damit in den notwendigen biologischen Prozess des „Ausmerzens“ der schwachen und wertlosen Elemente einzugreifen. Die Eugenik versprach gleichzeitig die Möglichkeiten, den „Menschenbestand“ aktiv zu verbessern und zu reinigen – durch Mittel bis hin zur Zwangssterilisation.

Dystopische Visionen

Ein positives Vermächtnis der verhängnisvollen utopischen Experimente des 20. Jahrhunderts waren die zwei wohl bedeutendsten Klassiker der dystopischen Literatur. In Aldous Huxleys Buch *Schöne neue Welt* (1932) werden stabile gesellschaftliche Verhältnisse um den Preis einer durch Drogen und Gehirnwäsche ruhiggestellten Existenz innerhalb eines eugenisch manipulierten Kastensystems erzielt. George Orwells Roman *1984* (1949) schildert einen totalitären Albtraum, der beherrscht wird vom Bild „eines Stiefels, der in ein menschliches Antlitz tritt, immer und immer wieder”.

Schöne neue Welten Die Vorstellung, dass die utopistische Umgestaltung auch die menschlichen Eigenschaften einschließen sollte, ebnete den Weg für die Gräuel des 20. Jahrhunderts. „Das Problem mit Paradiesen auf Erden ist, dass sie tatsächlich Realität werden können und ihre Skrupellosigkeit dann für alle sichtbar zutage tritt“, bemerkte 1968 der britische Journalist Malcolm Muggeridge. Wie Recht er damit hatte, war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sichtbar geworden – an den abscheulichen Folgen der Eugenik und Rassenpolitik in Nazideutschland, an der Übersetzung der kommunistischen Utopien von Marx und Engels in die Kollektivierung der Landwirtschaft und die stalinistischen Straflager der Sowjetunion sowie an der Verkehrung des „Großen Sprungs nach vorn“ in die erdrückende Sterilität und Enge von Maos Kulturrevolution.

Worum es geht

Irdisches Paradies – oder Hölle auf Erden

10 Revolution

Die Idee einer als Revolution bezeichneten Umwälzung der Welt durch das schlagartige Beseitigen ihrer Mängel übte lange Zeit eine große Faszination auf die Menschen aus. Es war die Aussicht auf einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit, herbeigeführt durch die Französische Revolution, die den romantischen Dichter William Wordsworth berauschte: „Glück war es, jene Morgendämmerung selbst mitzuerleben, doch jung zu sein, war unser wahrer Himmel." Ein anderer Bewunderer der Kämpfer für die Französische Revolution, der walisische Minister und Querdenker Richard Price, schwärmte von der Aufbruchsstimmung jener Tage und der glühenden Leidenschaft der Revolutionäre: „Der Wille, die Freiheit zu erlangen und zu verbreiten, eine allgemeine Besserung der menschlichen Existenz; die Herrschaft der Könige ersetzt durch die Macht der Gesetze."

In seiner umfassendsten, modernen Bedeutung bezeichnet „Revolution" mit den Worten von Karl Marx „den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen". Eine derartige Umwälzung geht einher mit einer radikalen Transformation der Verhältnisse von einem Zustand in einen anderen. Es muss ein bisheriges System geben – ein *ancien régime* oder eine „frühere Regierungsform" –, das so zerrüttet und unpopulär ist, dass es Missmut und Unzufriedenheit erzeugt und damit anfällig für revolutionäre Aktivitäten wird. Andererseits muss das *ancien régime* auch als System politischer und gesellschaftlicher Institutionen etabliert und in sich schlüssig sein sowie einen gewissen Anschein von Legitimität haben, zumindest insoweit, dass es einen Angriffspunkt für die revolutionären Kräfte bietet. Andernfalls wird es einem Protest an der nötigen Geschlossenheit und zielgerichteten Motivation mangeln, um erkennbar den Charakter einer Revolution zu tragen und nicht nur als ein mehr oder weniger spontan entstandener Aufruhr wahrgenommen zu werden.

Genauso wichtig ist aber, dass eine Revolution die Transformation *in* etwas ist: ein sowohl konstruktiver als auch destruktiver Prozess, der nicht nur das Alte beseitigt, sondern etwas Neues und eventuell Besseres an seine Stelle setzt. Sie ist das Versprechen eines Neuanfangs – die Hoffnung auf eine *novus ordo seclorum* („Neuordnung der Zeit"), wie das Motto auf dem Großen Siegel der Vereinigten Staaten lautet –, einen

Zeitleiste

1789–1799
Die Französische Revolution beendet die absolute Monarchie der Bourbonen

1848
Karl Marx veröffentlicht *Das Kommunistische Manifest*

Neuanfang, der die letzte Begründung für die Revolution und ihren meist hohen Preis an Menschenleben und menschlichem Leiden ist. Da Revolutionen diese konstruktive Funktion haben, sind sie meist programmatischer Natur: Sie sind ideologisch insofern, als sie auf einem bestimmten Gerüst oder System von Vorstellungen aufbauen; und sie sind utopisch in dem Sinn, dass sie eine bessere Zukunft in Aussicht stellen.

Die Lokomotiven der Geschichte Nicht nur in den Augen von Wordsworth und Price war es die Französische Revolution von 1789, durch die dieses Modell einer radikalen Umwälzung zu strahlendem Leben erweckt wurde. Bewusst auf dem Fundament des aufklärerischen Rationalismus gegründet, war sie die erste säkulare Revolution, die sich einem seit Jahrhunderten bestehenden System der absoluten Monarchie und kirchlichen Herrschaft entgegenstellte. Seitdem ist es ein Credo der Radikalen, und Grund zur Sorge für die Konservativen, dass Revolutionen eine unabwendbare Triebkraft des sozialen und politischen Wandels waren. Nach dieser Auffassung waren einschneidende Umbrüche die notwendigen Schritte, durch die Gesellschaften sich in Richtung eines gerechteren und produktiveren Stadiums weiterentwickelten; sie waren das beste Mittel, allerdings auch das einzige, um die verkrusteten und ungerechten Institutionen der bestehenden Gesellschaftsordnung und derer, die von ihr profitierten, zu beseitigen. Die endgültige Begründung für die Vorstellung von Revolution als einer unaufhaltsamen und progressiven Kraft lieferten Mitte des 19. Jahrhunderts der deutsche Emigrant und Gesellschaftstheoretiker Karl Marx und sein lebenslanger Mitarbeiter Friedrich Engels.

‚Nach einer Revolution sieht man im Salon dieselben Leute, und eine Woche darauf dieselben Schmeichler.‘
George Savile, Marquis von Halifax,
englischer Politiker und Essayist, 1750

Erstmals dargelegt in der Schrift *Das Kommunistische Manifest* von 1848, ist der Grundpfeiler der marxistischen Theorie die Behauptung, dass „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften eine Geschichte von Klassenkämpfen war“. Nach diesem Geschichtsbild ist die Entwicklung der menschlichen Gesellschaften durch eine zeitliche Abfolge verschiedener Formen der ökonomischen Produktion (Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus) geprägt. Jede dieser Produktionsformen ist zum Vorteil und Nutzen einer spezifischen Klasse; und da sich jede Klasse weiterentwickelt, verstärkt sich der Konflikt zwischen der herrschenden Klasse, die die Vorteile der etablierten, aber zunehmend überholten Produktionsform genießt, und der aufstrebenden Klasse, die dazu bestimmt ist, deren beherrschende Position zu übernehmen. Dieser Konflikt gipfelt schließlich in einer Krise oder Revolution, in welcher die ausbeutende und überholte

1917
Die Russische Revolution stürzt die Zarendynastie der Romanows

1989–1991
Zusammenbruch des kommunistischen Osteuropas und der Sowjetunion

Garküchen der Zukunft

Zwei Gründe, weshalb radikale progressive Revolutionen zum Scheitern verurteilt zu sein scheinen, sind deren immanente Tendenz zum Utopismus – dem Streben nach dem Unerreichbaren – und ihr unstillbares Verlangen nach mutmaßlichen Heilsbringern. In seinen *Betrachtungen über die Französische Revolution* (1790) moniert der bedeutendste unter den frühen Revolutionskritikern, Edmund Burke, die Bereitwilligkeit des eigensinnigen Revolutionärs, sich „blindlings jedem Abenteurer und Projektemacher, jedem Alchemisten und Quacksalber" auszuliefern. Ein Ausdruck davon ist der übertriebene Hang zum moralischen Perfektionismus und die für revolutionäre Idealisten unerfreuliche Konsequenz, dass sie „indem sie zu sehr die Laster hassen, anfangen, zu wenig die Menschen zu lieben". Karl Marx lehnte es strikt ab, utopische Entwürfe für Gesellschaften anzufertigen, die nach seinen Prinzipien geformt wurden: „Es ist nicht unsere Aufgabe, Rezepte für die Garküchen der Zukunft zu verschreiben", notierte er 1867. Leider hatten Stalin, Mao und andere, die im 20. Jahrhundert seinen Namen missbrauchten, in dieser Hinsicht weniger Skrupel. Unter der pathologischen, von dem Staatstheoretiker Alexis de Tocqueville 1856 identifizierten Tendenz leidend, den Bürger als eine abstrakte Größe unabhängig von jeder Gesellschaft zu betrachten, schmiedeten diese revolutionären Meister der zentralistischen Planung und der geplanten Eingriffe zur Verbesserung der Gesellschaft wilde utopische Pläne, die Tod und Verderben über Millionen von Menschen brachten.

Klasse gewaltsam gestürzt wird. Für Marx war die Französische Revolution ein solcher Übergang, in dem die Feudalherren durch die produktivere kapitalistische Klasse ersetzt wurden. Zu gegebener Zeit würde Letztere – die besitzende Bourgeoisie – an der Reihe sein, von der Arbeiterklasse – dem Proletariat – gestürzt zu werden. Diese würde eine klassenlose, sozialistische Gesellschaft errichten und so den Prozess des politischen Wandels zu seinem Ende führen. Nach dieser Analyse sind Revolutionen die Triebkraft der historischen Entwicklung – die „Lokomotiven der Geschichte", in dem von Marx später gebrauchten Bild.

„Der radikalste Revolutionär ist ein Konservativer am Tag nach der Revolution."
Hannah Arendt, deutsch-amerikanische Politologin, 1970

Vieles neu und alles beim Alten Neben dieser positiven Beurteilung von Revolution als progressiver Kraft, die eine dauerhafte Veränderung zum Besseren bewirkt, hat es immer auch eine pessimistischere Sichtweise gegeben. Viele teilten und teilen George Bernhard Shaws düstere Einschätzung, die er 1903 äußerte: „Revolutionen haben noch niemals das Joch der Tyrannei abgeschüttelt; sie haben es nur auf eine andere Schulter gewälzt." In den letzten Jahrzehnten gab es, vor allem unter konservativen Historikern, eine stark revisionistische Tendenz. Sie lehnen die positiven Aspekte von Revolutionen ab und betrachten

> **Revolution: Ein plötzlicher Wechsel in der Form der Missregierung … Revolutionen gehen gewöhnlich mit beträchtlichem Blutvergießen einher, doch man sagt, dass sie es wert sind – eine Einschätzung, die von den Nutznießern stammt, deren Blut nicht das Unglück hatte, vergossen zu werden.**
>
> Ambrose Bierce, ***Des Teufels Wörterbuch*** **(1906)**

sie eher als schädliche und oft blutige Sackgasse und weniger als bedeutende Wendepunkte auf dem Weg des Fortschritts.

Eine Bestätigung fand diese pessimistische Einschätzung vor allem im Zusammenbruch der kommunistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion zwischen 1989 und 1991. Damit schien sich zu bewahrheiten, dass große revolutionäre Umwälzungen, für die als paradigmatisches Beispiel die Russische Revolution von 1917 stand, nur vorübergehende Veränderungen hervorbringen und nicht die von der marxistischen Theorie vorausgesagte dauerhafte Transformation. Tatsächlich ist die häufigste Kritik an Revolutionen, dass sie, wie die Geschichte zeigt, letztlich sehr wenig bewirkt haben und dass selbst dort, wo es gewisse Veränderungen gab, diese nicht den ursprünglichen Erwartungen entsprachen. Sowohl in der Französischen als auch in der Russischen Revolution folgten auf eine kurze Periode des idealistischen Optimismus eine durch inneren und äußeren Druck hervorgerufene Aufspaltung in gemäßigte und radikale Kräfte und darauf ein Prozess der Radikalisierung, in dessen Verlauf sich die gesamte Macht in den Händen weniger konzentrierte. In Frankreich bewirkte ein Jahrzehnt des Blutvergießens die Ersetzung der absoluten Macht Ludwigs XIV. durch die absolute Macht Napoleon Bonapartes; und in Russland dauerte es fast genauso lange, bis die feudale Autokratie der Romanows am Ende durch die brutale Despotie Josef Stalins ersetzt worden war.



Die stampfenden Lokomotiven der Geschichte

11 Anarchie

In der Vorstellung des Karikaturisten ist der Anarchist eine finstere, verwahrloste Gestalt mit Hut und Bart, ein gesellschaftlicher Außenseiter, bewaffnet mit einer Bombenkugel und fest entschlossen, wahllos denen den Tod zu bringen, die das Pech haben, ihm auf seinem Weg der Zerstörung zufällig in die Quere zu kommen. Einige anarchistische Anschläge in der Vergangenheit mögen dazu beigetragen haben, diese Karikatur als zutreffend erscheinen zu lassen. Doch mit Sicherheit hat kein anderes als dieses unter dem Begriff der Anarchie zusammengefasste Bündel politischer Vorstellungen zu mehr Verwirrung und Missverständnissen geführt.

Das Ziel von Anarchisten ist natürlich, Anarchie herbeizuführen oder zu verwirklichen. Aber was ist damit genau gemeint? Bis ins 18. Jahrhundert wurde der Begriff fast ausschließlich negativ gebraucht, um politische Ablehnung oder Missbilligung auszudrücken. Während der Französischen Revolution wurde er zum Beispiel auf die radikale Gruppierung der sogenannten *Enragés* angewendet, die von ihren Gegnern beschuldigt wurde, eine Reihe gesellschaftlicher Auswüchse zu fördern, darunter die Verwahrlosung der staatlichen und öffentlichen Moral, die Missachtung des Rechts und den Missbrauch von Eigentum.

> **‚Anarchie ist Ordnung, Regierung ist Bürgerkrieg.‘**
>
> **Anselme Bellegarrigue,**
> **französischer Anarchist (zugeschrieben), 1848**

Doch auch wenn dieser ausgesprochen negative Sinngehalt des Begriffs „Anarchie“ tief in der Geschichte verwurzelt ist, hat er doch noch weitere. Das aus dem Griechischen stammende Wort für „Herrschaftslosigkeit“ hat auch eine neutrale Bedeutung und bezeichnet zunächst nichts anderes als die Abwesenheit von Regierung oder zentraler politischer Autorität. Etliche führende Anarchisten hatten ihr Vergnügen daran, auf diese Doppeldeutigkeit und den sich scheinbar daraus ergebenden Widerspruch anzuspielen, und bekräftigten dadurch (mit oder ohne Absicht) das Stereotyp. Wie dem auch sei, das gängige Klischee wird einer politischen Denkrichtung, die einen äußerst wohlwollenden und optimistischen Blick auf das menschliche Potenzial richtet und die Politik bis heute erheblich beeinflusst, nicht gerecht.

Zeitleiste

1793
William Godwin veröffentlicht *Über die politische Gerechtigkeit*

1840
Pierre-Josef Proudhan erklärt: „Eigentum ist Diebstahl“

1845
Max Stirner veröffentlicht sein Buch *Der Einzige und sein Eigentum*

Befreiung und spontane Ordnung Allen Anarchisten gemein ist ihr tiefes Misstrauen gegenüber jeder Form von Autorität. In ihren Augen hat niemand das Recht, Macht über andere auszuüben, deshalb ist ihr Ziel die Freiheit von jeglichem Zwang und jeder Form der Kontrolle. Sie glauben, dass institutionalisierte Macht, verkörpert in einem repressiven Staatsapparat, stets im Interesse derer ausgeübt wird, die sie besitzen, und stets in einer Art und Weise, die andere ausbeutet. Die von den Anarchisten ersehnte Form der Freiheit wurde von der US-amerikanischen Anarchistin Emma Goldmann treffend dargestellt. Sie schrieb 1919: „Anarchie bedeutet die Befreiung des menschlichen Geistes aus der Herrschaft der Religion, die Befreiung der menschlichen Kraft aus der Herrschaft des Eigentums; die Befreiung von den Fesseln und Beschränkungen der Regierung."

Die Anarchisten rechtfertigen ihre Behauptung, dass der Staat unrechtmäßig ist und von seinen Bürgern keinen Gehorsam verlangen kann, damit, dass beides die Autonomie des Individuums verletzt. Menschen, so wird gesagt, sind grundsätzlich vernünftig und in der Lage, ihre Angelegenheiten untereinander auf friedliche und konstruktive Art zu regeln, ohne den Knüppel der Staatsmacht spüren zu müssen. Der üblichen Auffassung, die Macht des Staates sei notwendig, um die egoistischen oder rohen Instinkte der Menschen zu zügeln, setzen die Anarchisten entgegen, dass der Mensch seinem Wesen nach gut ist und dass diese angeborene Eigenschaft durch die zwangsläufig ungerechten hierarchischen Machtstrukturen des Staates ausgehöhlt und beschädigt wird. Anarchie führt demnach nicht zu Chaos, wie allgemein angenommen wird, sondern zu einer Art spontaner und natürlicher Ordnung.

Der Drang zu zerstören

Die Karikatur des Anarchisten als durchgeknallter Einzelgänger, versessen aufs Zerstören und Anrichten von Blutbädern, basiert vor allem auf dem sogenannten revolutionären Anarchismus, der um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zur vorherrschenden Spielart des Anarchismus wurde. Ursprünglich mit der Person Michail Bakunins verbunden, waren die Anhänger dieser extremen Form des Anarchismus davon überzeugt, dass der Einfluss des Staates so schädlich ist, dass seine Beseitigung mit allen Mitteln bis hin zur Gewalt gerechtfertigt sei. Dem lag die Vorstellung zugrunde, dass aus Vernichtung neues Leben entsteht, oder wie Bakunin es ausdrückte, „der Drang zur Zerstörung ist ein kreativer Drang". Das Ergebnis war eine Welle von Terroranschlägen auf hochrangige Führer und prominente Politiker, deren Ermordung die Verletzlichkeit des Staates demonstrieren und (als „Propaganda der Tat") die Massen zur Revolution anstiften sollte. Unter den Opfern dieser Anschläge waren der französische Präsident Sadi Carnot (1894), der spanische Premierminister Antonio Cánovas del Castillo (1897), der italienische König Umberto I. (1900) und US-Präsident William McKinley (1901).

Eigentum ist Diebstahl Das Verdienst, die politische Philosophie des Anarchismus erstmals umfassend erklärt zu haben – ohne allerdings den Begriff selbst zu ver-

1876
Michail Bakunin stirbt

1936–1937
Anarchisten kontrollieren während des Spanischen Bürgerkriegs den Osten des Landes

1960er-Jahre
Wiederaufflackern anarchistischer Aktionen gegen die bestehende Ordnung

wenden –, wird dem Engländer William Godwin (Ehemann von Mary Wollstonecraft und Vater von Mary Shelley) zugeschrieben, der sowohl Radikaler als auch überzeugter Individualist war. In seinem Werk *Über die politische Gerechtigkeit* (1793) geht Godwin von der Prämisse aus, dass „Vervollkommnungsfähigkeit eine der eindeutigsten Eigenschaften der Spezies Mensch" sei. Weiter zeichnet er das Bild einer idealen Gesellschaft, in der die Menschen harmonisch in kleinen, selbstverwalteten Gemeinschaften zusammenleben; das Miteinander von Männern und Frauen beruht auf dem Gleichheitsprinzip und beide kooperieren im Interesse aller, ohne den schädlichen Einfluss von Gesetzen und Institutionen, aufgezwungen durch die „brutale Maschinerie" einer Regierung.

Godwins kommunitaristische Vision einer dezentralisierten Gesellschaft hinterließ einen starken Eindruck bei der wahrscheinlich einflussreichsten Figur in der Geschichte des Anarchismus, dem französischen Staatstheoretiker Pierre-Joseph Proudhon. Als erste Person, die sich selbst als Anarchist bezeichnete, spielte Proudhon immer wieder auf den Widerspruch an, der vermeintlich in seinen Ansichten steckte. Und er verglich auf provozierende Art und Weise seine Vision einer systematischen Anarchie mit der bestehenden Gesellschaftsordnung – ihrer „Geschlossenheit und Zentralisation", was in Wahrheit nichts anderes sei als „Chaos, das als Grundlage für ewige Tyrannei dient". „Obwohl ich ein unerschütterlicher Freund von Ordnung bin", beteuert er, „bin ich (in der vollen Bedeutung des Wortes) Anarchist."

Proudhons Bekanntheit beruht teilweise auf seiner ersten Schrift, *Was ist Eigentum?* (1840), und auf seiner berühmt gewordenen Antwort auf diese Frage: „Eigentum ist Diebstahl." Er war jedoch kein Befürworter des Kommunismus. So wie Godwin „angehäuften Besitz" als die Ursache von Ausbeutung verurteilt hatte, wendet sich Proudhon gegen die Eigentumsrechte, die es Hauswirten erlauben, ihre Mieter auszubeuten, indem sie aus deren Arbeit Profit in Form von Miete ziehen. Er lehnte jedoch nicht den „persönlichen" Besitz der Produktionsmittel ab, denn er sah es als das Grundrecht einer freien Person an, Zugang zu den Hilfsmitteln und dem Land zu haben, die notwendig sind, um ein angemessenes Leben zu führen. Proudhons Vorschlag eines gesellschaftlichen Arrangements, auch bekannt als Mutualismus, war im Grunde ein föderales System kleiner, autonomer Genossenschaften aus Arbeitern und Produzenten, die sich beide dem freien und gerechten Austausch von Gütern verpflichteten; das System beruhte auf dem Grundsatz des beiderseitigen Vorteils und ersetzte Profitstreben durch das Bedarfsprinzip.

„Wir verwerfen jede Gesetzgebung, jede Autorität, jeden privilegierten, patentierten, offiziellen, legalen Einfluss … in der Überzeugung, dass derartiges immer nur zum Vorteil einer herrschenden Minderheit von Ausbeutern und zum Nachteil der geknechteten ungeheuren Mehrheit gereichen kann."

Michail Bakunin

Anarchosyndikalismus Die Ablehnung einer zentralisierten Autorität ist nicht an eine bestimmte politische Denkrichtung gebunden. Daher überrascht es nicht, dass es fast so viele Spielarten des Anarchismus gab wie Anarchisten, die sie entwickelten. Am einen Rand des Spektrums steht der auf die Spitze getriebene Individualismus des deutschen Philosophen Max Stirner, den er in seinem Buch *Der Einzige und sein Eigentum* (1845) dargelegt hat. Stirner lehnt nicht nur die Kontrolle durch den Staat ab, sondern auch alle sonstigen gesellschaftlichen und politischen Beschränkungen der individuellen Freiheit und Selbstbestimmtheit. In seiner Vision des Lebens als „Verein der Egoisten" ist Eigennutz die einzige Richtschnur. Das andere Ende des Spektrums markiert der aus dem gewaltfreien Kommunitarismus Proudhons – in erster Generation – hervorgegangene umfassende Kollektivismus des russischen Revolutionärs Michail Bakunin, der zur Überwindung des Staates durch gewaltsame Mittel aufrief, und schließlich der aus diesem abgeleitete, noch extremere anarchistische Kommunismus, der von einem anderen Russen, dem Fürsten und späteren Revolutionär Pjotr Kropotkin, verfochten wurde.

Direkte Protestaktion

Seit der revolutionären Gegenkultur der 1960er-Jahre haben die zentralen Werte und Konzepte des Anarchismus, darunter die Betonung des Spontanen und die direkte Protestaktion, neue Wellen der Unterstützung erfahren, insbesondere unter den Jüngeren. Grüne Politik wurde von radikalen Ökoanarchisten beeinflusst, die Umweltschutz für unvereinbar erklärten mit den bestehenden politischen Strukturen und einer von den materiellen Werten des Westens dominierten Weltordnung. In ihrer Ablehnung der traditionellen politischen Kanäle griffen die Gegner von Globalisierung und kapitalistischer Marktwirtschaft zu anarchistisch beeinflussten Taktiken der direkten Protestaktionen und öffentlichkeitswirksamer Demonstrationen gegen globale Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – den Jahrzehnten, in denen der Anarchismus die praktische Politik sowohl in Europa als auch in Amerika am stärksten beeinflusste – verbanden sich diese verschiedenen Stränge zur Bewegung des Anarchosyndikalismus. Dieses Konzept identifizierte und förderte die Gewerkschaften (Syndikate) als treibende Kraft der sozialen Revolution und sah deren Aufgabe darin, den Kapitalismus und die Staatsorgane im Kampf zu überwinden. Anders als die meisten Spielarten des Anarchismus erhielt der Anarchosyndikalismus außerordentlich großen Auftrieb in Ostspanien während des Bürgerkriegs. Eisenbahnen und Fabriken in Katalonien wurden von Arbeitersyndikaten übernommen und betrieben, Bauern gründeten anarchistische Kommunen, bestellten das Land gemeinschaftlich und teilten Essen und was sonst nötig war gerecht unter den Familien auf. Dieses Realexperiment in Anarchie dauerte jedoch nur kurz, denn den spanischen Anarchisten erging es nicht anders als ihren Genossen im übrigen Europa, die durch den aufkommenden Faschismus und Kommunismus verdrängt wurden und von der Bildfläche verschwanden.



12 Säkularismus

„Die Vermengung von Staat und Religion kann die öffentliche Freiheit gefährden … Wenn eine Regierung einer bestimmten Religion den Vorzug gibt, dann sendet sie damit ein Signal der Exklusion an diejenigen, die nicht der favorisierten Glaubensrichtung angehören. Ein Staat kann nicht auf der Grundüberzeugung aufbauen, dass alle Menschen gleich geschaffen wurden, wenn er behauptet, dass Gott einige von ihnen bevorzugt … Wenn der Staat sich eine Rolle in religiösen Angelegenheiten anmaßt, verstößt er als Garant der Demokratie gegen seine Verpflichtung.“

In seiner 1992 getroffenen Grundsatzentscheidung befand der Oberste Gerichtshof der USA, dass die Andacht auf der Abschlussfeier einer staatlichen Schule eine Verletzung des ersten Zusatzartikels zur Verfassung der Vereinigten Staaten darstellte. In seiner oben zitierten Begründung griff Richter Harry A. Blackmun eine Sorge auf, die zwei Jahrhunderte zuvor schon die Gründerväter der Vereinigten Staaten umtrieb: dass der Verstoß gegen das in der Verfassung verankerte Prinzip des Säkularismus eine direkte Bedrohung der fundamentalen Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Demokratie darstellt, auf denen die Nation gegründet wurde.

Trennung von Staat und Religion Zusammengesetzt aus den 16 meistdiskutierten Wörtern der englischen Sprache, bilden die „Errichtungsklausel“ und die Klausel zur freien Religionsausübung (*Establishment and Free Exercise Clauses*) den ersten Teil des ersten Zusatzartikels, der mit der *Bill of Rights*, der Grundrechtekatalog der Verfassung der Vereinigten Staaten, im Jahr 1791 verabschiedet wurde. Darin ist festgeschrieben, dass der Kongress kein Gesetz erlassen darf, das die Einrichtung einer Religion betrifft oder die freie Religionsausübung einschränkt. Mit diesem Verbot schufen die Gründerväter das Fundament für die (von Thomas Jefferson so genannte) *wall of separation*, die den Bereich des Glaubens strikt von dem der Politik trennt. Obwohl ihre exakte Auslegung äußerst umstritten ist, verhindert die Regelung unabhängig von der jeweiligen Lesart die gegenseitige Einmischung von Staat und Kirche und zielt (mit den Worten eines anderen Richters des höchsten US-Gerichts, Arthur Goldberg) darauf ab, „das größt-

Zeitleiste

14.–15. Jh.	frühes 17. Jh.	1789–1790
Beginn humanistischer Bewegungen im Europa der Renaissance	Religionskriege toben in Europa	Einführung der *laïcité* (Säkularismus) in Frankreich

„Ich betrachte mit tiefem Respekt diesen Akt des gesamten amerikanischen Volkes, das erklärt hat, dass seine Legislative ‚kein Gesetz erlassen darf, das die Einrichtung einer Religion betrifft oder die freie Religionsausübung einschränkt' und dadurch eine trennende Mauer zwischen Kirche und Staat errichtet.“

Thomas Jefferson, 1802

mögliche Maß an religiöser Freiheit und Toleranz für alle zu erreichen und sicherzustellen“.

Wie das Gerichtsurteil zum Schulgebet zeigt, unterliegt die Trennung von Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten einer strengen Kontrolle. Insofern Säkularismus nach amerikanischem Verständnis darin besteht, göttliche Autorität aus der Regelung weltlicher Angelegenheiten herauszuhalten, sind die USA zweifellos einer der säkularsten Staaten der Welt. Vor diesem Hintergrund mag es überraschen, wenn US-Präsident Bill Clinton 1995 in einer Rede – sicherlich völlig zu Recht – feststellt: „Die Vereinigten Staaten sind in dieser äußerst säkularen Zeit eindeutig das traditionellste religiöse Land der Welt, zumindest der ganzen industrialisierten Welt.“ Dieser scheinbare Widerspruch löst sich rasch auf, wenn man den Säkularismus und mit ihm verwandte Konzepte wie Atheismus und Humanismus, mit welchen er manchmal verwechselt wird, auseinanderhält. In der Bedeutung, die Clinton im Sinn hatte, steht der Säkularismus keineswegs im unvereinbaren Gegensatz zur Religion; viel eher bezieht sich seine Aussage auf ein besonderes Verständnis des Stellenwerts von Religion in der Verfassung und im staatlichen Handeln.

Der säkulare Mythos Europas Amerikas Errungenschaft einer säkularen Religiosität ist außergewöhnlich, was deutlich wird, wenn man Vergleiche mit Europa zieht, der angeblichen Geburtsstätte des Säkularismus, wo die Situation in vielerlei Hinsicht genau umgekehrt ist wie in den USA. Die meisten europäischen Länder sind grundsätzlich weder weniger religiös noch weniger säkular als die Vereinigten Staaten (jedenfalls im Sinne Clintons), doch die Europäer selbst sehen das nicht unbedingt genauso. In einem an Lehrer gerichteten offenen Brief stellte 2007 der neue Staatspräsident Frankreichs, Nicolas Sarkozy, die rhetorische Frage: „Konfrontiert mit dem Risiko einer Auseinandersetzung zwischen den Religionen, die einem Kampf der Kulturen Tür und Tor

1791
Der erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten schreibt die Trennung von Staat und Religion vor

1802
US-Präsident Thomas Jefferson benutzt erstmals den Ausdruck „*wall of separation*“

1992
Der Oberste Gerichtshof der USA fällt ein bahnbrechendes Urteil (Lee vs. Weisman) zum Schulgebet

1990er-Jahre
Religiöse und ethnische Spannungen entladen sich in den Jugoslawienkriegen

Europas gespaltene Seele

Anzeichen für Europas gestörte säkulare Identität sind bis heute überall sichtbar: Streit über muslimische Kopftücher und andere Religionssymbole, Proteste gegen diskriminierende Blasphemie-Gesetze, die „ausgewogene Behandlung“ von Kreationismus und Evolutionstheorie in der Schule … die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Im größeren Maßstab hat Europa seine Seele in den Bemühungen um die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten gesucht – oder wiedergefunden. Das gilt vor allem für seine Anstrengungen, die Türkei zu integrieren, ein Land, das Ost und West verbindet und wo der Demokratisierungsprozess und größere Freiheit mit einer wachsenden öffentlichen Zurschaustellung der muslimischen Kultur und Religion einhergegangen sind. Aufschlussreich ist auch eine andere Episode – die Anfang der 2000er-Jahre entstandene Kontroverse über die Präambel der geplanten EU-Verfassung. In ihrem ursprünglichen Entwurf waren darin sowohl Gott als auch die christlich-europäischen Werte erwähnt, im Wortlaut der Endfassung, auf die man sich schließlich als Kompromiss verständigte, wurde dann auf den „Einfluss des kulturellen, religiösen und humanistischen Erbes Europas“ hingewiesen. Der vielleicht traurigste Beleg für den fragwürdigen Zustand des europäischen Säkularismus ist die Tatsache, dass im ausgehenden 20. Jahrhundert mitten in Europa ein durch religiöse und ethnische Unterschiede motivierter, grausamer Krieg auf dem Balkan toben konnte.

öffnen würde – welche bessere Verteidigung könnten wir haben als einige große universelle Werte und den Säkularismus?“ Sarkozys Bild von Europa als einer mit freiheitlichen westlichen Werten bewaffneten Festung, die den Übergriffen durch religiösen Fanatismus trotzt, ist typisch für ein gewisses Überlegenheitsgefühl, das in hochmütiger Besorgnis nach Ost und West blickt: In der einen Richtung erblickt sie den bedrohlichen Fundamentalismus Asiens, in der anderen den platten Eifer der amerikanischen Religiosität. Doch das Bild ist stark verzerrt.

Die europäische Selbstwahrnehmung als Bollwerk gegen gefährliche religiöse Kräfte von außen deckt sich kaum mit der Realität. Vor allem sind diese Kräfte längst keine äußeren mehr, wenn sie es je waren. Wer etwas anderes denkt, ignoriert Jahrhunderte der Einwanderung und demografischen Veränderungen, die eine bunte Mischung religiöser und kultureller Einflüsse hervorgebracht haben; insbesondere der starke muslimische Zustrom nach Europa in den vergangenen Jahrzehnten ist lediglich die jüngste Phase eines seit langer Zeit andauernden Prozesses. Außerdem beruht die Vorstellung, dass der Säkularismus in gewisser Weise ein krönender Abschluss der europäischen Aufklärung ist, auf einem quasi-mythischen Narrativ der Säkularisierung. Ausgehend von der Renaissance, in der erstmals die Wissenschaft an den Fundamenten des theologisch begründeten Menschenbildes zu rütteln begann, erreichte dieser Schöpfungsmy-

thos seinen blutigen Höhepunkt in den Religionskriegen des 17. Jahrhunderts. An diesem Punkt der Krise (so die Erzählung) wurden die im Zuge der Reformation entfesselten destruktiven religiösen Leidenschaften durch das glückliche Zusammentreffen des aufgeklärten Rationalismus und der progressiven Kräfte der wissenschaftlichen Revolution endgültig besänftigt. Im Zuge dieser säkularen Transformation sei die politische Theologie auf der Grundlage göttlicher Offenbarung schließlich der politischen Philosophie auf der Grundlage menschlicher Vernunft gewichen. Religion sei in die geschützte Sphäre des Privaten verwiesen und gleichzeitig eine liberale öffentliche Arena geschaffen worden, in der freie Meinungsäußerung, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und (zu gegebener Zeit) Demokratie blühten.

Diese Erzählung, die sowohl den Ursprung als auch die Rechtfertigung der säkularen Identität Europas einschließt, ist in wesentlichen Punkten falsch. Das unmittelbare Erbe der Religionskriege des 17. Jahrhunderts war nicht ein Europa moderner säkularer Staaten, sondern das eines territorialen Flickenteppichs der Konfessionen; die einzige Freiheit, welche Minderheiten, die sich auf dem falschen konfessionellen Territorium wiederfanden, zugestanden wurde, war die, anderswohin zu gehen. Mit Ausnahme des ostentativ säkularen Frankreichs (wo eine Revolution Säkularismus – oder *laïcité* – brachte, bezahlt mit dem Blut seiner Bürger) ist bis zum heutigen Tag keines der europäischen Länder vollständig oder durchgängig säkular gewesen. Das Vereinigte Königreich hat eine Staatskirche, genauso die protestantisch geprägten Länder Skandinaviens, während andere Staaten wie Polen, Irland und Italien im Wesentlichen katholisch sind. Wo strikter Säkularismus über einen gewissen Zeitraum dominierte, wie etwa in der Sowjetunion und in Osteuropa, waren meist Intoleranz und zutiefst illiberale Regierungen die Folge. Auf einer Mischung von Fantasie und historischen Unwahrheiten basierend, ist die Geschichte des europäischen Säkularismus – paradoxerweise Inspirationsquelle für eine erfolgreichere und eindrucksvollere Version in Nordamerika – eine oft unbefriedigende Erzählung, und ein glückliches Ende ist nicht in Sicht.

> **„Die Tatsache, dass wir die Religionsfreiheit haben, bedeutet nicht, dass wir versuchen müssen, frei von Religion zu sein.“**
> **Bill Clinton, 1993**

Worum es geht

Trennung von Kirche und Staat

13 Republikanismus

„Die wahre und einzig wahre Definition“ einer Republik, schrieb 1787 der spätere zweite Präsident der Vereinigten Staaten, John Adams, ist „eine Staatsform, in der alle Menschen, Reiche und Arme, Regierende und Regierte, Herren und Diener, Amtsinhaber und ... der höchste und der niedrigste Bürger, vor dem Gesetz gleich sind“.

Nur wenige bekundeten seitdem ein ähnlich großes Vertrauen in die Eigenschaften der Republik oder des Republikanismus – die Doktrin derer, die diese Staatsform bevorzugen. Adams’ republikanischer Wegfährte (wenn auch persönlicher Feind), der radikale Thomas Paine, bekrittelte jene, die gewitzt genug waren „etwas, das sie Republikanismus nannten, zu missbrauchen, aber niemals den Versuch unternahmen zu erklären, was sie darunter eigentlich verstanden“. Während der Republikanismus ein Sammelsurium wechselnder Ideale bleiben sollte, die sich einer Festlegung hartnäckig entzogen, war es eben jener Paine, der Adams vorwegnahm, indem er in seinem revolutionären Pamphlet *Common Sense* („Gesunder Menschenverstand“; 1776) das Rechtsstaatsprinzip als den herausragenden republikanischen Grundsatz mit den Worten unterstrich: „In Amerika ist das Gesetz König. Denn so wie in absoluten Regierungen *der König das Gesetz ist*, so *sollte* in freien Ländern das Gesetz König sein.“

Was jedem freien Menschen zusteht Heute wird der Begriff „Republik“ häufig auf Staaten angewendet, die keinen Monarchen haben, manchmal ergänzt um die Bedingung, dass ihnen ein gewähltes Staatsoberhaupt, üblicherweise ein Präsident, vorsteht. Wie die Geschichte zeigt, wurden viele oder wahrscheinlich sogar alle Republiken anstelle von Monarchien errichtet, oft mit gewaltsamen Mitteln. So natürlich auch im Amerika des 18. Jahrhunderts, wo die verärgerten britischen Kolonisten widerwillig den vollständigen Bruch mit der britischen Krone als einzige Lösung ihrer unerträglich gewordenen Situation sahen; und einige Jahre später auch in Frankreich, wo die Bourbonenherrschaft im Sturm der Französischen Revolution blutig beendet wurde.

Paine war eindeutig kein Freund der Monarchie: „Je mehr sich irgendeine Regierungsform derjenigen einer Republik annähert“, schrieb er in *Common Sense*, „desto weniger bleibt für einen König zu tun“. In republikanischen Erzählungen ist es oft ein

Zeitleiste

510 v. Chr.
Die Vertreibung der etruskischen Könige markiert den Beginn der Römischen Republik

27 v. Chr.
Die Römische Republik endet formal mit der Machtergreifung durch Kaiser Augustus

1649–1660
Die englische Republik („Commonwealth“) wird nach der Hinrichtung Karls I. gegründet

besonders überheblicher Monarch – wie Georg III., von Paine als „königlicher Rohling“ tituliert – der als Sündenbock, als Verursacher von Unterdrückung identifiziert wird. Doch es war nicht die Monarchie an sich, an der Paine oder Adams Anstoß nahmen, sondern das, wofür sie stand: absolute Macht, willkürlich ausgeübt, und zwar meist im eigenen und nicht im öffentlichen Interesse. Tatsächlich teilten nicht alle frühen amerikanischen Republikaner die Idee der Unvereinbarkeit von Monarchie und Republikanismus. Im Jahr 1775 stellte Adams fest: „Die britische Verfassung ist … mehr oder weniger eine Republik, in welcher der König die höchste legislative Macht ist.“ Was Adams und die anderen beklagten, war, dass Großbritannien – „ein Reich der Gesetze, nicht eines von Menschen“, in welchem das Amt des Monarchen „an festgeschriebene Gesetze gebunden ist, die nicht ohne die Stimme des Volkes gemacht werden“ –, dass dieses Großbritannien seinen amerikanischen Vettern und Cousinen keine ähnliche Freiheit zugestand und ihnen „die allen Engländern garantierten und jedem freien Menschen zustehenden Grundrechte“ verweigerte.

Die Römische Republik

Nach der Überlieferung wurde die Römische Republik im Jahr 510 v. Chr. gegründet, nachdem Tarquinius der Stolze, der letzte der dekadenten Etruskerkönige, durch einen Aufstand unter Führung des republikanischen Helden Lucius Brutus vertrieben worden war. Die nach dem Fall der Könige errichtete Verfassung war demokratisch, insofern die Souveränität nominell beim Volk lag. Doch die Macht konzentrierte sich praktisch in den Händen einer Oligarchie von rund 50 Adelsfamilien, die die wichtigen Magistrate (politischen Ämter) unter sich verteilten und das wichtigste Gremium, den Senat, kontrollierten.

Allerdings gab es zahlreiche Verfassungshürden, die den Machtmissbrauch verhindern. So waren etwa alle Ämter zeitlich befristet und selbst die höchsten Funktionen, die der beiden Konsuln, durch Gesetze und das Vetorecht der Volkstribunen in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Diese Schutzvorkehrungen sollten sich für spätere Republikaner als fragwürdig herausstellen, ebenso wie das endgültige Schicksal der Republik. Die Fundamente der Verfassung wurden stetig durch Korruption und Missbrauch ausgehöhlt, bis das ganze Gebäude schließlich einstürzte und 27 v. Chr. durch das autokratische Herrschaftssystem des Augustus ersetzt wurde.

1775–1783
Die Amerikanische Revolution führt zur Gründung der USA

1789–1790
Die französische Monarchie wird gewaltsam durch eine radikale Form der Republik ersetzt

Ein Brief, im Jahr 1780 verfasst von einem anderen der Gründerväter, Alexander Hamilton, verdeutlicht die zentrale Bedeutung der Gleichheit vor dem Gesetz im republikanischen Denken. „Der Gehorsam eines freien Volkes gegenüber den allgemeinen Gesetzen“, vermerkt er, „ist, egal wie schwer es an ihnen trägt, allemal besser als derjenige von Sklaven gegenüber dem launischen Willen eines Fürsten.“ Es ist nicht die Misshandlung als solche, die verachtet wird, sondern die Tatsache, dass eine solche Behandlung aus der Laune eines anderen heraus geschieht. Das Ziel von Republikanern ist nicht allein Freiheit von Unterdrückung, sondern Freiheit von der Furcht oder Bedrohung durch sie. Das Ideal des Republikaners ist der freie Mensch – Bürger, nicht Untergebener, Herr über sein eigenes Schicksal, frei, sein Leben im Einklang mit dem Gesetzen zu leben und anderen aufrecht und furchtlos zu begegnen.

Bürgerliche Pflichten und Tugenden Das zentrale Element der republikanischen Mythologie – die Beseitigung der Tyrannei – gründet auf dem archetypischen Vorbild der Römischen Republik (▶ Textbox Seite 53). (Nicht zufällig ist der Begriff „Republik“ aus dem Lateinischen Wort für „Staat“ oder „öffentliche Sache“, *res publica*, abgeleitet; das englische *commonwealth* hat eine ganz ähnliche Bedeutung.) Die Faszination, die die Römische Republik auf die Republikaner späterer Zeiten einschließlich derer ausübte, welche die Verfassung der Vereinigten Staaten formulierten, beruht sowohl auf dem unbeugsamen Mut ihrer großen Helden als auch auf den Besonderheiten ihrer Verfassungsordnung. Besonders beeindruckt waren sie von der Pflichttreue (*pietas*) ihrer Verteidiger – der Tyrannenmörder Brutus, der unbesiegbare Scipio,

Gratwanderung zwischen Tyranneien

„Republikanisch ist eine Regierung nur dann“, schrieb Thomas Paine in *Die Rechte des Menschen* (1791), „wenn sie im öffentlichen Interesse ist, und zwar des individuellen wie des gemeinschaftlichen.“ Das könnte darauf hindeuten, dass Demokratie die natürliche Regierungsform für eine Republik ist. Paine spürte, dass die repräsentative Demokratie am besten mit dem Republikanismus harmoniert, doch erkannte er auch, dass das nicht notwendigerweise so ist. Zweifellos waren die meisten frühen Republikaner äußerst misstrauisch gegenüber der direkten Demokratie, die in ihren Augen fast dasselbe war wie die Herrschaft des Pöbels und in der sie ein Einfallstor für Anarchie und den Missbrauch von Eigentum und anderer Grundrechte sahen. Es galt, den aufrechten Bürger vor der Tyrannei der Massen ebenso zu schützen wie vor der Tyrannei durch Despoten, weshalb die Architekten der US-Verfassung die Gewaltenteilung favorisierten und zahlreiche Kontrollmechanismen einbauten. In der daraus resultierenden Mischkonstruktion wurde die Souveränität zwischen mehreren Organen aufgeteilt, damit keines von ihnen uneingeschränkt und unkontrolliert Macht ausüben konnte.

der strenge Cato –, die sich alle uneingeschränkt und selbstlos für das Allgemeinwohl einsetzten.

Die römische *pietas* diente als Vorbild für die bürgerlichen Tugenden, die zum Kennzeichen des amerikanischen Republikanismus wurden. In diesem bestand die wesentliche Qualität des aufrechten Bürgers in seiner Bereitschaft, sich für die öffentlichen Belange des Staates einzusetzen und das Gemeinwohl über jede Form von Eigennutz oder Sonderinteressen zu stellen. Ein solches Engagement war im Allgemeinen mit gesellschaftlicher Teilhabe und mit einem Maß an Bildung verbunden, das vernünftige Abwägungen unter eigenständig denkenden und gebildeten Gleichberechtigten erlaubte. Eine den Annahmen jener Zeit entsprechende Konsequenz war, dass Frauen und besitzlose Arbeiter (und natürlich Sklaven) auf Schutz und Fürsprache durch eine rechtschaffene (männliche, weiße) Elite bauen mussten.

> **„Die republikanische ist die einzige Regierungsform, die nicht ewig im offenen oder geheimen Krieg gegen die Rechte des Menschen steht.“**
>
> **Thomas Jefferson, 1790**

Schwierige Partnerschaft Liberalismus und Republikanismus wurden und werden oft miteinander verknüpft, aber nicht immer handelt es sich dabei um eine notwendigerweise einfache Partnerschaft. Die Form des sozial gesinnten Republikanismus, der uneigennütziges Partizipieren an der Zivilgesellschaft als Wert schätzt, geht nicht ohne Weiteres mit der Sorte Liberalismus zusammen, der die Rolle des Staates im Wesentlichen auf die des Vermittlers beschränkt und dessen Aufgabe lediglich darin sieht, die Rechte des Einzelnen zu schützen und bei Interessenkonflikten als Schlichter aufzutreten. Traditioneller Republikanismus geht außerdem mit einem gewissen gesellschaftlichen Konservatismus und einer Form der sozialen Strenge Hand in Hand, doch beides ist ebenfalls weit entfernt vom klassischen Liberalismus, dem ökonomischer Individualismus und persönliches Wohlstandsstreben so sehr am Herzen liegen. Heute scheint es, als hätten die Fürsprecher der Individualrechte die Oberhand über die Befürworter von Gemeinschaftsverpflichtungen gewonnen, doch die damit verbundenen Spannungen sind noch lange nicht überwunden. Im Falle der USA ist die Opposition die gestaltende Kraft hinter der politischen und kulturellen Dynamik des Landes.

Worum es geht

Wo das Gesetz König ist

14 Kapitalismus

In der Euphorie, die auf den Zusammenbruch der staatlichen gelenkten Ökonomien des Ostblocks 1989 folgte, sprachen manche Kommentatoren von einem Sieg der liberalen Demokratie und des kapitalistischen Systems der sozialen Marktwirtschaft, das diese untermauerte. Die Überheblichkeit einer solchen Einschätzung wurde durch die weltweite Bankenkrise im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auf schmerzhafte Weise deutlich.

Obwohl der Kapitalismus von manchen seiner leidenschaftlichsten Befürworter als eine Ideologie beschrieben wird, ist er doch im Wesentlichen eine Produktionsform: eine Art und Weise, die wirtschaftlichen Aktivitäten zu organisieren. Im Zentrum eines kapitalistischen Systems steht der Einsatz von privatem Kapital zur Erzielung von Einkommen. Alles, was für die Herstellung von Waren benötigt wird – die „Produktionsmittel“, namentlich das Kapital zu Beschaffung von Land, Material, Werkzeugen, Ideen und Arbeitskraft –, ist im Besitz von Einzelnen (Kapitalisten), die diese Mittel benutzen, um Dinge zu produzieren, die sich mit Gewinn verkaufen lassen. Das so generierte Vermögen häuft sich dadurch stetig an und wird teilweise erneut investiert, um das Geschäft am Laufen zu halten und auszuweiten. Weitere Voraussetzungen für das erfolgreiche Funktionieren des Kapitalismus sind gesetzliche Rahmenbedingungen, die zumindest dafür sorgen, dass Verträge geschlossen werden, sowie ein freier, für alle zugänglicher Markt. Das Bestimmungsmerkmal des Kapitalismus im Unterschied zur Planwirtschaft ist, dass sämtliche Entscheidungen hinsichtlich Produktion und Verteilung letztlich dem Markt überlassen sind und nicht von staatlicher Seite getroffen werden.

Das moderne Verständnis von Kapitalismus ist untrennbar verbunden mit den Analysen und Konzepten, die Karl Marx um die Mitte des 19. Jahrhunderts in seinem Hauptwerk *Das Kapital* vorgelegt hat. Für Marx lag der Ursprung des Kapitalismus in dem Klassenkonflikt zwischen Bourgeoisie, der kapitalistischen Klasse, welche die Produktionsmittel besitzt, und Proletariat, der Arbeiterklasse, deren Arbeitskraft als Gegenleistung für unangemessene Löhne ausgebeutet wird, um Profit für ihre Unterdrücker zu erwirtschaften. Die einseitige Anhäufung und Vermehrung von Reichtum führt in den Augen der Marxisten zu einer Konzentration von Macht, und zwar nicht nur ökonomischer, sondern auch gesellschaftlicher und politischer Macht, in den Händen der kapita-

Zeitleiste

1776
Adam Smith beschreibt in *Der Wohlstand der Nationen* die Prinzipien des freien Handels

1848
Karl Marx prophezeit in *Das Kommunistische Manifest* die Überwindung des Kapitalismus

1854
Erste gesicherte Verwendung des Begriffs „Kapitalismus“ (in William M. Thackerays *The Newcomes*)

1867–1894
Karl Marx übt in *Das Kapital* fundamentale Kritik am Kapitalismus

listischen Klasse, die dadurch eine beherrschende Position über das Proletariat erlangt. Diese Situation der Unterdrückung kann nur mit dem Mittel der Revolution beendet werden, durch welche die Bourgeoisie gewaltsam gestürzt und privates Eigentum abgeschafft wird.

Adam Smith und der freie Markt Nahezu ein Jahrhundert vor Marx' großem Werk wurde die wesentliche Triebfeder des Kapitalismus – der freie Markt – von dem schottischen Ökonomen Adam Smith in brillanter Weise analysiert. Als er sein einflussreiches Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen* (1776) schrieb, waren viele der Bedingungen, die ein Aufkeimen des freien Marktkapitalismus (ein Wort, das Smith nicht benutzte) möglich machten, schon gegeben. Mit der Ausweitung des Handels im In- und Ausland waren Unternehmergeist und eine Generation von Kaufleuten entstanden. Beides brachte Großbritannien viel von dem Wohlstand, der die neuen Industrien der beginnenden Industriellen Revolution fördern und unterhalten sollte. Gleichzeitig bildete sich zwangsläufig eine Klasse freier Lohnarbeiter heraus. Sie rekrutierte sich aus den Landarbeitern, die mit dem Niedergang der feudal strukturierten Landwirtschaft massenhaft freigesetzt wurden. Das letzte Hindernis auf dem Weg der ökonomischen Transformation – und der zentrale Gegenstand in Smiths Pionierwerk – waren die vielen immer noch vom Staat auferlegten Monopole und Preiskontrollen.

Smiths Genie bestand darin zu erkennen, dass in einem Markt, in dem man Unternehmertum, Wettbewerb und persönlichem Gewinnstreben freien Lauf lässt, die Dynamik von Angebot und Nachfrage sicherstellen würde, dass die Produzenten Waren und Dienstleistungen herstellen und anbieten, welche die Konsumenten kaufen oder in Anspruch nehmen wollen, und zwar zu einem Preis, der einen angemessenen, aber nicht überzogenen Gewinn aus ihren Investitionen erbringt. Das so konzipierte System reguliert sich auf natürliche Weise selbst, indem veränderliche Größen wie Kosten, Preise und Gewinne als Funktionen des Gesamtsystems festgelegt sind und nicht manipuliert werden können, ohne das System zu beschädigen – weder von denen, die an der Durchführung eines Geschäfts beteiligt sind, noch von außerhalb durch Dritte (etwa den Staat). Die Schlussfolgerung, Politik und Wirtschaft seien ihrem Wesen nach verschieden und Politiker sollten sich in ökonomischen Fragen nicht einmischen, lieferte die theoretische Rechtfertigung für den klassischen liberalen Grundsatz des *laissez faire* – die Vorstellung, dass der Staat sich mit Versuchen zurückhalten sollte, die Richtung des Marktes planen oder lenken zu wollen.

> **‚Kapitalismus ist die verblüffende Vorstellung, dass die schlechtesten Menschen die schlechtesten Dinge zum größten Nutzen aller tun.'**
> **John Maynard Keynes**
> **(zugeschrieben)**

1929	1933	1970er-Jahre	1989	2007
Der Börsencrash in den USA löst die Große Depression aus	John M. Keynes kritisiert in seinem Artikel *Nationale Genügsamkeit* den freien Handel	Die Geldpolitik gewinnt in Europa und den USA an Einfluss	Die Planwirtschaften des Ostblocks beginnen zusammenzubrechen	Beginn des Abschwungs der Weltwirtschaft („Kreditkrise")

Weder intelligent noch schön

Uneingeschränkte, freiheitliche Marktwirtschaft setzt voraus, dass der Staat sich heraushält: Das System ist selbstregulierend und funktioniert optimal, sodass jede Regulierung oder Intervention (sprich: Störung) kraft Definition seine Wirksamkeit beeinträchtigen muss. Der einflussreichste Kritiker dieser Sichtweise war John Maynard Keynes. Den „dekadent internationalen, aber individualistischen Kapitalismus" kommentierend, der sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg durchsetzte, schrieb er mit bitterer Ironie: „Er ist weder intelligent noch schön, er ist weder gerecht noch tugendhaft – und außerdem funktioniert er nicht." Keynes Einwände schienen sich durch die Große Depression der 1930er-Jahre bestätigt zu haben, und mehrere Jahrzehnte lang folgte man weitgehend seinen Empfehlungen – dass Staatsausgaben dafür eingesetzt werden sollen, die Nachfrage in der Wirtschaft anzukurbeln, wodurch die Beschäftigung zunimmt und Rezessionsphasen überwunden werden können. Doch in den 1970er-Jahren wandelte sich die Stimmung abermals. Der Keynesianismus kam als vorherrschende Lehrmeinung aus der Mode und wurde ersetzt durch den Monetarismus, eine Konzeption, die hauptsächlich mit dem US-amerikanischen Ökonomen Milton Friedmann verbunden ist. Die Monetaristen bekräftigten erneut die Vollkommenheit des freien Marktes und bestanden darauf, dass die Rolle des Staates auf die Kontrolle der Geldmenge zur Inflationsverringerung sowie die Beseitigung von Monopolen, Zöllen und anderen äußeren Hemmnissen beschränkt sein sollte. Der von Ronald Reagan, Margaret Thatcher und anderen sogenannten Neoliberalen eingeleitete Prozess der Deregulierung, Privatisierung und „Staatsverschlankung" geriet Mitte der 2000er-Jahre ins Stocken, als mit der weltweiten „Kreditkrise" eine Phase der massiven Staatsinterventionen in historisch einmaligem Umfang begann.

Während Smith den freien Markt als effektivsten Mechanismus der Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten betrachtete, gestand er dem Staat jenseits davon die Rolle zu, den Handel zu erleichtern. Es gab Dinge, die nicht den privaten Unternehmern überlassen werden konnten, da diese kein Interesse daran hatten, Einrichtungen bereitzustellen, von denen sie sich keinen Gewinn versprachen; für den Staat bliebe „die Pflicht, bestimmte öffentliche Anlagen und Einrichtungen aufzubauen und zu unterhalten". An der Frage, ob für Transport, Bildung und andere gesellschaftliche Grundbedürfnisse besser der Staat oder doch eher private Initiativen zuständig sein sollen, entzündete sich die schärfste Auseinandersetzung.

Wunder oder Monster? Selbst Kritiker des Kapitalismus leugnen gewöhnlich nicht seine Fähigkeit, wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen. Nach hundertjähriger Herrschaft, schrieb Marx 1848, hat die Bourgeoisie „massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte hervorgebracht als alle vorangegangenen Generationen zusammen". Das Gewinnmotiv, das Unternehmer dazu anregt, Vermögen anzuhäufen, spornt sie gleich-

> **Die Advokaten des Kapitalismus verstehen sich sehr gut darauf, an die heiligen Grundsätze der Freiheit zu appellieren, die in einer Maxime zusammengefasst sind: Der Erfolgreiche darf in der Ausübung der Tyrannei über den Glücklosen nicht behindert werden.**
>
> **Bertrand Russell, 1928**

zeitig dazu an, ihre Unternehmungen auszuweiten, was wiederum eine stärker differenzierte Arbeitsteilung (Aufspaltung des Produktionsprozesses in kleinere, einfachere Arbeitsschritte) und andere Nutzeffekte ermöglicht, die zu einer allgemeinen Ertragssteigerung durch Skaleneffekte oder Größenvorteile beitragen. Doch ist größer unbedingt besser?

Befürworter der freien Marktwirtschaft behaupten gern, dass diese nicht nur effizient, sondern auch ethisch sei. In ihrem Versuch, den Besitz von Kapital und das Anhäufen von Wohlstand als moralisch akzeptabel darzustellen, stützen sie sich meist auf Adam Smiths Feststellung, die „unsichtbare Hand“ des Marktes beeinflusse Individuen in der Weise, dass sie ihr Handeln unbewusst und im eigenen Interesse an der Vermehrung des Gemeinwohls ausrichten. Oder sie berufen sich auf die *„trickledown“*-Theorie, nach welcher der Wohlstand der Reichen nach und nach in die unteren Schichten durchsickert und langfristig zum Wohlstand aller beiträgt (im Wesentlichen eine Abwandlung des von John Rawls eingeführten Differenzprinzips).

Für die Kapitalismusgegner ist das größtenteils Wunschdenken – ein Sieg der Hoffnung über die konkrete Erfahrung. Marx und sein Wegbegleiter Friedrich Engels sahen das beängstigende Elend, in das die Arbeiter durch die Härten des Industriekapitalismus gestürzt wurden, als die stärkste Triebkraft hin zu einem revolutionären Kommunismus an; besonders Engels hatte gesehen, wie sich die Arbeitsbedingungen verschlechterten, indem die Menschen dazu gezwungen wurden, immer mehr Stunden in schmutzigen Fabriken immer ermüdendere und monotonere Arbeiten zu verrichten. Nach marxistischer Analyse ist der Kapitalismus seinem *Wesen* nach ausbeuterisch, weil die Anstrengungen der Arbeiter unangemessen berücksichtigt werden, um Gewinn zu erzielen. „Der natürliche Fehler des Kapitalismus ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands“, bemerkte Winston Churchill im Jahr 1954: Der durch den Kapitalismus erreichte Wohlstand sei nie gerecht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern verteilt gewesen und könne es niemals sein – und tatsächlich hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich stetig vergrößert. Was die *trickledown*-Theorie angeht, so wurde diese von dem Ökonomen J. K. Galbraith spöttisch als *horse and sparrow*-Theorie („Pferdeäpfeltheorie“) abgetan: „Wenn man einem Pferd genug Hafer gibt, wird auch etwas auf die Straße durchkommen, um die Spatzen zu füttern.“



Der Triumph der Habgier?

15 Konservatismus

„Wenn es nicht nötig ist zu wechseln, ist es nötig, nicht zu wechseln.“ Oder, wie wir heute sagen würden: „Man soll nicht reparieren, was nicht kaputt ist.“ Diese simple Maxime, die (in ihrer eleganteren Form) erstmals der englische Staatsmann Viscount Falkland im 17. Jahrhundert formuliert haben soll, reflektiert einen uralten menschlichen Instinkt, der im konservativen Denken eine zentrale Rolle spielt.

Abneigung gegenüber einem Wechsel um des Wechsels willen; Widerstreben, etwas Funktionierendes aufs Spiel zu setzen für etwas, das – theoretisch – besser funktionieren könnte; Vertrauen in die erprobten Lehren der Vergangenheit statt auf vage Zukunftsversprechen; ein Bedürfnis, das zu bewahren, was man als das Beste für die heutige Gesellschaft glaubt erkannt zu haben; alles in allem, „das Festhalten am Alten und Erprobten gegenüber dem Neuen und Unerprobten“, wie Abraham Lincoln es einmal ausdrückte: All dies sind Aspekte einer der heute bedeutendsten politischen Philosophien – des Konservatismus.

Doch während diese verschiedenen Gefühlslagen den Geist des Konservatismus recht gut wiedergeben mögen, fällt eine präzise Definition seines Wesens schwerer. Der Konservative neigt zum Reaktionären – im Allgemeinen lehnt er politische und soziale Reformen ab und rät zur Zurückhaltung, wenn er mit Veränderungen konfrontiert ist. Von daher bezieht der Konservatismus seine Orientierung und einen Gutteil seines Kolorits oft aus dem, was er ablehnt. Es überrascht daher nicht, dass selbsternannte Konservative die unterschiedlichsten Überzeugungen vertreten haben – Überzeugungen, die auf den ersten Blick nicht immer miteinander vereinbar scheinen.

Edmund Burke und das Erhaltungsprinzip Das Adjektiv „reaktionär“ wurde ursprünglich als direkte Übersetzung des französischen *réactionnaire* verwendet und bezeichnete einen Gegner der Französischen Revolution. Nicht von ungefähr wurde die erste große Darstellung konservativen Denkens durch den politischen und gesellschaftlichen Umbruch, der 1789 Frankreich erschütterte, angeregt. In seinen *Betrachtungen über die Französische Revolution* (1790) drückt der irisch-britische Politiker und Schriftsteller Edmund Burke seine Abneigung gegenüber dem rebellischen Eifer der

Zeitleiste

1789–1799
Die Französische Revolution weckt in Europa reaktionäre Ängste

1790
Edmund Burke liefert die erste umfassende Darstellung des konservativen Wertekanons

1797
Edmund Burke stirbt

Revolutionäre aus. In seinen Augen sind sie ideologische Fanatiker, die, von Idealen und theoretischen Abstraktionen getrieben, alles vorher Dagewesene beiseite wischen wollen.

Die Begriffe „konservativ" und „Konservatismus" wurden von Burke noch nicht benutzt; erst 1830, mehr als 30 Jahre nach einem Tod, fanden sie Eingang in den politischen Sprachgebrauch, zunächst als neue Bezeichnung für die britische Tory-Partei. Nichtsdestotrotz war Burke viel an dem gelegen, was er das „Prinzip des Bewahrens" nannte, und man erkennt leicht, weshalb spätere Konservative ihn als inspirierende Persönlichkeit schätzten. In einer Passage über die „Wissenschaft des Regierens" weist er mit Nachdruck auf die Bedeutung der Erfahrung als höchste politische Tugend hin und schmückt diesen Punkt in einer bekannten Metapher weiter aus:

Die Kunst des rechtzeitigen Schnitts

Dem Konservatismus wird manchmal zu Unrecht vorgeworfen, er sei reaktionär und auf das Vergangene fixiert, nur weil es vergangen ist. Ein besseres Verständnis zeigte der englische Hofdichter des viktorianischen Zeitalters Alfred Lord Tennyson, der in seinem Gedicht *Hands all Round* (1882) schreibt: „Der ist ein wahrer Konservativer / Der den vermoderten Ast abschneidet." „Doch", fügte er später im Gespräch mit dem schottischen Philosophen William Angus Knight hinzu, „wir sollten den Ast erst abschneiden, wenn wir sicher sind, dass er vermodert ist."

> So sollte wohl niemand ohne unendliche Behutsamkeit ein Staatsgebäude niederzureißen wagen, das jahrhundertelang den Zwecken der gesellschaftlichen Verbindungen auch nur leidlich entsprochen hat, oder es neu zu bauen, ohne Grundrisse und Muster von entschiedener Vollkommenheit vor Augen zu haben.

Altehrwürdige Institutionen und Gesetze Der Konservatismus legt großen Wert auf die Traditionen und Erkenntnisse früherer Generationen. Dieser über die Zeit zusammengetragene Wissensschatz, der weit über die Erfahrung des Einzelnen hinausgeht, ist in den Augen von Burke das wertvollste Gut, ein kostbares Vermögen, das jede Generation aufnehmen und an die nachfolgende Generation weitergeben soll. So gesehen ist Gesellschaft weit mehr als die Summe ihrer gegenwärtigen Mitglieder und Institutionen: eine harmonische „Partnerschaft nicht nur zwischen den Lebenden, sondern zwischen den Lebenden, den Toten und denen, die erst geboren werden". Kritiker neigen dazu, den Respekt des Konservatismus vor dem Vergangenen als schädliche Nostalgie zu betrachten, in der sie eine zynische Haltung gegenüber dem Heute und eine pessimistische Einschätzung der Chance auf zukünftige Verbesserungen erkennen. Die Tradition ist in den Worten des englischen Autors Gilbert Keith Chesterton die „Demokratie der Toten"; sie bedeute, „der obskursten aller Klassen das Wahlrecht zu gewähren, unse-

1830	1832	1908	1980er-Jahre
Das Wort „konservativ" wird erstmals benutzt, um die britische Tory-Partei zu kennzeichnen	In dem Gedicht *Präludium* (1850 veröffentlicht) rühmt William Wordsworth den „Genius Burkes"	Gilbert Keith Chesterton veröffentlicht *Orthodoxy* („Eine Handreichung für die Ungläubigen")	Reaganomics und Thatcherismus bestimmen die neoliberale Agenda in Europa und den USA

Politische Reaktion

Wenn die Neigung, Dinge zu bewahren, das wichtigste Wesensmerkmal des Konservatismus ist, folgt daraus zwangsläufig, dass seine wahre Natur in der Einschätzung deutlich wird, welche Aspekte der bestehenden Ordnung am stärksten bedroht sind. Aus diesem Grund variierten konservative Auffassungen und konservative Politik im Laufe der Zeit innerhalb einer großen Spanne. Am stärksten herausgefordert sahen sich die Konservativen über weite Strecken des 19. Jahrhunderts, als der Prozess der Industrialisierung eine Reihe liberaler Reformen und gesellschaftlicher Brüche mit sich brachte. Manche Auseinandersetzungen, etwa die über das allgemeine Wahlrecht, setzten sich bis ins 20. Jahrhundert fort. Dennoch wurden die konservativen Kräfte zunehmend darauf gebündelt, die vermeintliche Bedrohung durch Sozialismus und Kommunismus abzuwehren. Das ausgesprochen neoliberal ausgerichtete Programm der Ära Reagan und Thatcher in den 1980er-Jahren, das die Prioritäten auf freie Märkte, Deregulierung und die Minimierung staatlicher Aufgaben legte, war in vielerlei Hinsicht eine klassisch konservative Antwort auf die großzügige und kostenintensive Sozialpolitik, wie sie vormals betrieben wurde. Genauso war die scheinbar merkwürdige Verbindung von Reaganomics (konsequente wirtschaftliche Nichteinmischung) und einem extremen Gesellschaftskonservatismus (starke moralische Einmischung) eine typische Reaktion auf die jugendliche Gegenkultur, die sich in den 1960er-Jahren formierte.

ren Vorfahren"; doch denen eine Stimme zu geben, die das Unglück hatten, „durch den Zufall des Todes ausgeschlossen" zu sein, zeuge von wenig Vertrauen in die Urteilskraft der Lebenden. In den Augen viktorianischer Kommentatoren war der verklärte Blick des Konservatismus auf die menschliche Natur eines der Hauptmerkmale, das ihn vom Liberalismus unterschied.

Da der Liberalismus das menschliche Potenzial grundsätzlich optimistisch einschätzt, waren seine Anhänger in der Regel progressiv eingestellt und setzten sich mit Enthusiasmus für soziale Reformen und gesellschaftliche Verbesserungen ein. Der Konservatismus dagegen tendierte dazu, die Menschen als schwach und egoistisch zu sehen, das Hauptziel einer gut funktionierenden Gesellschaft bestand deshalb darin, Ordnung und Stabilität aufrechtzuerhalten. Der Unterschied wurde von dem bedeutendsten liberalen Premierminister im viktorianischen Großbritannien, William Gladstone, treffend beschrieben: „Liberalismus ist Vertrauen in die Menschen, bedingt durch Besonnenheit. Konservatismus ist Misstrauen gegenüber den Menschen, bedingt durch Angst".

Was den Staatsmann ausmacht Für einen wahren Konservativen ist die von seinen Kritikern unterstellte Skepsis – hinsichtlich unseres heutigen Wissens und insbesondere hinsichtlich der Fähigkeit heutiger Politiker, die Folgen ihrer Politik richtig ein-

> **„O Genius des Edmund Burke! …**
> **… Doch während mahnend er**
> **Und warnend Schäden brandmarkt; während er**
> **Alle Regierungsformen, die sich auf**
> **Abstrakte Rechte gründen, schneidendem**
> **Spott und Gelächter preisgibt; während er**
> **Den Wert von Institutionen und**
> **Gesetzen, die die Zeit geheiligt hat,**
> **Mit warmen Worten preist; und während er**
> **Der Segenskraft sozialer Bindungen,**
> **Die der Gebrauch uns teuer werden ließ,**
> **Mit Inbrunst Achtung zollt …“**
>
> **William Wordsworth, *Präludium*, 1832/1850**

zuschätzen – ratsam und begründet. Der konservativen Natur sind vage Projekte von politischen Planern und Visionären zutiefst suspekt – all jene Utopien, Heilsversprechen und „schwärmerischen Leidenschaften“ (in den Worten Burkes) mit ihren Träumen vom sozialen Fortschritt und einer besseren Gesellschaft, die sich nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit in Albträume verwandeln und letztlich in gesellschaftlichem Rückschritt und Repression enden.

Jedenfalls würde der Konservative argumentieren, dass das von Kritikern gezeichnete Bild des engstirnigen Reaktionärs, der in einer idealisierten Vergangenheit eingekapselt ist und sich dem Heute verweigert, allenfalls zur Karikatur taugt. Die Kritik des viktorianischen Moralisten Matthew Arnold, dass „der Konservatismus … zerstört, was ihm am Herzen liegt, weil er es nicht verbessern wird“, ist in den Augen des Konservativen nicht gerechtfertigt und wahrer konservativer Geist weit mehr als ein unfruchtbares Faible für Vergangenes. Wenn man sich klarmacht, dass das Geheimnis der Erhaltung nicht Stagnation ist, erkennt man, dass der Konservative eine subtile Einstellung zum Wandel hat. „Es gibt noch etwas Weiteres als nur die Wahl zwischen vollständigem Zerstören und Fortbestand ohne Verbesserung“, stellte Burke fest. „Neigung zum Erhalten und Geschicklichkeit zum Verbessern sind die beiden Elemente, deren Vereinigung in meinen Augen den Charakter des großen Staatsmannes bildet.“

Worum es geht
Eine Neigung, Dinge zu bewahren

16 Liberalismus

Aus einer Reihe historischer Gründe hat der Begriff „liberal“ heute auf beiden Seiten des Atlantiks ganz unterschiedliche Bedeutungen. In Europa wird er meist als Lob verstanden und auf Politiker angewendet, die sozial fortschrittlich sind und sich für den Schutz der Bürgerrechte einsetzen. In den USA ist der Begriff viel stärker politisch aufgeladen und wird oft auch als Schimpfwort gebraucht.

Genau genommen wird der Ausdruck „liberal“ in den USA sowohl positiv als auch negativ verwendet. In einer 1960 gehaltenen Rede ging der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat John F. Kennedy ausführlicher auf den Unterschied ein. Wenn die Gegner der Demokraten das Etikett „liberal“ vergaben, meinten sie damit jemanden, „der nachgiebig in seiner Politik nach außen ist, gegen die lokale Regierung eingestellt und sorglos im Umgang mit dem Geld der Steuerzahler“. Dennoch war Kennedy stolz darauf, ein Liberaler zu sein, denn aus dem Mund eines Demokraten war damit jemand gemeint, „der nach vorn und nicht zurück schaut, der neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen ist, dem das Wohlergehen des Volkes am Herzen liegt …“; mit anderen Worten, jemand der fortschrittlich ist und sich für die Bürgerrechte einsetzt – ein Liberaler ganz in der europäischen Bedeutung des Wortes. Doch wie ist aus dem aufgeklärten europäischen Liberalen der Buhmann der konservativen Rechten in den USA geworden: der Steuern-und-Ausgaben-Liberale, der freiheitliche „Gutmensch“?

Klassischer Liberalismus Ungeachtet dieser gegensätzlichen Lesarten war der Liberalismus als modernes politisches Konzept immer auf eine einzige, wenngleich komplexe Idee fokussiert: die Verteidigung der Freiheit und der Rechte des Einzelnen gegen staatliche Übergriffe, basierend auf der Überzeugung, dass Individuen vernünftige, autonome und gleichwertige Akteure sind und demzufolge einen berechtigten Anspruch auf Gleichbehandlung haben.

Die Ursprünge einer solchen Gesinnung werden meist in den Arbeiten der englischen Philosophen Thomas Hobbes und John Locke gesehen. Entsetzt über das große Leid, das Jahrzehnte des religiösen Konflikts in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts über die Menschen gebracht hatten, begannen Hobbes und später Locke über die rechtlichen

Zeitleiste

1690
John Locke veröffentlicht *Zwei Traktate über die Regierung*

1775–1783
Die Amerikanische Revolution kämpft für die Grundrechte auf „Leben, Freiheit und Streben nach Glück“

1776
Adam Smith plädiert in *Der Wohlstand der Nationen* für freien Handel

1789–1799
Die Französische Revolution kämpft für „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“

Grundlagen des Staates nachzudenken. Beide stimmten darin überein, dass die Macht des Souveräns allein durch die Zustimmung der Regierten legitimiert werden könne, und Locke argumentierte, es sei Aufgabe des Staates, aktiv für die natürlichen Rechte und das Eigentum seiner Bürger einzustehen. Lockes *Zwei Abhandlungen über die Regierung* (1690) lieferte wichtige theoretische Impulse für die zwei großen gesellschaftlichen Umbrüche des darauffolgenden Jahrhunderts, die Amerikanische und die Französische Revolution; und es waren im Wesentlichen diese beiden Umwälzungen, in deren Verlauf die Menschen nach Jahrhunderten der Unterwerfung durch weltliche und geistliche Obrigkeiten ein für alle Mal aus dem Würgegriff althergebrachter Gepflogenheiten und Autoritäten befreit wurden.

Lockes Zweifel an der Fähigkeit des Staates, verantwortungsvoll mit der Macht umzugehen, waren der Grund für seine Forderung, den Handlungsspielraum der Regierung durch klar festgelegte und vom Volk gebilligte Verfassungsschranken zu begrenzen. Diese Einsicht auf dem Feld der Politik fand ihre Entsprechung auf dem Gebiet der Wirtschaft im Werk des schottischen Ökonomen Adam Smith. In *Der Wohlstand der Nationen* (1776) argumentierte Smith, das Gemeinwohl des Staates werde am besten dadurch garantiert, dass man dem Einzelnen die Möglichkeit gibt, seine Interessen auf einem freien Markt zu verfolgen, weil damit automatisch auch den Interessen anderer gedient sei. Die Auffassung des *laissez faire*, welche die auf ein Mindestmaß beschränkte Einmischung des Staates in das Marktgeschehen voraussetzt, bildete somit das Gegenstück zu Lockes Sicht der Dinge und begründete die enge Verbindung des klassischen Liberalismus mit der freien Marktwirtschaft. Die liberale, im Kern fortschrittliche Sichtweise ist das natürliche Gegenbild zum konservativen Weltverständnis. Das Wort „liberal" wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts erstmals von denjenigen benutzt, die besonders offen gegenüber neuen Ideen und Reformvorschlägen waren, zunächst in Fragen der Religion, dann auch in der Politik. Ebenfalls im 19. Jahrhundert gelang es den utilitaristischen Philosophen Jeremy Bent-

Neo, nicht neu

Ein 1975 veröffentlichtes Interview mit Ronald Reagan machte deutlich, dass es den konservativen Rechten gelungen war, die traditionellen Elemente des klassischen Liberalismus' zu übernehmen und gleichzeitig umzudeuten. Reagans Definition – „ein Verlangen nach weniger staatlicher Einmischung oder weniger zentralisierter Autorität beziehungsweise mehr individueller Freiheit" – liest sich wie die Zusammenfassung eines Lehrbuchartikels über den klassischen Liberalismus, bildet jedoch in seinen Augen die „Grundlage des Konservatismus". Die Übernahme der Hauptmittel, nicht jedoch der Hauptziele, durch den (neoliberalen) Konservatismus und (klassischen) Liberalismus gab der politischen Rhetorik neue Nahrung und war Anlass für heftige Streitigkeiten zwischen Linken und Rechten.

1859
John Stuart Mill veröffentlicht *Über die Freiheit*

1933
Franklin D. Roosevelt setzt den Auswirkungen der Großen Depression seinen *New Deal* entgegen

1979–1980
Die Wahlsiege von Margaret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1980) bescheren Großbritannien und den USA eine „neoliberale" Politik der Neuen Rechten

Gegen Engstirnigkeit und Dogmatismus

Der Liberalismus war von Anfang an untrennbar mit der Forderung nach Toleranz verbunden. Das wahrscheinlich wichtigste Argument für Letztere formulierte John Stuart Mill, der die menschliche Vielfalt als Wert an sich betrachtete und sich auf den Respekt gegenüber der Autonomie des Menschen berief, die es dem Einzelnen erlaubt, frei über sein Leben zu bestimmen. In seiner Schrift *Über die Freiheit* (1859) argumentiert er: „Wenn jemand einigermaßen gesunden Menschenverstand und Erfahrung zeigt, so hat er das Recht, sein Leben nach eigenem Urteil zu gestalten, nicht weil ein solches Leben stets an sich das beste wäre, sondern weil es seiner Eigenart am besten entspricht." Eine notwendige Voraussetzung für Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist geistige Flexibilität, wie Bertrand Russell in einer 1950 veröffentlichten Abhandlung ausführte: „Das Wesen der liberalen Anschauungsweise liegt nicht so sehr in den Meinungen, die vertreten werden, als in der Art und Weise, *wie* sie vertreten werden. Nicht dogmatisch, sondern mit dem Bewusstsein, dass neues Beweismaterial zu ihrer Aufgabe führen kann."

han und John Stuart Mill, den klassischen Liberalismus auf eine breitere theoretische Basis zu stellen, indem sie die Lehren aus dem von Smith entwickelten Modell der freien Marktwirtschaft auf das Feld der Politik übertrugen. Sie erkannten in der repräsentativen Demokratie das sicherste Mittel, die Interessen von Regierung und Regierten miteinander in Einklang zu bringen, und entwickelten ein ausgefeiltes System individueller Rechte, das bis heute die Grundlage liberalen Denkens darstellt.

Private Macht und der starke Staat Eine in der Geschichte häufig geäußerte Kritik am Liberalismus war, dass sein Anliegen, die staatliche Macht zu begrenzen, ihn mitunter blind gemacht hat für die Wirkungen der privaten Einflussnahme. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatten liberal eingestellte politische Entscheidungsträger maßgeblich zu einer Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Klimas in Europa beigetragen; in ihrer Macht eingeschränkte und verfassungsgemäße Regierungen waren jetzt die Regel, und Industrialisierung und freier Handel brachten enormen Wohlstand mit sich. Doch wie Smith und Mill vorausgesagt hatten, sollte sich bald herausstellen, dass freies Unternehmertum und schrankenloser Kapitalismus das Potenzial besaßen, große Ungleichheiten in der Verteilung des Wohlstands herbeizuführen. Ende des 19. Jahrhunderts wurde überdeutlich, dass die gewöhnlichen Arbeiter verarmten, während eine industrielle und finanzielle Elite nahezu unbegrenzte wirtschaftliche und politische Macht besaß und ausübte.

Die Erfahrung, dass die Politik des *laissez faire* solche Ungleichheiten hervorrufen und damit die grundlegenden bürgerlichen Freiheiten aushöhlen konnte, führte zu einer völligen Kehrtwendung im liberalen Denken. Das Hauptanliegen, die Rechte und die

Autonomie des Individuums zu schützen, erforderte nicht länger, den Handlungsspielraum der Regierung zu begrenzen. Viel eher sah man jetzt die Notwendigkeit eines entschiedenen Interventionismus seitens des Staates, dessen Befugnisse ausgeweitet und darauf ausgerichtet wurden, die durch einen ungezügelten Kapitalismus entstandenen Ungerechtigkeiten zu korrigieren. Eine Generation „neuer" Liberaler (als Vertreter eines „Sozial"- oder „Wohlfahrtsliberalismus") bildete sich heraus, die es als ihre Aufgabe sah, diese Ungleichheiten durch die Regulierung der Industrie und ein Bündel von Wirtschafts- und Steuerreformen zu beheben. Das Ziel des Liberalismus blieb also unverändert bestehen, doch die Mittel zu seiner Erreichung hatten sich komplett gewandelt.

Individualismus und Gleichheit

Die Verpflichtung des Liberalismus auf einen der Grundsätze aufgeklärten Denkens – die Unantastbarkeit des Individuums – geht Hand in Hand mit dem bedingungslosen Einsatz für einen anderen, das Prinzip der Gleichheit. Der erste Präsident der Vereinigten Staaten, George Washington, spielte in einem 1790 verfassten Schreiben genau darauf an: „Wenn die Menschen liberaler werden, werden sie es eher zulassen, dass all jenen, die sich wie würdige Mitglieder der Gesellschaft benehmen, dasselbe Recht auf Schutz durch den bürgerlichen Staat zusteht."

Stagflation und die „Neue Rechte"

Einer der bemerkenswertesten Errungenschaften des neuen liberalen Denkens waren die weitreichenden Initiativen zur Sozialfürsorge und sozialen Sicherheit, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er-Jahren mit seinem *New Deal* einführte. Die neue interventionistische Sichtweise des Liberalismus erlebte eine weitere Blütezeit in den Jahrzehnten des beispiellosen Aufschwungs und rasch wachsenden Wohlstands, die auf den Zweiten Weltkrieg folgten. Doch von den 1970er-Jahren an erschütterten wirtschaftliche Stagnation, hohe Inflation und wachsende Staatsschulden den Glauben an einen kontinuierlichen Fortschritt. Die ökonomischen Turbulenzen warfen dunkle Schatten auf die linksliberale Politik der Sozialfürsorge und eines starken Staates und verhalfen der „Neuen Rechten" in England und den USA zur Macht. Die Hauptprotagonisten dieser verwirrenderweise als „Neoliberalismus" bezeichneten Strömung, Ronald Reagan und Margaret Thatcher, orientierten sich (in der Theorie, jedoch nicht immer in der Praxis) stark an den zentralen Dogmen des klassischen Liberalismus: auf ein Mindestmaß begrenzte Staatstätigkeit und freier Handel. In den nachfolgenden harschen Auseinandersetzungen überzog die Neue Rechte die Liberalen mit Hohn und Spott. Mit Schlagworten wie „wildes Durcheinander", „*Tax and spend*-Mentalität" und „politisch korrektes Geschwafel" perpetuierten sie jene Karikatur des Liberalismus, gegen die Kennedy sich vormals verwahrt hatte.

Worum es geht

Die Verteidigung des Individuellen

17 Sozialismus

Im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte wurde eine verblüffende Vielfalt höchst unterschiedlicher sozialistischer Ideen und Programme erdacht: von den idealistischen Plänen der utopischen Frühsozialisten über die revolutionären Entwürfe von Marx und Engels bis zu den gemäßigteren Vorhaben der Sozialdemokraten. Während viele dieser Projekte ein Traum blieben, wurden manche von ihnen Wirklichkeit: Einige brachten große Fortschritte hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Gleichbehandlung, andere zerstörten Leben und ganze Gesellschaften.

Es hat verschiedene Spielarten des Sozialismus gegeben, doch seine wesentlichen Werte und grundlegenden Ziele sind bemerkenswert konstant geblieben. Bei allen Unterschieden verbindet die Sozialisten eines: ihre Entschlossenheit, gegen die vielfältigen Ungerechtigkeiten vorzugehen, die der Kapitalismus in ihren Augen hervorgebracht hat. Sie wollen eine gerechtere Gesellschaft schaffen, indem sie der Tendenz des Kapitalismus entgegentreten, den Reichtum und die Macht in den Händen einer Minderheit zu konzentrieren. Diese Wenigen sind es, die sich in einer nach den unerbittlichen Gesetzen des Marktes gestalteten und von Wettbewerb und Ausbeutung geprägten Welt durchsetzen.

Das Wesen des Kapitalismus besteht darin, dass „die Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austauschs“ – Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen und andere für die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen benötigte Ressourcen – in Privatbesitz sind und von Einzelnen (oder Unternehmen) zur Vermehrung ihres eigenen Wohlstands ausgebeutet werden. Der Sozialismus war daher in seiner Geschichte meistens darauf ausgerichtet, den negativen Auswüchsen des Kapitalismus durch die Verstaatlichung dieser Produktionsmittel (ihre Vergesellschaftung) zu begegnen und sie im Interesse der ganzen Gesellschaft einzusetzen.

Frühe Sozialisten Viele sozialistische Grundsätze haben eine lange geschichtliche Tradition, Sozialisten im engeren Wortsinn traten jedoch erstmals in den 1820er- und 1830er-Jahren in Erscheinung, hauptsächlich in Frankreich und Großbritannien. Die meisten dieser Radikalsozialisten (oder „Sozialutopisten“, wie sie nach Marx oft genannt wurden) bezogen ihre Motivation aus den extremen Ungleichheiten, die im

Zeitleiste

1825 Claude-Henry de Saint-Simon, der Begründer des französischen Sozialismus, stirbt

1825 Robert Owen gründet im US-Bundesstaat Indiana die Kolonie „Neue Harmonie“

1848 Karl Marx erläutert seinen klassenkämpferischen „wissenschaftlichen Sozialismus“ in *Das Kommunistische Manifest*

1867–1894 Marx formuliert die grundlegende Kapitalismuskritik in *Das Kapital*

Zuge der Industrialisierung entstanden waren: Unternehmer und Fabrikbesitzer bereicherten sich auf Kosten der Arbeiter, die meist lange Stunden für erbärmlichen Lohn unter schmutzigen und gefährlichen Bedingungen schufteten. Ein Hauptthema in vielen frühsozialistischen Werken ist die Vision vom Leben als Teil einer Gemeinschaft, dem Leben in einer Gesellschaft, die vom Geist der Kooperation und Integration erfüllt ist.

Der Begründer des französischen Sozialismus, der Adlige Claude-Henri de Saint-Simon, ging zwar nicht so weit, für die radikale Kollektivierung der Produktionsmittel einzutreten, er schlug jedoch vor, dass ihr Einsatz zentral geplant und von einer Gruppe aufgeklärter Industrieller, Wissenschaftler und Ingenieure gesteuert werden sollte. Deren Fachkompetenz würde eingesetzt, um die Armut zu beseitigen und den verschiedenen Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht zu werden. Ein anderer Frühsozialist, Robert Owen, selbst als Unternehmer erfolgreich, setzte ganz auf den Anstand als grundlegende Eigenschaft des Menschen und war davon überzeugt, dass sich Harmonie in der Gesellschaft von allein einstellen würde, wenn die Menschen human und einfühlsam behandelt werden. Um seine Theorie in die Praxis umzusetzen, erwarb er 1825 ein Stück Land im US-Bundesstaat Indiana und gründete darauf eine genossenschaftlich konzipierte Kolonie, die er „Neue Harmonie“ nannte.

‚Der natürliche Fehler des Kapitalismus ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands, während die natürliche Tugend des Sozialismus die gleiche Verteilung des Elends ist.‘

Winston Churchill, 1954

Marx’ wissenschaftlicher Sozialismus Die einflussreichste Kapitalismuskritik stammt von Karl Marx und seinem lebenslangen Mitarbeiter Friedrich Engels. Es überrascht daher nicht, dass Marx’ Vorstellungen die wichtigste theoretische Basis für das spätere sozialistische Denken schufen. Nach seiner Analyse ist der Kapitalismus nicht nur ungerecht, sondern auch irrational, weil *seinem Wesen nach* verschwenderisch und ineffizient. Er führte diese negativen Eigenschaften auf die Kombination von Marktaufteilung und Privatbesitz zurück und forderte deshalb eine zentral gesteuerte Wirtschaftsplanung und die Abschaffung des Privateigentums.

In seiner politischen Schrift *Das Kommunistische Manifest* (1848) distanziert Marx sich von den Frühsozialisten, die in seinen Augen naive Idealisten und deren Vorstellungen eine „fantastische Schilderung der zukünftigen Gesellschaft“ sind. Ihren Hirngespinsten setzt er seinen nüchternen „wissenschaftlichen Sozialismus“ entgegen, der auf dem Grundgedanken des Klassenkampfes als treibende Kraft der geschichtlichen Entwicklung aufbaut. Marx’ Kommunismus ist eine kämpferische Form des Sozialismus, der nur durch eine gewaltsame Revolution erreicht werden kann; der Industriekapitalismus

1914–1918	1917	1927	1989
Die sozialistische Anhängerschaft wird durch den Ersten Weltkrieg tief gespalten	Die Russische Revolution markiert die endgültige Spaltung zwischen gemäßigtem und revolutionärem Sozialismus	Josef Stalin wird der unangefochtene Führer der Sowjetunion	Beginn des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Osteuropa

und mit ihm die Klasse der Kapitalisten (die Bourgeoisie), die von dessen ausbeuterischen Einkünften profitieren, werden in historischer Zwangsläufigkeit durch spontane Aufstände der Arbeiterklasse (des Proletariats) überwunden. Die Herrschaft der kapitalistischen Unterdrückung wird ersetzt durch eine „Diktatur des Proletariats", die jedoch nur eine Übergangsphase ist, an deren Stelle am „Ende der Geschichte" der ökonomische und soziale Kommunismus vollständig verwirklicht ist. In diesem Endstadium werden jegliche Herrschaft und alle Klassenunterschiede aufgehoben sein, und von Not und Ausbeutung befreit, können die Menschen ihre natürlichen Talente entwickeln.

Wahlurne oder Bombe? Eine für Marx' Anhänger beunruhigende Tatsache war, dass dessen Vorhersage des unausweichlichen und blutigen Niedergangs des Kapitalismus durch die tatsächlichen Entwicklungen widerlegt wurde. Denn trotz des ungebrochenen Herrschaftsanspruchs des Bürgertums hatten sich die Bedingungen für die arbeitende Bevölkerung am Ende des 19. Jahrhunderts insgesamt verbessert. Als die Realität gesellschaftlicher Veränderungen ohne politische Revolution immer deutlicher wurde, begannen viele Sozialisten einen evolutionären – an Stelle eines revolutionären – Sozialismus in Betracht zu ziehen – die Reformierung des Staates von innen heraus und nicht durch seine aktive Überwindung. Eine Kluft tat sich auf zwischen orthodoxen Marxisten, die auf der Notwendigkeit des Kampfes beharrten, und Revisionisten oder Gradualisten, die an eine schrittweise und friedliche Verwirklichung der sozialistischen Ideale mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln glaubten.

Die zunehmende Spaltung entwickelte sich in den Jahren vor und während des Ersten Weltkriegs zum offenen Konflikt. Zuvor hatte sich der Sozialismus den Anschein einer

Sollten Sie einmal scheitern …

Gegner des Sozialismus waren oft schnell darin, seinen Anhängern Naivität oder Weltfremdheit vorzuwerfen. Ob sie nun Recht haben oder nicht, man muss zugeben, dass ihr Optimismus und ihre Unverdrossenheit einen gewissen Charme haben. Das gilt ganz bestimmt für Robert Owen, einen der großen Wegbereiter des Sozialismus, der seinem unerschütterlichen Vertrauen in die menschliche Natur mit der Gründung seiner experimentellen Kolonie „Neue Harmonie" 1825 im US-Bundesstaat Indiana konkrete Gestalt verlieh. Diese bestand, wie sein Sohn sich später erinnerte, aus einer bunten Mischung unterschiedlichster Menschen, „einer heterogenen Ansammlung von Radikalen, enthusiastischen Prinzipientreuen … und trägen Theoretikern, mit Einsprengseln von gewissenlosen Schwindlern". Das vorhersehbare Scheitern der Kolonie nach nur zwei Jahren war für Owen auch eine persönliche Niederlage, dennoch bewahrte er sich seinen Optimismus und ging weiter unbeirrt seinen Weg. Den Blick stets nach vorn gerichtet, gründete er später andere experimentelle Gemeinschaften und spielte eine führende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung.

internationalen Bewegung gegeben: Marx' Ruf zu den Waffen in seiner Schrift *Das Kommunistische Manifest* war letztlich ein Appell an die Arbeiter der Welt, sich zu verbünden. Jetzt aber standen Arbeiter und Sozialisten gleichermaßen vor der schwierigen Entscheidung, ob sie ihre jeweiligen Staatsführer in ihren Kriegsanstrengungen unterstützen sollten oder nicht, wobei der Krieg zudem eindeutige kapitalistische Züge trug. Die meisten stellten das eigene Land über den internationalen Sozialismus – ein Schlag, von dem sich Letzterer nie wieder ganz erholt hat.

Der endgültige Bruch Zum endgültigen Bruch zwischen moderaten und extremen Sozialisten kam es 1917, als die revolutionären Bolschewiki unter Lenin die Macht in Russland an sich rissen. Anfängliche Hoffnungen, die Russische Revolution würde eine Welle sozialistischer Revolutionen auslösen, wurden rasch enttäuscht, denn die Gewalttaten der Kommunisten stießen bei den moderaten Kräften allenthalben auf Ablehnung. Im Westen wurden selbst die überzeugtesten Revolutionäre unter den Marxisten in Verzweiflung gestürzt, als sich die systematische Brutalität und Rücksichtslosigkeit von Stalins – nur dem Namen nach sozialistischer – Schreckensherrschaft abzuzeichnen begann.

Der eiserne Vorhang, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg über Europa senkte, symbolisierte eine gleichermaßen unüberbrückbare Spaltung zwischen den sozialistisch-kommunistischen Regimen des Ostblocks und den sozialistischen Demokratien im Westen (die zu dieser Zeit oft als Sozialdemokraten bezeichnet wurden). Die gescheiterten sozialistischen Versuche, eine egalitäre Gesellschaft durch staatlichen Zwang zu verwirklichen, kulminierten in einem bitteren Witz, der in den kommunistischen Ländern Osteuropas kursierte: „Im Kapitalismus beutet der Mensch den Menschen aus, im Sozialismus ist es genau umgekehrt." Die Bezeichnung „Sozialismus" wurde in einem Maß missbraucht, dass dieser nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989 buchstäblich zu einer politischen Ideologie geworden war, deren Anhänger es nicht mehr wagten, ihren Namen auszusprechen.

Im Westen schlugen die sozialdemokratischen Parteien einen nichtmarxistischen Weg zur Verwirklichung sozialistischer Ziele ein. Sie setzten auf Reformen im sozialen Bereich und auf eine Umverteilung mittels Steuern, um die negativen Auswirkungen des Kapitalismus abzumildern. Doch auch sie gerieten im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts in Schwierigkeiten, als ihr Hang zum Interventionismus und ihre Sozialpolitik durch die äußerst angespannte Wirtschaftslage und das Aufkommen der Neuen Rechten mit ihren neoliberalen Vorstellungen des *laissez faire* und eines schlanken Staates unter Druck gerieten. Und zu Beginn des 21. Jahrhunderts offenbarte einer Reihe gravierender Probleme, darunter die globale „Kreditkrise" und drängende Umweltfragen, dass der Kapitalismus als solcher in Schwierigkeiten war. Die These vom endgültigen Scheitern des Sozialismus erwies sich jetzt als reichlich verfrüht.



18 Kommunismus

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Mit dieser bekannten Äußerung, niedergeschrieben 1845, machte der Radikalsozialist Karl Marx deutlich, dass er mit seinem Werk über die Theorie hinaus auf reales Handeln abzielt – sein eigentliches Anliegen sind konkrete revolutionäre Veränderungen.

Nur drei Jahre später veröffentlichten Marx und sein Mitarbeiter Friedrich Engels *Das Kommunistische Manifest*. Obwohl der kurze Text zunächst kaum Wirkung zeigte, hat die politische Flugschrift wie kein anderes Dokument die Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt.

In den Eingangssätzen des Manifests beschwört Marx das „Gespenst des Kommunismus“ herauf, das die „Mächte des alten Europa“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts heimsuchte. Gemeint ist die Bedrohung durch extreme Sozialisten, die im Namen der unterdrückten und verarmten Arbeiter mobil machten. Deren Situation war eine Folge des Übergangs zur industriellen Produktion, die den kapitalistischen Arbeitgebern großen Reichtum eintrug. Die Ziele der extremen Sozialisten waren die gewaltsame Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und die Abschaffung des Privateigentums. Im Jahrhundert nach Marx’ Tod 1883 erschien das Schreckgespenst in Gestalt einer Reihe kommunistischer Regime, zuerst in Russland, dann in Osteuropa, China und anderen Ländern. Indem sie seine Ideen – oder was sie dafür hielten – in die Realität umsetzten, hinterließen diese Regime tiefe Spuren menschlichen Leids, die Marx’ Ansehen schadeten. Als sich dieses „traurige, bizarre Kapitel der Menschheitsgeschichte“ (wie Ronald Reagan einmal formulierte) in den Jahren nach 1998 seinem Ende zuneigte, schien Marx’ Vision des revolutionären Kampfes, der in einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft gipfelt, ebenso gescheitert wie die zusammengebrochenen Staaten, die sich kommunistisch genannt hatten.

Im 21. Jahrhundert wandelte sich jedoch die Wahrnehmung – insbesondere unter dem Eindruck der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, in der sich die dunkle Seite eines ungezügelten Kapitalismus gezeigt hatte. Es mag zutreffen, dass der Kommunismus grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist, weil er auf einer Fehleinschätzung der menschlichen Psychologie beruht, wie gelegentlich behauptet wurde. Dennoch ist es

Zeitleiste

1818	1844	1848	1867–1894	1883
Karl Marx wird in Trier geboren	Karl Marx trifft Friedrich Engels in Paris	Die im Auftrag des Bundes der Kommunisten verfasste Schrift *Das Kommunistische Manifest* wird veröffentlicht	Karl Marx formuliert in *Das Kapital* die Theorie des kapitalistischen Systems	Karl Marx stirbt in London

heute, da die Erinnerung an die Auswüchse der kommunistischen Regime allmählich verblasst, vielleicht wieder möglich, die grundsätzliche Sittlichkeit von Marx' Vision einer Gesellschaft zu bewundern, in der jeder seine individuellen Fähigkeiten einbringt und von der im Gegenzug jeder empfängt, was er benötigt.

Das Ende der Geschichte Marx' Vorstellungen, die von Anfang an sowohl als politische Lehre wie auch als praktische Handlungsanweisung gemeint waren, beruhen auf einer ganz eigenen ökonomischen Theorie des historischen Prozesses. Nach Marx besteht die wichtigste Aufgabe jeder Gesellschaft darin, das zu erzeugen, was für ihr eigenes Fortbestehen notwendig ist. Eine solche Erzeugung kann nur mit der für die jeweilige Epoche charakteristischen „Produktionsweise" erreicht werden – die Kombination der verfügbaren Rohstoffe, der für deren Verarbeitung vorhandenen Werkzeuge und Technologien und der menschlichen Ressourcen, die dafür in Anspruch genommen werden können. Die Struktur dieser ökonomischen Faktoren bestimmt wiederum die soziale Organisation innerhalb der Gesellschaft als Ganzes und vor allem die Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Elementen oder „Klassen".

Auf jeder Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, so behauptet Marx, kontrolliert eine bestimmte herrschende Klasse die Produktionsweise und beutet die Arbeitskraft der anderen Klassen zu ihrem eigenen Vorteil aus. Die verschiedenen Produktionsweisen sind allerdings zu keiner Zeit stabil. Innere „Widersprüche" in den Beziehungen zwischen den einzelnen sozialen Elementen führen zwangsläufig zu Spannungen und Umbrüchen bis hin zu Konflikten und schließlich zur Revolution, in der die herrschende Klasse überwunden und ersetzt wird.

Die Produktionsweise zu Marx' Zeit war der Industriekapitalismus. Diesen sah er als notwendige Stufe der ökonomischen Entwicklung an, die gegenüber dem vorausgegangenen Feudalismus eine massive Zunahme der Produktionsleistung hervorgebracht hatte. Die im Kapitalismus herrschende Klasse der Bourgeoisie hatte jedoch ihre ökonomische Macht zur Vermehrung ihres eigenen materiellen Reichtums eingesetzt. Sie kaufte und verkaufte Waren und Güter mit einem Gewinn, der sich aus der Arbeitskraft des Proletariats ergab.

Opium des Volkes

Für Marx war die Religion ein Betäubungsmittel für die Massen: eine konservative Kraft, die die kapitalistische Klasse bewusst einsetzte, um die Arbeiter unter ihrem Joch zu halten. Sie wurde in seinen Augen als Narkotikum – als Opiat – eingesetzt, welches das Volk ruhig stellte und dafür sorgte, dass es seine erbärmlichen Lebensbedingungen schicksalsergeben als Teil des göttlichen Plans erduldete. „Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur", schrieb er 1843 in anklagendem Ton, „das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes."

1917 Lenin beginnt seine theoretische Fundierung des Marxismus-Leninismus

1927 Josef Stalin wird unangefochtener Führer der Sowjetunion

1949 Mao ruft die Volksrepublik China aus

1991 Zusammenbruch der Sowjetunion

Diese Ausbeutung, so Marx, würde notwendigerweise weiter zunehmen und das Proletariat demzufolge immer mehr verarmen. Eine Krise könnte dann entstehen, wenn die Arbeiterklasse, die unüberbrückbare Kluft zwischen ihren eigenen Interessen und denen der Bourgeoisie realisierend, sich erheben, ihre Unterdrücker niederwerfen und die Kontrolle über die Produktionsmittel übernehmen sowie privates Eigentum abschaffen würde. Um ihre Interessen gegenüber einer bürgerlichen Gegenrevolution zu verteidigen, würden sie „eine Diktatur des Proletariats“ errichten. Diese wäre jedoch ein Übergangsstadium, in dem der proletarische Klassenstaat langsam „abzusterben“ beginnt, um – am „Ende der Geschichte“ – durch den voll entwickelten Kommunismus ersetzt zu werden: eine stabile, klassenlose Gesellschaft, in der jeder in Freiheit lebt.

Nichts zu verlieren als ihre Ketten

Das Kommunistische Manifest, das heute als eine der bedeutendsten politischen Schriften gilt, die jemals veröffentlicht wurden, zeigte nach seinem ersten Erscheinen überraschenderweise eine nur sehr geringe Wirkung. Die kurze, in Zusammenarbeit mit Friedrich Engels verfasste und 1848 veröffentlichte Abhandlung besteht aus weniger als 12 000 Wörtern und war ursprünglich als Programm für den weitgehend ineffektiven, in sich zerstrittenen und letztlich kurzlebigen Bund der Kommunisten gedacht. In den Schlusszeilen des Manifests formuliert Marx den vielleicht eindringlichsten und folgenreichsten Appell aller Zeiten:

> Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.
>
> PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Lenin und die Avantgarde Marx verstand die psychologischen Mechanismen von Herrschaft und Unterdrückung sehr gut. „Die Gedanken der herrschenden Klasse“, schrieb er 1845, „sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken“: Die vorherrschende „Ideologie“ – das System von Ideen, das in den Medien, in Erziehung und Bildung usw. zum Ausdruck kommt – spiegelt immer die Sichtweise der herrschenden Klasse wider. Sie bestimmt die gültigen Meinungen, verteidigt ihren Status quo und trägt auf diese Weise dazu bei, die ungleiche Verteilung der ökonomischen und politischen Macht zu rechtfertigen.

In seiner 1902 veröffentlichten Schrift *Was tun?* akzeptiert Wladimir Ilitsch Uljanow, besser bekannt als Lenin, der spätere Anführer der bolschewistischen Revolution in Russland, Marx’ Analyse von Ideologie. Er glaubt jedoch, dass dieser deren Auswirkungen hinsichtlich der Motivation zur Revolution nicht richtig verstanden habe. Marx’ hatte angenommen, dass die Arbeiter sich spontan erheben würden, um ihre Unterdrücker niederzuwerfen. Lenin dagegen fürchtete, dass die herrschende Ideologie ein „falsches Bewusstsein“ (wie Engels es ausdrückte) erzeugen würde, welches die Arbeiter blind gegenüber ihren eigenen Belangen machen und das dazu führen würde, ihrer eigenen Unterdrückung Vorschub zu leisten. Seine Sorge schien im Falle Russlands in gewisser Weise berechtigt, denn das Land war bitterarm und noch sehr stark von agrar-

feudalistischen Strukturen geprägt – es hatte kaum die Stufe des Industriekapitalismus erreicht (wie vom Marxismus als notwendig erachtet) und war weit davon entfernt, ein aufgeklärtes revolutionäres Proletariat entwickelt zu haben. Was in Lenins Augen benötigt wurde, war eine avantgardistische Partei von Berufsrevolutionären – eine elitäre Gruppe radikaler Intellektueller, wie er selbst einer war –, welche die Arbeiter zur Revolution führen und sie beim Aufbau einer einstweiligen Diktatur des Proletariats begleiten sollte.

> **„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“**
> **Karl Marx,**
> ***Das Kommunistische Manifest*, 1848**

Viele Probleme des Kommunismus und seiner verschiedenen Ausprägungen im 20. Jahrhundert lassen sich auf den fundamentalen Mangel an Vertrauen in das Volk zurückführen, der sich in Lenins Konzeption einer Theorie der politischen Avantgarde, bekannt als Marxismus-Leninismus, widerspiegelt. Alle kommunistischen Regime nahmen für sich in Anspruch, demokratisch zu sein, doch hinter diesem Anspruch stand im Grunde die Überzeugung, dass das Volk noch nicht bereit oder imstande war, sich selbst zu regieren. Aus diesem Grund sind die „realkommunistischen“ Staaten in einem vermeintlichen Übergangsstadium steckengeblieben: Die politische Macht blieb auf die Avantgarde konzentriert, und die Diktatur war keine des Volkes, sondern die einer zunehmend zentralistischen kommunistischen Partei.

„Die schlechteste Werbung für den Sozialismus“, schriebt George Orwell 1937, „sind seine Adepten“. Seine Einschätzung sollte sich in tragischer Weise bewahrheiten: in Gestalt der sozialistischen/kommunistischen Länder, die das 20. Jahrhundert gesehen hat. Wenn überhaupt, dann zeigt sich hier, dass je mehr sich etwas verändert, es umso mehr das gleiche bleibt. Die kapitalistische Klassenstruktur wurde durch starre Hierarchien ersetzt, an deren Spitze eine neue politische Klasse im eigenen Interesse regierte. Die Planwirtschaften dümpelten ineffizient unter der Führung einer aufgeblähten und zentralisierten Bürokratie vor sich hin und brachten nicht mehr hervor, als lange Warteschlangen vor den Brotläden und explodierende Preise. In fast allen Fällen verkehrte sich das von Marx versprochene klassenlose Paradies in einen tagtäglichen Albtraum.

Worum es geht

Marx’ umhergeisterndes Schreckgespenst

19 Sozialdemokratie

Die drei Säulen, auf denen die ideale zukünftige Gesellschaft nach Marx' Vision ruhen sollte – kollektive Solidarität statt Individualismus, Freiheit von Ausbeutung und Gleichheit aller statt partikularer Interessen –, blieben fest im sozialistischen Denken verankert. Wie diese Ziele erreicht werden konnten, war jedoch heftig umstritten und führte zu tiefen Brüchen innerhalb des sozialistischen Lagers.

Marx bestand darauf, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur durch eine gewaltsame Revolution der Arbeiter erreicht werden könnte. Diese würden sich früher oder später zwangsläufig erheben und ihre kapitalistischen Unterdrücker überwinden, woraufhin sie das Privateigentum abschaffen und die Produktionsmittel übernehmen würden. Während der revolutionäre Marxismus für lange Zeit den Standpunkt der orthodoxen Sozialisten bestimmte, existierte parallel dazu von Anfang eine gemäßigtere Vorstellung davon, wie die gemeinsamen sozialistischen Ideale verwirklicht werden könnten. Mit der Zeit bildete sich eine Kluft zwischen strengen Marxisten und denjenigen, die der Auffassung waren, dass eine sozialistische Gesellschaft auf andere Weise als durch Revolution zustande kommen könnte. Letztere, die später als Sozialdemokraten bezeichnet wurden, schlugen einen friedlichen, verfassungskonformen Weg zum Sozialismus ein, der notwendigerweise im Widerspruch zum Kurs ihrer revolutionären Gesinnungsgenossen stand.

Die Ursprünge Die evolutionäre statt revolutionäre Marschroute zum Sozialismus hat ihren Ursprung als politische Bewegung in den inhaltlichen Auseinandersetzungen der noch jungen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die aus einem bereits in sich zerstrittenen Bündnis bestehender sozialistischer Organisationen im Jahr 1875 gebildet worden war. An der Spitze der sogenannten Revisionisten, die auf einen schrittweisen und friedlichen Übergang zum Sozialismus bauten, stand der deutsche Theoretiker und Politiker Eduard Bernstein. Er sah, dass sich die Bedingungen für die Arbeiter nicht verschlechterten, sondern im Gegenteil insgesamt sogar verbesserten, hauptsächlich auf Druck der gerade entstandenen Gewerkschaften. Das brachte ihn dazu, die Zwangsläufigkeit und sogar die Erwünschtheit der von Marx vorausgesagten Krise des

Zeitleiste

1848	1875	1884	1899	1904
Marx formuliert im *Kommunistischen Manifest* die Grundwerte des Sozialismus	Entstehung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)	Gründung der britischen Fabian-Gesellschaft	Eduard Bernsteins *Evolutionärer Sozialismus* plädiert für einen nicht-revolutionären Wandel	Rosa Luxemburg wendet sich in *Sozialreform oder Revolution?* gegen die Revisionisten

Kapitalismus und seiner daraus abgeleiteten revolutionären Thesen infrage zu stellen. In seinem Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* (1899) argumentiert er, dass der Sieg des Sozialismus nicht durch eine hypothetische gewaltsame Umwälzung durch Klassenkämpfe errungen werde, sondern durch seine Erfolge, die Not der Armen zu mildern. In seinen Augen war der Sturz des Kapitalismus nichts anderes als ein Hilfsmittel für bestimmte sozialistische Zwecke, allen voran die Schaffung von Gerechtigkeit für die sozial schlechter gestellten Teile der Gesellschaft; und der beste Weg, diese Ziele zu erreichen, bestand für ihn nicht im Umsturz und völligem Neubeginn, sondern in Anpassungen und Reformen der vorhandenen politischen Strukturen und Prozesse. Mit der Zeit, so glaubte er, würde es die Ausweitung des Wahlrechts auf die Allgemeinheit den Arbeitern erlauben, sozialistischen Parteien ihre Stimme zu geben und mit dem Mandat auszustatten, welches die Verwirklichung sozialistischer Ziele zulässt.

Die Bemühungen Bernsteins und seiner revisionistischen Mitstreiter, den Sozialismus im Rahmen der Demokratie durch Wahlen und parlamentarische Mittel voranzutreiben, provozierte erwartungsgemäß heftige Reaktionen aufseiten der orthodoxen revolutionären Sozialisten. So griff die deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg 1904 die demokratische Vorgehensweise heftig an und wies den Parlamentarismus als „historisch determinierte Form der Klassenherrschaft des Bürgertums" zurück. Die tiefgreifenden Meinungsunterschiede spitzen sich durch den Ersten Weltkrieg weiter zu und wurden durch die bolschewistische Revolution von 1917 endgültig zementiert. Sie nahmen schließlich institutionelle Formen an, als innerhalb kurzer Zeit überall in Europa kommunistische (revolutionäre sozialistische) Parteien als Konkurrenz zu den verschiedenen sozialistischen (sozialdemokratischen) Gruppierungen entstanden, die durch die Verpflichtung auf verfassungskonforme Mittel und Vorgehensweisen miteinander verbunden waren.

„Die freie Entfaltung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entfaltung aller."
Karl Marx,
***Das Kommunistische Manifest*, 1848**

Das schwedische Modell Kurz vor und nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich in Schweden eine Form der Sozialdemokratie heraus, die auch andernorts dauerhaften Einfluss gewinnen sollte. Mit einem starken Mandat ausgestattet und von 1932 bis 1976 fast ununterbrochen an der Macht, machte sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) an die Verwirklichung ihres Versprechens, eine *folkhemmet* („Volksheim") zu schaffen, deren Kernpunkt ein Wohlfahrtssystem war, das für jeden Bürger ein Leben lang soziale Sicherheit garantieren würde. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde die schwedische Gesellschaft durch eine Reihe weitreichender Maßnahmen

1917	1932	1932	1989–1991	1997
Die Russische Revolution wird zum Symbol der marxistischen revolutionären Strategie	Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens wird auf der Grundlage des Versprechens gewählt, ein „Volksheim" zu schaffen	Die britische Labour-Partei legt den Grundstein für den Sozialstaat	Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa und der Sowjetunion	Die New-Labour-Partei unter Tony Blair schlägt einen „dritten Weg" ein

Die Fabian-Gesellschaft

Die revolutionäre marxistische Tradition konnte in Großbritannien nie recht Fuß fassen. Die Neigung der (überwiegend) aus der Mittelschicht stammenden Intellektuellen zu Pragmatismus und kontinuierlichem Fortschritt wurde 1848 durch die Gründung der Fabian-Gesellschaft deutlich. Ihr nichtrevolutionärer Gradualismus spiegelt sich im Namen der Gesellschaft: Er leitet sich von dem römischen General Quintus Fabius Maximus her, dessen vorsichtige Hinhaltetaktiken gegen Hannibal in den Punischen Kriegen ihm den Beinamen „Cunctator“ (der Zauderer) eintrugen. Der von der Fabian-Gesellschaft geprägte „ethische“ Sozialismus nahm eine Mittelstellung zwischen utopistischen und revolutionären Positionen ein. Statt direkter Aktionen bevorzugte sie die indirekte Einflussnahme, und sie spielte eine führende Rolle bei der theoretischen Fundierung des Labour Representation Committee (1900), das sechs Jahre später in „Labour-Partei“ umbenannt wurde. Trotz ihrer relativ vornehmen Ursprünge war die Fabian-Gesellschaft durchweg progressiv. Sie setzte sich schon früh für Mindestlöhne, ein umfassendes Gesundheitswesen und ein staatliches Bildungssystem ein.

umgestaltet. Eine Arbeitslosenversicherung gehörte ebenso dazu wie Zulagen für Familie und Wohnen, staatliche Gesundheitsleistungen, Regelungen zur Altersvorsoge sowie ein erweitertes und integriertes Bildungssystem.

Die Sozialprogramme der SAP wurden durch einen neuen, nicht weniger einflussreichen ökonomischen Ansatz unterfüttert. Die schwedischen Sozialdemokraten gingen auf Distanz zum zentralen marxistischen Dogma der Verstaatlichung und setzten stattdessen auf eine „gemischte Ökonomie“, in der sich die Wirtschaft größtenteils in privater Hand befand, dabei aber an weitgehende staatliche Vorgaben gebunden war. Die Regulierungen umfassten eine Reihe von Maßnahmen, die Konjunkturschwankungen entgegenwirken sollten, darunter Beschäftigungsprogramme, Investitionen in den öffentlichen Beschäftigungssektor und die Förderung der Arbeitsmobilität – Maßnahmen, die sich erstmals während der Großen Depression in den 1930er-Jahren als sinnvoll und nützlich erwiesen. Eckpunkte der schwedischen Sozialdemokratie waren eine ausgewogene Verteilung von Wohlstand und Einkommen durch ein gerechtes Steuersystem, das Erreichen von Vollbeschäftigung durch wirtschaftliches Wachstum, ein flächendeckendes System der sozialen Sicherung und das Eintreten für die Interessen der Arbeiter durch die Zusammenarbeit mit starken Gewerkschaften. Mit diesen Prinzipien als Kompass war die Sozialdemokratie Schwedens äußerst erfolgreich in der Beseitigung von Armut und der Förderung eines starken sozialen Zusammenhalts in Schweden.

Es überrascht nicht, dass das schwedische Beispiel zum Vorbild für sozialdemokratische Parteien in anderen Ländern wurde. Nicht alle warfen im gleichen hohen Tempo das klassische sozialistische Dogma über Bord: Die britische Labour-Partei zum Beispiel, die 1945 durch Wahl an die Macht kam, führte ein nationales Gesundheitssystem ein, kontrollierte aber gleichzeitig die wichtigen Industriezweige und öffentlichen Ver-

sorgungseinrichtungen. Insgesamt jedoch lag der Fokus sozialdemokratischer Politik nach dem Zweiten Weltkrieg auf Interventionen, welche die durch den Kapitalismus verursachte Ungleichverteilung von Macht und Vermögen abmildern sollten, und nicht auf der Abschaffung des Kapitalismus selbst. Mit der Zeit verlor der öffentliche Besitz von Mitteln zur Erzeugung von Wohlstand an Bedeutung. Stattdessen wurde es immer wichtiger, dafür zu sorgen, dass bestimmte soziale Gruppen nicht von den staatlichen Leistungen (wie Gesundheitsfürsorge und Bildung) ausgeschlossen wurden, die der wachsende Wohlstand ermöglichte.

Der dritte Weg Nach Jahrzehnten des Aufschwungs, in denen sozialdemokratische Regierungen den Grundstein für die modernen Sozialsysteme legten, leitete das Zusammentreffen mehrerer Faktoren einen grundlegenden Wandel ein. Die Herausforderung für progressive Sozialdemokraten hatte immer schon darin bestanden, ein politisch tragfähiges Gleichgewicht zwischen Steuereinnahmen auf der einen und Investitionen in staatliche Leistungen auf der anderen Seite aufrechtzuerhalten. In Schweden, Großbritannien und anderen Ländern wurde diese Balance in den 1970er- und 1980er-Jahren massiv gestört, als die Staatsschulden außer Kontrolle gerieten, traditionelle Schwerindustrien verfielen und sich die heiklen Beziehungen zwischen Regierungen und Gewerkschaften zunehmend verschlechterten. Unter geopolitischen Gesichtspunkten hatten gleichzeitig das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch des Kommunismus nicht nur die Sozialdemokratie in Misskredit gebracht, sondern auch deren traditionellen Vertretungsanspruch eines Mittelwegs zwischen Kommunismus sowjetischer Prägung und westlichem Individualismus gefährdet.

Eine auf lange Sicht noch größere Bedrohung ergab sich aus den Kräften der Globalisierung. Mit der Möglichkeit, Kapital und Arbeit rasch über Grenzen zu verlagern, begannen sich wettbewerbswidrige Praktiken herauszubilden, und Nationalstaaten verloren die Art von Kontrolle über ihre eigene Wirtschaftsentwicklung, auf die der sozialdemokratische Interventionismus angewiesen war. In einer Welt uneingeschränkter Kommunikation via Internet und großer transnationaler Konzerne nahmen sich die Ambitionen der Sozialdemokraten zunehmend altmodisch aus und wurden als obsolet empfunden. Angesichts dieser Gefahr liebäugelten viele Sozialdemokraten mit einem „dritten Weg“, einer im politischen Spektrum links der Mitte angesiedelten Position, die einen von Mitgefühl geprägten Kapitalismus mit der sozialistischen Verpflichtung für die Werte der Gleichheit und des Gemeinwohls vereinigte. 1997 konnte die britische New-Labour-Partei unter Tony Blair als Wegbereiterin und Verfechterin des Dritten Wegs einen erdrutschartigen Wahlsieg erringen. Kritiker hielten dennoch an ihrer Überzeugung fest, dass für die Rettung der Sozialdemokratie – sofern sie überhaupt gerettet wurde – der Sozialismus geopfert wurde.



20 Multikulturalismus

Menschen hielten sich zu keiner Zeit dauerhaft an ein und demselben Ort auf. Über Jahrtausende bewegten sich unzählige Gruppen, von einzelnen Familien bis zu ganzen Bevölkerungen, ständig von einem Gebiet in ein anderes. Häufig erfolgten solche Wanderungen mehr oder wenig unfreiwillig: Menschen wurden gewaltsam entwurzelt und als Sklaven oder Gefangene gehalten oder durch Kriegsverheerungen oder Naturkatastrophen zur Flucht gezwungen. Andere Migrationsbewegungen geschahen aus freien Stücken, meist um nach Lebensbedingungen zu suchen, die mehr Sicherheit boten oder bessere ökonomische Möglichkeiten versprachen.

Je nach Wanderungsmotiv haben Migranten ihre persönlichen Gegenstände dabei oder auch nicht, aber immer führen sie ihre geistigen Besitztümer mit sich: die Sprache, ihre Kultur, Bräuche und Geschichte, die sie mit denen gemeinsam haben, die sie hinter sich gelassen haben. Was aus diesem kulturellen Gepäck wird, wenn sie in ihrer neuen Heimat ankommen, hängt wiederum davon ab, welches der Hauptgrund ihrer Wanderung war. Während Sklaven per Definition von der Teilhabe an den Gesellschaften, in die sie verschleppt werden, ausgeschlossen sind, können freiwillige Migranten mit der aufnehmenden Kultur auf verschiedenste Weise in Austausch treten. Im einen Extremfall können sie versuchen, sich vollständig in die neue Kultur einzufügen, indem sie ihre ursprünglichen Bräuche unterdrücken und diejenigen ihres Wirtslandes annehmen. Im anderen Extremfall können sie neben oder unter ihren Gastgebern leben und dabei viele ihrer eigenen Gepflogenheiten beibehalten und mit ihren neuen Nachbarn innerhalb der durch ihre Kultur vorgegebenen Grenzen interagieren.

In der Geschichte der Menschheit wurde von den zuwandernden Gruppen in der Regel erwartet, dass sie sich assimilieren oder in die dominierende Wirtskultur „einfügen“, und gelegentlich wurden sie auch dazu gezwungen. In jüngerer Zeit hat sich jedoch weithin die Auffassung durchgesetzt, dass kulturelle Vielfalt etwas ist, das man schätzen und bejahen und nicht unterdrücken oder fürchten sollte; das gilt vor allem für die westlichen liberalen Demokratien. Eine solche Einstellung ist die Grundlage für den als Multikulturalismus bekannt gewordenen Ansatz der kulturellen Interaktion.

Zeitleiste

1820er-Jahre
Beginn der großen Auswanderungswellen von Europäern nach Nordamerika

1908
Israel Zangwills Theaterstück *The Melting Pot* wird in Washington, D. C., aufgeführt

1915
Horace Kallen veröffentlicht *Democracy versus the Melting Pot*

Der Schmelztiegel Seit Beginn des 19. Jahrhunderts ist das größte Experiment in Sachen kultureller Integration angelaufen, als Europäer sich in aufeinanderfolgenden Auswanderungswellen auf den Weg über den Atlantik machten, um in Nordamerika ein neues Leben zu beginnen. In den anderthalb Jahrhunderten zwischen 1830 und 1980 ließen sich mehr als 35 Millionen europäische Auswanderer in den Vereinigten Staaten nieder; anfangs kamen sie aus Irland und Deutschland, dann zunehmend aus dem südlichen und östlichen Europa. Im gelobten Land angekommen, wurde den zuströmenden ethnischen Gruppen meist sehr rasch bewusst, was man von ihnen erwartete. Sie hatten das auf dem Siegel der Vereinigten Staaten prangende Versprechen *e pluribus unum* („aus vielen eines“) zu erfüllen: Sie mussten sich einem Prozess der Integration – der „Amerikanisierung“ – unterziehen, in dessen Verlauf ihre unterschiedlichen Bräuche und Identitäten in der dominierenden amerikanischen Kultur aufgehen würden.

Das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen ist jedoch immer ein schwieriger Prozess: Keine der beiden Seiten bleibt davon unbeeinflusst, und im Ergebnis entsteht

Auf der Suche nach dem „Kitt“ der Gesellschaft

Nach den Terroranschlägen in den USA und Europa seit dem 11. September 2001 spitzte sich die Kritik am Multikulturalismus noch stärker auf die Frage der geteilten Loyalitäten zu. Untersuchungen ergaben, dass die große Mehrheit der in Großbritannien lebenden Schwarzen und Asiaten – die einen Migranten, die anderen im Land gebürtig – sich als Briten fühlen; und wie empirisch nachgewiesen wurde, können Gruppen unterschiedlichster Herkunft friedlich und in funktionierenden Gemeinschaften zusammenleben und tun dies auch, wobei sie viel von ihrer ursprünglichen Lebensweise und viele ihrer ursprünglichen Bräuche beibehalten. Dessen ungeachtet muss es zumindest ein *gewisses Maß* an Gemeinsamkeiten geben. Eine Pluralität von Gruppen bedeutet eine Pluralität von Zugehörigkeiten, und diese Zugehörigkeiten sind immer zu einem gewissen Grad geteilt. Was geschieht, wenn solche Bindungen in unterschiedliche Richtungen drängen? An welchem Punkt wird eine solche Teilung unvereinbar mit den gemeinsamen Bürgerrechten? Welches Maß an gemeinsamer Kultur, Identität oder Geschichte sorgt für den nötigen „Kitt“, um eine multikulturelle Gesellschaft zusammenzuhalten? Liberalen mag es schwerfallen, solche Fragen zu stellen geschweige denn zu beantworten. Doch schlüssige Antworten müssen gefunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Feinde des Pluralismus nicht Volksängste dazu missbrauchen können, die Gesellschaft

1957
Erster nachgewiesener Gebrauch des Begriffs „Multikulturalismus“

11. September 2001
Islamistische Terroristen greifen die USA an

2004
Verabschiedung des Gesetzes über deutlich sichtbare religiöse Symbole in französischen Schulen

Vive la différence?

Das assimilationistische Modell der kulturellen Integration wurden am umfassendsten in Frankreich ausgearbeitet, wo aus dem Ideal der universellen Bürgerrechte abgeleitet wurde, dass ethnische (und andere) Unterschiede zumindest in der Öffentlichkeit zu unterdrücken sind. Auf dieses Ziel ausgerichtete Maßnahmen der Regierung lösten heftige Debatten aus – eine Kontroverse, die durch die Rhetorik der politischen Rechten geschürt wurde, die Zugewanderte üblicherweise auffordert „Frankreich zu lieben oder das Land zu verlassen". Präsident Nicolas Sarkozy war mit manchen seiner Kommentare besonders ungeschickt. 2006, ein Jahr vor seiner Wahl zum Staatsoberhaupt, zeigte er wenig Gespür für den angemessenen Ton: „Wenn ihr in Frankreich lebt, haltet euch an die Regeln. Ihr habt nicht jede Menge Frauen, beschneidet eure Töchter nicht und benutzt eure Badewanne nicht, um darin Schafe zu schlachten."

etwas Neues, das verschieden ist von den ursprünglichen Bestandteilen. Etwas von der Komplexität dieses Vorgangs spiegelt sich in der Metapher des *melting pot* oder „Schmelztiegels" wieder, die in den USA gewöhnlich verwendet wurde, um den Prozess der Assimilation zu beschreiben. Der Ausdruck geht zurück auf den Titel eines erfolgreichen Theaterstücks des jüdischen Autors Israel Zangwill aus dem Jahr 1908. Die Hauptperson des Schauspiels, ein jüdischer Einwanderer, der ein Pogrom in seiner Heimat Russland überlebt hat, ruft in einer Szene aus: „Amerika ist die Schmiede Gottes, der große Schmelztiegel, in dem die Rassen Europas verschmolzen und umgeformt werden! … Hier schafft Gott den Amerikaner." Historisch gesehen verlief der Prozess der Assimilierung nicht immer friedvoll – oft wurde er dazu missbraucht, über Schwächere zu dominieren, indem man alte Bindungen und Zugehörigkeiten durchschnitt. In Amerika wurde er jedoch in aller Regel im Geist der Hoffnung und des Optimismus beiderseits begrüßt.

Heutige theoretische Begründungen der Assimilierung fußen oft auf weitreichenden liberalen Grundsätzen und auf einem besonderen Verständnis von Gleichheit (*equality*) als Gleichsein (*sameness*). Soziale Gerechtigkeit, so wird argumentiert, setzt voraus, dass jedem dieselben Rechte und Chancen eingeräumt werden. Demzufolge dürfe es keine Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie oder Kultur geben, und die Instrumente, durch die Rechte zuerkannt und gewährleistet werden – die Bürgerrechte –, sollten für alle gleich sein. In jüngerer Zeit wurde die Forderung nach Assimilierung am energischsten im republikanischen, säkularen Frankreich verteidigt. Dort hatte sich die Debatte im Zusammenhang mit dem Tragen religiöser Symbole (insbesondere des islamischen Kopftuchs oder *hijab*) in der Schule am stärksten aufgeheizt.

Die Salatschüssel Ungefähr zur selben Zeit, als Zangwill das Hohelied des Schmelztiegels anstimmte, sprach sich der in die USA eingewanderte Hochschuldozent und Philosoph Horace Kallen für eine grundlegend andere Herangehensweise an die Frage der kulturellen Diversität aus. Er argumentierte, dass ein Amerika, in dem ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt bewahrt und gutgeheißen würde, dadurch sowohl bereichert als auch gestärkt werde. Anfänglich nur von einer Minderheit geteilt, erhielt

der von Kallen proklamierte „kulturelle Pluralismus“ im Laufe der Zeit wachsende Zustimmung, und in den 1960er-Jahren war sein Ansatz, damals oft als „Multikulturalismus“ bezeichnet, zur Mehrheitsposition zumindest unter US-amerikanischen Intellektuellen geworden. Dementsprechend wurde das beliebte Bild des Schmelztiegels zunehmend von anderen Metaphern verdrängt, zum Beispiel durch die des Mosaiks oder (humorvoll) einer Salatschüssel, in der die Gesamtwirkung durch Bestandteile oder Zutaten erzielt wird, die ihren ursprünglichen Charakter oder Geschmack beibehalten.

Wie die Assimilierung wird auch der Multikulturalismus aus liberalen Gründen verteidigt. Dessen Fürsprecher lehnen den assimilationistischen Ansatz der Gleichheit im Sinne von Gleichsein strikt ab und bestehen stattdessen darauf, dass eine Pluralität verschiedener Lebensweisen toleriert oder sogar unterstützt werden sollte, vorausgesetzt sie beeinträchtigen nicht die Lebensführung anderer. Die theoretische Begründung dieser Sichtweise leitet sich größtenteils aus der sogenannten „Identitätspolitik“ her, die auf anderen Feldern des politischen Aktivismus zu einem Wandel geführt hat. So wie beispielsweise Homosexuelle und Feministen die Gleichheit mit Heterosexuellen bzw. Männern nicht mehr als entscheidendes Kriterium ansehen, fordern in ähnlicher Weise ethnische Minderheiten, einschließlich der Zugewanderten, dass ihren ursprünglichen Kulturen und Wertvorstellungen dieselbe Anerkennung entgegengebracht wird und sie das gleiche Recht haben, sich in der ihnen eigenen Art zu artikulieren.

Kritiker des Multikulturalismus hegen gewöhnlich Zweifel an der angeblich liberalen Rolle der Wirtsgesellschaft als neutrales Medium oder Matrix, in die sich die fremden Sitten und Bräuche problemlos einbetten lassen. Diese Funktion von Gesellschaft wird grundsätzlich infrage gestellt, da der Vorrang, den liberale Demokratien der Neutralität geben, selbst eine normative oder moralische Setzung ist und damit zwangsläufig zu einer systematischen Beschneidung von Minderheiten führt, statt einen neutralen öffentlichen Raum zu schaffen, in dem Minoritäten ihrer kulturellen Unterschiedlichkeit Ausdruck verleihen können. Wenn also Multikulturalismus ein gewisses Maß an kulturellem Relativismus einbezieht, der Werturteile über Minderheitenpraktiken ausschließt, kann sich der liberale Gastgeber aufgefordert sehen, gewisse – nach eigener Einschätzung illiberale – Bräuche wie zum Beispiel die Zwangsehe oder die weibliche Genitalverstümmelung zu verteidigen. Zumindest wird der aufnehmenden Gesellschaft eine gewisse Toleranz abverlangt, zu welcher manche der Neuankömmlinge ihrerseits nicht bereit wären. Abgesehen davon, dass solche Asymmetrien moralische Fragen aufwerfen, würden sie, so wird behauptet, zwangsläufig zu Spannungen zwischen den verschiedenen Elementen führen, die eine moderne multikulturelle Gesellschaft ausmachen.

Worum es geht

Umgang mit kulturellen Unterschieden

21 Arbeiterbewegung

„Die Arbeiterbewegung war die wesentliche Kraft, die Elend und Verzweiflung in Hoffnung und Fortschritt verwandelt hat. Ihr mutiger Kampf hat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen hervorgebracht, denen wir Arbeitslosenversicherung, Altersbezüge, Sozialhilfe und vor allem ein neues Lohnniveau verdanken, das nicht nur Überleben, sondern ein annehmbares Leben bedeutet. Die Industriekapitäne haben diese Umgestaltung nicht angeführt; sie widersetzten sich ihr, bis ihr Widerstand schließlich gebrochen wurde."

In seiner 1965 gehaltenen Rede betont der Bürgerrechtsaktivist Martin Luther King Jr. den grundlegenden Beitrag der Arbeiterbewegung für die Veränderungen der Lebensbedingungen des einfachen Arbeiters. Er hat die erreichten Verbesserungen für jene im Blick, die während der Großen Depression der 1930er-Jahre hart um ihren Lebensunterhalt kämpfen mussten. Doch seine Worte sind auch an andere Führer gerichtet, die sich in früheren Jahrhunderten für die Sache der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt hatten.

King richtet das Augenmerk auf ein zentrales Element der Arbeiterbewegung: die Gewerkschaftsbewegung. Sie steht für das Ziel, Verbesserungen im Lohnbereich und bei den Arbeitsbedingungen mithilfe von Gemeinschaftsaktionen durchzusetzen. Doch wurden – worauf King ebenfalls hinweist – die Erfolge auf diesen Feldern meist gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber errungen. Der Kampf um die Anerkennung der Arbeiterrechte – allen voran das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren – stand in der Frühphase der Arbeiterbewegung im Vordergrund, und in manchen Ländern (vor allem in Großbritannien) weitete sich die Frage der Grundrechte über die Wirtschaft hinaus auf den politischen Bereich aus.

Der Kampf um Anerkennung Die Arbeiterbewegung verfolgt bis heute keine eindeutige Linie, teilweise schlicht deshalb, weil sie für unterschiedliche Leute immer etwas Unterschiedliches bedeutet hat. Von Anfang an übte das Ringen der einfachen Arbeiter, die in gemeinsamen Aktionen für bessere Bedingungen kämpften, eine starke und auch romantische Anziehungskraft auf Radikale und Revolutionäre aus, sodass die Arbeiterbewegung intensive theoretische Auseinandersetzungen erlebte und einer star-

Zeitleiste

1848
Marx' *Kommunistisches Manifest* ruft die Arbeiter der Welt zur Vereinigung auf

1906
Gründung der britischen Labour-Partei

1917
Die Oktoberrevolution ermöglicht es den russischen Gewerkschaften, sich zu organisieren

1919
Gründung der Komintern, um die weltweite sozialistische Revolution voranzutreiben

ken Intellektualisierung unterworfen war. Am einflussreichsten war Marx' Theorie der Geschichte als Klassenkampf, in der die Arbeiterklasse (das Proletariat) als eine idealisierte Kategorie dargestellt wird – eine homogenisierte Gruppe, die zu konzertierten Aktionen gegen die kapitalistische Klasse (die Bourgeoisie) in der Lage ist. Vor und parallel zu diesem Prozess der Abstraktion gab es faktisch viele Arbeiterbewegungen, nämlich zahllose Aktionen konkreter Personen, die sich zu Gruppen zusammenschlossen, um ihre Interessen auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz zu vertreten und durchzusetzen. Die rasche Zunahme solcher Initiativen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zuerst in Großbritannien und dann in Europa und den USA, wird häufig als Beginn der Arbeiterbewegung angesehen. Diese Initiativen waren von Ort zu Ort sehr unterschiedlich, denn die verantwortlichen Gruppen bildeten sich oft spontan und lösten sich genauso schnell wieder auf.

Diese Vorformen der Gewerkschaftsarbeit waren eine unmittelbare Reaktion auf die neue und oftmals harsche Welt des industriellen Kapitalismus. Tarifverhandlungen, in denen von den Arbeitern bestimmte Vertreter über Löhne und andere beschäftigungsrelevante Angelegenheiten verhandelten, boten einen gewissen Schutz vor der Ausbeutung von Arbeitskräften, die in einem System weitgehend unregulierter Industrie und Handelsaktivitäten üblich war. Erwartungsgemäß schlugen die Arbeitgeber, die ihre eigenen Interessen durch dieses neue Selbstbewusstsein bedroht sahen, zurück, indem sie entweder die Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen oder aber (oft erfolgreich) versuchten, den Arbeitskämpfen rechtliche Hürden in den Weg zu stellen. In Großbritannien blieb das grundlegende Recht der Arbeiter – das Recht, sich zu organisieren – das ganze 19. Jahrhundert hin-

1906: *annus mirabilis*

In der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung erwies sich 1906 als entscheidendes Jahr. Der jahrzehntelange Kampf für die angemessene Anerkennung der Arbeiterrechte gipfelte in diesem Jahr in der Gründung der Labour-Partei, die erstmals 1924 an die Macht kam und von da an das politische Vehikel für die Anliegen der Arbeiterklasse sein würde. Ebenfalls 1906 verschaffte der *Trade Disputes Act* („Gesetz über Handelskonflikte") den britischen Gewerkschaften Immunität gegenüber zivilgerichtlichen Strafverfolgungsmaßnahmen und schützte ihre Geldmittel vor Schadensersatzansprüchen. Dieses Prinzip der *legal abstention* bestimmte in Großbritannien mehr als ein halbes Jahrhundert lang die Beziehungen und den Umgang zwischen den Parteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bis es durch den *Industrial Relations Act* von 1971 in den Folgejahren zunehmend ausgehöhlt wurde. Im Volksgedächtnis musste die britische Arbeiterbewegung 1984/1985 ihre schwerste Niederlage einstecken, als die konservative Regierung von Margaret Thatcher in einem erbitterten, lange andauernden und die Gesellschaft spaltenden Streik die Oberhand über die *National Union of Miners* („Föderation der Bergarbeitergewerkschaften") gewann.

1936
Die Arbeiterbewegung tritt dem Faschismus in Spanien entgegen

1971
Der britische *Industrial Relations Act* verbietet „unfaire industrielle Praktiken"

1984–1985
Die britische Föderation der Bergarbeitergewerkschaften wird durch die Thatcher-Regierung niedergezwungen

durch ein zentraler Streitpunkt, und eine befriedigende Lösung wurde erst im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gefunden.

Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung Ein wichtiges Vermächtnis der Intellektualisierung der Arbeiterbewegung war deren nachhaltige, wenn auch zwiespältige Festlegung auf den Internationalismus. Marx' *Kommunistisches Manifest*, das die Arbeiter der Welt zur Vereinigung aufrief, erlaubte keine nationalen Unterschiede, und die unvermeidliche Überwindung des kapitalistischen Systems über alle Grenzen hinweg sollte zu einer neuen sozialistischen Weltordnung führen. In Übereinstimmung mit dieser Vision schuf der Sowjetführer Lenin innerhalb von zwei Jahren nach Beginn der Russischen Revolution die 1919 gegründete Kommunistische Internationale (kurz Komintern) oder Dritte Internationale. Die erklärte Absicht dieser Organisation war, die sozialistische Revolution durch die Verbreitung der kommunistischen Lehre und die Koordinierung der Opposition gegen den bürgerlichen Imperialismus überall auf der Welt voranzutreiben; und zahlreiche revolutionäre kommunistische Gruppen, die sich als Teil einer internationalen Arbeiterbewegung verstanden, akzeptierten diese Führerschaft auch.

„Das stärkste Band des menschlichen Mitgefühls außerhalb der Familie sollte eines sein, das die Arbeitnehmer aller Nationen und Sprachen und Geschlechter eint.“
Abraham Lincoln, 1864

Ihren Höhepunkt erreichte die internationale Strategie der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939), als die internationalen Brigaden, die anfangs von Moskau koordiniert und größtenteils aus den Reihen von Kommunisten und Gewerkschaftern rekrutiert wurden, die Befreiung Spaniens vom Faschismus als eine Aufgabe des (in den Worten Stalins) „progressiven Humanismus“ sahen. Doch diese Solidaritätsbekundung blieb die Ausnahme. Sozialistische und Arbeiterparteien verpflichteten sich für den Wandel durch Reformen von innen heraus und nicht durch Revolution und zeigten wenig Begeisterung für die Komintern und ihre internationalistischen Ambitionen. Da sich die nationalen Arbeiterbewegungen in der Regel darauf konzentrierten, mehr Rechte und bessere Bedingungen für die Arbeiter zu erstreiten, waren sie faktisch gezwungen, ihre Kräfte auf die inländische Politik und nationale Angelegenheiten zu bündeln. Jedenfalls zeigte sich in den späten 1920er-Jahren deutlich, dass die Hauptfunktion der Komintern mit Stalin als Strippenzieher im Wesentlichen darin bestand, politische Initiativen der Sowjets in anderen Ländern zu unterstützen.

Wohl und Wehe Ihre Blütezeit hatten die Gewerkschafts- und die Arbeiterbewegung insgesamt in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Wahl linksgerichteter, sozialdemokratischer Parteien in vielen Ländern markierte den Beginn einer beispiellosen Kooperation zwischen Regierung und Arbeiterschaft, indem die Härten des Kapitalismus durch ein auf die Umverteilung von oben nach unten zielendes Steuersystem und hohe Sozialausgaben zugunsten besserer Lebensbedingungen für alle abgemildert wurden. Verfahren der Massenfertigung wurden überall angewendet,

dadurch erhielten die großen Dachgewerkschaften zusätzliche Verhandlungsmacht. Gleichzeitig trugen die neuen Produktionsverfahren zu einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung bei, der wiederum zu steigenden Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen führte und eine Vielzahl von Konsumgütern für die zu neuem Wohlstand gekommenen Arbeitergenerationen hervorbrachte.

Die Blase platzte, als massive und unumkehrbare Veränderungen einen Wandel der ökonomischen und politischen Weltordnung herbeiführten. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts brachten insbesondere die Kräfte der Globalisierung eine Mobilität von Kapital und Arbeit, die sozialistische Ziele wie Vollbeschäftigung und lebenslange Sozialleistungen unerreichbar scheinen ließ. Im sogenannten postindustriellen Zeitalter wurde mit dem Entstehen eines einzigen globalen Marktes die internationale Wettbewerbsfähigkeit zur allesentscheidenden Frage. Die traditionellen Schwerindustrien gerieten durch den unaufhaltsam wachsenden Dienstleistungssektor unter Druck, die Gewerkschaften alten Stils wurden als unbeweglich, veraltet und realitätsfremd angesehen. In einer Welt, in der das Zauberwort „Flexibilität" lautete und billige Arbeitskräfte jederzeit verfügbar waren, sahen sich die Gewerkschaften zunehmend an den Rand gedrängt und zersplittert; wo sie nicht völlig kaltgestellt waren, besaßen sie nur noch geringe Verhandlungsmacht, und aufeinander abgestimmte und gebündelte Aktionen waren kaum noch möglich. Auch ideologisch hatten sich die Verhältnisse geändert, indem jetzt die neoliberale Theorie Deregulierung und das freie Spiel der Marktkräfte propagierte.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeigte sich die Arbeiterbewegung so geschwächt wie im ganzen letzten Jahrhundert nicht: Die Mitgliederzahlen waren dramatisch gesunken, die historischen Bande mit politischen Parteien hatten sich gelockert, die Fähigkeit, Ressourcen zu mobilisieren, war stark vermindert. Könnte der Abwärtstrend umgekehrt werden? Ironischerweise benötigte die Arbeiterbewegung in einer globalisierten Welt genau das, was sie in der Vergangenheit so eklatant versäumt hatte aufzubauen: ein System internationaler Verbindungen, das die verschiedenartigen nationalen Bewegungen zusammenhalten und es ihnen erlauben würde, im Verbund die gemeinsamen Interessen zu verfolgen, wozu sie jetzt, auf sich allein gestellt, zu schwach waren. Offen war indes die Frage, ob es noch ausreichende Gemeinsamkeiten gab, um die Arbeiter der Welt in die Lage zu versetzen, dem Aufruf, den Marx vor mehr als 150 Jahren an sie gerichtet hatte, folgen zu können.

Worum es geht

Arbeiter schließen sich in Gewerkschaften zusammen

22 Feminismus

In der bisherigen Geschichte standen die Frauen die meiste Zeit eindeutig an zweiter Stelle, ihr fester Platz war im Haushalt. Erst in den letzten 150 Jahren wurden Bestimmungen, welche die untergeordnete Stellung der Frauen festschrieben, aus den Gesetzbüchern westlicher Gesellschaften getilgt. Zuvor hatten Frauen nur begrenzten Zugang zu Bildung, waren von den meisten Berufen ausgeschlossen und durften nicht wählen oder sich für Ämter zur Wahl stellen. Verheiratete Frauen galten vielfach als ungeeignet, eigene Geschäfte zu führen oder uneingeschränkt persönlichen Besitz zu verwalten. Ehefrauen wurden in mancher Beziehung sogar wie das Eigentum ihrer Männer behandelt.

Feminismus – die Vorstellung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der Geschlechter – ist ein relativ junges Phänomen. Es zeugt von den großen Fortschritten, die die Frauenbewegung in den vergangenen zwei Jahrhunderten errungen hat, dass viele diskriminierende Praktiken, die einst als selbstverständlich galten, heute als völlig unakzeptabel angesehen werden. Die Gleichstellung der Geschlechter ist jedoch bis heute nicht vollständig verwirklicht. Auf institutioneller Ebene mag die Diskriminierung formal überwunden sein, doch tief verwurzelte und oft unbewusste Einstellungen sind schwerer aus der Welt zu schaffen. Frauen sehen sich noch immer allen möglichen Demütigungen und Vorurteilen ausgesetzt, von unsichtbaren beruflichen Schranken und schlechterer Bezahlung bis zu gedankenlosen Annahmen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und Rollen zu Hause und in der Gesellschaft. Kein Land ist frei von Sexismus, und in einigen Teilen der Welt ist Diskriminierung aufgrund des Geschlechts noch immer explizit durch Gesetze gebilligt.

Erste Welle: Der Kampf um das Wahlrecht Während der europäischen Renaissance hatte es eine anhaltende Auseinandersetzung über die „Frauenfrage“ gegeben, die allerdings oft nur als literarische Scheindebatte geführt wurde, in der das Thema – die Widerlegung des Vorwurfs, Frauen seien von Natur aus frivol und minderwertig – eloquent, aber ohne große Wirkung behandelt wurde. In England war es vor allem Mary Wollstonecraft, Mutter von Mary Shelly und (in den Worten Horace Walpoles’) „Hyäne

Zeitleiste

1792
Mary Wollstonecraft protestiert gegen die untergeordnete Stellung der Frauen

1869
John Stuart Mill veröffentlicht *Die Unterwerfung der Frauen*

1894
Nachweislich erstmalige Verwendung des Begriffs „Feminist“ („Feminismus“ ein Jahr später)

1918
Britischen Frauen über 30 wird das Wahlrecht zuerkannt (Frauen über 21, wie bei Männern, nach 1928)

„Die Tyrannei der Männer, davon bin ich fest überzeugt, ist die Ursache fast aller Torheiten der Frauen … Gebt der Frau die gleichen Rechte, und sie wird den Tugenden des Mannes nacheifern."

Mary Wollstonecraft, 1792

im Unterrock", die Leidenschaft und Nachdruck in die bis dahin ziemlich unfruchtbare Kontroverse brachte. In *Die Verteidigung der Frauenrechte* (1792) fordert Wollstonecraft energisch Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für die „unterdrückte Hälfte der Menschheit" und lässt sich besonders gegen ein restriktives Erziehungssystem aus, das in Frauen eine „sklavische Abhängigkeit", eine „Verzärtelung des Geistes" hervorbringe und nichts weiter als den Ehrgeiz wecke, ihr Äußeres zu pflegen und dem Mann zu gefallen. Wenn Frauen dieselben Chancen wie Männern gegeben würden, so ihre Überzeugung, würden sie den Beweis erbringen, nicht weniger intelligent und fähig zu sein.

Der Ruf nach Veränderungen wurde in den Jahrzehnten nach Wollstonecrafts Tod im Jahr 1797 immer lauter, und Mitte des 19. Jahrhunderts gewann die Sache der Frauen einen tatkräftigen Fürsprecher in der Person John Stuart Mills hinzu. In *Die Unterwerfung der Frauen* (1869) argumentiert Mill, dass „die gesetzliche Unterordnung eines Geschlechts unter das andere … ersetzt werden muss durch ein Prinzip der vollkommenen Gleichheit, welches keine Herrschaft oder Privilegien auf der eine Seite noch Einschränkungen auf der anderen gestattet". In Europa und den USA kamen die Impulse für die Emanzipation der Frauen aus dem Kampf um die Abschaffung der Sklaverei. Weibliche Gegner der Sklaverei erkannten, dass die politischen Rechte, die sie für die Schwarzen forderten, in vielerlei Hinsicht über diejenigen hinausgingen, die sie selbst besaßen.

Bis in die 1920er-Jahre galten die feministischen Bemühungen fast ausschließlich der Durchsetzung des Frauenwahlrechts. Und als die höflichen Versuche, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen, am Widerstand der etablierten Institutionen abprallten, wurden die Frauenrechtlerinnen militant und gelegentlich auch gewalttätig. Suffragetten auf beiden Seiten des Atlantiks führten einen unnachgiebigen Feldzug, der Boykotte, Demonstrationen, Brandanschläge und Hungerstreiks einschloss. Solche Aktionen, die bald ein Erkennungszeichen des Feminismus wurden, trugen schließlich Früchte, als die Bürgerrechte für Frauen in Großbritannien (1918 und 1928) und den Vereinigten Staaten (1920) per Gesetzeserlass ausgeweitet wurden.

1920
Der 19. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten verbietet die Beschränkung des Wahlrechts aufgrund des Geschlechts

1949
Simone de Beauvoir veröffentlicht *Das andere Geschlecht*

1960er-Jahre
Beginn der zweiten Welle des Feminismus

1990er-Jahre
Beginn der dritten Welle des Feminismus

Der Weiblichkeitswahn

In der Boomzeit der 1959er- und 1960er-Jahre schien es, als hätten es die Mittelschichtfrauen in den USA niemals so gut gehabt. Ein warmes, gemütliches Zuhause mit einem perfekten Ehemann, wohlgeratenen Kindern und Hunderten nützlicher Geräte bedeutete, dass es jetzt leichter denn je war, die perfekte Hausfrau zu geben. Auf die Schwachstellen dieses Vorstadtidylls machte Betty Friedan in ihrem 1963 erschienenen Buch *The Feminine Mystique* („Der Weiblichkeitswahn") aufmerksam. Die Hausfrauen Amerikas waren so oft an ihre märchenhafte Existenz erinnert worden, bis sie schließlich selbst daran glaubten. Doch die Realität, die sich hinter dieser Fassade verbarg – die einschläfernde Langeweile des häuslichen Lebens in den Vorstadtsiedlungen, der eingeschränkte Horizont, das Fehlen von Zielen und Hoffnungen –, hatte mit dem Traumbild nur wenig gemein. Es bedurfte Friedans Bestseller, um sie wachzurütteln – ihr Bewusstsein zu sensibilisieren –, aber die Frauen in Amerika waren bereit für Veränderungen.

Zweite Welle: Die Frauenbewegung Das Wahlrecht erstritten zu haben, war ein großer Triumph für den Feminismus, doch in den westlichen Gesellschaften wimmelte es in fast allen Lebensbereichen noch immer von Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts. Auf dem ersten Frauenrechtskongress in Seneca Falls im US-Bundesstaat New York wurde eine Resolution mit der Forderung verabschiedet, dass Frauen „gleichberechtigter Zugang zu den verschiedenen Wirtschaftsbranchen, Berufen und Handelssparten" zu gewähren sei. Mehr als 70 Jahre später wurde schmerzhaft deutlich, dass dieses angestrebte Ziel unverändert in weiter Ferne lag. Das im Kampf für das Frauenstimmrecht gewachsene Gemeinschaftsgefühl begann bald zu bröckeln, und der Perspektivverlust, der durch die Weltwirtschaftskrise und den Weltkrieg noch verstärkt wurde, führte zur Schwächung und Zersplitterung der Frauenbewegung. Hatte vormals der Kampf gegen die Sklaverei die nötige Leidenschaft entfesselt, um die sogenannte „erste Welle" des Feminismus ins Rollen zu bringen, so war es in den 1960er-Jahren erneut eine Periode der Hoffnungen und Krisen – die Zeit der Bürgerrechtsbewegung, des Vietnamkriegs, der Hippiekultur und der Studentenproteste –, die zum Auslöser der „zweiten Welle" wurde. Mit einem Mal entstanden überall neue Initiativen, die gegen zahllose wahrgenommene Ungerechtigkeiten gerichtet waren. Doch dieser neuerliche und weitverbreitete Aktivismus ließ Differenzen und Spaltungen sichtbar werden, die es innerhalb des Feminismus schon seit langem gegeben hatte.

Liberale oder klassische Feministinnen hatten einen pragmatischen Weg eingeschlagen, um die konsequente Gleichstellung mit Männern in allen Lebensbereichen zu erzielen. In ihren Augen war die wichtigste Aufgabe, jede Form von Diskriminierung aus der Welt zu schaffen: formale oder informelle Hürden zu beseitigen, die Frauen daran hin-

derten, die unsichtbaren Schranken am Arbeitsplatz zu durchbrechen; den Anspruch auf angemessenen Mutterschaftsurlaub und Regelungen zur Kinderbetreuung durchzusetzen; sicherzustellen, dass Frauen die gleichen Bildungs- und Ausbildungschancen erhielten.

Neben diesen liberalen Feministinnen hatte es immer schon radikalere Stimmen gegeben. Bereits 1898 hatte die führende US-Anarchistin Emma Goldman die Auffassung verspottet, dass die Befreiung allein durch die Durchsetzung des Frauenwahlrechts erreicht werden könnte. Eine Frau könnte Freiheit nur gewinnen „durch die Verweigerung des Rechts an ihrem Körper gegenüber jedermann; durch die Verweigerung, Kinder zu gebären, es sei denn, sie selbst möchte welche; durch die Verweigerung, Dienerin Gottes, des Staates, der Gesellschaft, des Ehemannes, der Familie zu sein“. Spätere Feministinnen warfen die Frage auf, ob die völlige Gleichstellung mit den Männern wirklich das sei, wofür sie unbedingt kämpfen sollten. War es richtig, den Fortschritt in der Überwindung der historischen Unterordnung der Frauen an ihrem Erfolg zu messen, Zugang zu Macht und Privilegien in einer patriarchalisch organisierten Welt zu bekommen – in einem System, das auf der Annahme der Dominanz des Mannes gegründet war? Vielen erschien es nicht ausreichend, die Männer zu deren eigenen Bedingungen zu übertreffen, das von ihnen bestimmte Spiel mitzuspielen.

> **Ich habe nicht dafür gekämpft, die Frauen hinter dem Staubsauger hervorzuholen, nur um sie in den Vorstand von Hoover zu bringen.**
>
> **Germaine Greer,**
> **australische Schriftstellerin und Feministin, 1986**

Dritte Welle: Die globale feministische Bewegung Als sich das 20. Jahrhundert seinem Ende zuneigte, kam eine „dritte Welle“ des Feminismus auf. Sie war teilweise motiviert durch die Defizite, die frühere Feministinnen erkannt hatten. Die neue Bewegung schlug einen anderen Ton an und vertrat andere Inhalte. Gegenüber dem vergleichsweise gesetzten Auftreten ihre Vorgängerinnen waren ihre Protagonistinnen selbstbewusst, ironisch, spielerisch, grob, frech, ungestüm: Schrille „Mädchen-Power“ trat an die Stelle von „Flower-Power“; die provokante Selbstgewissheit von Madonna ersetzte die von Zweifeln geplagte Sinnsuche einer Joan Baez.

Doch unter der glitzernden Oberfläche war noch immer Substanz. Trotz des selbst gesteckten Ziels der „weltweiten Verschwisterung“ bestand das wohl hartnäckigste Manko der überwiegend von weißen und gut situierten Frauen getragenen zweiten Welle in einem Mangel an echtem Verständnis für die Wünsche und Erwartungen der schwarzen Frauen und der Frauen in der Dritten Welt, die sich allzu oft bevormundet oder an den Rand gedrängt fühlten. Mit unangestrengter Empathie nahm die dritte Welle neue Stimmen auf und erreichte ein bislang ungekanntes Maß an Offenheit und Pluralismus, ohne das Versprechen eines wirklich globalen Feminismus als Ziel aufzugeben.

Worum es geht

Das Ziel der globalen Verschwisterung

23 Umweltbewegung

Es gibt nur eine Erde. Für absehbare Zeit wird dieser Planet unsere einzige Heimat sein, und unser Überleben wird von seiner Fähigkeit abhängen, uns mit Nahrung und anderen Ressourcen zu versorgen und mit den von uns produzierten Abfallstoffen zurechtzukommen. Die Erde ist diesen Anforderungen seit vielen Zehntausend Jahren gerecht geworden, doch in der jüngeren Vergangenheit haben die Belastungen, die wir ihr zumuten, dramatisch zugenommen. Auf jeden Erdbewohner im frühen 18. Jahrhundert kommen heute schätzungsweise mehr als zehn Menschen, von denen jeder ein Vielfaches der endlichen Ressourcen in Anspruch nimmt.

Die Sorge über die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt wuchs im 19. Jahrhundert mit dem Prozess der Industrialisierung und einer explosionsartigen Bevölkerungszunahme, die das Potenzial der Menschheit, die natürlichen Systeme zu schädigen, erheblich vergrößerte. Seitdem haben menschlicher Erfindungsgeist und Technologie neue und effizientere Möglichkeiten hervorgebracht, die steigende Nachfrage nach den knapper werdenden Ressourcen zu befriedigen. Noch konnten katastrophale Effekte verhindert werden, doch die offenkundigen Belastungen unseres Planeten machen deutlich, dass wir nicht unbegrenzt weitermachen können wie bisher.

Das Prinzip Nachhaltigkeit Ein einzelnes Phänomen – der Klimawandel – hat in jüngster Zeit die Sorge um unsere Umwelt in einer neuen Dimension anwachsen lassen, doch die Anfänge der heutigen Umweltschutzbewegung gehen bereits auf die frühen 1960er-Jahre zurück. Die zunächst auf verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern und Intellektuellen beschränkten Bedenken wurden schnell größer und führten zur Entstehung einer Reihe grüner Parteien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für die Belange der Umwelt und politische Maßnahmen einsetzten. Anfangs war die Sorge der Aktivisten oft auf Einzelaspekte wie den Verlust von Lebensräumen, Naturschutz oder die – zivile und militärische – Nutzung der Kernenergie fokussiert.

Die wichtigste Erkenntnis, die alle Umweltschützer vereint, war und ist, dass unser energiehungriger Lebensstil nicht nachhaltig ist. Das gilt ganz besonders für die im Westen entwickelte und überallhin exportierte Vorstellung eines von stetig steigendem

Zeitleiste

1700
Die Weltbevölkerung beträgt geschätzte 600 Millionen Menschen

1960er-Jahre
Erste warnende Hinweise, dass Aktivitäten des Menschen zur globalen Klimaerwärmung beitragen könnten

frühe 1970er-Jahre
Erste nachweisliche Verwendung des Adjektivs „grün“ in der Bedeutung von „Umweltschützer“ oder „ökologisch“

1971
Greenpeace setzt sich für den Schutz der Umwelt ein

Konsum angetriebenen Wirtschaftswachstums. Unser Verhältnis zur Natur ist immer mehr aus dem Gleichgewicht geraten und hat gestörte Formen angenommen: Wir verhalten uns, als ob unser Planet etwas sei, das erobert und gezähmt werden müsste, ein ausbeutbares Reservoir, eine Ressource, an der wir Raubbau betreiben können. Angesichts dieser Schieflage waren sich die Umweltschützer über den Weg aus der Malaise weitgehend einig: nachhaltige Entwicklung. Nach diesem Konzept müssen sämtliche ökonomischen (und sonstigen) Aktivitäten im klaren Bewusstsein ihrer Auswirkungen auf die Umwelt erfolgen, um so deren Zerstörung und die langfristige Erschöpfung der natürlichen Vorräte zu vermeiden. Wir handeln im eigenen Interesse, wenn wir den Planeten schützen, und dazu ist es notwendig, dass wir unser Verhalten ändern. „Wir missbrauchen Land, weil wir es als eine Ware ansehen, die uns gehört“, schrieb der US-amerikanische Ökologe Aldo Leopold in seiner einflussreichen Schrift *Am Anfang war die Erde* (1949). „Wenn wir Land als eine Gemeinschaft verstehen, der wir angehören, so fangen wir vielleicht an, es mit Liebe und Achtung zu nutzen.“

‚Wir haben die Erde nicht von unseren Vorfahren geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.‘
Indianisches Sprichwort

Umweltbewusstsein und Umwelthandeln Umweltschützer sind sich einig, dass wir ein zutiefst gestörtes Verhältnis zu unserem Heimatplaneten haben. Weniger Übereinstimmung gibt es in der Frage, welches die richtige Beziehung sein sollte. Viele Wegbereiter der Umweltbewegung bezogen ihre Motivation anfangs aus der Gefahr, die den Menschen durch ihren missbräuchlichen und ausbeuterischen Umgang mit dem Planeten drohte. Die Bedrohung wurde oft in Begriffen des menschlichen Wohlergehens und Überlebens ausgedrückt, und der Ruf nach Veränderungen richtete sich an unsere moralische Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen und künftigen Generationen. Im Kern auf den Menschen zentriert, war das bevorzugte Bild eines des verantwortungsvollen Denkens und Handelns: ein angemessenes ökologisches Bewusstsein, verbunden mit Vernunft und Eigeninteresse, das uns zu einem respektvollen, behutsamen und natürlich nachhaltigen Umgang mit unserem zerbrechlichen Planeten anleitet.

‚Was dem Schwarm nicht nützt, das nützt auch der einzelnen Biene nicht.‘
Mark Aurel,
römischer Kaiser, Meditationen, 2. Jh. n. Chr.

Diese Sichtweise prägte den 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung veröffentlichten Bericht (mit dem Titel *Unsere gemeinsame Zukunft*), in dem Nachhaltigkeit definiert ist als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne jedoch die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen

1972	1986	1992	2009	2010
Die erste grüne Partei (Values Party – „Wertepartei“) wird in Neuseeland gegründet	Austritt von radioaktiven Stoffen nach dem Atomreaktorunglück in Tschernobyl	Der erste UN-Erdgipfel in brasilianischen Rio de Janeiro diskutiert über Nachhaltigkeit	Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen erzielt kein verbindliches Abkommen	Die Weltbevölkerung beträgt fast 6,8 Milliarden Menschen

> **❜ Die Menschheit hat eine lange Geschichte der Einseitigkeit und eines gesellschaftlichen Zustands durchschritten, der stets das Potenzial zur Zerstörung in sich trug … Das große Projekt unserer Zeit muss sein, den Blick zu öffnen, um zu einer umfassenden und ganzheitlichen Sichtweise zu gelangen und die Kluft zwischen Mensch und Natur zu überwinden. ❛**
>
> **Murray Bookchin,** US-amerikanischer Anarchist und Mitbegründer des ökologischen Denkens, 1982

Bedürfnisse zu befriedigen". Der Ansatz ist pragmatisch insofern, als er anerkennt, dass sich menschliches Verhalten eher verändern lässt als das Wesen des Menschen. Es wird nicht behauptet, dass „die Bedürfnisse der Gegenwart" einfach nur fehlgeleitet sind; tatsächlich antizipiert der Bericht im Folgenden „die Möglichkeit einer neuen Ära des wirtschaftlichen Wachstums auf der Grundlage einer Politik, die die Basis der natürlichen Umweltressourcen bewahrt und verbreitert". Die – insgesamt recht positive und politisch gefällige – Botschaft lautet nicht, dass wir unsere sämtlichen bisherigen Ansprüche aufgeben, sondern dass wir intelligenter und rücksichtsvoller in ihrer Umsetzung sein müssen.

Tiefenökologie Neben diesem pragmatischen Ansatz gab es immer auch idealistischere und weniger kompromissbereite Stimmen innerhalb der Umweltschutzbewegung. Sie lehnen das Bild des einfühlsamen Verwalters strikt ab, weil es in ihren Augen eine ungleiche und ausbeuterische Beziehung zwischen Mensch und Natur beinhaltet. Die Erde und alles Leben auf ihr seien nicht wertvoll, weil sie der Befriedigung unserer Bedürfnisse dienen; sie sind es nicht deshalb wert, dass wir Rücksicht auf sie nehmen, weil sie schön sind oder unser Leben bereichern. Tatsächlich sind viele Arten, die sich die Erde mit uns teilen, für uns weder nützlich noch schön, und dennoch ist jede einzelne von ihnen an sich kostbar. Unsere moralische Verantwortung geht – heute und in der Zukunft – über unsere Mitmenschen hinaus und erstreckt sich genauso auf andere Lebensformen und den Planeten als Ganzes. Es genügt nicht, die Erde um unserer selbst willen zu bewahren. Wir müssen nicht umsichtig und klug, sondern ökologisch weise sein, um im Einklang mit der Natur zu leben. Denn wir existieren nicht getrennt von ihr, sondern wir sind ein Teil der Natur.

Eine der einflussreichsten Ausformungen dieser Art von „Tiefenökologie" ist die sogenannte Gaia-Hypothese, die von dem britischen Wissenschaftler James Lovelock in seinem 1979 erschienenen Buch *Gaia: Eine neue Sicht auf das Leben auf der Erde* entwickelt wurde. Lovelocks zentraler Gedanke ist, dass das Leben auf der Erde die für sein eigenes Fortdauern notwendigen Bedingungen aufrechterhält: Unser „stabiler Pla-

Heilige Kühe auf dem Prüfstand

Warnungen vor den verheerenden Folgen der globalen Klimaerwärmung, darunter das Abschmelzen der Gletscher und das Ansteigen der Meeresspiegel, haben Umweltaktivisten ebenso wie Regierungen dazu gezwungen, ihre bisherigen Prioritäten grundsätzlich zu überdenken. Obwohl es noch immer eine große Zahl von Zweiflern gibt, erfordert der dennoch breite Konsens, dass der Klimawandel real, akut und potenziell katastrophal ist, ein Maß an internationaler Zusammenarbeit, das weit über alle bisherigen Kooperationen hinausgeht. Bislang war der länderübergreifende Wille, dieser Herausforderung zu begegnen, beschämend schwach ausgeprägt. Gleichzeitig haben Umweltschützer begonnen, die Unantastbarkeit verschiedener „heiliger Kühe“ zu hinterfragen. Da angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Emissionen zu verringern, andere wichtige Fragen zunehmend in den Hintergrund treten, beginnen viele Grüne offen daran zu zweifeln, ob der fortgesetzte Widerstand gegen die Atomenergie der Weisheit letzter Schluss ist und diese nicht zumindest als Übergangslösung dienen kann, solange sich die erneuerbaren Energien noch in der Entwicklung befinden. Andere haben dem Kapitalismus eine zentrale Rolle zugewiesen, obwohl dieser traditionell als treibende Kraft einer zunehmend auf den Konsum orientierten Wirtschaft und damit als eigentliche Ursache von Umweltproblemen angesehen wird. Könnten nicht die Marktkräfte das beste Mittel sein, um das Kohlendioxid aus dem globalen Wirtschaftskreislauf zu eliminieren – vorausgesetzt ein geeignetes System der CO_2-Besteuerung sorgt dafür, dass die Produzenten des schädlichen Klimagases die vollen Kosten der von ihnen hervorgerufenen Umweltschäden übernehmen?

net aus instabilen Bestandteilen“ wird durch einen gigantischen Rückkopplungsmechanismus in einem Gleichgewichtszustand gehalten, wobei dieser Mechanismus von sämtlichen miteinander in Beziehung stehenden Regulierungsaktivitäten all seiner belebten und nichtbelebten Bestandteile angetrieben wird. Die Menschen mögen einer dieser Bestandteile und Partner des Ganzen sein, doch sie sind „nur eine von vielen Spezies, weder Besitzer noch Verwalter dieses Planeten“. Die Gaia-Hypothese lehrt, dass der intakte Zustand unserer Welt von einer ganzheitlichen, planetarischen Perspektive abhängt. Ihre unheilvolle Bedeutung ist, dass das Überleben der Erde nicht notwendigerweise das unsrige einschließen muss.



24 Faschismus

Gelegentlich wurden Vergleiche gezogen zwischen den brutalen faschistischen Regimen, die in Europa in den 1920er- und 1930er-Jahren aufkamen, und der stalinistischen Diktatur, die Russland in ungefähr demselben Zeitraum terrorisierte. Eine klare moralische Unterscheidung fällt schwer, denn sowohl unter den kommunistischen Regimen wie auch unter der faschistischen Herrschaft mussten Millionen von Menschen unvorstellbares Leid erdulden oder verloren ihr Leben.

Doch während die Schrecken der Sowjetherrschaft eher einem verwirrten Tyrannen als der kommunistischen Ideologie zugeschrieben werden können – es gibt im orthodoxen Marxismus-Leninismus gewiss keinerlei Rechtfertigung für Stalins Gräueltaten –, war die faschistische Terrorherrschaft eine konsequente und planvolle Umsetzung einer deutlich artikulierten politischen Doktrin.

Einer der wichtigsten geistigen Väter dieser Doktrin war Benito Mussolini, der Führer (*il Duce*) der Faschistischen Partei Italiens und der erste faschistische Diktator, der seine Herrschaft in Europa festigen konnte. 1932 setzte Mussolini seinen Namen unter *Die Lehre des Faschismus*, eine politische Schrift, die Bestandteil des Eintrags über den Faschismus in der *Enciclopedia Italiana* war. Dass der größte Teil des Textes Giovanni Gentile, dem selbsternannten „Philosophen des Faschismus“, zugeschrieben wird, ändert nichts an der Tatsache, dass es sich um eines der wichtigsten Dokumente über die faschistische Ideologie handelt.

Der totalitäre Staat Die Ausprägungen des Faschismus unterschieden sich von Ort zu Ort – ein Sachverhalt, der manchen zeitgenössischen Beobachter verblüffte –, und seine Führer waren nur allzu bereit, ihre Politik und ihre Vorstellungen an die jeweiligen regionalen Bedingungen anzupassen. Aus Mussolinis Schriften geht indes eindeutig hervor, dass die übergeordnete Triebkraft des Faschismus ein extremer Nationalismus war und bleiben sollte: eine bösartige und gewalttätige Leidenschaft, genährt aus Vorurteilen, Patriotismus und Propaganda, die eng auf die fetischisierte Vorstellung eines allmächtigen Staates fokussiert war.

Zeitleiste

1917
Die Russische Revolution löst in Europa Ängste vor dem Kommunismus aus

1919
Die durch den Versailler Vertrag ausgelöste Unzufriedenheit bildet den Nährboden für zukünftige faschistische Regime

1922
Mussolini wird nach seinem „Marsch auf Rom“ Ministerpräsident (Diktator ab 1925)

1933
Adolf Hitler wird zum deutschen Reichskanzler ernannt

Das Ziel des faschistischen Staates war nicht nur, eine neue Art von Gesellschaft zu schaffen, sondern auch neue Menschen zu formen, die ihn bevölkern. Zu diesem Zweck verfügte der Staat über die absolute Macht und das uneingeschränkte Recht, sich in sämtliche Lebensbereiche einzumischen: „Wir sind … ein Staat, der alle in der Natur wirkenden Kräfte kontrolliert, wir kontrollieren die politischen Kräfte und wir kontrollieren die ökonomischen Kräfte." Die faschistische Herrschaft war so allumfassend, dass ein neuer Begriff – totalitär – geprägt wurde, um sie zu beschreiben: „Alles im Staat, nichts gegen den Staat, nichts außerhalb des Staates." Ein Aspekt dieses Absolutismus war der ohnmächtige Bürger, oder zumindest ein Bürger, dessen Individualität nichts galt und dessen einzige Bestimmung in der Hingabe an den gemeinsamen überweltlichen Staat bestand; das völlige Aufgehen im Staat versprach „ein höheres Leben, gegründet auf Pflichterfüllung … in welcher das Individuum durch Selbstverleugnung, durch Preisgabe seiner Sonderinteressen, selbst durch den Tod jenes durch und durch geistige Dasein verwirklicht, in dem sein Wert als Mensch beruht." Den Erfolg des Faschismus, dieses Ziel über Mussolinis Rhetorik hinaus eisige Realität werden zu lassen, bestätigt der englischen Chronist Harald Nicolson, der sich im Januar 1932 in Rom aufhielt: „Sie haben in der Tat das ganze Land in eine Armee verwandelt. Von der Wiege bis zum Grab ist man in das enge Korsett des *fascismo* eingezwängt, und daraus gibt es kein Entrinnen … Es ist in der Tat ein sozialistisches Experiment, denn es löscht die Individualität aus. Und es löscht die Freiheit aus."

„Der Kern der faschistischen Lehre ist die Vorstellung des Staates, seines Wesens, seiner Funktionen und seiner Ziele. Für den Faschismus ist der Staat etwas Absolutes, demgegenüber Individuen und Gruppen etwas Relatives sind."

Benito Mussolini,
italienischer faschistischer Diktator, 1933

Es ist nur ein kleiner Schritt von äußerster Verehrung bis zum Staatskult. Es entsteht eine geistige Dimension, in welcher der Staat die Charakterzüge eines fühlenden Wesens oder einer Gottheit annimmt (er ist, nach Mussolini, „hellwach" und hat „einen eigenen Willen"); und er wird zur Quelle und zum Mittelpunkt aller moralischen Werte (außerhalb des Staates „können menschliche oder geistige Werte nicht existieren, geschweige denn Wert haben"). Der so sanktionierte Staatskult nimmt rasch Züge einer Religion an, mit dem dazugehörigen komplexen System von Symbolen, Zeremonien, Ritualen, Formen der Läuterung und des Opfers. Dieser Aspekt erklärt einen guten Teil der faschistischen Praktiken in Europa.

1933
Gründung der faschistischen Falange in Spanien (Teil von Francos Regierungspartei von 1937)

1945
Mit dem Tod von Mussolini und Hitler endet die „Ära des Faschismus"

1975
Der letzte faschistische Führer, Francisco Franco, stirbt in Madrid

Ein giftiges Gebräu

Mussolinis Verständnis von Faschismus als Staatskult wurde von dem Gründer der faschistischen Falange Spaniens, José Antonio Primo de Rivera, geteilt. Dieser erklärte 1922: „Der Faschismus wurde nicht geboren, um die Überzeugungen der Rechten (die im Grunde alles bewahren will, selbst das Unrecht) oder der Linken (die alles zerstören will, sogar das Gute) zu bekräftigen, sondern um zu einem kollektiven, ganzheitlichen nationalen Glauben anzuspornen." Primo de Rivera macht auch deutlich, wie sehr der Faschismus ein Gemisch verschiedener Überzeugungen war – ein eklektizistisches Dogma, das Anleihen bei Ideologien machte, die er instinktiv verabscheute, darunter Kommunismus und demokratischer Liberalismus. Die Idee des Nazismus, von seinen Gegnern zu schmarotzen, wurde von keinem geringeren als Hermann Göring, dem späteren Oberbefehlshaber von Hitlers Luftwaffe, ausgesprochen, der 1933 in einer Rede bemerkte: „Unsere Bewegung griff sich den feigen Marxismus und extrahierte daraus den sozialistischen Gehalt; sie übernahm außerdem von den feigen Mittelstandsparteien deren Nationalismus. Beides in den Kessel unserer Lebensform geworfen, entstand darin, klar wie ein Kristall, die Synthese – der deutsche Nationalsozialismus."

Fall und Erlösung Ein gängiger Mythos in Kulten ist die Erzählung von der Erlösung, die auf den Fall folgt. Für die faschistischen Mythenschöpfer ergab sich aus der Verbitterung über den Ausgang des Ersten Weltkriegs eine Gelegenheit, die Sehnsucht der Menschen nach nationaler Erneuerung zu schüren. In mehreren Ländern, die dem Faschismus zum Opfer fielen, erzeugte der in Versailles unterzeichnete Vertrag ein Gefühl der Demütigung, wobei ein Großteil der Schuld der Schwäche und Unfähigkeit der amtierenden liberal-demokratischen Regierungen angelastet wurde.

In Italien war der Erfolg von Mussolinis „Marsch auf Rom" im Jahr 1922 und der nachfolgende Aufstieg der Ein-Parteien-Diktatur größtenteils auf die verbreitete Unzufriedenheit mit den im Land bestehenden liberalen Institutionen und besonders auf das Versagen der Regierung zurückzuführen, die erwarteten Gebietsgewinne in den Nachkriegsverhandlungen zu sichern. In Deutschland wurde die Demütigung der Niederlage und die tiefe Enttäuschung über die auferlegten Gebietsabtretungen zusätzlich verschlimmert durch eine Wirtschaftskrise infolge erdrückender Reparationszahlungen und Hyperinflation, die innerhalb kürzester Zeit die Lebensgrundlagen des einfachen Volkes zerstörte. In Italien wie in Deutschland machten sich faschistische Scharfmacher die Kränkungen des Nationalstolzes zunutze, um schrittweise einen umfassenden Mythos des nationalen Niedergangs und der nationalen Demütigung zu schaffen. So konnte beispielsweise Mussolini die Italiener operettenhaft als ein Volk charakterisieren, das „viele Jahrhunderte der Erniedrigung und Fremdherrschaft" erdulden musste.

Das Rezept gegen den Niedergang hieß nationale Erneuerung: die Rekonstitution des Staates und die Rückkehr zu einem – weitgehend fingierten – goldenen Zeitalter. Ultranationalistische Parteien versprachen den Schandfleck der Scham auszuradieren. Ein wichtiger Teil des Mythos bezog sich, vor allem in Deutschland, auf die angebliche Verunreinigung des reinblütigen Volkskörpers. Verstärkt durch falsche, pseudo-wissenschaftliche Theorien führte der Reinheitswahn letztlich zu den menschenverachtenden eugenischen und „rassenhygienischen“ Maßnahmen der Zwangseuthanasie und Massenvernichtung.

Angst vor den Schatten Ein anderer Aspekt der empfundenen Opferrolle war ein übersteigertes Gefühl der Bedrohung, und die faschistischen Propagandisten besaßen großes Talent darin, eine Atmosphäre ständiger Angst zu erzeugen. Innerhalb des Staates wurden Liberale, Sozialisten, Gewerkschaftsangehörige und andere Dissidenten schonungslos verfolgt, gleichzeitig wurden die Ängste vor böswilligen Verschwörungen im Ausland konsequent geschürt. Die Juden waren eine besondere, wenn auch nicht die einzige Obsession in Nazideutschland, während für die Faschisten insgesamt das am meisten gefürchtete Feindbild der Kommunismus war. In diesem Fall war es die Angst vor Ereignissen, und nicht die Ereignisse als solche, die eine wichtige Rolle spielte. Wie der italienische Autor Ignazio Silone bemerkte, war der Faschismus in vielerlei Hinsicht „die Gegenrevolution zu einer Revolution, die niemals stattfand“. Nach der Russischen Revolution von 1917 wurde die Angst vor der vermeintlichen kommunistischen Bedrohung unentwegt von faschistischen Führern ausgenutzt, die in ihrer Rhetorik und Propaganda das entsetzlichste Bild der angeblich im Osten lauernden „roten Gefahr“ zeichneten. Solche Gefahren riefen nach eiserner Disziplin, Opferbereitschaft im Volk und nach einem starken und entschlossenen Führer. Es waren Männer wie Mussolini und Hitler, die diesem Ruf folgten.

Die Zukunft, die ihre Geburt abstreitet

Die Bezeichnung „Faschist“ wurde vom lateinischen *fasces* abgeleitet, dem Rutenbündel mit der Streitaxt, das vor römischen Magistraten als Symbol ihrer Macht hergetragen wurde. So wie der Name die uneingeschränkte Macht der rechtsgerichteten autoritären Parteien Mussolinis und anderer faschistischer Führer symbolisiert, so steht er gleichzeitig für die Verankerung des Faschismus in einer großen mythischen Vergangenheit, die bald wieder neu erstehen soll – im Falle Italiens in der Größe des alten Rom. Diese Tendenz zur Rückwärtsgewandtheit war so stark ausgeprägt, dass der Faschismus bisweilen als Gegenreaktion zur Moderne beschrieben wurde. Oder wie es der britische Politiker Aneurin Bevan 1952 formulierte: „Der Faschismus ist keine neue Gesellschaftsordnung im eigentlichen Sinn. Er ist die Zukunft, die ihre Geburt abstreitet.“



25 Fundamentalismus

Das hervorstechende Merkmal des Fundamentalismus ist seine völlige Selbstgewissheit. Aufgrund einer Art göttlicher Offenbarung glauben Fundamentalisten gleich welcher Couleur, dass sie einen privilegierten Zugang zu bestimmten elementaren, unverrückbaren Wahrheiten haben; und weil ihre Überzeugungen richtig und über jeden Zweifel erhaben sind, müssen andere Überzeugungen, die zu ihren im Widerspruch stehen, notwendigerweise falsch sein. Außerdem sind die betreffenden Gewissheiten so außerordentlich wichtig für diejenigen, die sie besitzen, dass diese sie in der Regel als moralisch gerechtfertigt ansehen, und mehr noch, dass sie sich verpflichtet fühlen, sie denen aufzunötigen, die sie nicht teilen. Toleranz ist keine Tugend, wenn man recht hat und Gottes Wille missachtet wird.

Die große Aufmerksamkeit, die dem islamistischen Fundamentalismus seit den Anschlägen am 11. September 2001 entgegengebracht wird, hat andere Formen des Fundamentalismus etwas in den Hintergrund treten lassen, doch tatsächlich gibt es zahlreiche Ideologien und Glaubensrichtungen, deren Anschauungen nicht weniger extrem sind. Im vergangenen halben Jahrhundert haben alle großen Religionen wie Christentum, Judentum, Hinduismus und Buddhismus das Aufkeimen fundamentalistischer Gruppen erlebt. Unerschütterlicher Glaube in die allein gültige Wahrheit der eigenen Sache hat Extremisten dazu gebracht, zahlreiche Grausamkeiten zu begehen, von groß angelegten terroristischen Anschlägen und wahllosen Selbstmordattentaten bis zu gezielten Angriffen auf Einzelpersonen oder Institutionen, die ihnen auf irgendeine Weise zu nahe traten.

Trotz ihrer grundsätzlich religiösen Wurzeln weigern sich Fundamentalismen in der Regel, eine klare Trennung zwischen Religion und anderen Bereichen anzuerkennen. Totalitär in ihren Anschauungen versuchen sie politischen Einfluss zu gewinnen, um die Gesellschaft radikal und nach ihren eigenen Maßstäben umzuformen. Der Prozess der Säkularisierung, der die westlichen Demokratien seit dem 18. Jahrhundert geprägt hat, wird im Allgemeinen für den Bedeutungsverlust des religiösen Glaubens verantwortlich gemacht und ist daher eine der wesentlichen Ursachen für das Wiederaufleben des Fundamentalismus. Aus demselben Grund sind liberale und demokratische Werte die haupt-



frühes 20. Jh.
Protestantische Fundamentalisten treten in den USA in Erscheinung

1920
Curtis Lee Laws prägt die Bezeichnung „Fundamentalist“

sächlichen Ziele fundamentalistischer Aktivitäten und die ersten Opfer, wenn fundamentalistische Regime die politische Kontrolle gewinnen.

Fundamentalismus im Mutterland der Freiheit Der „Krieg gegen den Terror", den die Vereinigten Staaten als Antwort auf die Anschläge am 11. September 2001 führen, wurde als ein Konflikt zwischen den freiheitlich-demokratischen Werten des Westens und den dunklen und repressiven Kräften des fundamentalistischen Islams präsentiert. Eine solche Darstellung ist irreführend, zumindest insofern, als sie die politische und allgemeine Strenge fundamentalistischer Anschauungen, die innerhalb der USA existieren, verschweigt. Tatsächlich wurde der Begriff „Fundamentalist" ursprünglich geprägt, um eine extrem reaktionäre Bewegung unter den amerikanischen Christen zu kennzeichnen – eine Bewegung, die nach wie vor eine kompromisslose und ideologisch motivierte Manifestation dieser Erscheinung darstellt.

Wie andere religiöse Bewegungen, auf die der Begriff angewendet wurde, war die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem Kreis der evangelikalen Protestanten in den Vereinigten Staaten entstandene fundamentalistische Bewegung zunächst eine Gegenreaktion

Eine ernstzunehmende Macht

„Wirf ein Ei aus dem Zugspeisewagen und du wirst heute fast überall in den USA einen Fundamentalisten treffen." Was im Amerika der 1920er-Jahre stimmte und von dem US-amerikanischen Satiriker H. L. Mencken in der Entstehungszeit des protestantischen Fundamentalismus beschrieben wurde, trifft heute noch genauso zu. Wie aktuelle Umfragen ergaben, glauben zwei Drittel der Erwachsenen in den USA, dass die biblische Schöpfungsgeschichte eine wahre und genaue Darstellung der Entstehung der Welt und der sie bevölkernden Pflanzen und Tiere ist, ein Herstellungsprozess, der angeblich binnen sechs Tagen vollzogen war und irgendwann innerhalb der letzten 10 000 Jahre stattfand. Mit anderen Worten, die Mehrzahl derer, welche die mächtigste Nation auf der Erde bilden, lehnt die grundlegenden Prinzipien der Geologie und Kosmologie ebenso ab wie die Evolutionstheorie und andere, von 99 Prozent der Wissenschaftler anerkannte Erkenntnisse. Hinter diesen Zahlen steckt auch Macht. 1990 erklärte Pat Robertson, evangelikaler Fernsehprediger, Multimillionär und Gründer der im politischen Spektrum weit rechts angesiedelten *Christian Coalition*: „Wir haben genügend Stimmen, um dieses Land zu regieren." Das war keine pure Prahlerei; und es gilt auch weiterhin die Binsenweisheit, dass kein US-Präsidentschaftskandidat es sich leisten kann, die religiöse Rechte zu verprellen oder deren zutiefst konservative Absichten zu ignorieren.

1960er-Jahre
Evangelikale Rundfunkstationen breiten sich überall in den USA aus

Mitte der 1960er-Jahre
Die Taliban übernehmen die Kontrolle in Afghanistan

September 2001
9/11-Anschläge und Beginn des „Kriegs gegen den Terror"

„Jede fundamentalistische Bewegung, die ich in Judentum, Christentum und Islam studiert habe, ist tief im Inneren davon überzeugt, dass die säkulare freiheitliche Gesellschaft die Religion ausmerzen will.“
Karen Armstrong,
Religionswissenschaftlerin, 2002

auf die Moderne. Religiöse Konservative fühlten sich dazu berufen, eine Gegenposition zu den „liberalen“ Theologen zu beziehen, die die Bibel und das Wunder des Evangeliums symbolisch oder metaphorisch interpretierten, und zwar auf eine Art und Weise, die den damaligen sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklungen eher gerecht wurde. Entrüstet über eine solche dogmatische Annäherung, die die zentrale Bedeutung der göttlichen Offenbarung zu gefährden schien, verteidigten konservative Theologen das Primat bestimmter „Fundamente“ ihres Glaubens wie die unbefleckte Empfängnis und die Wiederauferstehung Jesu, die uneingeschränkte Wahrhaftigkeit der Wunder und die wortwörtliche Wahrheit (Irrtumsfreiheit) der Bibel. Es war Curtis Lee Laws, Herausgeber einer Baptistenzeitschrift, der 1920 erstmals diejenigen als „Fundamentalisten“ bezeichnete, „die noch immer an den großen Fundamenten des Glaubens festhalten und meinen, eine königliche Schlacht zu führen“.

Unbeirrbar im Dienste Gottes Der hohe Respekt, den die traditionellen Evangelikalen der Bibel entgegenbringen, findet sich in ähnlicher Weise auch in anderen religiösen Fundamentalismen. Obwohl sich jede Gruppierung auf eine andere heilige Schrift oder Schriftsammlung beruft, zeigen sie alle eine vergleichbare Gewissheit darin, dass der von ihnen bevorzugte Text das buchstäbliche Wort Gottes (oder der Götter) wiedergibt und daher letztgültiger und verbindlicher Ausdruck seines (oder ihres) Willens ist. Schriftliche Lehren lassen keine Auslegung zu, und die moralischen Gebote, die sie enthalten, sind strikt zu befolgen. Gottes Wille, wie er sich in den heiligen Schriften offenbart, wird als zeitlos und unveränderlich angesehen, deshalb ist extremer Konservatismus ein logisch zwingender Bestandteil des Fundamentalismus. Dies hat in der Regel eine bedingungslose Verpflichtung gegenüber den festgeschriebenen Traditionen zur Folge sowie die Ablehnung aller die Gesellschaft verändernden Kräfte und oft auch Bestrebungen, den angeblich besseren Staat von einst – gewöhnlich eine imaginäre und idealisierte Vergangenheit – wiederzubeleben.

Extrem konservativ in gesellschaftlichen wie auch moralischen Fragen, lehnen Fundamentalisten aller Schattierungen die Mehrzahl der bürgerlichen und politischen Rechte, die in westlichen Ländern in den vergangenen drei Jahrhunderten unter hohem Einsatz erstritten wurden, aus innerer Überzeugung ab. Als Errungenschaften gefeierte Werte des westlichen Liberalismus wie kulturelle und religiöse Toleranz, das Recht der freien Rede, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Rechte Homosexueller werden rundum verurteilt. Die kompromisslose Natur solcher Überzeugungen wurde durch die Äußerungen des fundamentalistischen Aufwieglers und Gründers der Moral Majority, Jerry Falwell, unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September deutlich. Er beschuldigte „die Heiden und die Abtreibungsbefürworter und die Feministinnen und die Schwulen und Lesben … die allesamt versucht haben, Amerika zu säkularisieren“.

Pakt mit dem Teufel

Nirgendwo hat sich die ambivalente Haltung des Fundamentalismus in Bezug auf die Moderne deutlicher gezeigt als in ihrem gespaltenen Verhältnis zu fortschrittlichen Technologien. Amerikanische christliche Fundamentalisten verurteilen viele Aspekte der Wissenschaft und Technologie als Teufelswerk. Auf dem Gebiet der Medizin wurden unter anderem Euthanasie, Abtreibung, Leihmutterschaft und Stammzellenforschung verdammt, gewöhnlich mit der Begründung, dass sie gegen eine Reihe von Prinzipien wie etwa die Heiligkeit des Lebens verstoßen. Doch wurden derartige Verurteilungen mit bemerkenswertem Einfallsreichtum seitens der Fundamentalisten so angepasst, dass sie die positiven Möglichkeiten der Technologie für ihre eigenen Zwecke nutzen konnten. So haben beispielsweise unzählige Fernsehprediger ausgiebig die Möglichkeiten von Radio, Fernsehen und heute auch des Internets genutzt, um eine riesige Anhängerschaft zu erreichen, die für die Sache Gottes schnell zur Kasse gebeten wird. Eine noch kuriosere Verbindung von reaktionärem Fundamentalismus und moderner Technologie zeigte sich seit Mitte der 1990er-Jahre in Afghanistan, wo die extrem-islamistischen Taliban ihr Vorhaben, die afghanische Gesellschaft in die Steinzeit zurückzuversetzen, mithilfe von Mobiltelefonen koordinierten. Und seit Ende 2001, nachdem die Taliban gestürzt und Al-Kaida aus ihren afghanischen Hochburgen verdrängt worden waren, vollzog das Terrornetzwerk einen höchst effektiven Übergang in den Cyberspace. Plötzlich waren die islamistischen Kämpfer mit Laptop und Kalaschnikow bewaffnet, und Internetcafés wurden zu logistischen und Planungszentren des antiwestlichen Dschihad.

Engagement oder Rückzug? Konfrontiert mit den Erscheinungen der modernen Welt, zeigten sich Fundamentalisten gelegentlich unentschlossen, ob sie sich aus der Gesellschaft zurückziehen oder sich eher in ihr engagieren sollten, um deren in ihren Augen bestehende Fehler zu beseitigen. Messianische oder apokalyptische Fundamentalisten, die die Ankunft eines Erlösers beziehungsweise das Ende der Welt erwarten, ermuntern ihre Anhänger wohl eher zum Rückzug – in dem Vertrauen, dass das Festhalten der Nichtgläubigen an der politischen Macht von kurzer Dauer sein wird und ihre eigene privilegierte Beziehung zu Gott zu gegebener Zeit die Erlösung bringt. Andere Fundamentalisten verfolgen einen aktiveren Ansatz und versuchen selbst politischen Einfluss zu gewinnen, um ein von ihren Vorstellungen geprägtes Regierungssystem zu erreichen. Sie lehnen die säkulare Vorstellung einer klaren Trennung von Staat und Kirche ab und arbeiten darauf hin, die Religion wieder in die politische Sphäre einzubinden. Aus einer elitären und autoritären Haltung heraus hegen solche Fundamentalisten gewöhnlich den Wunsch, die demokratischen Institutionen zu stürzen und an ihrer Stelle eine theokratische Herrschaft zu errichten.



26 Islamismus

Als Folge der verheerenden Selbstmordattentaten, die am 11. September 2001 in New York und Washington verübt wurden, überspülte eine Woge der Islamfeindlichkeit die Vereinigten Staaten und große Teile der westlichen Welt. Als Antwort auf die von Panik und Empörung geprägte Stimmung verkündete George W. Bush einen „Krieg gegen den Terror", der nicht eher zu Ende sein würde, „bis jede weltweit tätige terroristische Gruppe gefunden, am weiteren Vorgehen gehindert und besiegt worden ist".

Entgegen aller anfänglichen Erwartungen wurde rasch deutlich, dass dies eine vollkommen andere Art von Krieg war, in welchem die Feinde im Verborgenen und die Kriterien des Sieges unklar blieben. Denn die von den USA angeführte „Koalition der Willigen" war in den Krieg gegen eine Idee gezogen: den islamischen Fundamentalismus oder Islamismus.

Der anschließende Konflikt wurde auf beiden Seiten von vielen als ein „Kampf der Kulturen" verstanden – ein Aufeinanderprallen unterschiedlicher Ideologien und Kulturen über Ländergrenzen hinweg –, und die Auffassungen polarisierten und verzerrten sich rasch. Während die Bedrohung des Westens durch islamistische Extremisten höchst real war, verriet die Antwort des Westens einen Mangel an Sensibilität und Verständnis. Die Vereinigten Staaten sahen sich unreflektiert in der Rolle des Verfechters von Freiheit und Demokratie gegen einen erbarmungslosen und fanatischen Feind; und aus dieser undifferenzierten Perspektive heraus wurden Ängste und Verdächtigungen gegenüber dem Islamismus oft wahllos auf Muslime und den Islam insgesamt übertragen. Umgekehrt empfanden weltweit viele Muslime die von den USA angeführten Reaktionen auf den 11. September als vorschnell und verlogen, und sie hielten hartnäckig an ihrem Verdacht fest, der Westen handele aus imperialistischen Motiven und insbesondere mit Blick auf seine Ölinteressen. Militärische Siege im „Kampf gegen den Terror" galten nicht viel; entscheidender war die Schlacht um die „Herzen und Köpfe", und hier hatten viele Kritiker den Eindruck, dass der Westen Verluste hinnehmen musste und die gemäßigten Muslime in die Arme der Fundamentalisten getrieben wurden.

Zeitleiste

1979–1989
Die USA unterstützen die Mujaheddin im sowjetisch-afghanischen Krieg

1980–1988
Die USA unterstützen Saddam Hussein im ersten Golfkrieg

1990–1991
Eine von den USA angeführte Koalition besiegt Saddam Hussein im Gefolge der irakischen Invasion in Kuwait

Rückkehr zum rechten Weg des Islam Die Anschläge des 11. September waren das Ergebnis jahrelanger Planungen durch radikale Islamisten, die mit Al-Kaida in Verbindung standen, einem losen Netzwerk terroristischer Gruppierungen unter der Führerschaft seines saudi-arabischen Gründers und später weltweit meistgesuchten Mannes, Osama bin Laden. Die Anschläge waren nur überraschend hinsichtlich des Ausmaßes der Zerstörung, die sie verursachten, denn sie hatten ihre Schatten bereits durch eine Anzahl weniger schwerer Anschläge und explizite Gewaltandrohungen vorausgeworfen. In einer im Februar 1998 abgegebenen Erklärung hatte die Internationale Islamische Front, eine Vereinigung extremislamistischer Gruppen, zum „Dschihad gegen die Juden und die Kreuzritter" aufgerufen; sie enthielt auch eine Fatwa (ein islamisches Rechtsgutachten), in der erklärt wurde:

„Der Befehl, die Amerikaner und ihre Verbündeten zu töten, ist eine individuelle Verpflichtung für jeden Muslim, der dazu fähig ist, in jedem Land, in dem so etwas möglich ist."

Das Hauptziel der radikalen Islamisten ist, wie 2008 in einer Internetbotschaft von Al-Kaida erklärt wurde, „den islamistischen Staat unter der Scharia zu schaffen, der die Muslime weltweit in Wahrheit und Gerechtigkeit vereinen wird". Nach dieser Vorstellung ist die gegenwärtige Schwäche der muslimischen Länder eine Folge des Abweichens vom rechten Weg des Islam, und zu den Mitteln, um auf diesen zurückzukehren, zählen die strikte Befolgung der Lehren des Korans und die (Wieder-)Einsetzung der Scharia, des von Gott verkündeten islamischen Rechts. Als der einzige wahre Glaube hat der Islam universelle Gültigkeit, das neue (oder wieder errichtete) Kalifat wird die ganze Menschheit in allen Teilen der Welt umfassen.

Die Fatwa von 1998 enthält eine ganze Reihe islamistischer Vorwürfe an die Adresse des Westens, und die Gegenstände der darin formulierten Beschuldigungen sind mit ein Grund für die bestehenden Ressentiments, da sie als Hindernisse für

Zerrbild des Islam

Angesichts des atemberaubenden Erfolgs der Terroranschläge vom 11. September war es wohl nur folgerichtig, und ganz sicher nicht hilfreich, dass Al-Kaida – so schwer zu fassen dieses Gebilde in Wirklichkeit ist – das Bild des Islam in der Welt prägte und viele fälschlicherweise glaubten, deren extreme Ansichten würden von der Mehrheit der Muslime geteilt. Und was die Sache noch verschlimmerte, das Bild des islamischen Fanatismus wurde mit weiteren schauerlichen Details ausgestaltet, welche die Taliban lieferten – ein fundamentalislamisches Regime, das Al-Kaida-Stützpunkten Schutz in Afghanistan gewährte, wo sie 1996 die Macht an sich rissen und nachfolgend eine äußerst repressive theokratische Herrschaft über das afghanische Volk errichteten. Terroristische Gräueltaten, quasi-mittelalterliche gesellschaftliche Unterdrückung, Selbstmordattentate, im Fernsehen gezeigte Enthauptungen – das alles fügte sich zu einem grausamen Bild des islamischen Fundamentalismus und, infolge falscher Schlussfolgerungen, des Islam an sich.

11. September 2001
Bei den 9/11-Terroranschlägen kommen in den USA fast 3000 Menschen ums Leben

7. Oktober 2001
US-geführte Koalitionstruppen greifen die Taliban in Afghanistan an

19. März 2003
Invasion des Iraks durch die USA und die „Koalition der Willigen"

Kampf auf dem Wege Gottes

Der Begriff des *Djihad* hat wie kein anderer dazu beigetragen, die Verbindung von Islam und Gewalt im westlichen Denken zu zementieren. Doch die Auslegung des Begriffs ist unter den Muslimen höchst umstritten. Wörtlich bedeutet *Djihad* „Kampf auf dem Wege Gottes“, was von radikalen Islamisten als „Heiliger Krieg“ gedeutet wird, eine religiöse Pflicht, die nach ihrer Überzeugung Handlungen wie Selbstmordattentate und Angriffe auf Zivilisten rechtfertigt. Gemäßigte Muslime dagegen verbinden mit der Vorstellung des Kampfes vor allem einen inneren spirituellen Konflikt. Dieser Unterschied im Verständnis spielt zwangsläufig eine wichtige Rolle in den Bemühungen, die Herzen und Hirne zu gewinnen – ein nach Auffassung beider Seiten überaus wichtiger Aspekt im „Krieg gegen den Terror“, der in Afghanistan und Irak als Folge des 11. September losbrach. Die Sichtweise der gewöhnlichen Muslime, dass das wahllose Töten von Zivilisten – darunter Frauen und Kinder – unislamisch ist und das Gegenteil des wahren Geistes des *Djihad*, sollte eigentlich bedeuten, dass die Radikalislamisten ideologisch besiegt sind und zunehmend an Einfluss verlieren. Doch leider haben die von den USA und ihren Verbündeten ergriffenen Mittel der Kriegsführung gegen die islamischen Aufständischen oft wenig Fingerspitzengefühl für die Empfindlichkeiten der Muslime gezeigt und dadurch teilweise auch die gemäßigten Muslime verprellt. In verblüffendem gegenseitigem Unverständnis handelnd, scheinen es beide Seiten darauf anzulegen, die Schlacht, auf die es wirklich ankommt, zu verlieren.

eine Rückkehr zum rechten Weg des Islam angesehen werden. Am schärfsten verurteilt wird die Unterstützung des „unbedeutenden Judenstaats“, wie die Fatwa den Staat Israel bezeichnet, durch die USA beziehungsweise den Westen. Aus islamistischer Perspektive ist die angebliche Destabilisierung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens, darunter der Konflikt im Irak, ein Mittel zur Existenzsicherung Israels. Eine anderer schwerer Vorwurf ist die „Besetzung islamischer Länder, insbesondere des heiligsten aller Orte, der arabischen Halbinsel“, wo die Amerikaner beschuldigt werden, „Reichtümer zu plündern, Herrscher zu beherrschen, die Bevölkerung zu demütigen, Nachbarn zu terrorisieren“. Als besonders beleidigend empfand man die mehr als zehnjährige Anwesenheit US-amerikanischer Militärstützpunkte nach dem Golfkrieg 1990/91 in „dem Land der zwei heiligen Orte“, also Saudi-Arabien mit seinen heiligen Stätten Mekka und Medina. Obwohl die Militärbasen 2003 aufgelöst wurden, ist die auch danach andauernde Präsenz von US-Militär im Nahen und Mittleren Osten, vor allem im Irak, in den Augen der Fundamentalisten ein fortwährender Affront gegen den Islam.

Unerwünschte Belehrungen Der islamistische Unmut über die mangelnde Sensibilität gegenüber dem Islam ist auf Jahrhunderte der Spannungen und Konflikte mit

> **„Lasst uns ohne Einmischung von außen den islamischen Staat unter der Scharia errichten, der die Muslime weltweit in Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit vereinen wird. Ein einziges Wort des amerikanischen Protests soll durch tausend islamische Bomben zum Schweigen gebracht werden.“**
>
> **Internetbotschaft von Al-Kaida, 2008**

dem Westen zurückzuführen, insbesondere auf eine Periode der kolonialen Besatzung und Einmischung, die fast das gesamte 20. Jahrhundert andauerte. Während muslimische Länder im Westen oft als unterdrückerisch und „mittelalterlich“ – rückschrittlich und antimodern – angesehen werden, gilt deren größte Sorge dem, was sie als ökonomischen und kulturellen Imperialismus wahrnehmen. Der Westen geht wie selbstverständlich davon aus, dass „Fortschritt“ die Annäherung an seine eigenen freiheitlich-säkularen Werte bedeutet. Doch für viele Muslime ist Verwestlichung ein Ausdruck von postkolonialer Arroganz, eine Bevormundung, die ihre traditionellen Werte und Lebensweise bedroht.

Radikale wie gemäßigte Muslime stehen den Motiven des Westens (besonders der USA) hinsichtlich ihrer Einmischung im Nahen und Mittleren Osten argwöhnisch gegenüber. Ihr Vorwurf, die Vereinigten Staaten verfolgten in der Region vor allem eines, nämlich die „Plünderung ihrer Reichtümer“ (das heißt die Sicherung ihrer Ölinteressen), lässt sich nur schwer völlig entkräften. Historisch belegbar ist dagegen die Tatsache, dass ihre bevorzugte Methode das „Beherrschen ihrer Herrscher“ ist (das heißt die Ausübung von Kontrolle durch die Unterstützung friedlicher, wenn auch nicht immer angenehmer Regierungen oder Lager).

Am deutlichsten zeigt sich dieser Sachverhalt beispielsweise in der US-Unterstützung für die afghanischen Mujaheddin während der sowjetischen Invasion in den 1980er-Jahren, die mitverantwortlich war für das Aufkommen der Taliban, von Al-Kaida und von bin Laden, der damals in einem arabischen Kontingent gegen die Sowjets kämpfte. Das andere große Feindbild des Mittleren Ostens, Saddam Hussein, erhielt im Irak-Iran-Krieg in den 1980er-Jahren ebenfalls Unterstützung durch die USA, die hofften, sein Regime würde ein Gegengewicht zu dem islamischen Staat unter der Führung von Ayatollah Khomeini im benachbarten Iran bilden. Solche Interventionen haben nur selten den von US-Politikern beabsichtigen Erfolg gebracht, und noch weniger haben sie dazu beigetragen, die Herzen und Hirne der gewöhnlichen Muslime zu gewinnen.



27 Der Staat

Der Staat ist allgegenwärtig. Wir werden in seinem Schoß geboren und in ihm sterben wir, und sein langer Arm reicht bis in jeden Bereich unseres Lebens. Wie der Goldfisch in seiner Glaskugel sind wir von ihm umfangen, und das so sehr, dass wir uns seiner Anwesenheit nur selten bewusst sind. Allerdings würden wir sehr rasch bemerken, wenn es den Staat nicht gäbe: Es gäbe keine Gesetze, die uns sagen, was wir nicht tun dürfen, wir müssten keine Steuern zahlen – und hätten keine Straße, auf der wir fahren können, keine Renten, um uns im Alter zu unterhalten, und niemand würde den Müll entsorgen.

„Nichts ist für diejenigen, welche gewöhnt sind, menschliche Angelegenheiten mit den Augen der Philosophen zu betrachten, überraschender, als die Leichtigkeit, mit welcher so viele sich von so wenigen regieren lassen“, bemerkte der schottische Philosoph David Hume. Die einfache Lösung dieses Rätsels ist der Staat, der jedoch viel mehr ist als nur die jeweilige Regierung. Er schließt zwar die Institutionen der Regierung ein, doch er umfasst auch die Gerichte, den öffentlichen Dienst, die Streitkräfte, staatliche Schulen und Universitäten, soziale Einrichtungen, öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten und vieles andere mehr.

Der Staat ist so omnipräsent, dass man meinen könnte, es habe ihn immer schon gegeben. Doch das trifft nicht zu. Als eine charakteristische Form der politischen Organisation ist der moderne Staat eine vergleichsweise junge Erscheinung, die sich zu ihrer heutigen Form erst im Verlauf der letzten 500 Jahre herausgebildet hat. Was genau ist also der Staat? Wozu dient er und aufgrund welcher Rechte reguliert und kontrolliert er unser Leben?

Das Gewaltmonopol Vieles von dem, was in jüngeren Diskussionen über den Staat gesagt wurde, bezieht sich auf die einflussreichen Überlegungen des deutschen Soziologen Max Weber im frühen 20. Jahrhundert. In seinem posthum veröffentlichten Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922) nennt Weber die wesentlichen Eigenschaften des Staates:

Zeitleiste

1513
Machiavelli soll erstmals den Begriff „Staat“ zur Kennzeichnung einer souveränen Territorialmacht verwendet haben

1576
Jean Bodin definiert Souveränität als die höchste Autorität des Staates über seine Bürger

1651
Thomas Hobbes spricht sich in seinem *Leviathan* für die absolute Souveränität aus

1690
John Locke argumentiert, dass die Legitimität des Staates in der Zustimmung des Volkes wurzelt

> Er besitzt eine Verwaltungs- und Rechtsordnung, welche durch Satzungen abänderbar ist, an der der Betrieb des Verbandshandelns des (gleichfalls durch Satzung geordneten) Verwaltungsstabes sich orientiert und welche Geltung beansprucht nicht nur für die – im wesentlichen durch Geburt in den Verband hineingelangenden – Verbandsgenossen, sondern in weitem Umfang für alles auf dem beherrschten Gebiet stattfindende Handeln (also: gebietsanstaltsmäßig)...

Das hervorstechende Merkmal des Staates ist nach Max Weber dessen Anspruch auf das „Monopol legitimen physischen Zwanges", das in seinen Augen genauso wesentlich ist wie sein „rationaler ‚Anstalts'- und kontinuierlicher ‚Betriebs'-Charakter". Dieses Monopol erstreckt sich auf das ausschließlich dem Staat vorbehaltene Recht, für sein Territorium gültige Vorschriften oder Gesetze zu erlassen und – tatsächliche oder angedrohte – Gewalt einzusetzen, um die Einhaltung dieser Vorschriften zu erzwingen. Nach Webers Auffassung ist es dieses Mittel oder diese Form des Betriebs, die vor irgendeiner bestimmten Funktion oder Aufgabe den politischen Charakter des Staates ausmacht.

> **Der Staat ist ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen.**
> **Max Weber, 1919**

Territorialität und Souveränität Eine offensichtliche und in Webers Ausführungen hervorgehobene Eigenschaft des Staates ist seine territoriale Basis. Heute gehört praktisch jeder Quadratzentimeter der Erdoberfläche zu irgendeinem Staat oder wird von irgendeinem Staat mit Nachdruck beansprucht. Jedes Stück Land – ganz zu schweigen von den angrenzenden Küstengewässern, dem Luftraum über ihm und den Bodenschätzen unter ihm – wurde in ziemlich akkurate und eindeutig zugeordnete (wenn auch nicht selten umstrittene) staatliche Territorien aufgeteilt. Staaten sind ubiquitär aus dem einfachen Grund, dass ein Staat nahtlos an den anderen grenzt und es keinen Raum dazwischen gibt. Staatenlos zu sein, ist gewöhnlich die Konsequenz politischer Ausgrenzung oder Vertreibung, nicht eine Folge der geografischen Verortung und gewiss nicht eine der freien Wahl. Das ist einer der Gründe, weshalb der moderne Staat, mit einem Ausdruck Webers, verbindlich ist: Man kann aus dem staatlichen System nicht „aussteigen". Man ist in aller Regel Bürger des Staates, in dem man geboren wurde, und dieser Staat verlangt von einem Loyalität und Gehorsam, er fordert, dass man bestimmte Verpflichtungen einhält, und er hindert einen gewöhnlich daran, eine andere Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Staaten sind also exklusive – räumlich gegeneinander abgegrenzte und einander nicht überlappende – Territorien. Die Grenzen der staatlichen Zuständigkeit werden durch seine nationalen Grenzen bestimmt, und innerhalb dieses Gebiets gilt seine Souveränität

1762
Rousseau gibt zu bedenken, dass der Staat seine Autorität dem allgemeinen Willen der Regierten verdankt

1922
Max Webers Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* wird veröffentlicht (zwei Jahre nach seinem Tod)

1990
Aus Ost- und Westdeutschland wird ein gemeinsames Deutschland gebildet

1991
Der frühere sozialistische Einheitsstaat Jugoslawien beginnt in mehrere Staaten zu zerfallen

– seine höchste Macht und Autorität. Alle Staaten, große wie kleine, erkennen die souveränen Rechte ihrer Nachbarn an, sodass alle unabhängig, selbstständig und formal gleichgestellt sind. Dieses Prinzip ist wesentlich im allgemeinen Verständnis der internationalen Beziehungen, nach dem universell anerkannte staatliche Souveränität bedeutet, dass es keine höhere politische Autorität jenseits der staatlichen gibt und Staaten daher auf ihre eigenen Ressourcen angewiesen sind („Selbsthilfe"), um ihre Interessen zu wahren und die innere Ordnung aufrechtzuerhalten (▶ Seite 179).

Souveränität des Staates bedeutet, dass dessen Autorität über seine Bürger an oberster Stelle steht und keiner anderen, höheren Gewalt untersteht; in sämtlichen Angelegenheiten von öffentlichem Interesse ist der Staat die höchste Instanz. Seine Zuständigkeit erstreckt sich gleichermaßen auf alle seine Bürger und, in erheblichen Umfang, auf Nicht-Staatsangehörige, die sich auf seinem Gebiet aufhalten.

Legitimität Zwang ist nicht alles; für den langfristigen Fortbestand eines Staates bedarf es mehr. Er muss seinen Souveränitätsanspruch begründen. Auf irgendeine Art muss er die Mehrheit seiner Bürger davon überzeugen, dass sie seine Autorität und seine Rolle als Sachwalter der öffentlichen Angelegenheiten akzeptieren oder zumindest hinnehmen sollen. Die Mehrzahl der Angehörigen eines Staates muss anerkennen, dass der staatliche Anspruch auf Souveränität in gewisser Weise legitimiert ist und es daher nicht nur notwendig, sondern auch richtig ist, sich seiner Autorität zu beugen.

Eine neue Weltordnung

Die Idee des Staates ist sowohl faktisch als auch in der Theorie so wirkmächtig, dass man annehmen könnte, das auf ihr gegründete internationale System, wie wir es heute kennen, hätte immer schon existiert. Dem ist jedoch nicht so. Um von einem Staat sprechen zu können, muss dessen Bevölkerung mehr oder weniger unveränderlich sein und müssen seine Institutionen über lange Zeiträume Bestand haben, das heißt wechselnde Regierungen und Führer überdauern. Es gibt allerdings keine Garantie, dass Bevölkerungen sich nicht verändern oder dass Institutionen bestehen bleiben, wie die jüngsten Beispiele Jugoslawiens und der beiden deutschen Staaten zeigen. In ähnlicher Weise verbindet man den Charakter der Staatsmacht – zentralisiert, konzentriert, alles durchdringend – mit Dauerhaftigkeit, aber auch das ist eine Illusion. Eine entscheidende Eigenschaft des modernen Staates als ein System der politischen Organisation – die Vorstellung, dass die Loyalität der Bürger durch den Staat bedingt ist, der selbst über allem steht (im Unterschied zu den Regierenden und Regierten) – bildete sich erst im 17. Jahrhundert deutlich heraus. Zuvor waren die Strukturen von Herrschaft und Kontrolle vielschichtig, mit nur vage bestimmten und einander überlagernden Geltungsbereichen und Hierarchien, und Loyalitäten waren oft an Personen gebunden, örtlich begrenzt und von kurzer Dauer.

Die Anerkennung der staatlichen Legitimität seitens der Bürger beruht teilweise darauf, wie seine Eigenschaften und seine Funktionsweise gemeinhin wahrgenommen werden. Der Staat wird aus denselben Gründen respektiert, aufgrund derer er nicht sehr geliebt wird, denn er wird als gleichgültig, unpersönlich und kalt („das kälteste aller kalten Ungeheuer“, wie Nietzsche es ausdrückte) empfunden. Jeweils unterschiedlich von Regierenden und Regierten – von den jeweiligen Amtsinhabern und den Bürgern – wird er als Inbegriff objektiver Rechtsstaatlichkeit und nicht als willkürliche Herrschaft von Menschen gesehen – als Garant allgemeiner Rechtsgrundsätze, die von einer neutralen (wenn auch farblosen) Bürokratie und einem unvoreingenommenen Justizsystem durchgesetzt werden. Kurz gesagt, es gibt ein allgemeines Vertrauen in die, wie Weber es formuliert, „Legalität gesatzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen“.

Demokratische Staaten gründen ihre Legitimität meist auf das Konzept der Volkssouveränität. Nach dieser Auffassung liegt die uneingeschränkte Hoheitsgewalt letztlich in den Händen des Volkes – der Bürger –, das einen Teil seiner Macht freiwillig dem Staat überträgt. Voraussetzung für diese Übertragung ist, dass der Staat verantwortungsbewusst und zielführend handelt, um die gesellschaftliche Ordnung zu wahren und das Gemeinwohl zu fördern. Die Existenz des Staates ist solange gerechtfertigt, wie er die Zustimmung seiner Mitglieder genießt, die diese Zustimmung zurückziehen können, wenn er seinen Pflichten nicht mehr nachkommt. Der Gedanke, dass der Staat auf dem Fundament eines stillschweigend geschlossenen „Staatsvertrags“ zwischen ihm und seinen Mitgliedern errichtet wird, wurde in unterschiedlicher Weise von den Renaissance-Philosophen Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau ausgeführt (▶ Seite 20).

Nicht wirklich vereinte Nationen

Das Verhältnis von Staat und Nation ist eng und mitunter schwierig. Es gibt die verbreitete (oder zumindest weithin angenommene) Erwartung, dass beide identisch sind und einen Nationalstaat im engeren Sinn (und nicht nur ihrer Bezeichnung nach) bilden. Nationen – im Sinne größerer Menschengruppen, die durch eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur, Sprache oder Ethnizität miteinander verbunden sind – haben oft das Bestreben, sich in politisch eigenständigen und in sich geschlossenen Gebietseinheiten (sprich Staaten) zu organisieren. Gleichzeitig versuchen viele existierende Staaten ihre Geschlossenheit und ihren inneren Zusammenhalt zu verstärken, indem sie eine einzige einheitliche Nation aus den Menschen bilden, die innerhalb ihrer Grenzen leben. Da diese hinsichtlich ihrer Herkunft und Kultur teilweise höchst unterschiedlich sind, sind Nationalstaaten fast nie so homogen, wie sie zu sein vorgeben oder wie ihre Bezeichnung suggeriert.

Worum es geht

Das Monopol legitimer Gewaltausübung

28 Verfassungen

„Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, unseren Bund zu vervollkommnen, die Gerechtigkeit zu verwirklichen, die Ruhe im Inneren zu sichern, für die Landesverteidigung zu sorgen, das allgemeine Wohl zu fördern und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren, setzen und begründen diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika.“

Mit dieser berühmten Präambel beginnt die älteste und erfolgreichste niedergeschriebene Verfassung: die der Vereinigten Staaten von Amerika. Von den Delegierten der verfassunggebenden Versammlung am 17. September 1787 unterzeichnet, trat dieses folgenreiche Dokument zehn Monate später, am 21. Juni 1788, in Kraft, nachdem die erforderlichen neun Bundesstaaten seiner Ratifizierung ordnungsgemäß zugestimmt hatten.

Der Gedanke, die politische Essenz einer Nation in eine Reihe grundlegender Prinzipen, Bestimmungen und Verfahren zu gießen, war 1787 ebenso wenig neu wie die Verwendung des Begriffs „Verfassung“ zur Beschreibung eines solchen Destillats. Knapp ein Jahrhundert zuvor, im Folgejahr der Glorreichen Revolution von 1688, war der entmachtete König Jakob II. von England angeklagt worden, gegen „die fundamentale Verfassung des Königreichs“ verstoßen zu haben. Mitte des 18. Jahrhunderts wurde ein der modernen Bedeutung von Verfassung recht nahekommender Gedanke von dem politischen Schriftsteller Henry St. John Viscount Bolingbroke geäußert, der diese in *A Dissertation upon Parties* (1735) beschreibt als „Sammlung von Gesetzen, Institutionen und Gepflogenheiten, hergeleitet aus gewissen unveränderlichen Vernunftprinzipien … aus denen das allgemeine System hervorgeht, nach dem regiert zu werden die Gemeinschaft übereingekommen ist“. Neu im Falle Amerikas war die Idee, die verschiedenen Grundsätze, Verfahren und Institutionen, die gemeinsam eine bestimmte Regierungsform ausmachen, in einem einzigen schriftlichen Dokument zusammenzufassen und auszudrücken.

Die lange Gültigkeit der US-Verfassung – mehr als 200 Jahre – ist ohne Beispiel. Keine andere schriftlich verankerte Verfassung war auch nur annähernd so lange in Kraft. Frankreich, das in der Geschichte der Verfassungen an zweiter Stelle nach den Vereinigten Staaten zu nennen ist, hat ein solches Dokument erstmals 1791, in der Früh-

Zeitleiste

1689

Die *Bill of Rights* („Gesetz der Rechte“) führen das Prinzip der eingeschränkten Herrschaft in England ein

1787

Die Verfassung der Vereinigten Staaten wird auf der *Constitutional Convention* in Philadelphia unterzeichnet

phase der Französischen Revolution, hervorgebracht und seitdem etwa ein weiteres Dutzend eingeführt. Tatsächlich wurde die überwiegende Mehrzahl der Verfassungen, die heute weltweit in Kraft sind, erst innerhalb der letzten 50 Jahre eingeführt. Es gibt eine Handvoll Länder, die keine schriftliche Verfassung besitzen (Großbritannien, Israel und Saudi-Arabien sind bekannte Beispiele), sie sind aber die große Ausnahme. Gewöhnlich gilt eine geschriebene Verfassung als Legitimitätsbegründung eines modernen Staates beziehungsweise als Anspruch auf einen solchen Status und wird als notwendige Voraussetzung der internationalen Anerkennung angesehen.

‚Die Verfassung ist von Menschen gemacht, und Menschen können sie aufheben. Sie ist eine Schöpfung nach ihrem Willen und lebt nur durch ihren Willen.‘
John Marshall,
US-amerikanischer Jurist, 1821

Versteckte Bedeutungen Auf den ersten Blick ist eine Verfassung ein vergleichsweise schnörkelloses Dokument mit einem scheinbar eindeutigen und praktischen Bestimmungszweck. Die meisten Wörter werden in nahezu jeder Verfassung, auch in der amerikanischen, auf die Beschreibung verwendet, wie das politische System gebildet wird und funktioniert: die Verfahren, wie Entscheidungen getroffen werden; die Verteilung der Macht unter den verschiedenen staatlichen Organen; die Grenzen der Autorität, die Regierungsmitgliedern auferlegt werden; die Art und Weise, wie Amtspersonen benannt oder gewählt werden und so weiter.

Doch fast immer steckt mehr in einer Verfassung, gibt es eine zwischen den Textzeilen verborgene Bedeutung. Denn der Zweck einer Verfassung ist, den Regierenden Regeln aufzuerlegen und sie an Verfahren zu binden – ihre Befugnisse zu begrenzen und damit die Position der Regierten zu stärken. Um die Handlungsfreiheit der Autoritätsinhaber zu begrenzen, ist es erforderlich, die Freiheiten derer auszuweiten, über die Autorität ausgeübt wird. Jedoch besteht in politisch ruhigen Zeiten keine Notwendigkeit für ein solches Dokument. Erst wenn die Regierungsführung als ineffizient oder ungerecht angesehen wird, sehen sich diejenigen, die sich unterdrückt fühlen, genötigt, Verfassungen aufzustellen. Die beiden frühesten Verfassungen, die amerikanische und die französische, sind letztlich zustande gekommen, weil das Handeln der bestehenden Regierung als ungerecht und eigenmächtig empfunden wurde. In der Regel ist das Erarbeiten einer Verfassung ein Akt der Reform oder Revolution, und fast alles daran hat präskriptiven Charakter: Es ist die Forderung nicht nur nach einer Verfassung, sondern nach Konstitutionalismus – ein Plädoyer für eine in ihrer Macht begrenzte Regierung, für die Herrschaft des Rechts anstelle der Launen eines Königs oder Despoten.

1791
Die erste, von Anhängern der Französischen Revolution aufgestellte Verfassung begründet die konstitutionelle Monarchie

1958
Die Verfassung der Fünften Republik wird in Frankreich verabschiedet

Für eine bessere Gesellschaft

Die älteste und einflussreichste schriftliche Verfassung der Welt ist die der Vereinigten Staaten von Amerika. Ursprünglich aus einer kurzen Präambel und sieben Artikeln bestehend, wurde sie 1787 ausgearbeitet, im September desselben Jahres unterzeichnet und am 21. Juni 1788 formal in Kraft gesetzt, als sie, wie in ihrem Artikel 7 gefordert, von neun der damals dreizehn existierenden Staaten ratifiziert wurde. Ihr zentrales, in der kurzen Präambel zum Ausdruck gebrachtes Anliegen ist es, „die Segnungen der Freiheit zu erhalten". Dieser Anspruch spiegelt die Tatsache wider, dass der Krieg, in dem die Vereinigten Staaten sich gegen die Armeen Georges III., ein „Tyrann … unfähig, ein Volk freier Menschen zu regieren", erst fünf Jahre zuvor zu Ende gegangen war. Die Freiheit lässt sich grundsätzlich dadurch sicherstellen, dass die Macht der Regierung begrenzt wird, und genau das ist mit den ersten drei Artikeln durch die berühmte Gewaltenteilung geschehen: Die gesetzgebende Gewalt wird vom Kongress ausgefüllt (Artikel 1), die ausführende Gewalt hat der Präsident inne (Artikel 2), und die rechtssprechende Gewalt liegt bei den Gerichten (Artikel 3).

Die übrigen Teile der Verfassung umfassen 27 Zusatzartikel, von denen jeder einzelne nach den im Artikel 5 beschriebenen Formeln bestätigt werden musste. Die ersten zehn Zusatzartikel, die am 15. Dezember 1791 gemeinsam verabschiedet wurden, bilden die *Bill of Rights.* Der erste Zusatzartikel gewährt verschiedene Freiheiten, darunter Religionsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungs- und Pressefreiheit, während der fünfte Zusatzartikel durch das Auskunftsverweigerungsrecht sicherstellt, dass niemand gegen sich selbst aussagen muss. Unter den verbleibenden Zusatzartikeln sind besonders erwähnenswert der dreizehnte Zusatzartikel, der die Sklaverei verbietet (1865); der vierzehnte, der allen die gleichen Rechte vor dem Gesetz gewährt (1868); der fünfzehnte, der das Wahlrecht unabhängig von der Rassenzugehörigkeit sichert (1870); und der neunzehnte Zusatzartikel, der das Frauenwahlrecht festlegt (1920).

Schriftlich oder nicht schriftlich? Kritiker weisen gelegentlich darauf hin, dass eine schriftlich fixierte Verfassung ein Allheilmittel für die Probleme und Unzulänglichkeiten eines Landes wie zum Beispiel Großbritannien sei. Und sie unterstellen dabei, dass die verschiedenen Formen des Missbrauchs und gewisse Fehlentwicklung auf das Fehlen eines solchen Dokuments zurückzuführen seien. In Wahrheit ist das britische System aber weder so skurril, wie die Kritiker behaupten, noch sind die Alternativen ihrerseits frei von Unzulänglichkeiten.

Eine typische Eigenschaft einer schriftlichen Verfassung ist, dass die als grundlegend und unentbehrlich angesehenen Prinzipien „dauerhaft festgelegt" sind: Sie stehen über den gewöhnlichen Gesetzen und können nur mittels besonderer langwieriger Verfahren geändert werden. Den Grundpfeiler des politischen Systems von Großbritannien bildet das Prinzip der parlamentarischen Souveränität, demzufolge das Parlament völlige

Handlungsfreiheit besitzt, es sei denn, seinem Nachfolger würden die Hände gebunden. Eine dauerhafte Festlegung (*entranchment*) ist somit formal unmöglich, denn eine spätere Regierung kann die vermeintlich verfassungsgemäßen Statuten, die eine frühere Regierung erlassen hat, wieder umstoßen. Die Auffassung, dies hätte zwangsläufig eine instabile und willkürliche Regierung zur Folge, ist allerdings geschichtlich widerlegt.

Der Besondere an der britischen Verfassung ist nicht, dass sie nicht schriftlich festgehalten ist, sondern dass sie nicht an einer Stelle, in einem einzelnen Dokument niedergeschrieben wurde. In völliger Übereinstimmung mit Bolingbrokes Definition ist sie ein System, das sich allmählich und unmerklich über Jahrhunderte aus einer „Sammlung von Gesetzen, Institutionen und Gepflogenheiten" entwickelt hat. Viele davon sind naturgemäß Konventionen und können insofern ohne den Rückgriff auf das Gesetz modifiziert und an die wechselnden Erfordernisse angepasst werden. Doch diese Anpassungsfähigkeit bedeutet keinen Mangel. Tatsächlich zeigt etwa das Beispiel Frankreichs, dass Unbeweglichkeit in Verfassungsangelegenheiten zur Verhärtung führen kann. Aufgrund des präskriptiven Charakters der französischen Verfassungsbildung – der Tendenz, Gesetze bis in ihre Einzelheiten zu beschreiben, statt im Wesentlichen nur das Verfahren der Gesetzgebung vorzugeben – hat es sich im Allgemeinen als einfacher herausgestellt, eine bestehende Verfassung vollständig außer Kraft zu setzen und neu zu beginnen, als diese an neue politische Umstände anzupassen.

Zweifellos gibt die Existenz einer schriftlichen Verfassung Anlass zu Diskussionen über die Verfassungsmäßigkeit politischer Entscheidungen oder Maßnahmen. Eine Verfassung mag in Stein gemeißelt (oder mit Tinte auf Papier festgehalten) sein, doch das wird Parteien mit bestimmten Interessen nicht daran hindern, zwischen den Zeilen zu lesen und dort auch zu finden, was sie finden wollen. Schriftliche Verfassungen erfordern gewöhnlich ein System der aktiven gerichtlichen Überprüfung, um über die Verfassungsmäßigkeit zu entscheiden. Ein Argument, das gelegentlich zugunsten des nach und nach entstandenen britischen Systems vorgebracht wird, lautet, dass es die letzte Entscheidungsbefugnis in die Hände der gewählten Politiker legt und nicht in die von nicht gewählten Richtern. Wenn politische Stabilität ein Hauptziel der Regierung ist, tritt die Bedeutung einer Verfassung, egal ob schriftlich oder nicht, in den Hintergrund. Worauf es ankommt, ist die Bereitschaft der Bürger, die Rechtsgrundsätze zu befolgen, und das Einverständnis derer, die an der Macht sind, die einvernehmlich bestimmten Schranken nicht zu übertreten, ungeachtet dessen, wie diese ursprünglich beschlossen wurden. Eine Verfassung, die nicht mit den breiten Erwartungen im Einklang steht, wie das politische Leben gestaltet sein sollte, wird nicht das Verhalten ändern; sie wird wie unzählige andere in der Versenkung verschwinden.



29 Präsidialsystem

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Willkürherrschaft und Demokratie ergibt sich aus der Frage der Verantwortung. Heutige Politiker mögen mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet sein, doch in einer Demokratie ist ihre Macht nicht unbegrenzt. Während ein absoluter Herrscher oder Autokrat tun und lassen kann, was er will, ohne sich vor irgendjemandem rechtfertigen zu müssen, sind diejenigen, die gewählt wurden, ein Land zu regieren, verantwortlich für ihr Tun; zumindest sind sie ihren Wählern Rechenschaft über die Korrektheit ihres Handelns schuldig.

Aber wie genau sollte die Verantwortlichkeit politischer Führer beschaffen sein? Die Antwort auf diese Frage ist wichtig für das Verständnis der Unterschiede zwischen den beiden Hauptregierungsformen, die es heute auf der Welt gibt. In parlamentarischen Regierungssystemen wie dem des Vereinigten Königreichs ist die Exekutive – der Premierminister und sein (oder gelegentlich ihr) Kabinett – eng mit der Legislative, dem Parlament, verbunden; sie ist auf das Parlament angewiesen und diesem Rechenschaft über die Führung der Regierungsgeschäfte schuldig (▶ Seite 120). Im Unterschied dazu sind in einem Präsidialsystem und insbesondere dem US-amerikanischen die Exekutive (der Präsident) und die Legislative (im Falle der USA der Kongress) voneinander unabhängig und beide unterliegen unterschiedlichen Auswahlverfahren. Der Präsident wird – direkt oder indirekt – vom Volk gewählt und ist unmittelbar diesem gegenüber verantwortlich.

Mechanismen der Machtkontrolle Die wichtigste Eigenschaft eines reinen Präsidialsystems ist, dass der Präsident weder von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes gewählt wird, noch dieser gegenüber verantwortlich ist. Im Unterschied zum parlamentarischen System, in dem der Premierminister üblicherweise der Legislative angehört und von der Mehrheitspartei aus deren Mitte gewählt wird, wird ein Präsident gewöhnlich direkt vom Volk gewählt. In den USA werden Präsident und Vizepräsident durch Wahlen bestimmt, aber mit einem Unterschied: Der Prozess läuft über ein zwischengeschaltetes Wahlmännersystem, in dem das Volk in jedem Bundesstaat für eine Liste von Wahlmännern votiert, die verpflichtet sind, ihre Stimme einem bestimmten

Zeitleiste

1748
Montesquieu spricht sich in *Vom Geist der Gesetze* für die Gewaltenteilung aus

1788
James Madison plädiert in den *Federalist Papers* für „*checks and balances*“

Präsidentschaftskandidaten zu geben. Diese System, das ursprünglich die Balance zwischen kleinen und großen Bundesstaaten wahren sollte, funktioniert nach dem „*The winner takes it all*“-Prinzip – der siegreiche Kandidat in jedem Bundesland holt alle Stimmen für diesen Staat –, und es wurde dafür kritisiert, dass in bestimmten Fällen ein Kandidat Präsident werden kann, obwohl er nicht die Mehrheit der Wählerstimmen aus dem Volk gewonnen hat. Zuletzt gab es eine solche Situation bei der Wahl von George W. Bush im Jahr 2000.

Die Unabhängigkeit von Exekutive und Legislative ist ein Eckpfeiler der Gewaltenteilung – eine Verfassungsregelung, nach der die verschiedenen Staatsorgane (Exekutive, Legislative, Judikative) mit jeweils eigenen Befugnissen und Verantwortlichkeiten ausgestattet sind, um eine einseitige Machtkonzentration auszuschließen und so das Volk vor Autoritätsmissbrauch zu schützen. Ursprünglich von dem französischen Aufklärer und Philosophen Montesquieu entwickelt, wurde die Theorie der Gewaltenteilung von James Madison, dem „Hauptarchitekten“ der amerikanischen Verfassung, 1788 zusammengefasst: „Die Konzentration aller legislativen, exekutiven und judikativen Befugnisse in denselben Händen – seien es die Hände eines Mannes, mehrerer oder vieler Männer, und seien diese Männer durch Erbfolge, durch Selbsternennung oder durch Wahl an die Macht gelangt – kann zu Recht als die wahre Definition der Tyrannei bezeichnet werden.“ Grundsätzlich und in der Praxis werden die Aktivitäten eines Teils der Regierung von anderen hinterfragt und opponiert, und ihre gegenseitige Unabhängigkeit voneinander soll sicherstellen, dass dies ohne Beeinträchtigungen geschehen kann. Dieses Prinzip von „*checks and balances*“ ist wesentlicher Bestandteil eines Systems, das Regierenden die Kontrolle über die Regierten erlaubt (wie Madison es ausdrückt) und sie gleichzeitig dazu zwingt, sich selbst zu kontrollieren.

„Wenn Engel über die Menschen herrschten, dann bedürfte es weder innerer noch äußerer Kontrollen der Regierenden. Entwirft man jedoch ein Regierungssystem, in dem Menschen über Menschen herrschen, dann besteht die große Schwierigkeit darin, es zuerst zur Herrschaft zu befähigen, und es dann darauf zu verpflichten, sich selbst unter Kontrolle zu halten.“

James Madison, 1788

1885

Woodrow Wilson greift in *Congressional Government* das Präsidialsystem an

2000

George W. Bush wird mit einem geringeren Anteil der Wählerstimmen zum US-Präsidenten gewählt

Geteilte Regierung Eine Konsequenz aus der Gewaltenteilung ist die – wenn auch nicht oft realisierte – Möglichkeit des „*divided government*“: eine Situation, in der die Legislative eine andere politische Ausrichtung als der Präsident hat und dessen politische Programme nicht unterstützt. Dies kann zum völligen Stillstand führen, einer Art politischer Pattsituation, in welcher der Präsident sein Vetorecht dazu nutzt, die Legislative zu blockieren, während gleichzeitig seine eigenen gesetzgeberischen Initiativen auf Widerstand im Kongress stoßen. Im äußersten Fall kann eine solche politische Lähmung dazu führen, dass eine der beiden Seiten zu verzweifelten und verfassungswidrigen Maßnahmen bis hin zur Gewalt greift, um aus dieser Sackgasse zu entkommen (solche Krisen hat es zum Beispiel in verschiedenen Ländern Südamerikas gegeben). Doch die Dinge spitzen sich nur selten derartig zu, und was Kritiker als Stillstand bezeichnen mögen, wird von anderen als ein nützlicher Mechanismus angesehen, der gewährleistet, dass die Argumente von beiden Seiten sorgfältig abgewogen und überzogene oder vorschnelle Maßnahmen vermieden werden. So betrachtet, kann das *divided government* als ein Mittel gegen radikale politische Ausschläge gesehen werden, wie sie in parlamentarischen Systemen häufig in Verbindung mit einem Regierungswechsel auftreten.

Die Tatsache, dass ein Präsident (mehr oder weniger) direkt vom Volk gewählt wird, sehen manchen als demokratischer an: Ein solches Staatsoberhaupt hat ein robusteres Mandat für sein politisches Programm und steht zugleich stärker in der Verantwortung, da es sich nicht hinter dem Regierungsapparat verstecken kann. Kritiker drehen jedoch dieses Argument um. Wie der spätere US-Präsident Woodrow Wilson 1885 warnte, war „das einzige Ergebnis der Teilung der Macht, sie verantwortungslos zu machen“. Wo es keine eindeutigen Verantwortlichkeiten für Regierungshandeln gibt, wie es in einem präsidialen System der Fall ist, können beide Parteien sich jederzeit die Schuld zuschieben. Und wie Wilson hervorhob, „wie soll der Schulmeister, die Nation, wissen, welcher Junge eine Tracht Prügel verdient? … Macht und klare Verantwortlichkeiten für ihren Einsatz sind die wesentlichen Bestandteile einer guten Regierungsführung“.

Feste Fristen Während ein Ministerpräsident stets auf die Unterstützung des Parlaments angewiesen ist und im Prinzip kurzfristig aus seinem Amt beseitigt werden kann, ist ein Präsident gewöhnlich für einen bestimmten Zeitraum gewählt und kann, außer bei schwerem Fehlverhalten, innerhalb dieses Zeitraums nicht abgesetzt werden. Das von Anhängern und Gegnern geteilte Wissen, dass die Amtszeit eines Präsidenten für einen bestimmten Zeitraum festgelegt ist, fördert ein Klima der politischen Stabilität. Das gilt vor allem im Vergleich zu parlamentarischen Systemen mit Verhältniswahlrecht und oftmals kurzlebigen Koalitionsregierungen.

Die Tatsache, dass das Wahldatum im Voraus bekannt ist und von der Regierungspartei nicht aus parteipolitischen Gründen beeinflusst werden kann, wie es in manchen parlamentarischen Systemen möglich ist, gilt normalerweise als ein Mittel der Kontrolle über die Exekutivgewalt. Doch können feste Fristen auch von Nachteil sein. In der

Sehen zwei Augen mehr als vier?

Ein offenkundiger Unterschied zwischen präsidialen und parlamentarischen Systemen ist die Stellung des Staatsoberhauptes. In einem parlamentarischen Regierungssystem hat das Staatsoberhaupt meist nur repräsentative Funktionen (zum Beispiel der Monarch im Vereinten Königreich), während die tatsächliche politische Macht in den Händen des Ministerpräsidenten liegt, der Regierungschef ist. Im Unterschied dazu sind in einem Präsidialsystem die Rollen des Staatsoberhaupts und des Regierungschefs in der Person des Präsidenten vereint. Zusätzlich zu diesen Regierungssystemen gibt es eine dritte, gemischte (hybride) Regelung, in welcher der vom Volk für einen festen Zeitraum gewählte Präsident neben einem Ministerpräsident dient, der von der Legislative (dem Parlament) gewählt wird und dieser gegenüber verantwortlich ist. Das bekannteste Beispiel eines sogenannten „semipräsidentiellen" Systems ist Frankreich. In einem solchen System bestimmen sowohl der Präsident als auch der Premierminister oder Ministerpräsident aktiv die Regierung, aber es gibt einen deutlichen Unterschied in Bezug auf die tatsächliche Gewaltenteilung. So kann zum Beispiel Innenpolitik hauptsächlich in der Zuständigkeit des Premierministers liegen, während der Präsident sich vorwiegend in der Außenpolitik engagiert.

Regel ist das verfassungsgemäße Verfahren der Amtsenthebung eines Präsidenten umständlich und schwer in Gang zu setzen, sodass es sehr schwierig sein kann, einen erfolglosen oder den momentanen Aufgaben nicht gewachsenen Präsidenten abzusetzen. So wurde beispielsweise gesagt, dass die Ablösung von Neville Chamberlain durch Winston Churchill – ohne die der Zweite Weltkrieg zweifellos vollkommen anders verlaufen wäre – in einem Präsidialsystem schwierig zu bewerkstelligen gewesen wäre. Doch wie so oft in dieser Diskussion argumentierten andere genau umgekehrt und betonten, dass ein Präsident, der nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist, schneller und entschiedener auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren kann.

Worum es geht

Wo Menschen keine Engel sind

30 Parlamente

Parlamente werden gelegentlich abschätzig als „Schwatzbuden“ bezeichnet. Dahinter steckt der Vorwurf, dass sie Orte unfruchtbarer Debatten statt entschlossener Maßnahmen sind. Diese Kritik ist insofern merkwürdig, als ein Parlament genau das und nichts anderes ist: eine Quasselbude – oder weniger abwertend, ein Forum für Debatten. Nur Autokraten regieren, ohne den Rat anderer einzuholen; die Debatte ist das Kennzeichen einer offenen Regierung.

Wenn die Debatte das alleinige Kriterium eines demokratisch regierten Staates wäre, könnten die Nationalversammlungen aller modernen Demokratien zutreffend als Parlamente bezeichnet werden. Die Tatsache, dass der Begriff normalerweise enger verwendet wird, geht besonders auf ein Land zurück: England und (seit 1707) Großbritannien – die sogenannte „Mutter aller Parlamente“. Großbritannien regierte einst das wahrscheinlich größte Reich, das jemals existierte. Es überrascht daher nicht, dass die charakteristische parlamentarische Regierungsform des „Westminster“-Systems von den meisten seiner früheren Kolonien übernommen wurde, die heute überwiegend Mitglieder des *Commonwealth of Nations* sind. Die lang anhaltende Bedeutung Großbritanniens als Weltmacht und die auf seinem parlamentarischen Regierungssystem basierende Stärke und Stabilität hatten zur Folge, dass seine politische Organisation weit über die Grenzen des Empire hinaus einflussreich war und bis zu einem gewissem Grad von vielen anderen Ländern Europas und andernorts nachgeahmt wurde.

Das Westminster-System Das parlamentarische Regierungssystem unterscheidet sich am deutlichsten von der in den USA und anderswo begründeten präsidentiellen Form darin, dass im Ersteren Exekutive und Legislative nicht vollständig voneinander getrennt sind. Ein Präsident (die Exekutive) wird vom Volk gewählt, und zwar mittels eines von der Wahl der Legislative abweichenden Verfahrens, und er ist diesem Gremium gegenüber nicht direkt rechenschaftspflichtig (▶ Seite 116). Ein Ministerpräsident oder Premierminister wird dagegen auf dieselbe Weise gewählt wie die anderen Parlamentsmitglieder und steht gewöhnlich an der Spitze der Partei, die die Mehrheit der

Zeitleiste

1688–1689
Die Glorreiche Revolution stellt Grundsätze der parlamentarischen Souveränität auf

1788
Die Verfassung der Vereinigten Staaten führt Prinzipien der Gewaltenteilung ein

Sitze in der Legislative (dem Parlament) gewinnt. Seine führende Position wird durch die eigene Partei und nicht direkt durch die Wählerschaft bestimmt. Der Premierminister bildet ein Kabinett aus den Reihen seiner Parlamentskollegen (einschließlich der zweiten Kammer, sofern es eine solche gibt). Das Kabinett ist im Wesentlichen ein Gremium aus Ministern, die verantwortlich sind für die Gestaltung der Regierungspolitik, über die dann im Parlament diskutiert und abgestimmt wird. Die zentrale Funktion des Parlaments besteht somit darin, Gesetzentwürfe zu prüfen, zu diskutieren und zu bewilligen; seine Aufgabe ist nicht, das Land als solches zu regieren, sondern das Personal bereitzustellen, das diese Aufgabe übernimmt, und dieses dann für ihr Handeln in die Pflicht zu nehmen.

Die besonderen Vorzüge, die dem Westminster-System gewöhnlich zugesprochen werden, sind seine Stärke und Stabilität. Im Präsidialsystem kann es, was häufig auch tatsächlich der Fall ist, eine geteilte Regierung (*divided government*) geben, in welcher die Exekutivgewalt (Präsident und Kabinett) eine politische Agenda verfolgt, die von der Mehrheit in der Legislative nicht unterstützt wird; im Ergebnis kann dies zum Stillstand führen, in welchem das Gesetzgebungsprogramm der Exekutive weitgehend blockiert wird. Im Westminster-System, in dem sich sowohl der Premierminister als

Die Mutter aller Parlamente

Das britische Parlament, die gesetzgebende Versammlung des Vereinigten Königreichs, wird gewöhnlich als ein Zweikammersystem angesehen, besteht aber tatsächlich aus drei Teilen: dem Monarchen und seinem oder ihrem Kronrat (*Privy Council*), dem Oberhaus (*House of Lords*; die geistlichen und weltlichen Lords, zusammengesetzt aus Bischöfen, Erzbischöfen und hohen Adligen) und dem Unterhaus (*Commons*). Der König oder die Königin ist seit jeher das Staatsoberhaupt, erfüllt heute jedoch nur noch eine rein formale und repräsentative Funktion. Eine Reihe von Reformen im 20. Jahrhundert veränderte die Zusammensetzung des nicht gewählten britischen Oberhauses, dem heute nur noch eine kleine Zahl erblicher Adliger angehören; die große Mehrzahl sind Peers auf Lebenszeit, die regelmäßig auf Empfehlung der aktuellen Regierung durch die Krone unter den „*great and the good*" ernannt werden. In dieser Periode der Reformen wurden die Vollmachten der Lords in großem Umfang eingeschränkt, und heute kann das Oberhaus die Verabschiedung von Gesetzen lediglich hinauszögern. Die wirkliche Macht ist heute im Unterhaus des britischen Parlaments konzentriert, deren Mitglieder alle fünf Jahre (oder in einem kürzeren Zeitabstand) durch allgemeine Wahlen bestimmt werden.

1911, 1949
Parlamentsgesetze schränken die Vollmachten des britischen Oberhauses drastisch ein

1958
Einführung der Peerswürde auf Lebenszeit

1999
Die meisten erblichen Sitze, mit Ausnahme von 92 Mitgliedern des britischen Oberhauses mit erblichem Titel, werden durch den *House of Lords Act* („Gesetz zum Oberhaus") abgeschafft

"England ist die Mutter aller Parlamente."
John Bright,
englischer liberaler Politiker, 1865

auch das Kabinett aus dem Parlament rekrutieren, ist eine derartige geteilte Regierung ausgeschlossen. Denn ein Premierminister, der das Vertrauen (die Unterstützung) des Parlaments verloren hat, wird normalerweise zu dessen Auflösung gezwungen, und Neuwahlen würden folgen. Innerhalb des Kabinetts bringt es das Prinzip der „kollektiven Verantwortung" (Kabinettdisziplin) mit sich, dass die Minister der Parteilinie selbst dann folgen, wenn sie eine bestimmte Politik persönlich nicht billigen, sodass einmal getroffene Beschlüsse von allen verbindlich mitgetragen werden müssen. Wenn sie dies nicht mit voller Überzeugung tun können, sind sie zum Rücktritt von ihrem Amt gezwungen. Aus diesen Gründen ist eine Regierung mit einer ausreichenden Stimmenmehrheit gewöhnlich in der Lage, ihre Gesetzgebung ohne große Schwierigkeiten durchzusetzen.

Vom Diener zum Herrn

Die Geschichte des englischen Parlaments lässt sich mindestens bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen, doch in den ersten vier Jahrhunderten seiner Existenz war es über weite Strecken lediglich der „Diener" des Monarchen und wurde nur sporadisch auf dessen Geheiß einberufen. Dies geschah gewöhnlich in Kriegszeiten, wenn die königlichen Kassen besonders stark beansprucht waren und es angebracht erschien, die wichtigen Männer des Reiches zu versammeln, um sich zu beraten und für ausreichende Steuereinnahmen zu sorgen. Erst im 17. Jahrhundert sollte sich das Blatt wenden und der Diener wurde zum Herrn. Die grobe Behandlung des Parlaments durch die Stuart-Könige führte schließlich zur Konfrontation zwischen Krone und Parlament im englischen Bürgerkrieg (1642–1649), in dessen Verlauf sich Letzteres durchzusetzen und mehr Befugnisse und Privilegien einzufordern begann. Als die Monarchie 1660 wiederhergestellt und Karl II. zum König gekrönt wurde, hatte das Parlament bereits erheblichen Einfluss in Fragen der Gesetzgebung und des Steuerwesens erlangt. Das Versagen Jakobs II., der die versöhnliche Annäherung seines Bruders im Umgang mit dem Parlament nicht fortführte, war mit ein Auslöser für die Glorreiche Revolution von 1688 bis 1689. Es war dieser unblutige Umsturz, der schließlich das Prinzip der parlamentarischen Souveränität begründete, das alle nachfolgenden Monarchen zwang, innerhalb des Verfassungsrahmens und unter Beachtung des Parlamentswillens zu agieren. Im Verlauf des nachfolgenden Jahrhunderts, als sich lose Interessengruppen zu dauerhafteren Parteien zusammenzuschließen begannen, bildeten sich mehr und mehr die Mechanismen der modernen Regierungsführung heraus. Von nun an war klar, dass der höchste Minister des Monarchen – der Premierminister – weniger das Vertrauen des Königs oder der Königin brauchte, um erfolgreich zu regieren, sondern vor allem das seiner Kollegen im *House of Commons* (Unterhaus).

Während das Westminster-System zweifellos das Potenzial besitzt, für eine stabile Regierung zu sorgen, hat diese Stärke auch ihren Preis. Während die für das Präsidialsystem charakteristische Gewaltenteilung ausdrücklich verhindern soll, dass eine der Staatsgewalten zu mächtig wird, können die starken exekutiven Befugnisse des Premierministers insofern belastend sein, als sie unter Umständen dazu führen, dass die Regierungspolitik durchgepeitscht und Minderheitenstimmen kein Gehör geschenkt wird. Kritiker beklagen, dass die Rolle des Parlaments auf das Durchwinken der Regierungspolitik reduziert wird. Die Sorge ist übertrieben, doch die Tatsache, dass sie unter einfachen Leuten auf ein gewisses Gehör stößt, ist an sich schon schlecht für die Demokratie.

„Das Parlament hat in Wahrheit keine Kontrolle über die Exekutive; das ist reine Fiktion."
David Lloyd George, 1931

Abweichungen in Kontinentaleuropa Während alle parlamentarischen Regierungssysteme zumindest strukturell in gewisser Weise dem britischen Modell verpflichtet sind, gibt es abweichende Varianten zum Beispiel in Deutschland und anderen Ländern Kontinentaleuropas, deren Charakter und Funktionsweise deutliche Unterschiede aufweisen. Meist verhält sich das britische System weitgehend wie ein Zweiparteiensystem (was es jedoch nicht ist), wodurch in Verbindung mit dem erstmals im Vereinigten Königreich eingeführten Mehrheitswahlrecht sichergestellt war, dass eine einzelne Partei die absolute Mehrheit hatte und die Exekutive aus einer einzigen politischen Partei gebildet werden konnte. Diese Tatsache war maßgeblich für die Traditionen der kollektiven Verantwortung und der strikten Parteidisziplin, auf welchen die Stabilität des britischen Systems weitgehend beruht.

Die meisten europäischen Länder mit parlamentarischem Regierungssystem sind in ihrer politischen Struktur Mehrparteiensysteme und verwenden die eine oder andere Form des Verhältniswahlrechts für die Wahl ihrer Politiker. Unter diesem Wahlsystem kommt es selten vor, dass eine einzelne Partei die Mehrheit der Parlamentssitze gewinnt. Regierungen sind daher normalerweise Koalitionen aus verschiedenen Parteien, die nur teilweise dieselben politischen Ziele verfolgen. Innerhalb solcher Bündnisse sind Verhandlungen und Kompromisse die Regel, wobei eine größere Toleranz gegenüber der Eigenständigkeit von Ministern besteht und weniger Gewicht auf der kollektiven Entscheidungsfindung liegt. Sie sind in der Regel auch weniger beständig und zerbrechen häufiger. Insgesamt ist ihre Exekutivgewalt schwächer als im britischen System, dafür sind Koalitionsregierungen einer höheren Rechenschaftspflicht unterworfen, denn die Koalitionsspitzen sind gezwungen, unterschiedliche Meinungen zu hören und die Stimmung des Parlaments zu berücksichtigen. Einer geringeren Lebensdauer steht eine höhere Verantwortlichkeit gegenüber, womit in den Augen vieler den Belangen der Demokratie besser gedient ist.

Worum es geht
Forum für Debatten oder Schwatzbude?

31 Politische Parteien

„Der Einsatz für religiöse, politische und andere Überzeugungen in Wort und Tat, die Bindung an verschiedene Führer, die voller Ehrgeiz um Vorherrschaft und Macht ringen, oder an andere Persönlichkeiten, deren Schicksal die menschlichen Leidenschaften erregt hat – all dies hat die Menschheit immer wieder in Parteien gespalten, sie mit Feindseligkeit gegeneinander erfüllt und sie dazu gebracht, einander eher zu peinigen und zu unterdrücken, als um des gemeinsamen Wohls willen zusammenzuarbeiten."

Wie James Madison in *The Federalist* (1787) feststellt, gibt es viele Gründe – Religion, Politik, persönliches Charisma –, weshalb Menschen Parteien bilden, um gemeinsam Ziele zu verfolgen, die sie allein nur schwer oder gar nicht erreichen könnten. Und das war immer schon so: „Die verborgenen Ursachen der Spaltung in Parteien … sind tief in der menschlichen Natur verwurzelt." Madison, der selbst kein Freund von Parteien oder Lagern war, betrachtet als wichtigste Aufgabe der Regierung den Ausgleich der „verschiedenartigen und widerstreitenden Interessen", die dazu führen, dass sich Gruppen bilden und diese ihren eigenen Vorteil auf Kosten anderer suchen.

Heute erscheint uns die Sorge Madisons und anderer Gründerväter der Vereinigten Staaten vor der Gefahr einer Aufspaltung in Parteien und Lager übertrieben, schon weil es fast unmöglich ist, sich die politische Praxis in großen, modernen Demokratien anders vorzustellen als mithilfe von Parteien. Parteien zu wählen, die für bestimmte Werte stehen und bestimmte Ziele verfolgen, ist für die meisten von uns die konkreteste Gelegenheit, unsere demokratischen Rechte wahrzunehmen. Und für Politiker, die an der Wahlurne erfolgreich waren, bietet das Parteiensystem den strukturellen Rahmen, innerhalb dessen sie versuchen, die Werte umzusetzen und die Interessen zu verfolgen, auf deren Grundlage sie gewählt wurden.

Einparteiensystem Die Dynamik von Parteien – ihre Ausrichtung und ihr Verhalten – wird sehr stark von dem gesellschaftlichen und politischen Kontext bestimmt, in dem sie agieren. Ganz allgemein unterscheidet sich eine Partei, die ohne Konkurrenz in einem Einparteienstaat existiert, radikal von einer Partei, die mit anderen in einem Mehrparteienstaat im Wettbewerb steht. Einheitsparteien ohne jegliche Opposition wie

Zeitleiste

1787
James Madison warnt in *The Federalist* vor den Gefahren der Aufspaltung in Parteien und Lager

1828
Die Demokratische Partei der Vereinigten Staaten formiert sich (nach der Abspaltung von den Nationalrepublikanern)

1830er-Jahre
Die britische Konservative Partei geht aus der alten Tory-Partei hervor

die kommunistischen Parteien in der ehemaligen Sowjetunion und in China kommen gewöhnlich auf dem Weg der Revolution an die Macht, der die gewaltsame Überwindung eines existierenden Regimes einschließt. Einmal gebildet, üben solche Parteien ein Machtmonopol aus, das zumindest in der Theorie dazu genutzt wird, die Arbeiterklasse (das Proletariat) in einen rein kommunistischen Staat zu führen, in welchem jegliche Opposition überwunden und kein Zwang mehr nötig sein wird. In dieser idealisierten Rolle muss die Partei sowohl pragmatisch als auch autoritär sein – in hohem Maße zentralisiert und dennoch allgegenwärtig, jeden Bereich der Gesellschaft mit dem Ziel durchdringend, die Menschen zu kontrollieren und auf Linie zu halten. Zu diesem Zweck hält die Partei ihre streng ideologische Ausrichtung aufrecht und bedient sich der Indoktrination und Zensur, um die reine Lehre zu verteidigen und Widerspruch auszumerzen.

„Lasst mich Euch … auf das eindringlichste vor den verderblichen Wirkungen des Parteigeists warnen.“
George Washington, 1796

Parteiprofil und Parteilinie In einem Einparteiensystem steht die Partei nicht im Wettbewerb um die Kontrolle des Regierungsapparats; größtenteils *ist* sie der Regierungsapparat. In einem Mehrparteiensystem dagegen besteht eine der wesentlichen Funktionen einer Partei darin, sich im Wettbewerb mit Gegnern an der Wahlurne durchzusetzen und die Regierung zu übernehmen – eine regelmäßig wiederkehrende Aufgabe, die einen guten Teil ihrer Energie beansprucht.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit in repräsentativen Demokratien besteht darin, die Forderung, dass der Kurs der Regierungspolitik den Willen des Volkes widerspiegeln soll, zumindest teilweise zu erfüllen – ein Problem, das in einem großen und vielfältigen Land wie den USA besonders akut ist. Die einfache Lösung dieses Problems ist der Wettbewerb zwischen konkurrierenden Parteien in Form von regelmäßig durchgeführten Wahlen. Die Parteizugehörigkeit ist gleichsam ein Etikett, das einen Kandidaten mit einem mehr oder weniger genau definierten Wertekanon verbindet; die Wähler erhalten so einen Hinweis, wofür ein Kandidat steht und wie er sich verhalten wird, wenn er oder sie gewählt wird. Doch inwieweit Etikett und Verhalten letztlich übereinstimmen, hängt von der allgemeinen politischen Kultur ab. Während man von dem Kandidaten einer grünen Partei erwarten kann, dass er Umweltfragen eine hohe Bedeutung zumisst, gibt die Zugehörigkeit zu Demokraten oder Republikanern eines in den USA zur Wahl stehenden Kandidaten an sich noch keine sehr klare Auskunft über dessen zukünftiges Abstimmungsverhalten. In diesem Fall drückt sich in der Parteizugehörigkeit nicht viel mehr aus als eine grundsätzliche Sympathie für eine bestimmte politische Tradition. Im

1854
In den USA bildet sich die Republikanische Partei, zunächst als Unterstützerin der Antisklavenbewegung

1906
Gründung der britischen Labour-Partei

US-Kongress ist es außerdem gang und gäbe, nach dem eigenen Gewissen abzustimmen, statt einer strikten Parteilinie zu folgen. Dagegen ist im britischen System Parteidisziplin – die Ausübung von Druck auf Politiker, zugunsten der offiziellen Parteipolitik abzustimmen – allgemein üblich und trägt zur Stärkung der Regierung bei. Sie hilft außerdem Wählern, das Parteiprofil deutlicher zu erkennen; doch Parteidisziplin kann auch Spontaneität und freies Denken einschränken.

Zwei- und Mehrparteiensystem In pluralistischen Gesellschaften wird die praktische Politik durch die Art des bestehenden Parteiensystems beeinflusst. Länder wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben sogenannte Zweiparteiensysteme, obwohl diese Bezeichnung missverständlich sein kann. In Großbritannien beispielsweise gibt es eine dritte Partei, die Liberaldemokraten, die eine wichtige Rolle in der Politik des Landes spielen kann, wie es etwa bei der Bildung einer Koalitionsregierung mit den Konservativen 2010 der Fall war. Im vergangenen Jahrhundert wurde allerdings das vorherrschende Muster von den beiden dominierenden Parteien, Labour und Konservative, bestimmt, die in einem System nach dem Mehrheitswahlrecht miteinander konkurrieren, wobei meist eine der beiden Parteien über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügt. Das war meistens sogar dann der Fall, wenn die regierungsbildende Mehrheitspartei deutlich weniger als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhielt. Das Ergebnis ist eine robuste Regierung, die in der Lage ist, ihre politische Agenda umzusetzen. Eine solche Robustheit wird jedoch um den Preis geringerer demokratischer Fairness erkauft.

Auf die Stimme des Gewissens hören

Ein zentrales Dilemma, vor dem jeder gewählte Abgeordnete steht, ist das Abwägen der komplexen und oft miteinander im Widerspruch stehenden Loyalitäten, die er der Partei, dem Wähler und dem Land schuldet, und wie er diese mit der Stimme seines eigenen Gewissens in Einklang bringen soll. Diese schwierige Aufgabe erörterte der irisch-britische Schriftsteller und Politiker Edmund Burke in einer Rede an die Wähler von Bristol, wo er 1774 als Abgeordneter ins britische Unterhaus gewählt worden war. Der Tenor seiner Argumentation lautet, dass letztlich „die unvoreingenommene Meinung, das reife Urteil und das aufgeklärte Gewissen" eines Parlamentsmitglieds nicht lokalen oder parteilichen Interessen geopfert werden dürften:

> Das Parlament ist kein Kongress von Botschaftern unterschiedlicher und feindlicher Interessen, die jeder als Agent und Anwalt gegen andere Agenten und Anwälte durchsetzen müsste, das Parlament ist vielmehr eine beratende Versammlung einer Nation, mit einem Interesse, dem der Gesamtheit; in ihr sollten nicht lokale Interessen oder lokale Vorurteile leitend sein, sondern das allgemeine Wohl, das aus der allgemeinen Vernunft des Ganzen hervorgeht. Freilich wählt einen Abgeordneten, aber wenn ihr ihn einmal gewählt habt, ist er nicht mehr ein Teil der Bevölkerung Bristols, sondern ein Teil des Parlaments.

Außerhalb des angelsächsischen Raumes verwenden die meisten Demokratien Varianten des Verhältniswahlrechts, unter welchem die Zahl der von einer Partei gewonnenen Sitze eng mit ihrem Stimmenanteil korrespondiert, sodass auch kleinere Parteien überleben und Erfolg haben können. Das Ergebnis ist gewöhnlich ein Mehrparteiensystem, in dem nur selten eine einzelne Partei über die absolute Mehrheit verfügt. Zwei oder mehr Parteien müssen zusammenarbeiten und politische Kompromisse schließen, um eine Koalition zu bilden, die über die Regierungsmehrheit verfügt. Solche Koalitionen sind fast ausnahmslos unbeständiger und weniger stabil als eine Regierung, die von nur einer Partei gestellt wird. Die Art von Disziplin, die eine einzelne Partei unter ihren Mitgliedern bewahren kann, ist in einer Koalition aus zwei oder mehr Parteien schwieriger aufrechtzuerhalten. Solche Koalitionen sind oft von nur kurzer Dauer, doch sie können aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Traditionen und Perspektiven auch dynamisch und innovativ sein.

‚In der Demokratie verwendet eine Partei einen guten Teil ihrer Energie auf den Versuch zu beweisen, dass die andere Partei nicht regierungsfähig ist – und im Allgemeinen sind beide damit erfolgreich und behalten Recht.‘

H. L. Mencken,

US-amerikanischer Satiriker, 1956

Parteien in der Krise? „Die alten Parteien sind Hülsen ohne eine wirkliche Seele“, erklärte Theodore Roosevelt im Wahlkampfjahr 1912, und 100 Jahre später haben viele den Eindruck, dass sich daran nicht viel geändert hat. Besonders in den Augen der Jüngeren erscheinen die politischen Parteien der Vereinigten Staaten und Europas schwerfällig und realitätsfremd. Zynismus betreffend der Motive der gewählten Politiker, verstärkt durch nicht seltene Vorwürfe von Bestechlichkeit und Heuchelei, haben zu sinkenden Mitgliederzahlen bei den Parteien, zur Ernüchterung unter Parteiaktivisten und zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung beigetragen. Der abnehmende Rückhalt in der Bevölkerung hat wiederum zu einem Kampf um die politische Mitte geführt, und in ihrem Versuch, allen zu gefallen, wurden die Parteien letztlich nichtssagend und austauschbar – uninspiriert und ängstlich hinsichtlich radikaler Lösungen. Gleichzeitig haben die Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie, besonders das Internet, eine Vielzahl neuer Kanäle für politische Meinungsäußerungen eröffnet und das traditionelle Monopol der politischen Parteien ausgehöhlt. Moderne Demokratien sind ohne Parteien kaum vorstellbar, doch angesichts der Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung müssen sich diese den Herausforderungen der Zeit stellen und neue Wählergenerationen erschließen.



32 Öffentliche Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung ist der Motor, der den modernen Staat am Laufen hält. Von den höchsten Beamten, die Minister beraten und die Umsetzung der Regierungspolitik begleiten, bis hinunter zum einfachen Finanzbeamten bilden die Staatsbediensteten – der riesige Beamtenapparat, der für die öffentliche Verwaltung zuständig ist – den Lebenssaft, der den Sauerstoff des öffentlichen Lebens transportiert.

In jedem Land der Erde ist die öffentliche Verwaltung die größte und am stärksten ausdifferenzierte Bürokratie, und als solche zieht sie die Art von Kritik auf sich, der sich jede bürokratische Organisation ausgesetzt sieht. Die gängige Karikatur des Staatsdieners ist derb und wenig schmeichelhaft: ein lethargischer und selbstherrlicher Paragrafenreiter, der seine eigene Inkompetenz auf Staatskosten hinter einem Wust von nutzlosem und überflüssigem Papierkram versteckt. Paradoxerweise sind es gerade diese, das allgemeine Stereotyp bekräftigenden Eigenschaften, die die öffentliche Verwaltung zu einem unentbehrlichen Bestandteil des modernen Staates macht; ihre Unarten sind kurioserweise zugleich ihre Stärken. Tatsache ist, dass die viel geschmähten Diener des Staates unverzichtbar sind und es kaum einen Bereich in unserem Leben gibt, der bei ihrer Abwesenheit nicht in Unordnung geraten würden.

Loyale Staatsdiener Obwohl die Ursprünge der modernen öffentlichen Verwaltung untrennbar mit dem Staat, dem sie dient, verbunden ist (▶ Seite 108), wurde der Begriff „öffentliche Verwaltung“ erstmals Ende des 18. Jahrhunderts mit Blick auf die zivilen (nichtmilitärischen) Aktivitäten der „vertraglich Verpflichteten“ (*convenanted servants*) – angestellte Mitarbeiter – der Britischen Ostindien-Kompanie verwendet. Später weitete sich die Bezeichnung auf das gesamte Spektrum von Diensten aus, die von öffentlich bezahlten Beamten in der Verwaltung staatlicher Angelegenheiten geleistet wurden, mit den wichtigen Ausnahmen der Streitkräfte, der Polizei und der Justiz. Eigentlich gibt es keinen Grund, weshalb diejenigen, die die Interessen eines Staates im



ca. 1785

Erster nachgewiesener Gebrauch des Begriffs „öffentliche Verwaltung“, angewandt auf die Britische Ostindien-Kompanie

Ausland vertreten, nicht genauso Staatsbeamte genannt werden sollten. Dennoch wird in der Praxis üblicherweise zwischen Beamten im Staatsdienst und Beamten des auswärtigen (diplomatischen) Dienstes unterschieden.

Hohe Beamte werden größtenteils als feste und (vermeintlich) unparteiische Berater gewählter oder ernannter Staatsminister beschäftigt. Sie sollen ihre Erfahrung in öffentlichen Angelegenheiten und ihr Fachwissen einbringen, um gewählten Politkern, die aufgrund ihrer zeitlich befristeten Amtszeit nur begrenzte Sachkenntnisse mitbringen, bei ihrer Arbeit zu unterstützen sowie wirksame staatspolitische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. In diesem Zusammenhang gab die Regierung des Vereinigten Königreichs 1994 ein Papier heraus, in dem die Werte definiert waren, die der öffentliche Dienst verkörpern sollte; das Ziel war:

> … eine unpolitische, permanente öffentliche Verwaltung [zu schaffen], die besonderen Wert auf Integrität, Unbefangenheit und Objektivität legt, die loyal der jeweiligen Regierung – ungeachtet deren politischer Ausrichtung – dient und die Personal nach dem Prinzip des fairen und offenen Wettbewerbs auf der Basis von Leistung einstellt.

Diese Qualitäten – Integrität, Unbefangenheit und Objektivität – sind wesentliche Desiderate in den meisten Analysen des modernen öffentlichen Dienstes.

Öffentlicher Dienst als Bürokratie Eine moderne öffentliche Verwaltung ist in ihrer Struktur und Organisation ihrem Wesen nach bürokratisch: eine Hierarchie, in der die Befehlskette eindeutig ist, Aufgabenteilung und Verantwortlichkeiten klar definiert sind und Entscheidungen auf der Grundlage fester und objektiver Regeln und Verfahren getroffen werden. Die Befugnisse, mit denen die Staatsbediensteten ausgestattet werden, sind durch Gesetze beschränkt und werden von diesen nicht in ihrer Eigenschaft als Privatperson, sondern kraft ihres Amtes ausgeübt. Die Art ihrer Aufgaben bringt es mit sich, dass Staatsbedienstete nicht immer sehr geschätzt sind, doch solange ihre Autorität von denen, über die sie ausgeübt wird (d. h. den Bürgern), als zumutbar und sinnvoll

> **„Der Deal, den die öffentliche Verwaltung einem Minister anbietet, ist folgender: Wenn du tust, was wir wollen, werden wir in der Öffentlichkeit so tun, als ob du das Programm umsetzt, dessentwegen du gewählt worden bist."**
>
> **Tony Benn, britischer Politiker der Labour-Partei**

1922
Max Weber definiert den Begriff der Bürokratie in *Wirtschaft und Gesellschaft* (posthum veröffentlicht)

1979–1980
Die Wahlerfolge von Margret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1980) führen zum Aufstieg der Neuen Rechten

2007
Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise schürt in der öffentlichen Verwaltung Zweifel an der Funktion von Märkten

wahrgenommen wird, genießen sie Respekt und spielen eine wichtige Rolle für die Herstellung der gesellschaftlichen Legitimität des demokratischen Staates als Ganzes.

Nach den einflussreichen Untersuchungen des deutschen Soziologen Max Weber (siehe Textbox) kann die öffentliche Verwaltung, als eine Form der bürokratischen Organisation, als der am besten geeignete Mechanismus zur Regulierung der komplexen öffentlichen Angelegenheiten eines modernen Staates betrachtet werden, denn er ist der *effizienteste* derartige Mechanismus. Eine solche Bürokratie, sagt Weber, besitzt eine „rein technische Überlegenheit über jede andere Organisationsform“. Diese Sichtweise mag allerdings insofern paradox erscheinen, als öffentliche Verwaltungen allgemeinen als höchst *ineffizient* wahrgenommen werden, da sie vermeintlich weder Qualität im Service noch Leistung im Verhältnis zu den Kosten erbringen. Die für eine Verwaltung typische Spezialisierung mag sinnvoll und nützlich sein, um Funktionen zu definieren und die Kompetenz zur Bewältigung spezifischer Aufgaben zu schärfen, doch ein derartiger Fokus kann Menschen auch engstirnig machen und unwillig, außerhalb ihrer Spezialgebiete zu arbeiten. Hierarchien mögen eine klare Kommandostruktur schaffen, aber sie können ebenso zu übertriebener Vorsicht und zu einem Mangel an Initiative und Kreativität beitragen. Strenge Regeln und Vorschriften mögen Kontinuität fördern und Beliebigkeit verringern, doch ihre sklavische Einhaltung kann dazu führen, dass Mittel zum Selbstzweck und schlechte Praktiken institutionalisiert werden.

Objektiv, berechenbar, zuverlässig

Die moderne öffentliche Verwaltung wird oft als Musterbeispiel oder Archetypus der Bürokratie betrachtet. Aktuelle Einschätzungen der Bürokratie beziehen sich in ihren wesentlichen Punkten auf die Arbeiten des deutschen Soziologen Max Weber, der im frühen 20. Jahrhundert die Vorstellung eines „Idealtypus“ der Bürokratie entwickelte – ein theoretisches Modell, das diejenigen Funktionen realer Bürokratien einschließt, welche auf rationale und kohärente Art und Weise so zusammenarbeiten, dass bestimmte erwünschte Ziele erreicht werden.

Die Struktur einer idealen Bürokratie ist nach Webers Auffassung eine Hierarchie, in der die behördlichen Kompetenzen durch ein fest gefügtes System von Befehlsgewalten definiert und koordiniert werden. Entscheidungen werden nach festen Regeln und Verfahren getroffen, Fälle gleich und auf streng rationaler und unpersönlicher Basis behandelt; willkürliche oder persönliche Erwägungen wie sozialer Status oder Beziehungen sind ohne Bedeutung. Sieht man die moderne öffentliche Verwaltung in diesem Licht, kontrastieren ihre rationale Organisation und Rechtmäßigkeit auf das Schärfste mit der öffentlichen Verwaltung der Vormoderne. Damals war die Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten meist von Willkür und Eigennutz geprägt, denn der Einfluss der Kirche oder einer charismatischen Einzelperson konnte darüber entscheiden, inwiefern Unterstützung oder andere Vorteile gewährt wurden. Das legal-rationale Funktionieren der öffentlichen Verwaltung im Sinne Webers erklärt, warum ihre Autorität von den Bürgern eines Staates als legitim wahrgenommen wird.

Das Aufkommen einer Neuen Rechten Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts kristallisierten sich die Zweifel an der Kompetenz derer, die für die Umsetzung der Politik nationaler Regierungen verantwortlich sind, in einer einflussreichen politischen Ideologie. In den Jahrzehnten des Aufschwungs im Gefolge des Zweiten Weltkriegs waren viele staatsinterventionistische Regierungen an die Macht gekommen und hatten im sozialen Bereich eine Reihe progressiver politischer Maßnahmen durchgeführt. Seit den 1970er-Jahren, als die Boomjahre ein abruptes Ende fanden, geriet diese kostspielige Politik des „starken Staates" unter Beschuss durch die neoliberale Neue Rechte, die in den USA von Ronald Reagan und in Großbritannien von Margaret Thatcher angeführt wurde. Und zwangsläufig gerieten die Fußsoldaten dieser Politik – ein Heer von Staatsbediensteten, deren Daseinsberechtigung zum Teil in der Beaufsichtigung von Maßnahmen des „starken Staates" bestand, zwischen die Fronten. Der Umstand, dass Staatsbedienstete nicht gewählt waren und außerhalb des politischen Prozesses standen, was einst als Merkmal von Unabhängigkeit und Unparteilichkeit galt, wurde jetzt als Beleg für mangelnde Verantwortlichkeit betrachtet. Die unbefristete Stellung der Staatsbediensteten – im Unterschied zur befristeten Amtszeit der gewählten Politiker – wurde vormals als Garant für Kontinuität und Stabilität befürwortet und verteidigt; jetzt wurde diese Regelung häufiger als Ursache von Uneinsichtigkeit und Unbeweglichkeit kritisiert. Die Kosten-Nutzen-Effizienz der öffentlichen Verwaltung wurde offen hinterfragt und ihre traditionellen Funktionen dem Marktdruck ausgesetzt. Zweifel an der Verantwortlichkeit der öffentlichen Verwaltung gegenüber ihrem letztendlichen Herrn – dem Wähler – führten zu einem plötzlichen Aufkommen vorgeblich demokratischer Initiativen wie Bürger-Chartas, unabhängige Bürgerbeauftragte und Leistungsziele für staatlich kontrollierte Institutionen.

„Bürokratie, die Herrschaft von niemandem, ist zur modernen Form der Despotie geworden."
Mary McCarthy, US-amerikanische Schriftstellerin, 1961

Die Schlagworte der neoliberalen Maßnahmen – Privatisierung, Verschlankung, Marktprüfung, öffentlich-private Partnerschaft – haben seitdem viel von ihrem Glanz verloren. Die Turbulenzen, die die Weltwirtschaft in den frühen Jahren des 21. Jahrhunderts erfassten, machten die Gefahren entfesselter Marktkräfte überdeutlich sichtbar, und das Vertrauen in die Fähigkeit des privaten Sektors, Aufgaben der öffentlichen Hand zu übernehmen, wurde tief erschüttert. Dennoch war das bislang weitgehend nicht hinterfragte öffentliche Vertrauen in die Kompetenz der vom Staat eingesetzten Bürokraten ein für alle Mal verloren gegangen. In der Frage, wie eine angemessene öffentliche Verwaltung auszusehen hat, zeichnet sich ebenso wenig eine Lösung ab wie hinsichtlich der damit verbundenen Probleme der Verantwortung und einer umfassenden Analyse von Qualität, Effizienz und Kosten – mit tiefgreifenden Auswirkungen in vielen Feldern der Politikgestaltung.



33 Medien

Am 11. April 1992, zwei Tage nachdem die Konservative Partei entgegen aller Vorhersagen ihren vierten Wahlsieg in Folge verbuchen konnte, veröffentlichte Englands meistverkaufte Tageszeitung *The Sun* auf der Titelseite eine ihrer berühmtesten – und seither berüchtigten – Schlagzeilen: *IT'S THE SUN WOT WON IT*

Die Prahlerei des Blattes basierte nicht nur auf seiner langjährigen Unterstützung für die Tory-Partei, sondern auch auf seinen unablässigen Angriffen auf den Labour-Führer Neil Kinnock in den Wochen vor dem Wahltag. Welches Verdienst die Zeitung auch für sich beanspruchen mag, die unterlegene Labour-Partei nahm die Angelegenheit sehr ernst. In den darauffolgenden fünf Jahren bemühte sich Kinnocks Nachfolger Tony Blair mit großem Eifer, die Partei neu aufzustellen und die Medien – allen voran die Zeitung *The Sun* und ihren Besitzer Rupert Murdoch – davon zu überzeugen, dass „New Labour" ein Pferd ist, auf das man setzen sollte. Am Ende war er erfolgreich: Am Vorabend der Wahl von 1997 verzichtete die Zeitung auf ihre traditionelle Unterstützung für die Tories und forderte ihre Leser auf, für Labour zu stimmen. Bei der Wahl erzielte Labour das beste Ergebnis (hinsichtlich der Zahl der gewonnenen Sitze) in seiner Geschichte.

In welchem Umfang Zeitungen und andere Medien das Wahlverhalten und vielleicht sogar Wahlergebnisse beeinflussen können, wurde ausgiebig diskutiert. Während die Ansichten hierüber geteilt sind, steht die enorme Wirkung der Medien auf die Politik außer Frage. In der Geschichte brachten es nur die autokratischsten Despoten fertig, die Befindlichkeiten ihrer Untergebenen völlig zu ignorieren, sodass Kommunikationskanäle zwischen Regierenden und Regierten stets eine wichtige Rolle gespielt haben. Doch erst das Aufkommen von Massenmedien – zuerst Zeitungen, später Radio und Fernsehen und schließlich das Internet sowie verschiedene mobile Technologien – hat zu einem Wandel in der politischen Praxis geführt, indem Politiker mit ihrer Hilfe ein riesiges Publikum erreichen konnten – eine Möglichkeit, von der frühere Generationen nur träumen konnten. Heute ist fast alles, was ein Politiker sagt oder tut, von der Überlegung beeinflusst, wie die Medien darauf reagieren werden. Für einen Präsidenten oder Ministerpräsidenten ist jeder öffentliche Auftritt zugleich ein Medienereignis, das von den Presseabteilungen minutiös durchgeplant wird; jedes Zusammentreffen oder Enga-

Zeitleiste

1605
Die erste Wochenzeitung erscheint in Antwerpen

1650
Die erste Tageszeitung erscheint in Leipzig

gement ist ein möglicher Fototermin; jede Äußerung kann als Originalton von den rund um die Uhr sendenden Nachrichtenkanälen ausgestrahlt werden.

Filter und Ventil Die Schwierigkeit, Behauptungen wie beispielsweise die der *Sun* zu bewerten, besteht darin zu entscheiden, ob die Leute in ihrem Wahlverhalten von Zeitungen (oder andere Medien) beeinflusst werden oder ob sie sich für die Zeitungen entscheiden, die ihre politischen Vorlieben widerspiegeln. Prägen die Medien die öffentliche Meinung oder folgen sie ihr nach? Obwohl sich eine Minderheit von Wählern von einer parteiischen Presse umstimmen lässt, geht man heute allgemein davon aus, dass der Einfluss der Medien selten so groß ist, dass sie den Ausgang von Wahlen verändern können. Fest steht aber, dass die Medien politische Prozesse auf andere Weise beeinflussen. Die Medien sind nur selten oder vielleicht nie nur neutrale Vermittler von Informationen zwischen Politik und Öffentlichkeit. Sie funktionieren zugleich als eine Art Filter, der bestimmt, was übermittelt werden soll und was nicht, und wirken wie ein Ventil, das den Informationsfluss regelt. Darüber hinaus stehen Politiker und Medienvertreter, die sich beide der möglichen Wirkung elektronischer und gedruckter Presseberichte voll bewusst sind, im ständigen gegenseitigen Wettbewerb um die Kontrolle über die Freigabe und Handhabung neuer Stories.

Agenda Setting Aus der filternden Wirkung der Medien ergibt sich, dass manche Begebenheiten ausführlich und prominent behandelt werden, während andere weniger oder überhaupt nicht in Erscheinung treten. Die Folge dieses als „Agenda Setting" bekannten Phänomens ist, dass die Öffentlichkeit bestimmten Themen eine besonders große Bedeutung zumisst. Medien sind überwiegend kommerziell ausgerichtet und deshalb darauf aus, Geschichten zu veröffentlichen oder auszustrahlen, von denen sie glauben, dass sie für ihr Publikum

Vietnam und CNN

Zunehmend kritische Fernsehberichte über den Vietnamkrieg gelten als entscheidend für die sinkende öffentliche Unterstützung des US-Engagements in diesem Konflikt und den vorzeitigen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte in den frühen 1970er-Jahren. Der in diesem Zusammenhang geprägte Ausdruck „Vietnam-Syndrom" wird oft in Bezug auf den vermeintlich negativen Einfluss der Medien in anderen Kriegen verwendet. In den 1990er-Jahren führte die Liveübertragung von Satellitenbildern aus Kriegsgebieten zu einem Phänomen, das unter dem Schlagwort „CNN-Effekt" bekannt wurde. Damals lautete der Vorwurf, dass Politiker durch Liveberichte mit erschütternden und hochemotionalen Bildern menschlichen Leidens genötigt würden, spontane Entscheidungen über den Einsatz militärischer Gewalt zu treffen. Zu den Fällen, in denen Journalisten angeblich die Politik direkt beeinflusst haben sollen, werden unter anderem die in den 1990er-Jahren von den USA angeführten Militäraktionen in Somalia („Operation Wiederherstellung der Hoffnung") und im ehemaligen Jugoslawien gerechnet.

1920
Der erste Radionachrichtensender strahlt sein Programm in Detroit aus

1928
Der erste Fernsehnachrichtensender strahlt sein Programm in New York aus

1990er-Jahre
Die ersten Zeitungen bieten Nachrichten über das Internet an

interessant sind. Oft bedeutet dies, dass Personalia und Einzelschicksalen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als der Politik und dass Begebenheiten bevorzugt werden, bei denen der menschliche Aspekt im Vordergrund steht. Zum Beispiel berichten die Medien überproportional viel über Verbrechen, weil es hier oft eine simple Geschichte mit leicht identifizierbaren Bösewichten und Opfern gibt, während über „schwierigere" Themen wie etwa Außenpolitik, die als ziemlich abstrakt und sperrig empfunden werden, relativ wenig informiert wird. Eine Ausnahme hiervon – welche die Regel eindeutig bestätigt – ist die Berichterstattung über Kriege, die grundsätzlich dramatisch und oft auf grausame Weise fotogen sind. Obwohl sie nicht im eigenen Land stattfinden, werden solche Konflikte eher im Duktus von Inlandsnachrichten behandelt. Der Fokus liegt oft auf menschlichen Schicksalen – auf der Gefährdung von Soldaten, Flüchtlingen oder anderen Zivilisten, die in Kampfhandlungen verwickelt wurden – und weniger auf komplexen strategischen Fragen.

Eine Folge der Themensetzung durch die Medien ist, dass die Öffentlichkeit darauf konditioniert wird, Politiker weitgehend anhand ihrer Leistungen in bestimmten, von den Medien ausgewählten Angelegenheiten zu beurteilen. So kann beispielsweise im Vorfeld einer Wahl die öffentliche Bewertung von Politikern auf deren Aussagen zur Kriminalität beruhen, selbst dann, wenn sie auf diesem Gebiet keine Experten sind und das Thema in ihrer möglichen späteren Funktion in der Regierung bedeutungslos ist. Ohne selbst darauf Einfluss nehmen zu können, sind Politiker oft gezwungen, den Vorgaben der Medien zu folgen und Themen Priorität zu geben, die aus objektiver Sicht keine allzu große Aufmerksamkeit verdient hätten. Dies hat nicht selten erhebliche Auswirkungen auf politische Entscheidungen und verzerrt den politischen Prozess. Zum

Pflichten und Verantwortlichkeiten einer freien Presse

In freiheitlichen Demokratien sind das Recht und die Pflicht der Medien, die Regierung kritisch zu beobachten und falls nötig auch zu kritisieren, seit langem fest verankert. Das hat jedoch viele Regierungen nicht von Versuchen abgehalten, die Medien zu knebeln – stets mit der Begründung beziehungsweise unter dem Vorwand, dies geschehe im nationalen Interesse. Ein Paradebeispiel ist der Versuch der Nixon-Regierung, 1971 die Veröffentlichung der sogenannten Pentagon-Papiere zu verhindern. Bei dem Dokument handelte es sich um einen streng geheimen Bericht über das US-Engagement in Vietnam, der der Presse in die Hände gespielt worden war. In seinem Urteil gegen die Regierung sagte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten damals, es sei die „oberste Pflicht einer freien Presse, dass sie die Regierung daran hindert, die Bevölkerung zu täuschen und in ferne Länder zu schicken, um an fremdem Fieber oder durch fremde Kugeln oder Granaten zu sterben". Vor dem Hintergrund ihrer einseitigen und unkritischen Berichterstattung über den im September 2001 von der Bush-Regierung ausgerufenen „Krieg gegen den Terror" dürften viele Nachrichtenredakteure diese eindringlichen Worte als Mahnung aufgefasst haben.

Beispiel haben die tragischen, aber relativ seltenen Fälle, in denen Kinder von gefährlichen Hunderassen angegriffen oder getötet wurden, eine umfangreiche Medienberichterstattung ausgelöst, wodurch das Thema so stark aufgebauscht wurde, dass die Regierung reagieren musste und schließlich überhastete und wenig durchdachte Gesetze erließ.

> **„Die Presse sollte den Regierten dienen, nicht der Regierung. Das Recht des Staates, Zensur über die Presse auszuüben, wurde aufgehoben, damit die Presse für alle Zeiten die Freiheit hat, die Regierung zu kritisieren."**
>
> **Hugo Black, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, 1971**

***Framing* von Themen und Ereignissen** Nicht weniger bedeutsam als die Rolle der Medien, Themen auf die öffentliche Agenda zu setzen, ist ihre Tendenz, Themen und Ereignisse auf eine ganz bestimmte Weise zu vermitteln. Von der *New York Times* 2005 definiert als „das Wählen einer Sprache, die geeignet ist, eine Diskussion in bestimmte Bahnen zu lenken und … das Einpassen individueller Themen in den Kontext einer breiteren Rahmenerzählung", kann das sogenannte „*framing*" die öffentliche Wahrnehmung einer Angelegenheit grundlegend beeinflussen. Es überrascht daher nicht, dass die Frage, ob politisch sensible Nachrichten durch *framing* in einen größeren Zusammenhang gestellt werden dürfen oder sollen, unter Journalisten wie PR-Leuten äußerst umstritten ist.

Ein bekannter Fall, in dem die Medien dem politischen Druck weitgehend nachgaben, ereignete sich im Gefolge der Anschläge am 11. September 2001. Damals verzichteten viele amerikanische Massenmedien auf ihre eigentliche Aufgabe, die militärische Antwort der US-Regierung in Afghanistan und Irak zu analysieren und kritisch zu beurteilen. Aus Angst vor dem Vorwurf, nicht auf der Seite der Nation zu stehen, schwenkten die Medien auf die aggressive und einseitige Haltung der Bush-Administration ein und übernahmen weitgehend das *framing* der Situation durch die Regierung. Es gab kaum öffentliche Kritik an der Formulierung des damaligen Präsidenten George W. Bush, der die Krise als „Krieg gegen den Terror" bezeichnet hatte, was damals als Rechtfertigung nicht nur für militärische Maßnahmen, sondern auch für die Einschränkung von Rechten im Inneren und die brutale Behandlung „feindlicher Kämpfer" dienen sollte. Die Regierung wollte von Anfang an den Eindruck vermitteln, dass es um das Wie und Wann einer militärischen Reaktion ging und nicht in erster Linie um die Frage, ob diese Reaktion rechtlich oder moralisch gerechtfertigt war. Die Diskussion polarisierte sich rasch und wurde oft in der Rhetorik eines „Kampfes der Kulturen" geführt, in dem die Muslime die fremdartigen „Anderen" waren, entschlossen, die Freiheit des liberalen Westens zu zerstören. Man kann darüber streiten, ob vieles anders gelaufen wäre, wenn die Medien ihrer Sorgfaltspflicht nachgekommen wären und genau hingesehen hätten. Paradoxerweise war es gerade dieses Versagen, das einen eindrucksvollen Beweis für die Macht der Medien lieferte.



34 Propaganda

Wahlkampfmanager versuchen, die öffentliche Meinung zugunsten ihres Kandidaten zu beeinflussen. Gewählte Politiker verfügen über Pressestellen, welche die Nachrichten „aufbereiten“ und dafür sorgen, dass Ereignisse in einem günstigen Licht erscheinen. In Kriegszeiten versuchen sie, die Bevölkerung auf Patriotismus und das Gefühl einer gemeinsamen Sache einzustimmen, um so für die nötige Opferbereitschaft und den erforderlichen Siegeswillen zu sorgen. Ein Militärführer bemüht sich, eine gegnerische Armee einzuschüchtern, indem er deren Moral untergräbt und gleichzeitig die Stärke der eigenen Streitkräfte aufbauscht. Geschäftsleute werben für das Image ihres Unternehmens, um Kunden davon zu überzeugen, dass ihre Produkte besser sind als die der Konkurrenz.

In allen Fällen geht es um aktives Überzeugen und darum, die Ansichten und das Verhalten einer bestimmten Gruppe oder eines bestimmten Adressatenkreises zu manipulieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nötig, verschiedene Arten von Informationen systematisch und sorgfältig aufzubereiten. Diesen Prozess des Überzeugens und im weiteren Sinn auch die dafür notwendigen Informationen bezeichnet man als Propaganda. Bei dem Stichwort Propaganda denken wir gewöhnlich an eine spezielle Art des Werbens für politische Anliegen oder Ideologien. Doch Propaganda ist im Grunde genommen viel mehr als das und umfasst jede Art von Aktivität, die darauf abzielt, die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken, also etwa auch Lobbytätigkeit und Werbung.

Die negativen Konnotationen des Begriffs rühren teilweise von seinen jüngeren und düsteren historischen Assoziationen her, aber auch von den Methoden, die in der Propaganda häufig angewendet werden. Propagandisten setzen in der Regel auf den selektiven Gebrauch von Informationen; sie präsentieren einseitige Botschaften oder Argumente, die nicht unbedingt falsch, aber doch irreführend oder trügerisch sind. Propaganda zielt außerdem hauptsächlich auf Gefühle und vorgefertigte Meinungen ab und weniger auf den Verstand. Und sie hat insofern eher mit Indoktrination als mit Aufklärung zu tun, als sie vor allem darauf ausgerichtet ist, Vorstellungen einzuimpfen, und nicht darauf, diese zu erklären. Propagandisten sind ihrem Wesen nach manipulativ; sie bemühen sich, ihre

Zeitleiste

1622
Die *Congregatio de Propaganda Fide* soll den römisch-katholischen Glauben verbreiten

1914–1918
Im Ersten Weltkrieg werden erstmals „Informations“-Ministerien geschaffen

1930er-Jahre
Trotzki und andere „Unpersonen“ der Sowjetunion werden aus historischen Aufnahmen entfernt

wahren Absichten zu verbergen, und agieren für die eigene Sache, ohne sich viel um die Interessen ihrer Zielgruppe zu kümmern.

Von der Pyramide zur Weltraumrakete Propaganda im weiteren Sinn gibt es im Grunde genommen schon seit Menschen in Gesellschaften zusammenleben und sich gegenseitig bekriegen. Feldherren haben seit jeher versucht, die Moral ihrer Soldaten zu stärken und die ihrer Gegner zu schwächen. Herrscher waren immer schon bestrebt, ihre Untertanen davon zu überzeugen, dass ihre Herrschaft notwendig und legitim ist. Wenn Politik die Kunst des Überzeugens ist, dann war die Propaganda stets ihre Währung. Paläste und Pyramiden wurden errichtet, Städte benannt, Münzen geprägt, Reden verfasst, Gedichte niedergeschrieben: Das alles und vieles andere mehr wurde von den Wenigen in der Absicht getan, die Vielen zu beeindrucken und ihnen Ehrfurcht und Respekt einzuflößen. Aus keinem anderen Grund wurden im 20. Jahrhundert Truppenparaden auf dem Roten Platz abgehalten und Raketen zum Mond geschickt.

Der Begriff „Propaganda“ hat seine Wurzeln wahrscheinlich in der *Congregatio de Propaganda Fide* („Kongregation für die Glaubensverkündung“), einer missionarischen Organisation, die Papst Gregor XV. 1622 ins Leben gerufen hatte, um den römisch-katholischen Glauben zu verbreiten. Bis zum 20. Jahrhundert wurde Propaganda meist in Zusammenhang mit Religion eingesetzt, sowohl um den Glauben zu verbreiten, als auch um den bestehenden Glauben zu festigen. Insofern das Lehren der Richtigkeit bestimmter Glaubensinhalte beinhaltet, dass andere Glaubensrichtungen falsch sind, mussten propagandistische Aktivitäten wie etwa die Missionierung von einigen immer schon als negativ angesehen werden. Die eindeutig negative Bedeutung, mit der der Begriff der Propaganda heute behaftet ist, ist jedoch eine Folge der großen Kriege des 20. Jahrhunderts.

„Propaganda täuscht nicht die Menschen, sondern hilft ihnen nur, sich selbst zu täuschen.“
Eric Hoffer, 1955

Propaganda im 20. Jahrhundert Unterstützt durch die rasante Entwicklung von Technologien der Massenkommunikation trat der eigentliche Typus des Propagandisten während des Ersten Weltkriegs in Erscheinung. Damals bot sich den Regierungen erstmals die Gelegenheit, ihre eigenen nationalen Interessen durch die systematische Verunglimpfung ihrer Feinde zu fördern. Alle Seiten verwandten viel Energie darauf, mithilfe einer giftigen Mischung aus hetzerischer Rhetorik, Vorurteilen, Fremdenhass, Halbwahrheiten und Lügen verfeindete Nationen in Misskredit zu bringen. Besonders wirkungsvoll waren in Zeitungen abgedruckte und auf Plakaten dargestellte reißerische

1933–1945
Goebbels’ Propagandamaschine kontrolliert alle Bereiche der deutschen Kultur

1957
Mit dem Start von *Sputnik 1* beginnt der „Wettlauf ins All“, die größte Propagandaschlacht der Geschichte

2003
Der Irakkrieg leitet den „Kampf um Herzen und Köpfe“ zwischen Ost und West ein

Geschichten von Gräueltaten der Feinde. So sollen beispielsweise falsche oder übertriebene Berichte über die heimtückischen Taten der „dreckigen Hunnen“ den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten beschleunigt haben. Viele dieser Täuschungen und Irreführungen wurden nach dem Krieg aufgedeckt, wodurch die verantwortlichen „Informations“-Dienste und das Geschäft der Propaganda insgesamt in Verruf gerieten.

Die Methoden der Propaganda erreichten ihren Tiefpunkt in den Händen von totalitären Regimen, sowohl kommunistischen wie faschistischen, die systematische und umfassende Programme einsetzten, um die öffentliche Meinung mit der Politik der herrschenden Partei und Ideologie gleichzuschalten. Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels prahlte damit, das Dritte Reich mithilfe von Propaganda erschaffen zu haben, was in gewisser Weise auch stimmte. Die vollkommene Propagandamaschine, die er errichtet hatte, spie seine Hassbotschaften über jedes erdenkliche Medium aus, über Zeitungen, Hörfunk, Kinowochenschauen, Massenkundgebungen. Selbst die Olympischen Spiele wurden minutiös als Schaufenster der arischen Kraft und Überlegenheit miss-

Nicht nur schwarz und weiß

Man unterscheidet gelegentlich zwischen „weißer“ und „schwarzer“ Propaganda. Weiße Propaganda ist im Wesentlichen das Verbreiten von Informationen, die auf Tatsachen beruhen und deren Quelle für jedermann zugänglich und korrekt angegeben ist. Sie wird eingesetzt, um eine bestimmte Angelegenheit voranzubringen. So gibt es in der Regel wenig Zweifel an der grundsätzlichen Wahrhaftigkeit, den aufrichtigen Motiven und der Echtheit der Quellen von Informationen, die über einen öffentlich-rechtlichen Sender ausgestrahlt werden, um die Gesundheit oder die Verkehrssicherheit zu verbessern. Im Gegensatz dazu setzt schwarze Propaganda gefälschte Nachrichten oder falsch zugeschriebenes Material ein. Dieses Material ist gewöhnlich provozierend und subversiv und soll ein bestimmtes Zielobjekt lächerlich machen oder in Misskredit bringen. Beispielsweise kann Kriegspropaganda, die sich scheinbar seriöser Quellen bedient, einen Feind fälschlicherweise wegen Gräueltaten anklagen, die in Wahrheit auf fehlende internationale Unterstützung, moralische Verwahrlosung im Elternhaus oder andere Ursachen zurückzuführen sind. Eine andere wichtige Klassifizierung unterscheidet zwischen Agitationspropaganda, die auf die Änderung innerer Einstellungen oder Überzeugungen abzielt, und Integrationspropaganda, die bestehende Überzeugungen stärken will. Doch die letztlich alles entscheidende Frage lautet: Was funktioniert und was nicht? Der US-amerikanische Philosoph Eric Hoffer 1951 bemerkte dazu: „Der talentierte Propagandist bringt Ideen und Leidenschaften zum Kochen, die in den Köpfen seiner Zuhörer bereits sieden.“ Die wirksamste Propaganda baut auf bestehenden Überzeugungen und Vorurteilen auf und lenkt den Adressaten in eine Richtung, der zu folgen er sowieso schon bereit ist. Ein schwacher Trost also für diejenigen, die für ihre unmoralischen Handlungen den schädlichen Einfluss anderer verantwortlich machen wollen.

braucht. Mit diesen Mitteln inszenierte Goebbels eine Kampagne, durch die er die Deutschen mit unwahren Rassentheorien und dem Gefühl indoktrinierte, dass die Bestimmung ihrer Nation es erforderte, andere Völker zu unterwerfen.

Der Führerkult Ein wichtiger Bestandteil der totalitären Propaganda war der Führerkult, der den großen Einen – Hitler, Mussolini, Stalin, Mao – über die breite Masse hinausheben sollte. Der Hitler-Mythos repräsentiert den über allen anderen stehenden Mann der Tat, der auserwählt wurde, um das Vaterland an das Ziel seiner Bestimmung zu führen. Dieser Mythos wurde obsessiv geschürt, indem eine begrenzte Zahl sorgfältig ausgewählter Bilder auf Briefmarken, Postkarten, Zigarettenkarten und über alle möglichen anderen Medien flächendeckend verbreitet wurde. Die alte Binsenweisheit „Eine Kamera lügt nicht“ wurde unermüdlich ausgenutzt, am deutlichsten in der Sowjetunion durch das Herausretuschieren von „Unpersonen“ wie Trotzki aus Fotos, die ihn zusammen mit anderen kommunistischen Führern zeigten.

> **❜ Propaganda lügt immer, auch wenn sie einmal die Wahrheit sagt. ❛**
> **George Orwell, 1942**

Viele Elemente des Führerkults wurden von weniger autoritären Regimen bereitwillig übernommen. Jeder US-Präsident seit Franklin D. Roosevelt war sich der Notwendigkeit bewusst, dem amerikanischen Volk das jeweils passende Bild zu vermitteln, und im Zeitalter des Fernsehens und heute des Internets stehen den meisten hochrangigen Politikern Expertenteams zu Seite, die sich um verschiedene Aspekte des Bildmanagements kümmern. Roosevelts Pressesprecher wachte sorgfältig über die „Fototermine“ im Weißen Haus und war insbesondere sehr darum bemüht, dass die körperlichen Einschränkungen des Präsidenten nicht in Bildern festgehalten wurden. Ein jüngerer und seitdem viel kritisierter Fall einer solchen bewussten Inszenierung von Bildern ereignete sich im Mai 2003, als George W. Bush auf die USS Abraham Lincoln geflogen wurde, um dort seine berüchtigte Rede zum angeblich siegreichen Irakkrieg zu halten. Durch die Wahl eines Flugzeugs anstelle eines Hubschraubers für seine Ankunft konnte der Präsident, der zu Beginn seiner Amtszeit in Vorwürfe verwickelt war, sich vor dem aktiven Wehrdienst gedrückt zu haben, auf dem Flugdeck erscheinen, und zwar nicht in Zivilkleidung, sondern im Anzug eines Militärjet-Piloten: für die ganze Welt sichtbar ein Kämpfer unter Kämpfern.



35 Armut

Armut gibt es, weil die grundlegenden Ressourcen – die Dinge, die das Leben lebenswert machen oder gelegentlich überhaupt erst ermöglichen – nicht gleichmäßig verteilt sind. Ob diese Ressourcen gleich beziehungsweise weniger ungleich verteilt sein könnten oder sollten, ist eine grundlegende Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und da es Aufgabe der Politik ist, eine gerechte Gesellschaftsordnung zu schaffen, ist und war Armut zu jeder Zeit ein zentrales Problem in der politischen Theorie und Praxis.

Unter Armut versteht man gewöhnlich eine Situation, in der Menschen nicht in der Lage sind, ihre elementaren Bedürfnisse zu befriedigen und daher nicht am normalen gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Aber was versteht man unter „elementaren Bedürfnissen“, und was gilt als normal? In vielen Entwicklungsländern lebt ein erheblicher Teil der Bevölkerung am Rand des Existenzminimums: Diese Menschen haben gerade genug Nahrung, um zu überleben, während Wohnung, medizinische Versorgung und Bildung unzulänglich oder nicht vorhanden sind. In den Industrieländern dagegen mangelt es nur sehr wenigen an den für das Leben notwendigen Dingen, aber hier gibt es immer einige, die keinen sozial akzeptablen Lebensstandard erreichen und damit unter eine imaginäre „Armutsgrenze“ fallen. Diese unterschiedlich definierte und umstrittene Armutsgrenze besagt, dass ein Haushalt über ungenügende Ressourcen verfügt – üblicherweise bemessen nach dem Einkommen –, um an den gesellschaftlichen und Freizeitaktivitäten anderer Haushalte innerhalb des Umfelds teilnehmen zu können. So kann etwa in einer Gesellschaft, in welcher der Besitz eines Fernsehers oder eines Telefons als normal und notwendig gilt, der Umstand, sich diese nicht leisten zu können, als Zeichen von Armut gewertet werden.

Relative und absolute Armut Armut kann also in unterschiedlichen Kontexten verschiedenes bedeuten. In wirtschaftlich entwickelten Industrieländern wird Armut gewöhnlich relativ gesehen: Menschen gelten als arm, nicht weil es ihnen an den grundlegenden Bedingungen zum Überleben oder für den Erhalt ihrer Gesundheit mangelt, sondern weil sie unterhalb eines Mindeststandards bleiben, der in Beziehung zu anderen in ihrem Umfeld festgelegt wird. In Entwicklungsländern wird dagegen Armut oft abso-

Zeitleiste

1944
Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank

1965
US-Präsident Lyndon B. Johnson ruft zu einem „Feldzug gegen die Armut“ auf

Die Millenium-Entwicklungsziele

Auf dem sogenannten Millenium-Gipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 unterzeichneten die Führer und Politiker der Welt die Millenium-Erklärung, in der die Absicht formuliert war, „Männer, Frauen und Kinder von den erniedrigenden und entmenschlichenden Bedingungen extremer Armut zu befreien". Das allgemeine Ziel wurde in acht Millenium-Entwicklungszielen (MDGs) näher ausgeführt, von denen nach heutigem Stand der Dinge keines bis zum Zieldatum 2015 umgesetzt werden dürfte.

1 Beseitigung von Hunger und extremer Armut
2 Grundschulbildung für alle Kinder
3 Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Selbstbestimmung der Frauen
4 Senkung der Kindersterblichkeit
5 Verbesserung der Gesundheit der Mütter
6 Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen übertragbaren Krankheiten
7 Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit
8 Einrichtung einer globalen Entwicklungspartnerschaft

lut gemessen und als Situation verstanden, in welcher Menschen nicht über die zum Überleben notwendigen Ressourcen verfügen. Grundsätzlich ließe sich absolute Armut beseitigen, wenn für die Armen ausreichende Ressourcen bereitgestellt würden, während relative Armut weiterbesteht, solange die Ressourcen ungleich verteilt sind. Die Beseitigung der Armut ist also eine zentrale Aufgabe sowohl der internationalen als auch der nationalen Politik, aber sie ist kein einfaches Problem, für das es eine Patentlösung gibt.

Der entscheidende Punkt hinsichtlich der Armut in den entwickelten Ländern ist, dass sie vermeidbar wäre. Würde der Reichtum, der in einer industrialisierten Ökonomie insgesamt erwirtschaftet wird, gleichmäßig unter allen Mitgliedern der Gesellschaft verteilt, wäre niemand arm, weder nach relativen Kriterien noch im absoluten Maßstab. Dass die Armut unter diesen Umständen *nicht* beseitigt ist, ist per se eine politische Entscheidung. Wenn man davon ausgeht, dass keine politische Ideologie Armut als etwas Gutes ansieht, weshalb wird ihr Fortbestehen toleriert und wie wird ihre Existenz gerechtfertigt?

Sozialistische und liberale Sichtweisen Aus einer sozialistischen Perspektive ist Armut nicht tolerierbar und durch nichts zu rechtfertigen. Die Tatsache, dass keine frühere und heutige Gesellschaft frei von Armut war bzw. ist, ist eine Schuld, die der Sozialismus aus der Welt schaffen will, was ihm jedoch bis heute nicht gelungen ist.

2000
Die Millenium-Erklärung der Vereinten Nationen verspricht die Beseitigung der extremen Armut bis 2015

2005
Der Weltgipfel diskutiert die erzielten Fortschritte hinsichtlich der Millenium-Entwicklungsziele

Nach der auf Marx zurückgehenden sozialistischen Analyse ist Armut eine in der Struktur des Kapitalismus begründete Erscheinung und eine natürliche Folge seiner Funktionsweise. Das kapitalistische Gebot der Gewinnmaximierung bedingt die Ausbeutung der Arbeitskraft durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und minimale soziale Absicherung; mit anderen Worten: Das Geschäft des Vorantreibens des eigenen ökonomischen Vorteils fördert eine Politik sowie individuelle Einstellungen, die tendenziell zu größerer Ungerechtigkeit und damit zu mehr (relativer) Armut führen. Die Aufgabe des Sozialismus besteht somit darin, die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus aufzuheben und die Ressourcen nach der Marxschen Maxime „Jedem nach seinen Bedürfnissen" so zu verteilen, dass gleiche soziale und ökonomische Bedingungen geschaffen werden und dadurch die Armut beseitigt wird.

Der klassische liberale Ansatz sieht Armut ebenfalls als strukturell bedingt an, hat jedoch ansonsten wenig mit der sozialistischen Analyse gemein. Seine zentrale Annahme ist, dass die Verteilung der Ressourcen innerhalb des Staates am effizientesten durch die Marktkräfte bewerkstelligt wird. In einem freien Markt befinden sich Individuen in der Verfolgung ihrer Eigeninteressen miteinander im Wettbewerb, wodurch sie bessere wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, die besser sind als jede denkbare Alternative, wenn auch nicht gleich gut für jeden; es gibt Gewinner und Verlierer, und dies ist

Doppelte Moral, zweifelhafte Motive

Internationale Hilfe mag heute reichlicher fließen als je zuvor, doch sie ist noch immer beschämend gering und reicht bei weitem nicht aus. Mit wenigen Ausnahmen sind die reichen Länder durchweg mit ihrem Versuch gescheitert, den von den Vereinten Nationen formulierten Entwicklungshilfezielen näherzukommen. Schlimmer noch, viele Initiativen zur Entwicklungshilfe werden von Kritikern in den Geberländern wie in den Empfängerländern mit Argwohn beobachtet, und das oft zu Recht. Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) sind oft der ideologischen Voreingenommenheit beschuldigt worden. Ihnen wird vorgeworfen, das Evangelium des Kapitalismus zu verbreiten, Hilfe von marktorientierten Reformen (Privatisierung, Abbau von Handelsschranken) abhängig zu machen und dabei den Empfängerländern Schulden aufzulasten, die sie weiter in die Armut treiben. Nur wenigen Geberländern wird uneigennütziges Handeln zugestanden. Ehemalige Kolonialmächte wie Großbritannien und Frankreich stehen im Verdacht, die geleistete Hilfe als Mittel zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses zu benutzen, während es anderen weniger darum gehe, die Armut zu lindern, als vielmehr ihre Geschäftsinteressen zu vertreten und die eigenen Exporte anzukurbeln. Am umstrittensten sind in dieser Hinsicht die Vereinigten Staaten. Kritiker werfen dem größten Geberland vor, im eigenen Interesse zu handeln, indem es fragwürdige, aber politisch nützliche Regime unterstützt, die eigenen Handels- und Energieinteressen protektioniert und vorzugsweise denjenigen Ländern Hilfe gewährt, die Militärstützpunkte auf ihrem Territorium zulassen. In der von Anschuldigungen und Misstrauen vergifteten Atmosphäre droht die gute Arbeit, die internationale Entwicklungshilfeorganisationen leisten, in einem Morast aus Zynismus und gegenseitigen Herabsetzungen zu versinken.

die wesentliche Triebkraft des ganzen Systems. Das daraus resultierende Verteilungsmuster des Wohlstands ist ein Spiegelbild des Talents und der Fertigkeiten von Individuen; Wohlstand zu erlangen ist die Motivation zum Erfolg, während die Angst vor der Armut Teil eines Systems von Anreizen ist, das zu individueller Leistung und Unternehmergeist anspornt. Aus dieser Sicht sind die gängigen sozialistischen Mittel zur Verringerung von Armut wie Steuerumverteilung und umfangreiche Sozialprogramme gefährlich, denn sie beeinträchtigen das reibungslose Funktionieren der Marktmechanismen und gefährden so den allgemeinen Wohlstand.

Die Kluft zwischen Arm und Reich Die tiefe Kluft zwischen den armen und reichen Ländern der heutigen Welt ist ein tagtäglicher Affront gegen die Menschenwürde. Man schätzt, dass mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung von weniger als zehn Dollar am Tag leben muss; auf die ärmsten 40 Prozent entfallen ungefähr fünf Prozent des weltweiten Einkommens, auf das reichste Fünftel etwa 75 Prozent. Von ungefähr zwei Milliarden Kindern, die in den Entwicklungsländern leben, hat ungefähr ein Drittel keine angemessene Unterkunft, ein Fünftel hat keinen Zugang zu sauberem Wasser und ein Siebtel keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen. Jedes Jahr sterben mehr als zehn Millionen Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten. Diese Situation großen Reichtums auf der einen und tiefster Armut auf der anderen Seite ist sowohl moralisch unhaltbar als auch politisch instabil.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Industrieländer Entwicklungshilfe in vorher nie dagewesenem Umfang geleistet, und vereinzelt wurden Erfolge bei der Ankurbelung von wirtschaftlicher Entwicklung und der Förderung von politischer Stabilität erzielt. Es gab prominente humanitäre Initiativen im Gefolge natürlicher und von Menschen ausgelöster Katastrophen wie Hungersnöte, Völkermord und Krieg. Impfprogramme und Infrastrukturprojekte (zum Beispiel für den Zugang zu sauberem Wasser und zur Verbesserung der Hygiene) haben in manchen Regionen die Lebenserwartung erhöht und die Kindersterblichkeit verringert. Doch insgesamt vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich sowohl innerhalb von Ländern als auch zwischen Ländern weiter. Der politische Wille in den Industriestaaten ist zu schwach, um die konkreten Aufgaben mit der nötigen Dringlichkeit anzupacken. Doch die Entwicklungsländer werden nicht warten: Die tiefen Ungerechtigkeiten innerhalb der globalen Ordnung führen zu weiteren Brüchen und Verwerfungen, die die reichen Nationen aus ihrer satten Trägheit aufrütteln werden.

> **„Für die Reichen ist Armut eine Anomalie; sie verstehen nicht, warum Menschen, die speisen wollen, nicht nach einer Mahlzeit klingeln.“**
> Walter Bagehot, 1858



36 Kriminalität

„Verbrechen ist nichts anderes als fehlgeleitete Energie. Solange jede bestehende Institution insgeheim dazu beiträgt, menschlichen Tatendrang wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und moralisch in falsche Bahnen zu lenken; solange die meisten Menschen am falschen Platz Dinge tun, die sie nicht ausstehen können, ein Leben führen, das sie verabscheuen, werden Verbrechen unvermeidlich sein, und all die Vorschriften in den Gesetzesblättern können die Kriminalität nur erhöhen, sie aber niemals beseitigen.“

Mit diesen 1917 formulierten Sätzen drückt die US-amerikanische Anarchistin Emma Goldmann eine Sichtweise aus, die heute noch genauso zutreffend erscheint wie vor 100 Jahren. Sie greifen einen Gedanken auf, der zwölf Jahre zuvor von dem englischen Schriftsteller H. G. Wells geäußert wurde, der über das Verbrechen sagte: „An ihm misst sich das Versagen eines Staates, und jedes Verbrechen ist am Ende auch eine Verfehlung der Gesellschaft.“ Wie immer man dazu stehen mag, es gehört zu den grundlegenden Aufgaben des Staates, Institutionen zu schaffen, die einen Zustand der sozialen Ordnung gewährleisten, indem sie über die Einhaltung von Gesetzen wachen, mit welchen sich die Gesellschaft als Ganzes einverstanden erklärt. Verbrechen, die gegen diese Gesetze verstoßen, stellen eine Störung der gesellschaftlichen Ordnung dar und fordern unmittelbar die staatliche Autorität heraus. Eine Gesellschaft ist in dem Maße funktionsgestört, wie es ihr nicht gelingt, Kriminalität aus der Welt zu schaffen. Zu einem guten Teil ist es der *Zweck* des Staates, Rechtmäßigkeit herzustellen – seine Legitimität beruht auf seiner Fähigkeit, genau dafür zu sorgen. Ein von Kriminalität gekennzeichneter Staat ist folglich buchstäblich zwecklos.

Ein Verbrechen ist laut Definition ein Vergehen, das über die Grenzen privater Beziehungen hinaus in den Bereich des Öffentlichen hineinreicht. Meist in irgendeiner Form von Strafgesetzbuch benannt und näher beschrieben, ist eine Handlung dann kriminell, wenn ihre Ausführung als anstößig oder schädlich für die Gesellschaft beurteilt und nach dem Recht mit einer Strafe bedroht wird. Der für den Umgang mit kriminellen Aktivitäten zuständige Apparat wird vom Staat eingerichtet und geführt und schließt in der Regel Amtspersonen ein, die dazu ermächtigt sind, in seinem Namen zu handeln (einen Polizeiapparat), sowie ein Justizsystem, das für die Verfolgung und Bestrafung

Zeitleiste

1789
Jeremy Bentham argumentiert, dass jegliche Bestrafung „in sich böse“ ist

1891
Oscar Wilde veröffentlicht *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*

von Übeltätern zuständig ist. Die Integrität einer Gesellschaft hängt vom Respekt vor dem Gesetz ab, das bewusst befolgt werden muss. „Wenn derjenige, der das Gesetz bricht, nicht bestraft wird", unterstrich der US-amerikanische Psychiater Thomas Szasz im Jahr 1974, „wird derjenige, der es befolgt, betrogen. Allein aus diesem und keinem anderen Grund müssen Gesetzesbrecher bestraft werden: um gesetzestreues Verhalten als etwas Gutes zu beglaubigen und als etwas Nützliches zu bekräftigen".

Die Statistik lügt nicht … Ein Verbrechen hat erhebliche Auswirkungen, es beeinträchtigt nicht nur das Leben des Opfers, sondern auch das vieler anderer in dessen Umfeld. Daher ist die Art und Weise, wie die staatlichen Autoritäten mit dem Problem der Kriminalität umgehen, eine in hohem Maße politische Angelegenheit. Es überrascht nicht, dass das Thema in Meinungsumfragen regelmäßig ganz oben auf der Skala der wichtigsten Wähleranliegen erscheint. Die öffentliche Wahrnehmung von Kriminalität wird sehr stark durch das Fernsehen und andere Medien bestimmt, die vor allem den sensationellen und außergewöhnlichen Fällen Aufmerksamkeit schenken. Es gehört zu den Aufgaben eines Politikers, sich mit dieser verzerrten Wahrnehmung ebenso auseinanderzusetzen wie mit der nüchternen Realität. Tatsächlich ist die nähere Bestimmung dieser „Realität" ein schwieriges Unterfangen. Die Informationen, an denen sich die Politik oft orientiert – die offiziellen Kriminalstatistiken –, sind irreführend und sozial konstruiert, denn sie sind in nicht geringem Maß durch die Ängste und Vorurteile sowohl der Politiker wie der allgemeinen Bevölkerung beeinflusst.

„Armut ist die Mutter des Verbrechens."
Mark Aurel, römischer Kaiser, 2. Jh. n. Chr.

Grundsätzlich werden nur Vorfälle, die der Polizei zur Kenntnis kommen, untersucht und registriert, sodass (mutmaßlich) viele Verbrechen überhaupt nicht von der Statistik erfasst werden. Schwere Straftaten wie Vergewaltigung und häusliche Gewalt kommen oft nicht zur Anzeige, sogenannte „opferlose" Vergehen wie Drogenbesitz und Prostitution bleiben unentdeckt – es sei denn, die Polizei macht es sich zur Aufgabe, speziell nach solchen Fällen zu sehen. Die Statistiken sind folglich nicht sehr aussagekräftig, und wir erfahren aus ihnen wohl weniger über die Häufigkeit von Verbrechen, sondern mehr über Straftaten, die von der Polizei verfolgt und aufgeklärt wurden. Ironischerweise können amtliche Zahlen zwangsläufig nicht mehr sein als ein Register erfolgloser Krimineller – derer, die nicht clever genug waren oder schlicht nicht das Glück hatten, unentdeckt zu bleiben. Viele Arten von Kriminellen und viele Arten von Verbrechen – zum Beispiel Wirtschaftsdelikte wie Betrug oder Veruntreuung – erscheinen kaum in den amtlichen Statistiken.

1905
H. G. Wells veröffentlicht *A Modern Utopia*

1917
Emma Goldmann veröffentlicht ihren Essay *Anarchismus, seine wirkliche Bedeutung*

„Die Idee der Gerechtigkeit muss in jeder menschlichen Gesellschaft heilig sein … Verbrechen und elende Lebensbedingungen – daran misst sich das Versagen eines Staates. Jedes Verbrechen ist am Ende auch eine Verfehlung der Gesellschaft.“

H. G. Wells, ***A Modern Utopia*****, 1905**

Die Waagschalen der Gerechtigkeit ausbalancieren Kriminalität ist ein sehr emotionales Thema, das den Politikern viel Fingerspitzengefühl abverlangt, um zwischen den vielfältigen und teils gegensätzlichen Meinungen derer zu vermitteln, die sie als ihre Vertreter gewählt haben. Politischer Erfolg wird anhand von (angeblich) messbar zurückgegangenen Kriminalitätsraten beurteilt, doch die Ausweitung polizeilicher Befugnisse muss die weitverbreitete Sorge berücksichtigen, dass die bürgerlichen Freiheiten immer mehr eingeschränkt werden. Uneingeschränkte Überwachung sowie Kontroll- und Durchsuchungsbefugnisse beispielsweise werden, obwohl sie der Polizei bei der Festsetzung von Straftätern helfen, von den meisten als unangemessen repressiv beurteilt und sind daher politisch nicht durchsetzbar. Ähnlich behutsam muss die Frage der Bestrafung behandelt werden, um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der theoretischen Forderung nach Gerechtigkeit auf der einen und eher praktischen Fragen der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit anderseits herzustellen.

Die Aufgabe, Kriminelle zu bestrafen – und dies zu begründen –, ist für den Staat nicht leicht zu bewerkstelligen. Ausschließlich in diesem Kontext ist die Pflicht des Staates, die Rechte seiner Bürger zu schützen, außer Kraft gesetzt; allein hier ist er aufgefordert, seinen Angehörigen Schaden zuzufügen und ihnen die Möglichkeit zu verweigern, sich frei zu bewegen, politisch zu äußern und so weiter. Manche empfinden die Tatsache der Bestrafung als unerträglich. Oscar Wilde zum Beispiel schrieb 1891, dass die Gesellschaft „unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen“.

Ein notwendiges Übel? Nach der gängigen liberalen Auffassung sind Strafen ein notwendiges Übel und deshalb gerechtfertigt, weil ihr gesellschaftlicher Nutzen das durch sie verursachte Leiden überwiegt. „Alle Bestrafung bedeutet Unheil; alle Bestrafung ist in sich böse“, insistierte der englische Philosoph Jeremy Bentham. Unstrittig ist, dass die Gefahr, die von Mördern und anderen Schwerverbrechern für eine Gesellschaft ausgeht, deren Inhaftierung (weniger liberale Stimmen würden sagen, deren Hinrichtung) ausreichend rechtfertigt. Ein anderer Nutzen, den man Strafen zuschreibt, ist ihre abschreckende Wirkung, auch wenn dieses Argument Fragen aufwirft. Warum sollte

jemand nicht für das begangene Verbrechen bestraft werden, sondern um andere von einer ähnlichen Straftat abzuschrecken? Neben solchen Bedenken bestehen auch deshalb Zweifel an der Wirksamkeit dieser Art von Abschreckung, weil es viele Anhaltspunkte dafür gibt, dass es weniger die Strafe ist, die auf potenzielle Kriminelle abschreckend wirkt, sondern viel eher die Angst, gefasst zu werden.

Das aus liberaler Perspektive vielleicht stärkste Argument für Bestrafung ist die Erwartung, dass sie eine Chance auf die Resozialisierung von Kriminellen bietet – durch nachhaltig positive Veränderungen in der Persönlichkeit, die es ihnen ermöglichen, ein vollwertiges und nützliches Mitglied der Gesellschaft zu werden. Auf diesem Gebiet bestehen allerdings erhebliche Zweifel, ob der Strafvollzug – zumindest in seiner heutigen Form – überhaupt in der Lage ist, solche positiven Resultate tatsächlich zu erzielen.

Auge um Auge In Konkurrenz zu diesen vergleichsweise humanen Konzepten steht eine ältere, stärker emotionale Sichtweise von Bestrafung im Sinne von Vergeltung. Jeder untersteht der Pflicht, die Regeln der Gesellschaft einzuhalten. Folglich handeln sich diejenigen, die das bewusst nicht tun, eine Strafe (eine Verbindlichkeit oder Abgabe) ein, die abgeleistet werden muss. Wer sich eines geringeren Vergehens schuldig macht, kann seine Schuld buchstäblich durch ein Bußgeld begleichen, während bei schwereren Delikten ein höherer Preis zu zahlen ist, der im Verlust der Freiheit oder (in manchen Rechtssystemen) des Lebens besteht.

Noch einen Schritt weiter geht die Vorstellung, wonach der Grundsatz „die Strafe muss dem Verbrechen entsprechen“ beinhaltet, dass Verbrechen und Bestrafung sich nicht nur hinsichtlich der Schwere sondern auch hinsichtlich ihrer Art entsprechen sollten. Befürworter der Todesstrafe zum Beispiel machen oft geltend, dass die einzige angemessene Wiedergutmachung für das Nehmen eines anderen Lebens der Verlust des eigenen ist. Dieser Standpunkt ist bei anderen Verbrechen weniger überzeugend. Beispielsweise würde kaum jemand behaupten wollen, dass Vergewaltiger vergewaltigt werden sollten (wenngleich genau das in der Praxis häufig geschieht). Die Hauptschwierigkeit dieses Denkansatzes besteht darin, eine klare Trennlinie zwischen (vermeintlich moralischer) Wiedergutmachung und (moralisch nicht vertretbarer) Rache zu ziehen. Man könnte einwenden, dass Bestrafung ein Ausdruck des Missfallens oder der Empörung über eine bestimmte Tat ist und Wiedergutmachung, auf nicht viel mehr als einen Ruf nach Vergeltung reduziert, kaum als eine angemessene Begründung für Bestrafung erscheint.



37 Sicherheit

„*Salus populi suprema est lex*", verkündete der große römische Staatsmann Cicero um die Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr., „Das Wohl des Volkes soll das oberste Gesetz sein!" Die Sicherheit des Staates und seiner Bürger sowie die Wahrung seiner Interessen sind bis heute ein Anliegen von zentraler Bedeutung – manche würden sagen, *das* wichtigste Anliegen –, und zwar sowohl in der Theorie als auch in der Praxis.

Obwohl niemand ihre Wichtigkeit bezweifelt, entzieht sich der Begriff der Sicherheit – ihre Voraussetzungen und Rahmenbedingungen – einer einfachen Definition. In seiner elementarsten Bedeutung ist das Gefühl von Sicherheit ein psychologischer Zustand – eine subjektive Reaktion auf konkrete Lebensumstände, die dieses Sicherheitsgefühl tatsächlich oder scheinbar rechtfertigen. Menschen und Gemeinschaften fühlen sich aus ganz unterschiedlichen Gründen unsicher, denn die Ursachen von Unsicherheit – die Verwundbarkeit oder Anfälligkeit von Individuen und Gesellschaften und die Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind (oder ausgesetzt zu sein glauben) – sind äußerst variabel.

Im weitesten Sinn können solche Ursachen alles umfassen, was unser geistiges und körperliches Wohlbefinden gefährdet, wie etwa die Gefährdung unserer Gesundheit, unserer Lebensweise und unseres materiellen Wohlstands. Krieg, Armut und Krankheit gehören zu den zahlreichen natürlichen und menschgemachten Bedrohungen, die unsere Sicherheit gefährden können.

Nationale Sicherheit und Abschreckung Wegen ihres subjektiven Charakters ist das Verständnis von Sicherheit eng mit dem Gefühl von Gefahr verbunden und kann deshalb zu unterschiedlichen Zeiten ganz unterschiedlich ausgeprägt sein. Aus historischer Sicht waren Untersuchungen zu Fragen der Sicherheit zunächst hauptsächlich auf Aktivitäten begrenzt, die mit dem Schutz des Nationalstaates und seines Territoriums gegen äußere Bedrohungen zusammenhingen. Eine Grundannahme dieses Konzepts ist, dass das internationale Staatensystem „anarchisch" ist: Es besteht aus unabhängigen Staaten, die autonom und souverän sind und deshalb keine höhere Autorität anerkennen, die in der Lage wäre, internationale Übereinkünfte und gesetzliche Regelungen durchzusetzen. In einem solchen System wird der Staat als wichtigster Akteur betrachtet, er ist das wirkungsvollste Mittel zur Gewährleistung von Sicherheit sowohl durch eigene

Zeitleiste

ca. 52 v. Chr.
Cicero weist in seinem Werk *De legibus* („Über die Gesetze") darauf hin, dass Sicherheit für die Menschen von äußerster Wichtigkeit ist

1651
Thomas Hobbes unterstreicht in *Leviathan* die Rolle des Staates als Garant für Sicherheit

1919
Die Einrichtung des Völkerbundes soll Kriege durch kollektive Sicherheit verhindern

(hauptsächlich militärische) Ressourcen als auch durch seine Fähigkeit, strategische Bündnisse und Vereinbarungen mit anderen Staaten einzugehen. Allgemein geht diese Sichtweise davon aus, dass jeder Staat vorrangig im eigenen Interesse und hauptsächlich mit dem Ziel seines eigenen Erhalts handelt. Geht man von der Prämisse aus, dass das „natürliche" Ergebnis der uneingeschränkten Interaktion zwischen Staaten der Konflikt ist, muss die Analyse der Sicherheit die Mittel und Mechanismen ins Auge fassen, durch welche das Risiko von Kriegen minimiert werden kann.

Außer von seinem konkreten militärischen Engagement hängt die Sicherheit eines Staates gegen äußere Bedrohungen von Abschreckung in der einen oder anderen Form ab. Abschreckung bedeutet, einen potenziellen Aggressor davon zu überzeugen, dass der durch einen Akt der Aggression erzielte Nutzen oder Vorteil geringer ist als der Verlust oder Nachteil, den ein solcher Akt zur Folge hätte. Auf den ersten Blick scheint die einfachste Form der Abschreckung in einer ausreichend starken Abwehr zu bestehen, die einen erfolgreichen Angriff unmöglich erscheinen lässt. Doch hier ergibt sich ein bekanntes Dilemma. Ein Staat mag seine Streitmacht in der ausschließlichen Absicht aufrüsten, den Gegner von einem Angriff abzuschrecken. Doch damit erhöht sich auto-

Einsam, arm, elend und kurz

Sicherheit bedeutet, keinen Gefahren und Beeinträchtigungen ausgesetzt zu sein und sich vor solchen geschützt zu fühlen. Ein sicheres Umfeld zu schaffen, gilt daher seit jeher als eine der wichtigsten Aufgaben eines wohlgeordneten Staates. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Freiheit von Angst – zum Beispiel vor Unheil, das einem von anderen zugefügt werden könnte –, sichergestellt durch die hierarchische Struktur der Behörden, die integraler Bestandteil des Staates ist und diesen eindeutig von der zwischen Staaten herrschenden Anarchie unterscheidet. Die Schrecken eines Lebens ohne durch den Staat gewährleistete Sicherheit wird in dem vielleicht bekanntesten Abschnitt von Thomas Hobbes' *Leviathan* (1651) anschaulich beschrieben:

> Hier hat menschlicher Fleiß keinen Platz; denn die Früchte, die er ernten könnte, sind ungewiss: Und konsequenterweise gibt es da keine Landwirtschaft, keine Seefahrt, keinen Gebrauch von Luxusgegenständen, die von außerhalb eingeführt werden müssen; keine bequemen Gebäude; keine Maschinen, mit denen sich größere Lasten bewegen lassen; kein Wissen über die Gestalt der Erde; keine Geschichtsschreibung; keine menschlichen Erfindungen; keine Wissenschaften; keine Gesellschaft, und was das schlimmste ist, fortwährende Angst und die Gefahr des gewaltsamen Todes; und das Leben des Menschen ist einsam, arm, elend, nicht besser als das eines Tieres und es ist kurz.

August 1945
Der Abwurf der Atombombe über dem japanischen Hiroshima markiert den Beginn des Nuklearzeitalters

Oktober 1945
Die Vereinten Nationen gründen sich mit dem Ziel, den Weltfrieden dauerhaft zu sichern

1991
Die Auflösung der Sowjetunion kündigt das Ende des Kalten Krieges an

11. September 2001
Islamistische Angriffe auf die USA lenken die Aufmerksamkeit auf die Gefahren des internationalen Terrorismus

❜ Da im Allgemeinen nicht Aufrüstung zu Kriegen führt, sondern Kriege (oder die Angst davor) zu Aufrüstung, wird jede Nation immerzu bestrebt sein, ihre Bewaffnung auf einem Stand zu halten, nach dem ihre Angst – manche sagen Sicherheit – verlangt. ❛

Salvador de Madariaga, spanischer Schriftsteller, 1974

matisch auch sein Angriffspotenzial, sodass sich andere Staaten gezwungen sehen, ihr eigenes militärisches Arsenal aufzustocken, um ein Gleichgewicht der Offensivkräfte herzustellen. Die Folgen sind Wettrüsten und eine Eskalation von Spannung und Verdächtigungen, die letztlich zum Krieg führen können. Angst und ein Gefühl der Unsicherheit können somit paradoxerweise eher Konflikte auslösen als konkrete Aggression, sogar dann, wenn die andere Seite gar keine offensiven Absichten hegt.

Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts war die sogenannte kollektive Sicherheit ein wichtiges Abschreckungsmodell, das zuerst dem Völkerbund und später den Vereinten Nationen zugrunde lag. Statt das Gleichgewicht der Mächte durch regionale Bündnisse sicherzustellen, setzte das Prinzip der kollektiven Sicherheit auf die globale Kooperation innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft, die sich darauf einigte, eine Aggression gegen ein einzelnes Land als Angriff auf alle Staaten zu werten. In der Theorie erscheint das Prinzip unkompliziert, doch wie die jüngere Geschichte gezeigt hat, sind die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit das Modell der kollektiven Sicherheit in der Praxis funktioniert, sehr schwer zu erreichen. Widerstreitende Interessen innerhalb der sogenannten „internationalen Gemeinschaft“ haben zu Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Definition von Aggression geführt und die Verpflichtung für ein untereinander abgestimmtes Handeln ausgehöhlt.

Veränderte Bedrohungslage In den vergangenen 25 Jahren hat die Zahl der Untersuchungen zum Thema Sicherheit deutlich zugenommen. Das Ende des Kalten Krieges markierte den Übergang von einer bipolaren Welt, die von zwei nuklearen Supermächten dominiert wurde, zu einer weitaus komplexeren Welt, die vielen neuen (oder neu ins Blickfeld gerückten) Gefahren ausgesetzt war. Die Kräfte der Globalisierung, freigesetzt durch eine Revolution der Kommunikation und besonders durch das Internet, haben nationale Grenzen durchlässig gemacht und so dafür gesorgt, dass die Trennlinie zwischen inneren und äußeren Bedrohungen immer mehr verschwamm. Die schnelle Verlagerung von Menschen und Kapital über Grenzen hinweg brachte neue Möglichkeiten, aber auch neue Gefahren mit sich, darunter grenzüberschreitenden Betrug und andere Verbrechen. Gleichzeitig zeigte sich der internationale Terrorismus – besonders nach den Anschlägen vom 11. September – als Sicherheitsbedrohung, die an nationalen Grenzen nicht haltmachte und nach internationaler Zusammenarbeit in einem bisher nicht gekannten Ausmaß verlangte.

Eine (un)sichere Welt

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, während des Kalten Krieges, war der Blick von Sicherheitsexperten und Politikern fast ausschließlich auf das Verhältnis zwischen dem von der Sowjetunion angeführten Warschauer Pakt und der von den USA dominierten NATO gerichtet, und die allgegenwärtige Gefahr eines Atomkriegs bestimmte die Agenda. Das damals vorherrschende Abschreckungsprinzip lautete „gegenseitige gesicherte Zerstörung" (*mutually assured destruction*, MAD) und sollte den Einsatz der Atomwaffenarsenale auf beiden Seiten praktisch unmöglich machen. Nach der erschreckenden Logik der MAD würde durch die unvorstellbar große Zerstörungskraft von Nuklearwaffen ein stabiler, wenn auch von Spannungen geprägter Frieden aufrechterhalten, da der einseitige Einsatz von Atomwaffen einen Vergeltungsschlag auslösen würde, der die Vernichtung beider Seiten zur Folge hätte. Diese waren deshalb fieberhaft bemüht, jederzeit über ausreichend militärische Stärke zu verfügen, um einen Erstschlag überstehen und im Gegenzug der anderen Seite nicht hinnehmbare Verluste zufügen zu können. Die daraus resultierende Sicherheit, sofern man überhaupt von Sicherheit sprechen kann, war von ganz besonderer Art, denn sie war geprägt von quälender Unsicherheit angesichts der Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation und eines unbeabsichtigten Ersteinsatzes von Atomwaffen.

Eine erhebliche Ausweitung des traditionellen Sicherheitsdiskurses ergab sich in Form von Fragen, die im weiteren Sinn die Umwelt betrafen. Das Konzept der sogenannten Umweltsicherheit ist zwar äußerst komplex und im Detail umstritten, beruht aber auf der einfachen Wahrnehmung, dass ein breites Spektrum „nicht-konventioneller" (nicht-militärischer) Bedrohungen die Lebensqualität dramatisch beeinträchtigen und insbesondere zu einer Verschärfung von gewaltsamen Konflikten beitragen kann. Zu den vielen Ursachen für Umweltstress zählen in diesem Zusammenhang die Verknappung wichtiger Ressourcen wie Wasser und Erdöl, Umweltdegradation infolge globaler Klimaerwärmung, Verschmutzung, Versteppung, Waldzerstörung, Biodiversitätsverlust und unkontrollierten Bevölkerungswachstums, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten sowie Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben. Der Zusammenhang zwischen globaler Sicherheit und Umwelt ist nach wie vor strittig, gehört jedoch heute zu den drängendsten Fragen auf der internationalen Agenda, wie der ehemalige amerikanische Außenminister Warren Christopher 1996 unterstrich: „Umweltbelange überschreiten Grenzen und Ozeane … Es ist häufig entscheidend für die Erlangung von politischer und wirtschaftlicher Stabilität, das Thema der natürlichen Ressourcen anzusprechen."

Worum es geht

Bedrohungen und Verletzlichkeiten

38 Nachrichtendienste

„Wenn du dich und den Feind kennst, brauchst du den Ausgang von 100 Schlachten nicht zu fürchten.“ Der Leitsatz, den der chinesische General und Militärstratege Sunzi vor mehr als 2300 Jahren formulierte, beschreibt nach wie vor zutreffend die zentrale Erkenntnis, die der Arbeit heutiger Nachrichten- oder Geheimdienste zugrunde liegt. Verlässliche Informationen über diejenigen, die den Staat angreifen oder ihm und seinen Interessen schaden wollen, können bei der Abwehr potenzieller Gefahren und der Erhaltung der nationalen Sicherheit von entscheidender Bedeutung sein.

In der landläufigen, von Romanen und Filmen beeinflussten Vorstellung agieren Geheimdienste in einer verborgenen Welt voller Abenteuer und Intrigen, in der exotische Figuren wie Spione, Geheim- und Doppelagenten die Hauptdarsteller bilden. Und tatsächlich mangelte es in der Geschichte nicht an verwegenen Plänen und Aktionen, deren Ziel es war, an Informationen über feindliche Absichten zu gelangen. Doch während der Einsatz von Spionen – Spionage – immer eine Rolle bei der Informationsgewinnung gespielt hat, sind die Abenteuer einer Mata Hari oder eines James Bond die ganz großen Ausnahmen. Die Aufgabe, nützliche Informationen zu gewinnen, zu analysieren und zu verbreiten, ist vielfach hoch spezialisiert und erfordert modernste Technologien sowie umfangreiche Budgets. Doch in den meisten Fällen braucht es dafür keine Lizenz zum Töten, sondern vor allem Geduld und Beharrlichkeit.

Strategisch und taktisch Bis in die jüngere Vergangenheit waren die Bemühungen der Informationsbeschaffung eher auf den konkreten Einzelfall zugeschnitten und wenig systematisch. Solche Aktivitäten wurden hauptsächlich im Zusammenhang mit Militäraktionen durchgeführt, um Details wie etwa die Truppenstärke und -aufstellung eines Feindes zu ermitteln. Erst im 20. Jahrhundert begannen Staatsregierungen die im Wesentlichen militärische Funktion gezielt umzugestalten, indem sie jetzt Geheimdienste schufen, die ihre Arbeit in Friedenszeiten verrichteten.

Die Hauptaufgabe solcher Dienste ist es, Daten – vorwiegend aus den Bereichen Militär, Politik und Wirtschaft – über diejenigen Länder oder Gruppierungen zu sammeln und zu bewerten, die mutmaßlich eine Gefahr für die Sicherheit oder andere, spe-

Zeitleiste

4. Jh. v. Chr.
Sunzi unterstreicht in seinem Buch *Die Kunst des Krieges* die Bedeutung der militärischen Aufklärung

Dezember 1941
Japan führt einen Überraschungsangriff auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbour

1947
Gründung der CIA zu dem Zweck, die Geheimdienstaktivitäten der USA zu koordinieren

1973
Chiles Präsident Salvador Allende wird durch einen mithilfe der CIA organisierten Militärputsch gestürzt

zifischere Belange darstellen. Die Informationen werden dann an die zuständigen Entscheidungsträger weitergegeben, denen sie bei der Ausgestaltung ihrer Politik als wichtige Anhaltspunkte dienen. In strategischer Hinsicht lassen sich auf der Grundlage von Informationen über die Fähigkeiten und Absichten bestimmter Staaten relativ weitgehende politische Positionen festlegen. Taktische Erkenntnisse sind dagegen enger auf die Bedürfnisse von Kommandeuren zugeschnitten, die im militärischen Einsatz operationelle Entscheidungen treffen.

Augen und Ohren überall Das gängige Bild von der Arbeit der Geheimdienste wurde zu großen Teilen in den Zeiten des Kalten Krieges geprägt, als die Welt ideologisch geteilt und die Einsätze so hoch waren, dass jeder Preis gerechtfertigt schien, um an nützliche Informationen zu gelangen. Im Osten wie im Westen wurden die Nachrichtendienste mit riesigen Budgets ausgestattet, damit sie die hellsten Köpfe beschäftigten und die besten Technologien einsetzen konnten, um in die strengstens gehüteten Geheimnisse des Kontrahenten einzudringen. Damals wie heute werden die meisten sensiblen Daten nicht direkt von menschlichen Spionen ausgespäht, sondern mithilfe einer Vielzahl von technischen Mitteln. Beide Seiten stützten sich in großem Umfang

Zwischen Krieg und Diplomatie

Die brisanteste Aufgabe, mit der Geheimdienste gewöhnlich betraut werden, hat kaum etwas mit dem Beschaffen von Informationen zu tun. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten erfordern in vielerlei Hinsicht Verschwiegenheit und Diskretion. Daher greift eine Regierung, die ihre ausländischen Aktivitäten im Verborgenen halten will, gern auf das besondere Talent von Leuten zurück, zu deren Geschäft es gehört, Dinge zu verbergen. Eine verdeckte Aktion ist laut einer Definition der südafrikanischen Regierung aus dem Jahr 1995 „eine Aktivität im Ausland, die nicht darauf abzielt, Informationen zu gewinnen, sondern Einfluss auf Ereignisse zu nehmen – eine Aktivität auf dem schmalen Grat zwischen Diplomatie und Krieg“. Beispiele für solche verdeckten Geheimoperationen reichen von Versuchen, Regierungen zu destabilisieren und Wahlergebnisse zu manipulieren, bis hin zu großangelegten quasi-militärischen Einsätzen. Diesbezüglich am aktivsten ist die US-amerikanische Regierung mit ihrem Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency). Anhaltende Kontroversen hat es im Zusammenhang mit CIA-Operationen immer wieder gegeben, etwa bezüglich der Rolle des US-Geheimdienstes beim Sturz der Allende-Regierung 1973 in Chile oder auch mit Blick auf die militärische und finanzielle Unterstützung der Mujaheddin in ihrem Guerillakrieg gegen die Sowjets in den 1980er-Jahren.

1980er-Jahre Die USA unterstützen die afghanischen Mujaheddin im Krieg gegen die Sowjetunion

1991 Der Untergang der Sowjetunion markiert das Ende des kalten Krieges

11. September 2001 Die 9/11-Anschläge auf die USA offenbaren das größte Versagen der Geheimdienste

März 2003 Die USA beginnen auf der Grundlage spärlicher Geheimdienstinformationen den Krieg gegen den Irak

Folgenschwere Versäumnisse

Es ist das unausweichliche Schicksal von Geheimdiensten, dass man sich eher an ihre Fehlschläge als an ihre Erfolge erinnert. Das Unvermögen von FBI und CIA, gegen die Anschläge vom 11. September in New York und Washington vorzubeugen, wurde als das größte Versagen in der Geschichte der US-Geheimdienste bezeichnet. Diesem katastrophalen Versäumnis folgte nicht lange darauf eine Fehleinschätzung hinsichtlich der Fähigkeit des Iraks, Massenvernichtungswaffen herzustellen – fehlerhafte Geheimdienstinformationen, die als hauptsächliche Begründung für den Irak-Krieg von 2003 dienten. Die Anschläge am 11. September 2001, die den damaligen US-Präsidenten George W. Bush zum „Krieg gegen den Terror" veranlassten, wurden immer wieder mit einem gleichermaßen traumatischen Scheitern der Geheimdienste in der Vergangenheit verglichen: dem Angriff Japans auf Pearl Harbour im Dezember 1941 – das Ereignis, das Amerika in den Krieg hineinzog. In beiden Fällen war das Problem weniger die Qualität der verfügbaren Informationen, sondern viel eher die Unfähigkeit verschiedener Dienste, ihre Anstrengungen zu koordinieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Beide Ereignisse führten zu einer grundlegenden Prüfung und Neuausrichtung innerhalb der US-amerikanischen Nachrichtendienste.

auf die Signalerfassung, wie beispielsweise das Abhören (elektronischer Lauschangriff) sowie das Abfangen und Dechiffrieren von Funksignalen und anderen Arten der elektronischen Kommunikation. Genauso wichtig waren Luftaufnahmen sowie Infrarot- und andere Arten von Bildern, die Flugzeuge und Satelliten von Anlagen und anderen Objekten auf der Erdoberfläche anfertigten.

Diese technischen Überwachungssysteme wurden mit der Zeit immer ausgeklügelter und ließen die auch als „*human intelligence*" bezeichnete Erkenntnisgewinnung aus menschlichen Quellen bald in den Hintergrund treten. Dennoch waren es vor allem Letztere, die Kulturschaffende und ihr Publikum auch weiterhin in ihren Bann zogen. Aus menschlichen Quellen gewonnene Informationen stammen in der Regel von Amtsträgern im Ausland oder von anderen Personen in Vertrauensverhältnissen, die dafür gewonnen werden, ihnen anvertraute Geheiminformationen preiszugeben. Geführt werden solche „informellen Mitarbeiter" von Geheimdienst- oder sogenannten Führungsoffizieren, die oft unter dem Schutz diplomatischer Immunität als Botschaftsangestellte arbeiten oder unter einem anderen, nicht offiziellen Deckmantel agieren und sich (beispielsweise) als Wissenschaftler oder Geschäftsleute ausgeben.

Spionageabwehr Alle Staaten sind in gewissem Umfang in einer niemals endenden Schlacht damit beschäftigt, Informationen über ihre Widersacher und Konkurrenten zu sammeln, sodass eine der Hauptfunktionen von Nachrichtendiensten die Spionageabwehr ist – die Aufgabe des Blockierens und Störens der gegnerischen Bemühungen, wertvolle Erkenntnisse über das eigene Land zu erhalten. Eine Funktion der Spionage-

abwehr ist, dafür zu sorgen, dass geheime (als geheim eingestufte) Informationen nicht in die falschen Händen gelangen. Um das zu verhindern, werden strenge Sicherheitsverfahren genutzt, sensible Daten verschlüsselt und der Zugang zu ihnen eingeschränkt und so weiter. Zu den eher aktiven Tätigkeiten der Spionageabwehr gehört das Vereiteln gegnerischer Spionageaktionen, um die Infiltration von Regierung, Streitkräften oder Nachrichtendiensten durch ausländische Spione zu verhindern. Durch das Einschleusen von Doppelagenten oder „Maulwürfen" in den gegnerischen Geheimdienst oder das Streuen falscher oder irreführender Informationen können mitunter die Möglichkeiten des Widersachers, ausgespähte Daten zu analysieren und zu bewerten, eingeschränkt oder unterbunden werden.

Neue Herausforderungen Als im Kontext des Kalten Krieges die Sicherung von Staatsgeheimnissen neurotische Züge annahm, ermöglichten die geheimen Methoden der Informationsgewinnung von Diensten wie der US-amerikanischen CIA (Central Intelligence Agency) und dem sowjetischen KGB (Komitee für Staatssicherheit) einen Informationsfluss, der mit dazu beitrug, dass über einen langen Zeitraum hinweg ein – wenn auch von Spannungen gekennzeichneter – Gleichgewichtszustand zwischen den beiden Supermächten aufrechterhalten werden konnte. Die meiste Zeit gab es keinen Zweifel, wer der Feind war, und jede Information war wertvoll weil rar und unter großem Einsatz gewonnen. All dies änderte sich 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion.

Das Erscheinen vieler nichtstaatlicher Akteure auf der Weltbühne, unter ihnen auch Fundamentalisten, die vor terroristischen Methoden nicht zurückschrecken, hat eine Reihe neuer Bedrohungen mit sich gebracht. Gleichzeitig haben die technischen Revolutionen im globalen Kommunikationssystem und vor allem das Internet dafür gesorgt, dass die meisten Länder heute zugänglicher für Kontrollen sind als je zuvor. Während ein großer Teil der Geheimdienstinformationen immer schon „*open source*" war – gewissenhaft zusammengetragen aus Zeitungen, Radio und Fernsehen und anderen öffentlich zugänglichen Quellen –, wurden hochwertige Informationen durch verdeckte Operationen beschafft. Doch in einer neuen, von Informationen überfluteten Welt besteht das Problem nicht mehr so sehr darin, an geheime Daten heranzukommen; es wird im Gegenteil immer schwieriger, nicht in ihnen zu ertrinken. Manche Staaten schotten sich zwar nach wie vor nach außen ab und verlangen erhöhte Aufmerksamkeit, doch die Aufgaben haben sich von der Beschaffung von Daten immer mehr hin zu ihrer Filterung verschoben: Die Herausforderung besteht heute darin, mit einer gigantischen Datenmenge fertig zu werden und aus Unmengen von Schlacke den Diamanten zu extrahieren. Wenige zweifeln ernsthaft daran, dass die Tätigkeit der Nachrichtendienste auch in der Zukunft unerlässlich sein wird. Doch ebenso klar ist, dass viele ihrer herkömmlichen Funktionen und Methoden überdacht werden müssen und es notwendig ist, ihnen eine neue Rolle in unserer sich rasch wandelnden Welt zuzuweisen.

Worum es geht

Über den Feind Bescheid wissen

39 Politische Gewalt

Politik hat Gewalt zur Voraussetzung. Gewalt, oder die Bedrohung durch Gewalt, ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb Menschen Gesellschaften bilden, in welchen die Regierung einer zentralen Autorität – dem Staat – anvertraut wird. Und aus genau diesem Grund beansprucht der Staat ein „Monopol über den legitimen Einsatz von Gewalt" – ein exklusives Recht, physische Zwangsmittel gegen äußere Feinde wie auch die eigenen Bürger einzusetzen, wenn diese gegen die von ihm aufgestellten Regeln verstoßen.

So jedenfalls ist die Sichtweise einer politischen Tradition, die auf Thomas Hobbes, John Locke und andere Staatstheoretiker des 17. Jahrhunderts zurückgeht und die bis in die Gegenwart hineinwirkt. Wenn Menschen nicht in politisch organisierten Gesellschaften zusammenlebten, so Hobbes, würden sie sich in einem „Naturzustand", einer grauenvollen Situation ohne jegliche soziale Kontrolle befinden: angetrieben von Machtgier, ohne irgendein Gefühl der Fürsorge für und des Vertrauens in andere und verfolgt von „beständiger Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes".

Politische Gewalt unterscheidet sich von anderen Gewaltformen im Wesentlichen dadurch, dass Erstere aus der Sicht dessen, der Gewalt ausübt, immer legitim ist. Es ist durchaus etwas Wahres an der Binsenweisheit, dass der Terrorist des einen der Freiheitskämpfer des anderen ist. Natürlich betrachtet jeder Staat gegen ihn gerichtete Gewalt als unrechtmäßig, was formal auch korrekt ist (in demselben Sinn, wie Gewalt gegen das Naziregime illegal war). Doch sollte eine auf Gerechtigkeit gegründete Gesellschaft legale Mittel und Wege schaffen, durch welche deren Mitglieder ihrer abweichenden Meinung Ausdruck verschaffen können. Wo solche Mittel und Wege nicht existieren, wird die Legitimität des Staates verständlicherweise infrage gestellt oder gelegentlich auch angefochten. Solche Anfechtungen können viele Formen annehmen. Einige bestanden auf gewaltfreiem Protest – allen voran Mahatma Gandhi und Martin Luther King – und insbesondere „zivilem Ungehorsam", dem bewussten und systematischen Missachten von Gesetzen und Bestimmungen eines rechtsverletzenden Staates. Die meisten würden jedoch zugestehen, dass der Rückgriff auf das Mittel der Gewalt dann gerechtfertigt ist, wenn alle anderen Mittel versagen. Solche Mittel schließen Handlungen ein, die der mit ihnen konfrontierte Staat als terroristisch bezeichnen würde und die sich unter extremen Umständen bis zum vollständigen Umsturz ausweiten können.

Zeitleiste

1914
Erzherzog Franz Ferdinand wird in Sarajevo ermordet

1916
Irische Rebellen erbringen Blutopfer im Osteraufstand

1933
Das erste Konzentrationslager bei Dachau lässt den späteren Nazigenozid vorausahnen

Bürgerkrieg Die umfassendste und häufigste Form von politischer Gewalt – und diejenige, die im Allgemeinen ein Höchstmaß an menschlichem Leid und Todesopfern zur Folge hat – ist der Bürgerkrieg. Solche Konflikte haben ihre Ursache meist in gegensätzlichen Auffassungen hinsichtlich der politischen Führung eines Staates oder eines Territoriums innerhalb des Staates und werden zwischen Regierungskräften auf der einen, und einer oder mehreren Gruppen von Aufständischen auf der anderen Seite ausgefochten. Letztere gehören oft einer Minderheit an, die aufgrund ethnischer, kultureller oder religiöser Unterschiede diskriminiert wird und die für sich das Recht auf angemessene politische Vertretung, größere Autonomie oder volle Unabhängigkeit einfordert. Im Ausbruch eines Bürgerkriegs können sich tiefe soziale Spaltungen offenbaren, die oft bereits seit vielen Generationen bestehen und die auch nach der formalen Beendigung des Krieges fortdauern können. Man hat geschätzt, dass es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehr als 100 solcher Konflikte gab und dass die Gesamtzahl ihrer Opfer die Verluste der im gleichen Zeitraum zwischen Staaten geführten „konventionellen“ Kriege weit übertraf. In den vergangenen Jahrzehnten tobten einige der blutigsten Bürgerkriege in afrikanischen Ländern, darunter Angola, Kongo, Ruanda, Liberia, Sudan und Somalia; doch auch viele andere Regionen der Welt waren von solchen Konflikten betroffen, beispielsweise Afghanistan, Ost-Timor, Tschetschenien, Sri Lanka und der Balkan.

Völkermord und „ethnische Säuberungen“ Bürgerkriege dauern dort über einen längeren Zeitraum an, wo sich die Kräfte der beteiligten Konfliktparteien mehr oder weniger die Waage halten. Wo ein solches Gleichgewicht nicht besteht oder es im Verlauf der Kämpfe beseitigt wird, kann sich eine gleichermaßen blutige Form der politischen Gewalt manifestieren. Besonders dort, wo die Ursachen des Konflikts ethnischer, kultureller oder religiöser Art sind – oder solche Gründe von einer Seite bewusst übertrieben und als Vorwand benutzt werden –, können die Spannungen innerhalb der Gesellschaft eskalieren und in Pogrome und staatlicherseits unterstützten oder geduldeten Mord ausufern. Während im Bürgerkrieg Frauen und Kinder oft als unschuldige Opfer zwischen die Fronten geraten, sind bei Genozid-Kampagnen, in denen ethnische Unterschiede explizit geltend gemacht werden, gerade sie oft das bewusste Ziel von Angriffen.

Gemessen an der Zahl der Opfer war das 20. Jahrhundert dasjenige der meisten staatlich angeordneten Genozide und Massaker in der Weltgeschichte. Der bekannteste Fall einer aufgrund von kulturellen und religiösen Unterschieden selektierten Bevölkerungsgruppe waren die in Europa lebenden Juden vor und während dem Zweiten Weltkrieg,

1947
Indiens Unabhängigkeit markiert den Gipfelpunkt von Gandhis Einsatz für gewaltfreie Veränderung

1992
Beginn der „ethnischen Säuberung“ im ehemaligen Jugoslawien

1994
Mehr als eine halbe Million Tutsi fallen dem Völkermord in Ruanda zum Opfer

2001
Die islamistischen Anschläge vom 11. September markieren den Höhepunkt eines „neuen“ Terrorismus

als es die erklärte Politik des NS-Staates war, das gesamte von ihm beanspruchte Gebiet zu „säubern“, indem „unerwünschte Elemente“ (worunter auch Zigeuner und viele andere fielen, die als minderwertig oder „lebensunwert“ galten, darunter Homosexuelle sowie körperlich und geistig Behinderte) weggesperrt oder vernichtet wurden. Seit 1945 wurden weltweit mehr als 50 Fälle von Genozid oder politisch motiviertem Massenmord registriert; die in jüngerer Zeit ereigneten sich in Ruanda und in der Region Darfur im Sudan.

Der Begriff „ethnische Säuberung“ wurde von 1992 an auf die Politik des Massenmordes, der Deportation und Internierung angewendet, die erstmals die bosnisch-serbischen Paramilitärs gegen rivalisierende ethnische Gruppen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina einsetzte. Ihr Ziel war es, „ethnisch homogene“ Gebiete in zuvor multiethnischen Regionen zu schaffen, um ihren Anspruch auf Souveränität über diese Territorien zu unterstützen. Kritiker sahen in dem von Politikern und Diplomaten gleichermaßen verwendeten Begriff der ethnischen Säuberung einen zynischen Euphemismus für Genozid, der darauf abzielt, die Handlungen der Täter schönzureden und das mangelnde Interesse der internationalen Gemeinschaft an einem der Schwere des Falls angemessenen Eingreifen zu entschuldigen. Unbestritten ist der Genozid eine extreme Form der ethnischen Säuberung, doch sollte man die beiden Begriffe nicht synonym verwenden, denn es gibt Mittel der ethnischen Säuberung, etwa die zwangsweise Ausbürgerung, die den Tatbestand des Genozids nicht erfüllen. Die Anwendung des Begriffs auf Ereignisse vor 1992 ist nach wie vor umstritten.

Blutopfer

Politische Gewalttäter halten ihre Handlungen in der Regel für legitim, und sie nehmen in Kauf, dass sie und andere dafür mit persönlichem Leid und dem Verlust ihres Lebens bezahlen. Aber nur wenige von ihnen haben dem Tod mit solcher Inbrunst entgegengefiebert wie die Anführer der Osteraufstände von 1916 gegen die britische Herrschaft in Irland. Die Unterzeichner der Proklamation der Republik Irland – der öffentlichen Erklärung, die den Beginn des Aufstands markierte – waren sich einig, dass Irland seine Ehrenhaftigkeit durch „die Bereitschaft seiner Kinder, sich zu opfern“ beweisen müsse. Am leidenschaftlichsten zeigte sich darin der Rebellenführer Patrick Pearse, der Blutvergießen als „etwas Reinigendes und Heiligendes“ darstellte und der Sätze schrieb wie „Das alte Herz der Erde musste erwärmt werden durch den roten Wein der Schlachtfelder“. Die Aufständischen spürten, dass eine große Geste – eine, die sie mit ihrem eigenen Leben bezahlen würden – den Geist des revolutionären Nationalismus im irischen Volk wieder erwecken würde. Und genau das sollte auch geschehen. Innerhalb von drei Wochen nach Beginn des Aufstandes wurden Pearse und 14 seiner Mitstreiter vor Gericht gestellt und durch ein Erschießungskommando hingerichtet. Doch sie starben als Märtyrer, und Irlands Unabhängigkeit war nur noch eine Frage der Zeit.

> „Gewalt tritt auf den Plan, wo Macht in Gefahr ist; überlässt man sie den ihr selbst innewohnenden Gesetzen, so ist das Endziel das Verschwinden von Macht … Gewalt kann Macht vernichten; sie ist gänzlich außerstande, Macht zu erzeugen."
>
> **Hannah Arendt,** deutsche Politologin, 1970

Terrorismus Die Bezeichnung „Terrorist“ ist nie wertfrei. Ein terroristischer Akt ist per se illegal und moralisch nicht vertretbar, sodass politische Akteure nur von ihren Gegnern als Terroristen bezeichnet werden, nie aber von sich selbst. Terroristische Handlungen werden aus den unterschiedlichsten politischen Motiven und gewöhnlich von substaatlichen Akteuren oder Gruppen begangen, die ein gemeinsames Anliegen oder eine gemeinsame Ideologie verbindet. Handlungen von Staaten mögen in manchen Fällen als terroristisch bezeichnet werden, doch solche Aussagen haben rhetorischen Charakter und zielen darauf ab, das betreffende Verhalten (unter anderem) einer Instanz, die sich selbst als Staat bezeichnet, als unwürdig zu verwerfen und anzuklagen. Staaten werden gelegentlich beschuldigt, den Terror zu „fördern“, womit gemeint ist, dass sie diejenigen, die Gewalthandlungen in anderen Ländern ausführen, finanziell oder auf andere Weise indirekt unterstützen. In solchen Vorwürfen schwingt jedoch nicht selten Heuchelei mit, so auch als die Reagan-Regierung in den 1980er-Jahren Libyen beschuldigte, den Terrorismus zu fördern, während sie gleichzeitig Gewalt gegen rechtmäßige Regierungen in Nicaragua und anderen Teilen der Welt unterstützte.

Die nie dagewesene Aufmerksamkeit, die der Terrorismus seit den fundamental-islamischen Angriffen auf New York und das Pentagon am 11. September 2001 erfährt, ist nach wie vor ungebrochen. Dieser grausame Anschlag wurde von vielen Beobachtern als das schlimmste, wenn auch nicht das erste Beispiel einer neuen, von Fanatismus und kompromissloser Härte geprägten Dimension des Terrorismus angesehen. Diese „neuen“ Terroristen und insbesondere die islamistische Gruppierung Al-Kaida werden eher von extremen Formen des religiösen Glaubens angetrieben als von irgendeinem weltlichen Anliegen. Letztlich niemand anderem als Gott verpflichtet, sind sie auch bereit, ihr eigenes Leben zu opfern, um möglichst viele ihrer Feinde, darunter auch Nichtkombattanten, zu treffen. Damit bleiben sie für ihre Feinde unkalkulierbar und stellen eine Bedrohung dar, die in ihrer Dimension noch gar nicht vollständig erfasst, geschweige denn angemessen beantwortet wurde.



40 Staatliche Wohlfahrt

„Denn nicht genug, dem Schwachen aufzuhelfen, auch stützen muss man ihn“, lässt Shakespeare seinen Timon von Athen sagen, und dies könnte auch als Motto für den Wohlfahrtsstaat dienen. Nur der wahrhaft Gesegnete kommt durchs Leben, ohne je Hilfe von anderen zu benötigen. Arbeitslosigkeit, Familienzerrüttung, Gewalt und Missbrauch, Krankheit und körperliche oder geistige Behinderung, Straffälligkeit und Drogensucht, Alter: Fast jeder kommt irgendwann einmal in eine Situation, in der er mit den Problemen, vor die das Leben ihn stellt, nicht mehr allein fertig wird. Was könnte also segensreicher sein als die Idee eines staatlichen Sicherheitsnetzes, das uns auffängt, wenn wir in Schwierigkeiten oder Not geraten?

Diese Vorstellung ist uns durchaus vertraut. Umfang und Organisation von Wohlfahrtsleistungen können von Land zu Land höchst unterschiedlich sein, doch praktisch jeder Staat gewährt seinen Bürgern ein gewisses Maß an Unterstützung. Viele würden jedoch ohne zu Zögern mit Samuel Johnson übereinstimmen, dass „eine anständige Fürsorge für die Armen“ der „wahre Test der Zivilisation“ ist. Für die soziale und ökonomische Sicherheit der Bevölkerung eines ganzen Landes zu sorgen, erfordert Investitionen in eine gewaltige Infrastruktur und eine Vielzahl staatlicher Leistungen, die Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld, Altersrente, kostenlose Gesundheitsversorgung und sozialen Wohnungsbau umfassen können. Um ein solches System aufzubauen, ist es notwendig, dass die Bessergestellten auf einen Teil ihres Wohlstands verzichten, um das Los ihrer Mitbürger zu verbessern. Das Einverständnis mit der Besteuerung jedes einzelnen und einer Umverteilung von oben nach unten in einem solchen Umfang zeugt, so würden viele sagen, von einem sozialen Bewusstsein, das die gerechte Zivilgesellschaft letztlich ausmacht; eine solche Einstellung fördert den Zusammenhalt, sie stärkt das Gemeinschaftsgefühl und sogar die nationale Identität. Insofern wurde die Herausbildung der Nationalstaaten als vorherrschendes Staatsmodell mit der gleichzeitigen Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Verbindung gebracht.

Zeitleiste

1930er-Jahre
Franklin D. Roosevelts *New Deal* führt Arbeitslosenhilfe, Altersrente usw. in den Vereinigten Staaten ein

1942
Der *Beveridge Report* empfiehlt den Aufbau umfassender sozialer Sicherungssysteme in Großbritannien

1949
Harry S. Trumans Programm des *Fair Deal* schließt umfangreiche Sozialleistungen in den Vereinigten Staaten ein

Dieses beruhigende Bild der Wohlfahrt als Schlüssel für sozialen Zusammenhalt ist trügerisch, denn die Aufgabe der Fürsorge liegt direkt auf einer bedeutenden ideologischen Verwerfungslinie. Der US-amerikanische Politiker und Sozialwissenschaftler Daniel P. Moynihan brachte 1994 das Ausmaß der Ablehnung auf den Punkt: „Wohlfahrt wurde zu einem Begriff der Schande – einem kontroversen, oft von Missgunst geprägten Gegenstand eines politischen Konflikts, in dem Liberale und Konservative unversöhnlich aufeinanderprallen und die Kinder aus den Augen verloren wurden." Befürworter sehen Wohlfahrt als ein wesentliches Korrektiv gegenüber den ungerechten und die Gesellschaft spaltenden Effekten der Marktkräfte: ein Bollwerk gegen die Ungerechtigkeit und Ausbeutung, die ein entfesselter Kapitalismus nach sich ziehen würde. Kritiker fürchten dagegen, dass Wohlfahrt, die über das absolut notwendige Maß hinausgeht, das Funktionieren des Marktes beeinträchtigt und zu Ineffizienz sowie dem Verlust von Eigeninitiative und Arbeitsanreizen führt. Die Konsequenz ist in ihren Augen ein überfürsorglicher Staat, eine Kultur der Abhängigkeit, in der die Empfänger von Sozialhilfeleistungen der Motivation beraubt werden, Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen.

‚Macht hat nur eine Aufgabe – das Wohlergehen des Volkes zu gewährleisten.'
Benjamin Disraeli, 1845

Von der Wiege bis ins Grab Der wichtigste Impuls für die Schaffung sozialer Einrichtungen und Angebote in der Neuzeit war die allgemeine Besorgnis über die entsetzlichen Bedingungen – Überfüllung, Schmutz, Epidemien – die im Zuge der Industriellen Revolution in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Erscheinung traten. Aufgeklärte Industrielle jener Epoche widersprachen der Auffassung, nach der Armut als Ausweis moralischer Schwäche aufseiten der Betroffenen galt; als sie erkannten, dass die unterschiedlichsten Formen von Elend eine zwangsläufige Folge der Industrialisierung und der Bedingungen des Kapitalismus waren, gründeten sie zahlreiche Wohltätigkeitsvereine und gemeinnützige Stiftungen als Vorläufer der heutigen sozialen Einrichtungen.

Die ersten modernen Wohlfahrtsstaaten entwickelten sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auf Betreiben sozialistischer oder sozialdemokratischer Regierungen in Nordeuropa, vor allem in Schweden und dem Vereinigten Königreich. Diese wegweisenden Systeme waren allumfassend, sie zielten darauf ab, die Bürger lückenlos in allen Lebensabschnitten „von der Wiege bis ins Grab" abzusichern, und sie boten (mindestens) eine Grundversorgung in wesentlichen Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Wohnen. Ein großer Teil der Unterstützung ging anfänglich an diejenigen, die aufgrund

1965
Lyndon B. Johnsons Programm der „Great Society" beinhaltet eine Krankenversicherung überwiegend für Rentenbezieher sowie eine Krankenfürsorge für besonders bedürftige Menschen in den Vereinigten Staaten

1973, 1979
Drastische Erhöhungen des Ölpreises („Ölschock") lösen weltweite Wirtschaftskrisen aus

1980er-Jahre
Die Regierungen von Ronald Reagan und Margret Thatcher in den USA und Großbritannien nehmen den Umbau der Sozialsysteme in Angriff

von Arbeitslosigkeit, Behinderung oder Krankheit selbst kein Einkommen erzielen konnten, sodass die Sozialsysteme aus historischer Sicht zumindest teilweise aus den Versicherungsbeiträgen der Arbeiter finanziert wurden, die damit einen eigenen Anspruch auf Versorgungsleistungen erwarben. Die meisten heutigen Sozialsysteme sind äußerst komplex aufgebaut und stützen sich auf ein „Mehrsäulenmodell" aus staatlichen Versorgungsleistungen und freiwilliger privater Vorsorge, bei dem staatliche Stellen, kommerzielle Anbieter und gemeinnützige Einrichtungen Hand in Hand arbeiten.

Boom und Pleite Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich in den Industrieländern Westeuropas ein breiter Konsens zugunsten umfassender Sozialleistungen durch. In den Vereinigten Staaten wurden derweil die Grundsätze öffentlicher Wohlfahrt in Franklin D. Roosevelts *New Deal* verankert, dem Harry S. Trumans *Fair Deal* sowie verschiedene weitere, von späteren Präsidenten auf dem Weg gebrachte Sozialprogramme nachfolgten. In den 1970er-Jahren führte das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren dazu, dass der bisherige Status quo nicht länger aufrechterhalten werden konnte. Das anhaltende Wirtschafts- und Wohlstandswachstum der Nachkriegszeit geriet ins Stocken, als die Versorgung mit billiger Energie in der Ölkrise von 1973 unterbrochen wurde („Ölschock"). Wachsende Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizite in den sozialistisch regierten Ländern mit ihren hohen Ausgaben führten zu einer tiefen Rezession. Betriebliche und allgemein gesellschaftliche Veränderungen trugen ihren Teil dazu bei, dass die Situation sich weiter verschlechterte. Die Umlage von Einkünften der Jungen auf die Alten, die fester Bestandteil des Sozialstaates ist, erhöhte sich durch die Zunahme des Anteils der Älteren – der Nettoempfänger staatlicher Versorgungsleistungen. Gleichzeitig waren die Menschen

Eine Kultur der Abhängigkeit

Die Sorge, dass staatliche Hilfe zur Abhängigkeit bei ihren Empfängern führt, ist nicht neu. In einem 1795 verfassten Memorandum an den britischen Premierminister William Pitt den Jüngeren warnte Edmund Burke vor den Gefahren des Versuchs „das Volk aus der Hand der Magistraten zu füttern". Und er führt weiter aus, wie sich „diejenigen, die bei der Regierung um Brot nachsuchten, bei der geringsten Verknappung verwandeln und die Hand beißen, die sie füttert. Um dieses Übel zu vermeiden, wird die Regierung die Gründe dafür verdoppeln, und dann wird es dauerhaft und unheilbar werden". In den zurückliegenden Jahrzehnten gab es ähnliche Bedenken hinsichtlich der Bedeutung staatlicher Hilfen bei der Entwicklung einer sozialen Unterschicht – einer Bevölkerungsgruppe, die dauerhaft von der Hauptgesellschaft ausgeschlossen und von Arbeitslosigkeit, zerrütteten Familienverhältnissen und alleinerziehenden Elternteilen, Drogenmissbrauch, Bandenkultur und Kriminalität gekennzeichnet ist. Wissenschaftler stritten über die genaue Beschaffenheit einer solchen Unterschicht und über die Gründe für ihr Entstehen – ob sich ihre soziale Exklusion aus den Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Mitglieder erklären lässt oder ob tiefer liegende strukturelle Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden müssen.

nach jahrzehntelangem Wohlstand daran gewöhnt, dass der Lebensstandard stetig anstieg und die Versorgung immer besser wurde. Im Gesundheitsbereich standen beispielsweise bessere Behandlungsmethoden und Medikamente zur Verfügung, die aber viel Geld kosteten. Mit einem Mal wurde es notwendig, eine Auswahl zu reffen und Prioritäten zu setzen.

> **„Der Zweck der Sozialhilfe sollte es sein, so weit wie möglich die Notwendigkeit ihrer eigenen Existenz zu beseitigen.“**
> **Ronald Reagan, 1970**

Vor diesem schwierigen Hintergrund kam es zu einem Politikwechsel, als neoliberale Regierungen wie die von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher im Vereinigten Königreich an die Macht kamen. Die politische Debatte polarisierte sich weiter, als die Fürsprecher einer freien Marktwirtschaft die Kultur der Abhängigkeit anprangerten, die sich (angeblich) unter sozialistischen Regimen herausgebildet hatte und die Regierungen jetzt dazu zwang, die Ausgaben in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Soziales zu kürzen. Doch ungeachtet aller Rhetorik wurde der Rückzug des Staates – und damit auch des Wohlfahrtsstaates – stets nur teilweise vollzogen. Während man nach außen Härte demonstrierte – Kriterien für Versorgungsleistungen wurden verschärft und die Markterfordernisse zum Maß aller Dinge erhoben –, beließ man es in Wahrheit bei Kurskorrekturen und Umschichtungen.

Heilige Kühe und Gänse Der Druck auf die Sozialsysteme ist seit den 1980er-Jahren keineswegs geringer geworden. Tatsächlich haben seit den 1990er-Jahren die Kräfte der Globalisierung eine Kultur des in hohem Maße mobilen – und äußerst launischen – Kapitals erzeugt, mit dem Ergebnis, dass Nationalstaaten die Kontrolle über ihr eigenes ökonomisches Schicksal immer mehr aus den Händen gleitet. Hohe Löhne und Sozialausgaben sind heute ein Luxus, der die globale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu schwächen droht. Doch in Demokratien sind Kürzungen oder Streichungen im Sozialbereich unter Wahlkampfgesichtspunkten nach wie vor ausgesprochen bittere Pillen. Selbst wenn die Wähler im Prinzip gegen hohe Steuern und hohe öffentliche Ausgaben sind, widerstrebt es ihnen dennoch, gegen Leistungen zu stimmen, von denen sie selbst profitieren. Der US-amerikanische politische Satiriker P. J. O'Rourke hat diesen Umstand 1991 treffend auf den Punkt gebracht:

> Soziale Sicherheit ist ein Regierungsprogramm mit einer Wählerschaft aus Alten, fast Alten und solchen, die hoffen oder fürchten, alt zu werden. Nachdem wir es 215 Jahre lang vergeblich gesucht haben, haben wir endlich eine Zielgruppe entdeckt, die 100 Prozent der Bevölkerung umfasst. Jetzt können wir uns reich wählen.

Solange es Demokratien gibt und Gänse sich weigern, für Weihnachten zu stimmen, dürften Wohlfahrtsstaaten sicher sein vor dem Rotstift gewählter Regierungen.



41 Rassismus

Gegen manche Vorstellungen ist kein Kraut gewachsen, so falsch sie auch sein mögen. Kaum eine Haltung wurde von gebildeten Menschen so kategorisch zurückgewiesen wie der Rassismus. Die Wissenschaft hat gezeigt, dass er jeglicher vernünftigen Grundlage entbehrt, und die Geschichte hat bewiesen, dass er keinen Platz in einer zivilisierten Gesellschaft hat. Doch der Nachweis seiner biologischen Irrelevanz konnte nicht verhindern, dass Rassismus sich fest im politischen Denken eingenistet hat.

In jeder modernen Gesellschaft herrscht nach wie vor die Meinung, dass Rasse in der einen oder anderen Weise eine Rolle spielt. Dahinter steht die Überzeugung, dass Menschen unterschiedlichen biologischen Gruppen (Rassen) angehören, die strikt voneinander getrennt sind – jeder gehört einer der Rassen an und ausschließlich dieser. Jede Rasse soll eindeutige körperliche Merkmale, wie etwa dieselbe Hautfarbe, aufweisen, und in der Regel herrscht die Vorstellung, dass diese äußeren Merkmale mit charakteristischen psychischen und geistigen Attributen wie Charakter und Intelligenz verbunden sind. Diese Überzeugungen und die aus ihnen hervorgehenden Vorurteile (Rassismus) sind die Ursache tiefer Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf allen Ebenen, der politischen ebenso wie der sozialen, ökonomischen und kulturellen. Obwohl die Rassentheorie heute so gut wie keine Bedeutung mehr hat, sind viele der Machtstrukturen und Institutionen, zu deren Entstehen sie beigetragen hat, nach wie vor vorhanden und werden von einflussreichen Interessengruppen gestützt.

Der Begriff „Rasse“ wurde lange Zeit relativ unpräzise auf Gruppen von Menschen angewandt, die irgendwie miteinander in Verbindung stehen oder in Verbindung zu stehen scheinen – etwa, weil sie gemeinsame Vorfahren haben oder alle aus einem bestimmten geografischen Gebiet stammen. In anderen Zusammenhängen könnten solche Gruppen Nationen oder Völker oder Gemeinschaften genannt werden. Erst über die letzten 300 Jahre bildete sich die präzisere Bedeutung von Rasse heraus, die dem Begriff „Rassismus“ zugrunde liegt.

Die Ursprünge der Rassenlehre Die Rassenidee und das rassistische Weltbild lassen sich bis zu den Anfängen des europäischen Kolonialismus im 17. Jahrhundert und



1641
Die Sklaverei wird erstmals in der amerikanischen Massachusetts Bay Colony legalisiert

1865
Abschaffung der Sklaverei in den USA

insbesondere dem Aufkommen von Sklaverei und Sklavenhandel zurückverfolgen (siehe Textbox). In den nachfolgenden Jahrhunderten verfestigte sich die Vorstellung der „rassischen Andersartigkeit“, zunächst weitgehend intuitiv und kaum konzeptualisiert, durch eine Reihe diskriminierender Rechtsvorschriften und die theoretischen Überlegungen von Intellektuellen und Wissenschaftlern. Denker wie Kant und Voltaire sprachen sich eindeutig dafür aus, dass es sich bei „Wilden“ oder „Primitiven“ um minderwertige Rassen handelt, während die Anstrengungen von Wissenschaftlern darauf gerichtet waren, die angenommene Untergliederung der menschlichen Spezies in Rassen nachzuweisen. Einige von ihnen gingen sogar so weit zu behaupten, dass andere rassische Gruppen eigene Arten bilden – also praktisch gar keine Menschen im engeren Sinn sind. Jedenfalls war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach jahrzehntelanger Gewöhnung ein im Kern rassistisches Verständnis der Welt als biologische und anthropologische Tatsache allgemein anerkannt. Die Vorstellung, dass es natürliche Unterschiede zwischen

Rasse und Sklaverei

Das Leben der englischen Kolonisten, die sich Anfang des 17. Jahrhunderts in Nordamerika niederließen, war unvorstellbar hart. In einer Welt, in der jeder um das eigene Überleben kämpfte, war es gewissermaßen selbstverständlich, diejenigen auszubeuten, mit denen man in Kontakt kam: zuerst die indianischen Urbewohner, dann die Schwarzafrikaner, die kurze Zeit später eintrafen. Doch was ursprünglich von ökonomischen Zwängen befördert wurde, entwickelte sich mit der Zeit zu einem gewohnheitsmäßigen Denkmuster, und gegen Ende des 17. Jahrhunderts konkretisierten sich die diffusen Vorstellungen der kulturellen und moralischen Überlegenheit zu einem bewusst eingesetzten Instrument zur Sicherung ihres mühevoll errungenen Wohlstands: der Institution der Sklaverei. Die verbreitete Auffassung, dass diese nichteuropäischen Menschen anderen Rassen angehörten und daher minderwertig waren, wurde nach und nach von Philosophen und Wissenschaftlern untermauert. Als mit der Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 die Vereinigten Staaten entstanden, war die Sklaverei in den amerikanischen Kolonien bereits vor mehr als einem Jahrhundert legalisiert worden, und in den ersten 89 Jahren seiner Existenz war das selbsternannte „Mutterland der Freiheit“ von Sklavenarbeit abhängig. Viele Aspekte der diskriminierenden Behandlung, die mit der Sklaverei verbunden waren, blieben nach deren formaler Abschaffung 1865 noch ein weiteres Jahrhundert bestehen. Und das Erbe des Rassismus, das die Sklaverei hinterlassen hat, ist noch heute höchst lebendig.

1933
Einführung der antisemitischen Rassenpolitik in Nazideutschland

1964
Die *Civil Rights Act* verbietet die Rassentrennung in den USA

frühe 1990er-Jahre
Das System der Apartheid wird in Südafrika (offiziell) beendet

menschlichen Gruppen gab, die sich an rassischen Gesichtspunkten festmachen ließen, hatte sich in den meisten Gesellschaften rund um den Globus fest eingewurzelt – und mit ihr die Auffassung, dass solche Unterschiede auch eine unterschiedliche soziale und politische Behandlung rechtfertigen.

Rassismus Die rassistische Weltsicht ist ihrem Wesen nach ideologisch. Sie basiert auf einem System von Überzeugungen und Einstellungen über die Menschheit und ihre Beziehungen. Bestimmte körperliche Merkmale (Hautfarbe, Kopfform usw.), die sich zwanglos biologisch erklären lassen, werden als Hinweise auf tiefer liegende biologische Unterschiede gedeutet, die Kennzeichen der rassischen Identität sein sollen. Da diese Unterschiede von der spezifischen Biologie der betreffenden Rasse abhängen, sollen sie genetisch festgelegt und somit erblich, angeboren und unveränderlich sein.

Diese Form des Rassismus (im angloamerikanischen Sprachgebrauch als *racialism* im Unterschied zu *racism* bezeichnet) führt nicht zwangsläufig zu einer eindeutigen moralischen oder politischen Schlussfolgerung. Es besteht kein Widerspruch zwischen den Auffassungen, dass Menschen biologisch unterschiedlichen Rassen angehören und jeder gleich behandelt werden und die gleichen Rechte haben sollte. Die rassistische Weltsicht beinhaltet jedoch in aller Regel auch die Vorstellung, dass die in der Theorie angenommenen Rassen qualitative Unterschiede etwa hinsichtlich ihrer geistigen Fähig-

Multikulti oder Assimilation?

Ein wichtiger Faktor in der Dynamik des Rassismus nach dem Zweiten Weltkrieg war der Zustrom von Einwanderern in Länder wie Großbritannien und Frankreich aus deren ehemaligen Kolonien in Asien, Afrika und der Karibik. Viele Migranten wurden in der Boomzeit der 1950er- und 1960er-Jahre zur Ansiedlung ermuntert, im Allgemeinen um freie Stellen in den unattraktiven Segmenten des Arbeitsmarkts zu besetzen. Als sich jedoch die wirtschaftliche Situation in den 1970er-Jahren verschlechterte, wurden sie zum Ziel rassistischer Ressentiments und Übergriffe. Seither ist die Frage, wie ethnische Minderheiten am besten in die dominierende Gastgesellschaft integriert werden können, fester Bestandteil der politischen Agenda. Politiker mussten sich auf einem schmalen Grat zwischen den berechtigten sozialen und politischen Ansprüchen der Zuwanderergruppen auf der einen und den Ängsten von Teilen der „einheimischen“ Bevölkerung auf der anderen Seite bewegen. Die betreffenden Länder setzten dabei auf ganz unterschiedliche Strategien, vom streng assimilistischen Ansatz Frankreichs, das darauf besteht, dass die Neuankömmlinge sich den traditionellen Normen des Landes weitgehend anzupassen haben, bis zum multikulturellen Ansatz Großbritanniens, wo davon ausgegangen wird, dass Gruppen unterschiedlichen ethnischen Ursprungs viele ihrer ursprünglichen Gepflogenheiten und Bräuche beibehalten. Es gibt jedoch keinen Konsens darüber, welcher der beiden Ansätze – falls überhaupt – effektiver ist.

> **„Ich weigere mich, die Ansicht zu übernehmen, die Menschheit sei so tragisch der sternenlosen Mitternacht des Rassismus und des Krieges verhaftet, dass der helle Tagesanbruch des Friedens und der Brüderlichkeit nie Wirklichkeit werden kann.“**
>
> **Martin Luther King, 1964**

keiten oder auch ihres moralischen Wertes aufweisen und es demzufolge im Prinzip möglich ist, sie entsprechend ihrer relativen Über- oder Unterlegenheit einzustufen.

Die Vorstellung, dass manche Rassen anderen überlegen sind, erklärt den Rassismus, wie er allgemein verstanden wird. In der Regel handelt es sich dabei um eine reflexartige und nicht intellektualisierte Verachtung von Menschen, die anders hinsichtlich ihres Aussehens, ihrer geografischen Herkunft usw. sind als man selbst. Bei Einzelpersonen kann sich diese Verachtung in aggressivem oder gewalttätigem Verhalten äußern. Wichtiger ist jedoch, dass die mit der rassistischen Weltsicht verbundenen Annahmen von Politikern benutzt werden können und benutzt werden, um eine diskriminierende Politik und diskriminierende Institutionen in der Gesellschaft insgesamt zu rechtfertigen. Am offenkundigsten lieferte in Südafrika das bis in die frühen 1990er-Jahre existierende System der Apartheid oder „abgesonderten Entwicklung“ die formale Rechtfertigung für eine Reihe diskriminierender Maßnahmen gegen die nicht weiße Mehrheitsbevölkerung: Sie wurde segregiert und in gesondert ausgewiesene Bereiche ausgesperrt, war auf Berufe mit niedrigem sozialen Status beschränkt und von den Chancen und Privilegien im politischen und ökonomischen Bereich fast vollständig ausgeschlossen.

Das langsame Sterben der Rassentheorie Noch bis in die 1970er-Jahre konnten Politiker, die sich für rassistische Programme stark machten, auf die theoretische Unterstützung durch zahlreiche Wissenschaftler bauen. Doch dieses wissenschaftliche Lehrgebäude begann schon bald unter der Last der Beweise zu bröckeln. Weder die zuerst durchgeführten Untersuchungen der Muster von Blutgruppen noch später der DNA und verschiedener anderer genetischer Marker ergaben auch nur die geringste Übereinstimmung mit den üblichen rassischen Kategorien. Heute wird das biologische Konzept der Rasse von der Mehrheit der Wissenschaftler abgelehnt, und es ist allgemein anerkannt, dass die Rassenvorstellung eine – relativ junge – soziale Konstruktion ist, die nur im Kontext bestimmter historischer, kultureller und politischer Umstände verstanden werden kann. Leider wird es naturgemäß viel länger dauern, diese destruktive Vorstellung aus den Köpfen der gewöhnlichen Menschen zu tilgen.

Worum es geht

Die sternenlose Mitternacht des Rassismus

42 Korruption

„Korruption ist kein neues Problem … Sie ist ein menschliches Problem, und sie hat in der einen oder anderen Form in nahezu jeder Gesellschaft existiert … Es wird schmerzhaft deutlich, dass Korruption Entwicklung im Keim erstickt – sie schöpft die knappen Ressourcen ab, die zum Ausbau von Infrastruktur und Bildungseinrichtungen und zur Stärkung des Gesundheitswesens eingesetzt werden könnten … Wenn das Volk nicht darauf vertrauen kann, dass seine Regierung die Aufgaben erledigt, für die sie da ist, ist letztlich alles verloren. Deshalb ist der Kampf gegen die Korruption einer der wichtigsten Kämpfe unserer Zeit.“

Bei seinem Besuch 2006 in Kenia hielt Senator Barack Obama, der spätere 44. Präsident der Vereinigten Staaten, eine klare und freimütige Rede über die zersetzende Wirkung der weitverbreiteten Korruption auf das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eines Landes. Wie Obama andeutet, hat es Korruption jederzeit und überall gegeben. Seit Menschen sich als Gemeinschaft in politischen Hierarchien organisieren, wurden Fragen über den angemessenen Umgang mit Macht und die Bedeutung von Tugendhaftigkeit im öffentlichen Leben gestellt. Die Versuchung, jemandes Status und Machtposition zu missbrauchen, um sich selbst zu bereichern, hat es immer schon gegeben. Und damit waren auch die Bedingungen, unter denen die Korruption blühen kann, immer schon vorhanden.

„In einem korrupten Volk kann die Freiheit nicht gedeihen.“
Edmund Burke, 1777

Die Wirkungen der Korruption gehen weit über den Schaden hinaus, den sie in der Gesellschaft eines Landes anrichtet. In der heutigen globalisierten Welt sind die Geschicke und das Wohlergehen jeder Nation untrennbar mit dem Schicksal aller anderen Nationen verknüpft. Länder, die unter einem hohen Maß an Korruption und einem Mangel an Transparenz in ihren Geschäftspraktiken leiden oder als solche wahrgenommen werden, sind auf den globalen Märkten im Nachteil. In diesen Märkten reagieren Handelspartner und Drittinvestoren überaus sensibel und sehen sich rasch anderweitig um.

Zeitleiste

1944
Gründung der Weltbank

1993
Transparency International wird mit dem Ziel gegründet, auf Korruption aufmerksam zu machen

Eingrenzung des Problems Der durch Korruption verursachte Schaden auf lokaler wie globaler Ebene wird heute kaum noch angezweifelt. Zwar ist kein Land immun gegen Korruption, doch ihre Auswirkungen zeigen sich am deutlichsten in den Entwicklungsländern, wo die politischen Institutionen in der Regel anfälliger und die behördlichen Verfahren und Schutzvorkehrungen weniger robust sind. Unter solchen Umständen können Betrug, Bestechung und Erpressung relativ leicht um sich greifen. Es kann zur Gewohnheit werden, sich durch illegale Zuwendungen – Schmier- und Bestechungsgelder, von kleinsten Beträgen bis zu großen Summen – eine bevorzugte Behandlung durch Bürokraten zu erkaufen. Insgesamt kann so ein erheblicher Teil der öffentlichen Gelder und Ressourcen in private Taschen abfließen. Dadurch verschlimmert sich die Armut in der breiten Bevölkerung und es wird ein weitverbreitetes Misstrauen gegenüber politischen Prozessen erzeugt. Deshalb wird dem Kampf gegen die Korruption von supranationalen Organisationen wie der Weltbank und Nichtregierungsorganisationen wie Transparency International heute ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Die Aufgabe scheint indes kaum lösbar, nicht nur, weil die Dimension des Problems nur schwer quantifizierbar ist (korrupte Geschäfte werden naturgemäß im Verborgenen abgewickelt), sondern auch weil man sich lange Zeit noch nicht einmal auf eine Definition einigen konnte. Traditionell wurde Korruption als Perversion eines politischen Systems oder als Unsitte eines Individuums betrachtet (und so wird sie auch heute noch in breiten Kreisen der Bevölkerung verstanden). Eine Person als korrupt zu bezeichnen, bedeutet eine negative Bewertung ihres Charakters und ihrer Integrität. Die Schwierigkeit solcher Beurteilungen liegt darin, dass sie stark wertend sind und außerhalb des jeweiligen moralischen und kulturellen Kontextes, in dem sie getroffen werden, nicht richtig verstanden werden.

Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung lassen sich nur auf der Grundlage objektiver (beziehungsweise weniger subjektiver) Analysen und geeigneter Vergleiche von empirischen Daten erzielen, die aus verschiedensten Kontexten gewonnen wurden. Transparency International hat zu diesem Zweck eine neutrale Definition von Korruption als „Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil“ über-

‚Korruption … höhlt den Staat von innen aus, sie zersetzt das Rechtssystem, bis es keine Gerechtigkeit mehr gibt, sie vergiftet die Polizeikräfte, bis deren Präsenz eher verunsichert als beruhigt.‘

Barack Obama, 2006

1999

Die Antibestechungskonvention der OECD tritt in Kraft

2006

Barack Obama äußert sich bei einem Besuch in Kenia zur Korruption

Eine opportunistische Infektion

Korruption wir oft als ein Problem der Entwicklungsländer gesehen. Es stimmt, dass das Ausmaß an Korruption in (sagen wir) den afrikanischen Ländern südlich der Sahara viel größer ist als in Skandinavien. Doch in Wahrheit ist Korruption opportunistisch, sie gedeiht, wo die Bedingungen es erlauben. Ihre geringere Verbreitung in westlichen Ländern kann überwiegend auf die dort vorhandenen Korruptionshemmnisse zurückgeführt werden: robustere Institutionen, transparentere Verfahren sowie geringere Einkommensunterschiede und damit eine geringere Versuchung, die Spielregeln zu verletzen. Korruption findet ihren Nährboden vor allem in noch jungen Demokratien und in nichtdemokratischen Regimen, doch darf man sich nirgendwo zurücklehnen, und kein Land – das hat die Geschichte wiederholt gezeigt – ist vor ihr gefeit. Unstrittig trägt der Westen einen großen Teil der Verantwortung für die prekäre Situation der Entwicklungsländer. Viel Bestechungsgeld – und fast sämtliche der ganz großen Summen – wurden von westlichen Unternehmen und multinationalen Konzernen eingesetzt, um an die hochdotierten Pachtverträge, Konzessionen und Aufträge heranzukommen. Tatsächlich wurden bis vor einigen Jahren keinerlei Anstrengungen unternommen, Sanktionen gegen Bestechungszahlungen im internationalen Geschäftsverkehr einzuführen. Erst 1999 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein Abkommen ausgearbeitet, das die Vertragsstaaten verpflichtet, die Bestechung von Amtsträgern im Ausland unter Strafe zu stellen.

nommen. Amtspersonen werden vom Volk oder auf andere Weise mit Machtbefugnissen ausgestattet, für die als Bedingung gilt, dass sie zum Nutzen der Gesellschaft als Ganzes eingesetzt werden. Sie zum eigenen Vorteil zu nutzen, ist folglich ein Treuebruch und verstößt gegen das Gesetz. Korruption wird in dieser Perspektive also lediglich als ein illegales Tauschgeschäft interpretiert – ein bevorzugtes Gewähren von Vorteilen durch eine Amtsperson zum Nutzen eines Empfängers als Gegenleistung für ein Bestechungsgeschenk (finanzieller oder anderer Art). Auf dieser Grundlage lassen sich Daten aus verschiedenen Ländern zusammentragen und analysieren. Die so gewonnenen Ergebnisse tragen dazu bei, Umfang und Merkmale des Problems besser einschätzen zu können.

Die Kosten der Korruption Die tückische Art und Weise, mit der Korruption in die Strukturen eines Landes einsickert, ist der Grund dafür, dass ihre Wirkung nicht auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt bleibt. Die reichste Ernte winkt im Bereich des militärischen Beschaffungswesens und im Zusammenhang mit Großprojekten wie dem Bau von Staudämmen oder Kraftwerken. Öffentliche Gelder fließen also eher in diese Bereiche, obwohl grundlegende (jedoch weniger Aufmerksamkeit auf sich ziehende) Infrastrukturprojekte wie Schulen und Krankenhäuser oder die Bereitstellung von Ener-

gie und Wasser in ländlichen Räumen eine viel höhere Dringlichkeit besitzen. Die öffentliche Unzufriedenheit angesichts solcher verschwenderischer und eigennütziger Entscheidungen führt unmittelbar zu politischer Apathie und Misstrauen gegenüber der Regierung. In einer Kultur, in der Korruption eher die Regel als die Ausnahme ist, nehmen Menschen rasch eine zynische Haltung gegenüber den Motiven der gewählten Politiker ein und verlieren den Glauben an die politischen Institutionen, in deren Dienst sie stehen. Wo die politischen Entscheidungsträger als verantwortungslos und geldgierig gelten, können demokratische Institutionen und Respekt gegenüber rechtsstaatlichen Prinzipien nur sehr schwer Fuß fassen.

> **‚Das Verbrechen der Korruption hat oft unsere eigene Gleichgültigkeit zum Komplizen.‘**
> **Bess Myerson,** Miss America von 1945 und New Yorker Politikerin

Die riesigen Verluste, die ein Land durch die korrupten Praktiken seiner Amtsträger erleidet, können eine schwere Hypothek selbst für die fernere Zukunft bedeuten. Das gewohnheitsmäßige Zahlen von Bestechungsgeld wird gelegentlich als ein effektives und relativ harmloses Mittel gesehen, in Systemen mit komplizierten bürokratischen Strukturen „ein Geschäft erledigt zu bekommen“. Das mag in manchen Fällen zutreffen, obwohl jüngste Untersuchungen darauf hinweisen, dass systematische Korruption zu langfristiger Ineffizienz führt. Allerdings können Regelwerke und Verfahren, die von ungeduldigen Geschäftsleuten als Bürokratismus abgelehnt werden, Maßnahmen umfassen, die von allergrößter Bedeutung für den umweltbezogenen Gesundheitsschutz sind. Durch die Missachtung oder Umgehung von Vorschriften konnten Industriestaaten giftige und strahlende Abfälle in Länder ausführen, die dringend Einnahmen benötigen. Die Praxis, Konzessionen für Holzeinschlag und den Abbau von Bodenschätzen nicht im öffentlichen Interesse, sondern mit dem Ziel privater Bereicherung auszustellen (um nur ein Beispiel herauszugreifen), hat zu einer rücksichtslosen und kurzsichtigen Ausbeutung natürlicher Ressourcen geführt. Narben durchziehen die Landschaft, die Reichtümer der Erde sind geplündert, der Waldbestand vernichtet. Und wie so oft sind es die kleinen Leute, die für den Schaden bezahlen – indem sie ihre angestammte Region verlassen müssen, die Böden erodieren und die klimatischen Bedingungen aus dem Gleichgewicht geraten.



43 Political Correctness

Mehrere britische Zeitungen berichteten 2006 mit spöttischem Unterton über zwei Spielgruppen, die sich bar jeder kindlichen Unbefangenheit die Zwangsjacke der politischen Korrektheit übergestreift hatten. Aus übertriebener Angst, die Gefühle von Menschen mit dunkler Hautfarbe zu verletzen, hatten sie den traditionellen Kinderspruch „Bäh, bäh, schwarzes Schaf" umgeschrieben und „schwarz" durch „Regenbogen" ersetzt. Ebenfalls ohne jeden Sinn für Humor, so schrieben die Blätter, sei das niederschmetternde Schicksal von Humpty Dumpty (eine Figur aus einem englischen Kinderreim) abgeändert worden, um zu verhindern, dass junge Menschen ein Trauma erleiden könnten, derweil die sieben Zwerge aus Rücksicht auf die Sensibilität der Kleinwüchsigen aus Schneewittchen verbannt wurden.

„Politischer Korrektheitswahn im Kindergarten", titelte sinngemäß ein britisches Boulevardblatt. Wenn es denn so gewesen wäre. Die für die beiden Kindergruppen verantwortliche Person im Zentrum des Medienrummels erklärte, ihre Aktion habe nichts mit Political Correctness (PC) oder der Vermeidung einer „rassistischen" Sprache zu tun gehabt. Man habe den in Kindergärten seit jeher beliebten Spruch lediglich um eine Reihe beschreibender Wörter ergänzt, um einen Spielreim daraus zu machen: „Sie singen fröhlich, traurig, hüpfend, springend, rosarotes, blaues, schwarzes und weißes Schaf und so weiter. Das hilft den Kindern, ihren Wortschatz zu erweitern." Unnötig darauf hinzuweisen, dass die Zeitungen sich ihre gute Story nicht durch die Wahrheit kaputtmachen lassen wollten – schon deshalb nicht, weil sie sich die Gelegenheit, die jüngsten Auswüchse der „verrückten Linken" zu bespötteln, auf keinen Fall entgehen lassen wollten.

Gut gemeint, Ziel verfehlt? Political Correctness war ursprünglich eine gute Sache. Schließlich bestand eines ihrer Hauptziele vordergründig darin, eine gerechtere Welt zu schaffen und die Fehler zu korrigieren, die in der Vergangenheit gemacht wur-

Zeitleiste

1960er-Jahre

Der Gedanke der Political Correctness wird erstmals in der feministischen Literatur formuliert

den und noch immer gemacht werden. Politisch korrekte Menschen glauben, dass Unterschiede – vor allem Unterschiede, die wir nicht beeinflussen können, zum Beispiel Geschlecht und Hautfarbe – nicht nur toleriert, sondern auch respektiert werden sollten. Jeder sollte nach ihrer Überzeugung als Individuum und niemals als Stereotyp oder Vertreter einer bestimmten Personengruppe behandelt werden; Menschen sollten nach ihren Leistungen beurteilt und niemals bevormundet, herabgesetzt oder verspottet werden, nur weil sie schwarz, weiblich, homosexuell, übergewichtig oder behindert sind. Political Correctness ist somit sozial progressiv. Sie zielt darauf ab, die Gesellschaft zu reformieren und zu verbessern, indem sie konventionelle Haltungen und überkommene Vorurteile überwindet. Einfühlsam zu sein und in einer Art und Weise zu sprechen und zu handeln, die andere nicht beleidigt, ist Ausdruck dessen, wie wir die Welt sehen und in welcher Art von Welt wir leben wollen.

„Der Ausdruck ‚Political Correctness' wurde als Deckmantel zum Schutz all jener geboren, die auch weiterhin Paki, Spastiker oder schwul sagen und jeden, der nicht wie sie ist, drangsalieren wollen – Westentaschentyrannen, die nie erwachsen geworden sind.

Polly Toynbee, britischer Journalist, 2009

Dennoch bekommt politische Korrektheit meist eine schlechte Presse, nicht nur in britischen Boulevardzeitungen. Die lauteste Kritik dürfte aus dem rechtskonservativen Lager kommen, aber auch viele andere Kommentatoren reiben sich angesichts der jüngsten Absurditäten aus den Reihen der Gralsritter der Political Correctness ungläubig die Augen: Verbot von Weihnachten aus Sorge, Nichtchristen vor den Kopf zu stoßen; eine Speisekarte mit dem Eintrag „Ackersperson-Frühstück"; Umbenennung des Schwarzmarktes in Parallelmarkt; aus Behinderten werden „anders Begabte". Umfragen zeigen immer wieder, dass eine große Mehrheit der Bürger die Possen der PC-Lobby satt hat. Und nicht selten verwandelt sich das Gelächter in wirkliche Empörung oder sogar Wut über die selbst ernannten Ordnungswächter, diese Kontrollfreaks, die sich berufen fühlen, jedes unserer Worte zu überwachen, und die uns sagen wollen, was wir denken und wie wir uns verhalten sollen.

Die Gegenreaktion auf alles, was das Etikett „politisch korrekt" trägt, ist heute so umfassend, dass „PC" genannt zu werden, fast immer Kritik und nicht Lob bedeutet. Umgekehrt wird politisch nicht korrekt zu sein in der Regel als etwas Positives gewertet: ein Zeichen, dass jemand unkonventionell ist, geradeheraus, bereit, sich für den gesunden Menschenverstand und gegen die Tyrannei dieser Art von Denkpolizei einzusetzen. Doch wie konnte es Normalität werden, diejenigen zu verspotten und an den Pranger zu stellen, deren Mission es offenbar ist, die Welt ein Stück weit fairer zu machen und die Menge an überflüssigen Beleidigungen zu verkleinern?

1978
Der oberste Gerichtshof erkennt in einer Entscheidung positive Diskriminierung indirekt als rechtmäßig an

seit den 1980er-Jahren
Beginn des „Kulturkampfs" in den USA – das Ringen um das Selbstverständnis Amerikas

PC: eine „vertikal herausgeforderte" *her*story Der Begriff der Political Correctness taucht heute in allen möglichen Zusammenhängen auf; man begegnet ihm häufiger in Zeitungsüberschriften und Alltagsgesprächen als in intellektuell anspruchsvolleren Debatten. Doch das ist noch nicht lange so. Nachdem das Konzept in den ersten zwei Jahrzehnten seiner Existenz weitgehend auf die radikalfeministische Literatur beschränkt blieb, erlangte es seit Mitte der 1980er-Jahre eine beachtliche Prominenz, als es in den Mittelpunkt des „Kulturkampfes" in den USA rückte – das Schlagwort stand für einen komplexen ideologischen Streit zwischen Linksliberalen und Rechtskonservativen, der sich an der Frage progressiver Lehrmethoden und neuer Curricula an amerikanischen Universitäten entzündet hatte.

Hintergrund dieser Auseinandersetzung war eine im liberalen Lager sich neu formierende Kritik an der westlichen Zivilisation, die deren Geschichte (oder *her*story, wie viele Feministinnen damals statt *his*tory sagten) als eine Geschichte von „toten, weißen Männern" beschrieben, die andere Gruppen (Frauen, Nichtweiße) beherrschten und unterdrückten und ihnen eine politische und kulturelle Stimme verweigerten. Die Antwort auf diese Geschichte der Unterdrückung konnte in den Augen der Liberalen nur „positive Diskriminierung" lauten, eine Politik, die auf der Sichtweise basierte, dass es nicht ausreicht, lediglich die Ursachen vergangener Ungerechtigkeiten zu beseitigen; es war nötig, sie durch die aktive Förderung von Frauen, ethnischen Minderheiten und anderen historisch benachteiligten Gruppen zu korrigieren. Auf die Zulassungspraxis der Universitäten übertragen, war eine Forderung dieser Politik die Einführung eines Quotensystems, das einen Teil der Studienplätze für Schwarze und andere Minderheitenangehörige reserviert. Aus denselben Überlegungen wurden die Lehrpläne der Universitä-

Schlachtfeld Sprache

Einige der erbittertsten Gefechte im PC-Krieg wurde auf dem Feld der Sprache geführt – darüber, was wir sagen können und wie wir es sagen sollen. Und genau hier werden auch die Stärken und Schwächen der Bewegung am deutlichsten sichtbar. Da ist einerseits die schiere Absurdität eines US-amerikanischen Fernsehreporters, der verzweifelt versucht, den Schwarzafrikaner Nelson Mandela als Schwarzen zu beschreiben, ohne das Wort „schwarz" zu verwenden, und sich schließlich für „afrikanischer Amerikaner" entscheidet. Manche Vorschläge – „*her*story" für „*his*tory", „wo*myn*" für „wo*men*" sind bewusst provokativ (und wider die Etymologie), andere sind schlichtweg albern und können kaum ohne ein kräftiges Augenzwinkern benutzt werden („zerebral eingeschränkt" für „dumm", „nichtbeschäftigt" für „arbeitslos"). Andererseits gibt es vieles, wogegen nur der reaktionärste Griesgram etwas haben könnte. Und selbst eine solche Person würde vermutlich zugestehen, dass es merkwürdig klingt, einen männlichen Flugbegleiter „Stewardess" zu nennen, sogar wenn er (und es ist wahrscheinlich ein Er) der Meinung ist, dass dies kein Beruf für einen Mann ist.

ten modifiziert, um eine neue multikulturelle Perspektive zu reflektieren, in der nicht-westliche Traditionen und Kulturen hohe Wertschätzung erfuhren. Kurse über die west-liche Zivilisation wurden heruntergefahren oder eingemottet, die großen Klassiker der westlichen Literatur schaffte man in die Magazine und ersetzte sie durch zeitgenössische Werke von Frauen, Schwarzen oder anderen Minderheiten.

Wie vorherzusehen war, empfand die politische Rechte dieses radikale Reformprogramm als zutiefst abstoßend, nicht zuletzt weil es sich in ihren Augen rücksichtslos über den Grundsatz der Chancengleichheit, einen der Grundpfeiler des amerikanischen politischen Systems, hinwegsetzte. Es war Teil des Angriffs der Rechten auf dieses Programm, dass konservative Kritiker den Ausdruck „Political Correctness“ übernahmen und ihn bewusst ironisch auf diejenigen anwendeten, die ihn geprägt hatten. Ein Angriffsziel der Rechten war die apologetische Weltsicht der PC-Lobby, die scheinbar so sehr unter postkolonialer Schuld und Selbstverachtung litt, dass sie andere Kulturen mit offenen Armen aufnahm, während sie ihre eigene verachtete. Ihre Attacken waren jedoch hauptsächlich auf die heuchlerische Intoleranz des Rufs nach Toleranz gerichtet. In ihrer Angst, traditionelle Einstellungen und Bräuche zu unterdrücken, schienen die fanatischen Vertreter der Political Correctness sich der Tatsache nicht bewusst oder ihr gegenüber gleichgültig zu sein, dass sie versuchten, die alte Denktradition durch eine neue und rigide eigene Lehrmeinung zu ersetzen. Diese dogmatische Beharrlichkeit, es gebe nur eine „korrekte“ Weise, die Dinge zu sehen, wurde von kritischen Stimmen als „liberaler Faschismus“ gebrandmarkt: eine unnachgiebige und illiberale Einstellung, die sowohl selbstgerecht als auch schnell bei der Hand war, anderen Ketzerei vorzuwerfen.

Gute Argumente, verlorene Kämpfe Eine Bewegung, die anfänglich weitgehend auf die akademische Welt beschränkt war, fand bald eine weitere Verbreitung in den USA und darüber hinaus. Innerhalb kürzester Zeit umfasste sie ein breites Spektrum liberaler Positionen, vom Umwelt- und Tierschutzgedanken bis zum Thema Stillen und den Risiken des Leistungssports. Angesichts ihrer Themenwahl wie auch der Schärfe, die sie gelegentlich an den Tag legten, war damit zu rechnen, dass die Verfechter der Political Correctness früher oder später in die Hände ihrer Gegner spielen würden. Arglos und dennoch provokativ haben sie immer wieder trotzig Standpunkte vertreten, die selbst unvoreingenommenen Beobachtern unhaltbar erscheinen mussten. Ironischerweise gibt es inmitten von allerlei Widersprüchlichem und Überreiztem auch vieles, was es durchaus verdient, angemahnt zu werden, und das dringend Fürsprecher braucht – ein Umstand, der in all dem politischen Gezänk und Gehabe oft untergeht.



44 Politischer Realismus

„Wir [die Athener] haben nichts Auffallendes oder dem menschlichen Geiste Fernliegendes getan, wenn wir die angebotene Herrschaft annahmen und dieselbe nicht wieder aufgaben, da wir von den wichtigsten Motiven bewogen sind, von Ehre, Furcht und Nutzen, auch nicht zuerst ein solches Verfahren eingeführt haben, sondern es für alle Zeiten feststeht, dass der Schwächere von dem Mächtigeren niedergehalten wird. Wir glauben unserer Herrschaft würdig zu sein, und auch ihr, Spartaner, hieltet uns bis jetzt dafür, bis ihr jetzt euren Vorteil berechnend den rechtlichen Gesichtspunkt gelten macht; den noch niemand, wenn sich Gelegenheit bot, durch Gewalt etwas zu erwerben, voranstellte und dadurch sich von Übergriffen abhalten ließ.“

Diese Worte sind Teil einer Rede, die wahrscheinlich 432 v. Chr., kurz vor dem Ausbruch des Peloponnesischen Krieges, von athenischen Gesandten gehalten wurde, die ihre größten Widersacher, die Spartaner, davon abhalten wollten, Widerstand gegen die wachsende Macht ihrer Städte und ihren aggressiven Imperialismus zu leisten. Vor mehr als 2 500 Jahren von dem griechischen Historiker Thukydides verfasst, ist ihr Ton weltgewandt und zynisch, ihre Botschaft pragmatisch und unmissverständlich. Für die Athener ist politische Interaktion zwischen unterschiedlichen Völkern letztlich immer ein Kampf um Macht, und in dieser Auseinandersetzung sind Angst um die eigene Sicherheit und Eigennutz die wesentlichen Motive. Auf moralische Skrupel verschwenden sie keine Zeit, sind sich am Ende doch alle einig, dass Macht vor Recht geht; das Kämpfen um die Herrschaft liegt im Wesen des Menschen, und jeder würde unter denselben Umständen genauso handeln wie sie.

Die Athener Thukydides' sprechen die Sprache der Realpolitik oder des politischen Realismus. Moralische oder ideologische Überlegungen zählen wenig, und weder Gerechtigkeitssinn noch irgendeine andere idealistische Erwägung darf die nüchterne Einschätzung der nationalen Interessen trüben. Zielsicher deren zentrale Bestandteile, Sorge um Sicherheit und Kampf um Macht, benennend, wurde Thukydides gelegentlich

Zeitleiste

5. Jh. v. Chr.
Thukydides beschreibt die realpolitischen Grundhaltungen in seiner *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*

1532
Machiavellis *Der Fürst* liefert die klassische Darstellung des politischen Realismus als „Machtpolitik“

als „Vater“ des politischen Realismus bezeichnet – ein Konzept auf dem Feld der internationalen Beziehungen, das Mitte des 20. Jahrhunderts aufkam und bis heute eine wichtige Rolle spielt.

Das Ende des Optimismus Das Aufkommen des Realismus als Theorie der internationalen Beziehungen war größtenteils eine Reaktion auf das Scheitern dessen, was diesem unmittelbar vorausgegangen war. In der Zeit zwischen den Weltkriegen war die Einschätzung der internationalen Beziehungen in weiten Teilen von Idealismus geprägt. Dieser gründete sich auf den utopischen Glauben an eine grundsätzliche Interessenharmonie zwischen Ländern; sein wichtigstes Argument war, dass Krieg und andere Formen des unangemessenen Gebrauchs von Macht durch wirksame internationale Rechtsvorschriften verhindert werden könnten.
Wie naiv diese Hoffnung war, wurde mit dem Niedergang des Völkerbundes, der nackten Aggression Hitlers und anderer faschistischer Führer wie auch ihrer schamlosen Missachtung des internationalen Rechts auf grausame Weise deutlich. Das Scheitern der Appeasement- oder Beschwichtigungspolitik, für die als Symbol das Münchner Abkommen von 1939 steht, war der Auslöser für eine eher nüchterne Einstellung in Fragen der internationalen Beziehungen. Die Akteure auf der weltpolitischen Bühne wurden nun als das gesehen, was sie waren, und nicht als das, wofür weltfremde Träumer sie gern hielten. Die Zeit war reif für eine neue Epoche des Realismus in den internationalen Beziehungen.

Wie mit Blick auf den Kontext, in dem sie ihre Ideen entwickelten, vorherzusehen war, zeichnete sich die Generation der politischen Realisten, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg in Erscheinung traten und später als „klassische Realisten“ bezeichnet wurden, durch eine eher pessimistische Einschätzung des Charakters internationaler Beziehungen aus. Nach ihrer Analyse vertritt ein Staatsmann zuallererst die nationalen Interessen, in enger Auslegung das Überleben oder den

Besser gefürchtet als geliebt

Einer der bekanntesten Realisten der Geschichte ist der florentinische Staatstheoretiker Niccolò Machiavelli, der in *Der Fürst* (1532) den Regierenden seinen berühmten Rat erteilt, dass es besser ist, gefürchtet zu werden als geliebt, und der wirkungsvolle Gebrauch von Macht von der Bereitschaft abhängt, sich über die gängigen Moralvorstellungen hinwegzusetzen. In ähnlicher Weise wie seine Nachfolger im 20. Jahrhundert wendet er sich vehement gegen den Idealismus seiner Zeitgenossen:

> Aber da es meine Absicht ist, etwas Nützliches für den zu schreiben, der es versteht, scheint es mir angemessener, der wirklichen Wahrheit der Tatsachen nachzugehen als den Warngebilden jener Leute. Viele haben sich Republiken und Herrschaften erdichtet, die sie in Wahrheit niemals gesehen und kennengelernt haben. Denn zwischen dem Leben, so wie es ist, und dem Leben, so wie es sein sollte, besteht ein so großer Unterschied, dass derjenige, der nicht beachtet, was geschieht, sondern nur das, was geschehen sollte, viel eher für seinen Ruin als für seine Erhaltung sorgt.

1938
Die britische und französische Beschwichtigung der Nazis in München steht symbolisch für das Scheitern des politischen Idealismus

1939
E. H. Carr formuliert in *The Twenty Years’ Crisis, 1919–1939* erstmals die realpolitische Perspektive

1979
Kenneth Waltz entwickelt in seiner *Theorie der internationalen Politik* den neorealistischen Ansatz

„Utopie und Realität sind … die zwei Facetten der politischen Wissenschaft. Vernünftiges politisches Denken und intaktes politisches Leben sind nur dort anzutreffen, wo beide ihren Platz haben.“

E. H. Carr, *The Twenty Years' Crisis*, 1939

Erhalt des Staates; erst wenn seine Existenz gesichert ist, ist er in der Lage, andere Staaten zu dominieren oder zu kontrollieren. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es des Mittels der Macht. Der „Kampf um Macht“ – im weitesten Sinn der Antrieb, die Möglichkeiten des Staates zu maximieren – ist folglich die treibende Kraft jeder politischen Aktivität.

Da die Macht des Staates sowohl relational ist (über einen anderen oder andere ausgeübt wird) als auch relativ (bezogen auf die Macht anderer Staaten), gingen die frühen Realisten davon aus, dass sie nur auf Kosten von anderen Staaten ausgeweitet werden kann. Im globalen Spiel der Kräfte gibt es immer Gewinner und Verlierer; in der Terminologie der später entwickelten Spieltheorie ist das Staatensystem ein Nullsummenspiel, bei dem Gewinnen auf einem Gebiet notwendigerweise Verluste auf einem anderen gegenüberstehen. Nach dieser Logik ist die Befriedigung der nationalen Interessen (durch Zugewinn an Macht) per se kompetitiv und konfliktreich. Und da für die klassischen Realisten der Kampf um Macht ein fester Bestandteil der *condition humaine* ist – zwangsläufiger Ausdruck einer mehr oder weniger unveränderlichen menschlichen Natur –, hatten sie wenig Hoffnung auf Wandel oder Verbesserung in der Zukunft. Für die Realisten sind also Konflikte und Krieg gewissermaßen vorprogrammiert, und die Hauptaufgabe besteht in ihren Augen darin zu analysieren, wie sie durch Diplomatie und strategische Allianzen gesteuert oder minimiert werden können.

Neorealismus Der Realismus etablierte sich in der Nachkriegszeit als vorherrschende Methode in der Beurteilung und Gestaltung der internationalen Beziehungen, insbesondere wurde er zum führenden Paradigma bei der Analyse von Bedrohungen und der Gestaltung von Politik im Kontext des Kalten Krieges, als sich zwei Supermächte als erbitterte Feinde gegenüberstanden. In einer derart polarisierten und am Rande der atomaren Vernichtung stehenden Welt besaß die Klarheit der realistischen Weltsicht mit ihrem deutlichen Fokus auf den Sicherheitsaspekt eine starke Anziehungskraft. Von den 1960er-Jahren an entpuppte sich jedoch die elegante Einfachheit zunehmend als Vergröberung, und man begann, komplexere Konzepte und Theorien zu entwickeln.

Der politische Neorealismus teilt viele Annahmen mit seinen klassischen Vorläufern. Er ist dem zentralen Anspruch verhaftet, dass das Verhalten individueller Staaten im Kern kompetitiv ist und sich am besten in Bezug auf deren gegenseitige Machtverhältnisse erklären lässt. Und auch der Neorealismus stellt den souveränen Staat in den Mit-

telpunkt und betrachtet ihn als einen kohärenten Akteur, der sich bei der Verfolgung seiner eigenen Interessen rational verhält. Die grundlegende Weiterentwicklung, die in der neorealistischen Betrachtungsweise ein zentrale Rolle spielt, ist die Vorstellung, dass der Konflikt als wesentliches Bestimmungsmerkmal des internationalen Systems in der Struktur dieses Systems selbst begründet liegt und nicht als eine Folge von unveränderlichen Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Natur (wie klassische Realisten typischerweise annehmen) zu werten ist. Die Souveränität der Staaten, die dieses System bilden, bedeutet, dass sie untereinander formal gleichgestellt sind und somit keine höhere Souveränität als ihre eigene anerkennen; das System ist also „anarchisch“ insofern, als in ihm keine übergeordnete Autorität zur Durchsetzung von Gesetzen und Vereinbarungen zwischen seinen Mitgliedern existiert. In einem solchen System ist jeder Staat gezwungen, nach dem Prinzip der „Selbsthilfe“ zu agieren: Im Umgang mit anderen Nationen kann er nicht mit Wohlwollen rechnen, sondern er ist bei der Wahrung seiner Interessen auf die eigenen Ressourcen angewiesen.

Komplexe Verflechtungen Der Realismus in seiner neorealistischen oder „strukturellen“ Ausprägung spielt als Betrachtungsweise innerhalb der Lehre von den internationalen Beziehungen nach wie vor eine wichtige Rolle, nicht zuletzt aufgrund der umfangreichen und konstruktiven Kritik, die er ausgelöst hat. Die Attraktivität des Realismus, vor allem seine Einfachheit, wird von Kritikern als Schwäche ausgelegt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass seine auf den Einzelstaat konzentrierte Weltsicht die Komplexität und Vernetztheit der heutigen globalen Beziehungen außer Acht lässt. Die Kräfte der wirtschaftlichen und sonstigen Globalisierung, die Bedeutung transnationaler und nichtstaatlicher Akteure (multinationale Unternehmen, internationale Organisationen, Terrorgruppen usw.), der Verlust und die Fragmentierung staatlicher Macht, die Ausweitung komplexer Bedrohungen (hinsichtlich Terrorismus und Umwelt), die abnehmende Bedeutung konventioneller Streitkräfte: All dies hat dazu beigetragen, die realistische Sichtweise bestenfalls anachronistisch erscheinen zu lassen. Ebenso lautstarke Kritik rief das Fehlen eines moralischen Fundaments hervor, ein Mangel, der durch das Beharren auf dem Konflikt als wesentlicher Triebfeder innerhalb des internationalen Systems offensichtlich wurde. Auf all dies würde der Realist, Utopien gegenüber stets skeptisch eingestellt, wahrscheinlich genauso reagieren, wie er vor über einem halben Jahrhundert reagiert hätte: Er würde die Welt als das betrachten, was sie ist, und nicht, wie wir sie uns vielleicht wünschen.

‚Der politische Realismus hat zu allen Zeiten darauf bestanden, dass das Wesen der Politik grundlegend vom Kampf um Macht geprägt ist.‘
John Herz, ***Politischer Realismus und politischer Idealismus***, 1951



45 Krieg

„Im Menschen ist ein Drang zur Vernichtung, ein Drang zum Totschlagen, zum Morden und Wüten, und solange die ganze Menschheit, ohne Ausnahme, keine Metamorphose durchläuft, wird Krieg wüten, wird alles, was gebaut, gepflegt und gewachsen ist, wieder abgeschnitten und vernichtet, und dann fängt es wieder von vorn an.“ Mit diesen im Mai 1944 niedergeschriebenen Worten drückt das 14-jährige deutsch-jüdische Mädchen Anne Frank eine von vielen geteilte Hoffnungslosigkeit aus. Von allen Geschöpfen scheint der Mensch als einzige Spezies darauf versessen zu sein, seinesgleichen umzubringen. Kriege hat es in wiederkehrenden Zeitabständen und fast überall gegeben, man könnte also mit der jungen Tagebuchschreiberin versucht sein zu glauben, dass er ein tief in der Natur des Menschen verwurzeltes Element ist.

Eine lapidare Antwort auf die Frage, warum die Kriege nicht enden, gibt der preußische Militärtheoretiker Karl von Clausewitz: „Der Krieg“, erklärt er, „ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Solange der Mensch ein politische Wesen voller Hunger nach Land und anderen Ressourcen ist, solange wird es Streitigkeiten darüber geben, welche Gruppe wo lebt und welche Gruppe anderen sagt, was sie zu tun und zu lassen haben. Sehr oft werden diese Auseinandersetzungen nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden können und gewaltsame Konflikte die Folge sein. Dennoch hat es andere gegeben, die sich – allen bisherigen historischen Erfahrungen zum Trotz – hartnäckig an die Hoffnung geklammert haben, dass eine Zukunft ohne Krieg möglich und das Führen von Kriegen in gewisser Weise kulturell bedingt ist, eine Folge sozialer Praktiken, die grundsätzlich entweder zum Besseren verändert oder aber beseitigt werden können.

Den guten Kampf kämpfen Die Meinungen, ob der Krieg zum Wesen des Menschen gehört oder nicht, mögen auseinandergehen, doch wenige würden bestreiten, dass manche Auseinandersetzungen schlimmer sind als andere und Gewalt nicht immer ausschließlich schlecht ist. „Der Krieg ist eine hässliche Sache“, schrieb der englische Philosoph John Stuart Mill, „aber nicht die allerhässlichste. Schlimmer ist die Verkommenheit der moralischen und patriotischen Gefühle, wonach nichts einen Krieg *wert* sei“.

Zeitleiste

4. Jh. v. Chr.
Sunzi verfasst *Die Kunst des Krieges*, das als frühestes Buch über Strategie gilt

5. Jh. n. Chr.
Der heilige Augustinus entwickelt die christliche Lehre vom gerechten Krieg

13. Jh.
Thomas von Aquin entwickelt die Grundsätze des gerechten Krieges weiter

Mill war überzeugter Humanist, doch er glaubte, dass es mitunter notwendig ist, den guten Kampf zu kämpfen. Gelegentlich können die Motive so zwingend sein und der Grund so wichtig, dass der Rückgriff auf Waffengewalt moralisch gerechtfertigt ist. In diesen besonderen Umständen kann Krieg das kleinere von zwei Übeln sein: Krieg kann gerecht sein.

Die Lehre vom gerechten Krieg geht auf den heiligen Augustinus zurück, der im 5. Jahrhundert n. Chr. versuchte, den Pazifismus der Urkirche mit den bedrückenden Realitäten des Kaisertums in Einklang zu bringen. Augustinus' Überlegungen wurden im 13. Jahrhundert von Thomas von Aquin zu einer detaillierten Theorie erweitert. Der Theologe war verantwortlich für die kanonisch gewordene Unterscheidung zwischen *jus ad bellum* („Das Recht zum Krieg" – die Bedingungen, unter welchen es moralisch richtig ist, zu den Waffen zu greifen) und *jus in bello* („Das Recht im Krieg" – Verhaltensregeln in kämpferischen Auseinandersetzungen). Die aktuelle Debatte über die ethische Bewertung des Krieges ist in hohem Maß von diesen beiden Vorstellungen geprägt.

„Es hat niemals einen guten Krieg und niemals einen schlechten Frieden gegeben."
Benjamin Franklin, 1783

Unwürdiges Verhalten

Ein gerechter Krieg kann ungerecht geführt werden, und ein ungerechter Krieg kann gerecht geführt werden: Mit anderen Worten, einen Krieg aus zulässigen Gründen zu beginnen, ist eine Sache, sich in laufenden Kampfhandlungen in moralisch angemessener Weise zu verhalten, eine andere. Dieser zweite Aspekt (in der üblichen Terminologie als *jus in bello* bezeichnet) umfasst eine große Bandbreite von Fragen, darunter den Einsatz besonderer Arten von Waffen (atomare, chemische, Minen, Splitterbomben usw.) und das individuelle Verhalten der Soldaten sowohl gegenüber dem Feind als auch gegenüber Zivilisten. Ein wesentlicher Punkt ist, dass die zum Erreichen eines bestimmten Ziels gewählten Mittel angemessen sein müssen: Zum Beispiel würden die meisten kein militärisches Ziel als wichtig genug erachten, um einen atomaren Angriff zu rechtfertigen. Ein zweiter Punkt ist, dass strikt zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten unterschieden werden muss. So gilt es zum Beispiel allgemein als unmoralisch, Zivilisten ins Visier zu nehmen, so wirkungsvoll es aus militärischer Sicht auch sein mag. Die Bombardierung von Städten durch Militärflugzeuge der Achsenmächte und der Alliierten wird oft als Beispiel einer rechtswidrigen Unterlassung hinsichtlich einer solchen Unterscheidung angeführt.

1832
Karl von Clausewitz veröffentlicht sein höchst einflussreiches Werk *Vom Kriege*

1862
Der Amerikanische Bürgerkrieg veranlasst John Stuart Mill, die Idee des gerechten Krieges zu preisen

Ein kleineres Übel … Die Mehrzahl der Experten stimmt darin überein, dass eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein muss, damit ein Krieg als gerechtfertigt gelten kann. Zunächst einmal muss es einen „zulässigen Grund“ geben. In früheren Zeiten war dieser oft religiöser Natur. Ein solcher Grund würde jedoch heute, zumindest in der säkularen westlichen Welt, grundsätzlich als ideologisch motiviert zurückgewiesen, und moderne Theoretiker beschränken den zulässigen Grund gewöhnlich auf die Verteidigung gegen einen Angreifer. Unumstritten darin eingeschlossen wäre auch die Selbstverteidigung gegen eine Verletzung der in einem Land geltenden Grundrechte – ein Angriff auf seine politische Souveränität und territoriale Integrität –, und viele würden die Definition dahingehend ausweiten, dass die Unterstützung eines von einer solchen Aggression betroffenen Landes ebenfalls ein zulässiger Kriegsgrund ist. Doch ein zulässiger Grund allein ist noch nicht ausreichend. Eine „gerechte Absicht“ muss hinzukommen. Der ausschließliche Beweggrund jeder kriegerischen Handlung muss sein, das durch den ursprünglichen Akt der Aggression verursachte Unrecht zu beseitigen. Der geforderte zulässige Grund darf kein Feigenblatt für irgendwelche anderweitigen Motive wie nationale Interessen oder territoriale Expansionsbestrebungen sein.

‚Wer aber nur einmal in das brechende Auge eines sterbenden Kriegers auf dem Schlachtfelde geblickt hat, der besinnt sich, bevor er einen Krieg anfängt.‘
Otto von Bismarck, 1867

Eine weitere Bedingung ist, dass die Entscheidung, zu den Waffen zu greifen, ausschließlich von der „legitimen Autorität“ getroffen werden darf. In der Geschichte der Menschheit herrschte über weite Strecken ein Zustand, wie er von dem Dichter John

Das unübertreffliche Desinfektionsmittel

Unverbesserliche Kriegsverehrer, die dessen vermeintlich kräftigende und den Menschen erhebende Wirkung priesen, hat es zu jeder Zeit gegeben. So schrieb 1911, drei Jahre vor Ausbruch des „Krieges, der allen Kriegen ein Ende setzen wird“, der preußische Militärhistoriker Friedrich von Bernhardi mit glühender Begeisterung über „die Unvermeidbarkeit, den Idealismus und die Segnungen des Krieges“. Zu Beginn desselben grausamen Konflikts verherrlichte der englische Dichter und Kritiker Edmund Gosse in einem Essay den Krieg als „das unübertreffliche Desinfektionsmittel“, dessen „roter Blutstrom … die stehenden Tümpel und verstopften Bahnen des Geistes freispült.“ Weniger verwunderlich ist, dass der Krieg von Faschisten wie Mussolini glorifiziert wurde, der sich zu den Worten verstieg: „Nur er prägt den Völkern, die den Mut aufbringen, ihn zu wagen, das Zeichen des Adels auf.“ Erwartungsgemäß sind es meist Veteranen wie Eisenhower, die wissen, was Krieg wirklich bedeutet: „Ich hasse Krieg wie nur ein Soldat, der je gelebt hat, ihn hassen kann, schon allein weil ich seine Brutalität, seine Sinnlosigkeit, seine Dummheit gesehen habe.“ Oder wie der niederländische Humanist Erasmus es ausdrückte: „Den Krieg kann nur loben, wer ihn nicht erfahren hat.“

Dryden Ende des 17. Jahrhunderts beschrieben wurde, der erklärte: „Krieg ist die Angelegenheit von Königen.“ Doch binnen eines Jahrhunderts hatte die Französische Revolution dafür gesorgt, dass das Recht zur Kriegserklärung von nun an bei jeder legitimierten Staatsautorität liegen konnte. Das Konzept der legitimen Autorität wirft natürlich schwierige Fragen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit einer Regierung und des adäquaten Verhältnisses zwischen Entscheidungsträgern und Volk auf. Beispielsweise würde kaum jemand bestreiten, dass es den Naziherrschern im Deutschland der 1930er-Jahre nicht nur am zulässigen Grund mangelte, einen Krieg zu erklären und zu führen, sondern dass ihnen auch die grundlegende Legitimität fehlte.

… und ein letztes Mittel Ein Land sollte nur dann zum Mittel des Krieges greifen, zumal eines gerechten, wenn es eine realistische Aussicht auf Erfolg gibt: Es macht grundsätzlich keinen Sinn, umsonst Menschenleben und Ressourcen zu opfern. Andere würden indes argumentieren, dass es richtig ist (und auf keinen Fall falsch), einen Aggressor abzuwehren, auch wenn es sich um einen vergeblichen Gestus handeln mag. Weiterhin gilt das Prinzip der Angemessenheit der Mittel. Es muss eine Ausgewogenheit zwischen dem angestrebten Ziel und den möglichen Konsequenzen seines Erreichens bestehen: Der erwartete Nutzen im Sinne einer Wiedergutmachung von begangenem Unrecht, die den zulässigen Grund darstellt, muss gegen die voraussichtlichen Schäden im Sinne von Opfern, menschlichem Leiden usw. abgewogen werden.

„Den Feind kampflos zu unterwerfen, das ist die höchste Kunst“, schrieb der chinesische General und Militärtheoretiker Sunzi rund 500 Jahre v. Chr. Militärische Maßnahmen müssen stets das letzte Mittel sein, und sie sind nur gerechtfertigt, wenn alle anderen friedlichen, nichtmilitärischen Optionen gescheitert sind. Oder wie der britische Politiker Tony Benn einmal bemerkte: „Krieg ist immer das Versagen der Diplomatie.“

Palavern oder Krieg führen?

Die Mehrzahl der heutigen Politologen stimmt der Lehre vom gerechten Krieg in der einen oder anderen Form zu, doch es gibt auch abweichende Auffassungen. Zwei andere maßgebliche Sichtweisen sind zum einen der politische Realismus und zum anderen der Pazifismus. Die Realisten stehen allen Versuchen, ethische Konzepte auf den Krieg anzuwenden, grundsätzlich skeptisch gegenüber. In ihren Augen ist Krieg im Wesentlichen ein natürliches Ergebnis der Interaktion unabhängiger und autonomer Staaten auf der internationalen Bühne; internationaler Einfluss, nationale Sicherheit und die Wahrung eigener Interessen sind die zentralen Punkte, um die es geht. Pazifisten dagegen vertreten mit großer Leidenschaft die Auffassung, dass moralische Maßstäbe auch in internationalen Angelegenheiten herrschen müssen; militärische Maßnahmen sind nach ihrer Überzeugung niemals der richtige Weg – es gibt immer eine bessere Möglichkeit, ein Problem zu lösen. Oder, wie Winston Churchill 1954 resümierte: „Lieber palavern statt Krieg führen!“



46 Nationalismus

„Das Vaterland ist kein Territorium, das Territorium ist lediglich dessen Grundlage. Das Vaterland ist die Idee, die dieser Grundlage entspringt; es ist das Gefühl der Liebe und der Gemeinschaft, das alle Söhne dieses Territoriums miteinander verbindet." So beschrieb der italienische Politiker Giuseppe Mazzini 1860 das Gefühl des Patriotismus – die Liebe zum Vaterland –, von dem er so sehr beseelt war, dass er zu einem der Architekten des italienischen Einigungsprozesses wurde.

Kaum jemand wird die Ernsthaftigkeit des von Mazzini beschriebenen Gefühls anzweifeln wollen. In Krisenzeiten kann Patriotismus die wichtigste Triebfeder für heroische Aufopferung und selbstlosen Widerstand gegen Unterdrückung sein; in ruhigeren Abschnitten vermag Vaterlandsliebe ein tiefes und dauerhaftes Gefühl der Gemeinschaft und des sozialen Zusammenhalts zu erzeugen. Doch wer seinem eigenen Land einen hohen Wert beimisst, der neigt gleichzeitig dazu, andere Länder herabzusetzen. Ein enger Verwandter des Patriotismus – Nationalismus – ist oft mit einer leidenschaftlichen Hingabe verbunden, die andere ausschließt und ein Gefühl der Überlegenheit hervorrufen kann. Über den Nationalcharakter, dem der Nationalismus huldigt, schrieb 1851 der deutsche Philosoph Arthur Schopenhauer: „Dem Nationalcharakter wird … nie viel Gutes ehrlicherweise nachzurühmen sein. Vielmehr erscheint nur die menschliche Beschränktheit, Verkehrtheit und Schlechtigkeit in jedem Lande in einer anderen Form und diese nennt man den Nationalcharakter." In den Augen Einsteins eine „Kinderkrankheit … die Masern der Menschheit", war Nationalismus die Hauptursache der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert und in jüngerer Zeit mitverantwortlich für die schlimmen Gewaltexzesse und grotesken „ethnischen Säuberungen" in so unterschiedlichen Regionen wie Ruanda und den Balkanländern. Der Nationalismus hat in den letzten 200 Jahren eine solche Leidenschaft und Wut freigesetzt, dass ihm ein großer Teil der Verantwortung für die verheerenden Konflikte dieser Epoche zugeschrieben werden muss.

Der Kampf um Eigenstaatlichkeit Nationalismus ist mehr als nur Liebe zum Vaterland – der Stolz auf seine Errungenschaften und die Sorge um sein Wohlergehen,



1775–1783
Die aus der Amerikanischen Revolution hervorgegangenen USA liefern das Vorbild eines liberalen Nationalismus

1789–1799
Die Französische Revolution kämpft für „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"

ca. 1870
Bildung des italienischen Staates nach einem halben Jahrhundert nationalistischer Bestrebungen

„Patriotismus ist ein lebendiges Empfinden gemeinsamer Verantwortung. Nationalismus ist ein lächerlicher Gockel auf seinem eigenen Misthaufen.“

Richard Aldington, englischer Schriftsteller, 1931

die dem Patriotismus zugrunde liegt. Stärker fokussiert und konzeptualisiert als dieser hat der Nationalismus oft eine politische oder ideologische Komponente. Und er verbindet patriotische Gefühle mit konkreten, auf Veränderungen oder Anerkennung hinwirkenden Programmen. Nationalistische Programme dienen meist dem Zweck, die Eigenstaatlichkeit zu erlangen – ein Status, der Unabhängigkeit und Souveränität für eine Gemeinschaft impliziert, deren Mitglieder der Ansicht sind, dass sie eine „Nation“ darstellen. Ist dieser grundlegende Anspruch verwirklicht, zielt der Nationalismus im Weiteren darauf ab, das Wohlergehen der Nation zu fördern und diejenigen Werte und besonderen Eigenschaften zu verteidigen, auf deren Grundlage sich das Gefühl einer gemeinsamen Identität und Bestimmung ursprünglich entwickelt hat. Diese verschiedenen Absichten fest im Blick, glauben Nationalisten, dass das – angestrebte oder erreichte – Ziel ihrer Anstrengungen, der Nationalstaat, das Anrecht auf die uneingeschränkte Loyalität seiner Mitglieder hat und seine Interessen allen anderen übergeordnet sind.

Der Genius einer Nation Was also ist die Nation, auf die Nationalisten ihre Hoffnungen setzen und von der sie träumen? Der langfristige Fortbestand eines Staates hängt zweifellos von der Existenz eines anerkannten Territoriums mit stabilen Grenzen ab. Doch jeder Nationalist würde mit Mazzini übereinstimmen, dass es damit nicht getan ist. In seinen 1830 veröffentlichten *Tischgesprächen* kommt der Dichter Samuel Taylor Coleridge der wahren Bedeutung recht nahe: „Ich jedenfalls nenne den Rasen unter meinen Füßen nicht mein Vaterland. Doch Sprache, Religion, Gesetze, Regierung, Blut – Gleichheit in diesen macht Menschen zu Menschen eines Vaterlandes.“

Aber auch das reicht noch nicht aus. Nationalisten zeichnen sich weiter durch ihren Glauben aus, dass ihr Heimatland einzigartig ist (und deshalb anderen überlegen), verbunden mit der Überzeugung, dass es einen bestimmten Charakter oder eine besondere Identität gibt, einen „Genius der Nation“, wie Emerson schrieb, „der nicht in den Bürgern als Zahl zu finden ist“. Gemeinsame Herkunft und Ethnizität, eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsamer Fundus an Mythen und Erinnerungen, traditionelle Werte und

1871	1922–1945	1991–2001	1994
Deutschland wird als einheitlicher Nationalstaat unter der Führung Bismarcks gegründet	Faschistische Diktatoren verfolgen eine extrem nationalistische Politik in Europa	Nationalistischer Hass schürt den Krieg auf dem Balkan	Nationalistisch motivierter Völkermord in Ruanda

Die Vergangenheit neu erfinden

Nationalismus und nationale Selbstbestimmung sind heute weitgehend als legitime politische Bestrebungen akzeptiert. Ein Aspekt dieser Legitimität ist die Vorstellung, dass die Nation als politische Organisationseinheit schon seit langem existiert – eine Vorstellung, die sehr stark durch nationale Mythen gestützt wird, deren historische und kulturelle Ursprünge bis in eine archaische Vorzeit zurückreichen. In Wirklichkeit sind Nationalstaaten überwiegend moderne Gebilde, und das Bild einer ununterbrochenen historischen Kontinuität ist im Wesentlichen die Erfindung eines „rückwärtsgewandten Nationalismus". Das bedeutet nicht, dass Menschen im Verlauf der Geschichte nicht dauerhaft mit ihrem Geburtsland und den von ihren Vorfahren weitergegebenen Bräuchen und Traditionen verbunden waren. Doch die Bindungsmuster der Vormoderne waren grundlegend andere. Die primäre Loyalität galt nicht dem Staat an sich, sondern einem von Gott eingesetzten Monarchen; und unter dem Monarchen existierte eine komplizierte Hierarchie lokaler Loyalitäten gegenüber Feudalherren oder Adelseliten. Und Grundlage aller übrigen Vorstellungen war die Überzeugung, dass jeder Mensch einer allumfassenden religiösen Gemeinschaft angehört, die danach strebt, die gesamte Menschheit einzuschließen. Erst als diese traditionellen Bande sich in einem Prozess, der mit den Erschütterungen der Revolutionen in Amerika und Frankreich einsetzte, zu lockern begannen, konnten die Kräfte der Moderne – Säkularisierung, Volkssouveränität, die Konzeption der Menschenrechte, wissenschaftlicher Fortschritt, Industrialisierung – ihre volle Wirkung entfalten und den Nationalstaat formen. Und seit der Nationalstaat existiert, gibt es auch den nationalistischen Eifer, aus dem er hervorgegangen ist.

Bräuche; einige oder die Gesamtheit dieser – historischen, geografischen, kulturellen – Faktoren verschmelzen auf geheimnisvolle Weise miteinander und es entsteht etwas, das mehr ist als die Summe seiner Teile: der unverwechselbare und einzigartige Nationalcharakter. Diese Qualität zu erfassen, ist mehr eine Angelegenheit des Fühlens als des Wissens, sie wird eher instinktiv als intellektuell wahrgenommen: „Nationen denken nicht", schrieb 1906 Mark Twain, „sie fühlen nur. Sie beziehen ihre Empfindungen aus zweiter Hand durch ihre Temperamente und nicht durch ihren Verstand."

Die Existenz einer solchen geheimnisvollen Qualität lässt sich naturgemäß kaum widerlegen (wenngleich die Beweislast bei denen liegen sollte, die glaubhaft machen wollen, dass es sie gibt). Andererseits sind die Gründe, die gewöhnlich angeführt werden, um zu zeigen, dass eine Nation eine Art kohärente und privilegierte Gemeinschaft ist, äußerst vage. Als „Kitt" der nationalen Identität gilt meist die Volkszugehörigkeit oder Ethnizität, hinzu kommt eine Reihe historischer, kultureller und anderer Faktoren. Doch in Wahrheit haben sich ethnische Gruppen über Tausende von Jahren vermischt und keine heutige Bevölkerung, egal welcher Größe, ist ethnisch homogen. Selbst wenn es solche ethnischen Gruppen gäbe, spräche vieles dafür, dass die Zugehörigkeit zu

einer gemeinsamen Ethnie relativ wenig mit dem Entstehen von Gemeinschaft und mit Integration zu tun hat, vergleicht man sie mit anderen Faktoren wie beispielsweise einer gemeinsame Sprache und Religion.

Liberaler versus autoritärer Nationalismus Die Ursprünge des Nationalismus als modernes politisches Phänomen sind notwendigerweise mit dem Entstehen des Nationalstaates verknüpft, dem seine Ambitionen gelten (▶ Seite 108). Während sich der Nationalismus entsprechend den jeweiligen zeitlichen und örtlichen Bedingungen auf ganz unterschiedliche Weise artikulierte, zeichneten sich schon in der Frühphase seines Entstehens zwei ganz unterschiedliche Ausprägungen ab: eine liberale und progressive und eine autoritäre und rückwärtsgewandte.

Obwohl sie zutiefst patriotisch waren, verband die Gründerväter der Vereinigten Staaten ein Nationalgefühl, das im Kern liberal und zukunftsorientiert war. Sie teilten eine universelle, auf Vernunft gegründete Perspektive und sahen sich in ihrem Streben nach Freiheit und Gleichheit als Wegbereiter und leuchtendes Vorbild für die gesamte Menschheit. Die Vision einer neuen amerikanischen Nation inspirierte unmittelbar den Nationalismus derer, die wenige Jahre später in Frankreich für die Revolution kämpften und ihre universellen Ziele mit dem berühmten Schlachtruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zum Ausdruck brachten. Sowohl in Frankreich als auch in Amerika war die Bildung einer neuen Nation ein von ihren Mitstreitern bewusst vollzogener Akt der Selbstbestimmung.

Teilweise als Reaktion auf die Exzesse der Französischen Revolution und die nachfolgenden Verheerungen durch Napoleon Bonaparte nahm der deutsche Nationalismus, der sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte, einen ganz anderen Charakter an. Seinem Wesen nach romantisch und nach innen gerichtet, favorisierte er Gefühl und Instinkt gegenüber Vernunft und Verstand, Tradition gegenüber Fortschritt, Autorität gegenüber Freiheit. Jeglichen Universalismus ebenso zurückweisend wie die Vorstellung von Brüderlichkeit unter den Völkern, nahm diese Variante des Nationalismus rasch Formen der Selbstbezogenheit und Exklusivität an, indem eine Nationalgeschichte erschaffen wurde, die großes Gewicht auf Unterscheidung und Überlegenheit legte. Es waren diese Vorstellungen von einer Nation und der daraus resultierende Nationalismus, die von den faschistischen Diktatoren des 20. Jahrhunderts ausgenutzt und missbraucht wurden.

Worum es geht

Die Gefahren einer Kinderkrankheit

47 Imperialismus

Der Begriff ist historisch gesehen relativ jung, doch imperialistische Praktiken sind fast so alt wie die Geschichte selbst. Seit frühester Zeit streben Menschen, die erfolgreich ein starkes politisches Gemeinwesen geformt haben, danach, die Kontrolle über schwächere Gemeinschaften – in der Regel durch Waffengewalt – zu gewinnen und deren Land, Arbeitskräfte und andere Ressourcen auszubeuten.

Die zeitlich aufeinanderfolgenden Hochkulturen Mesopotamiens und des Mittelmeergebiets bilden ein durchgängiges Narrativ der imperialen Vorherrschaft, von den babylonischen und assyrischen Reichen bis zum Perserreich Kyros' des Großen, der Seemacht Athens und dem riesigen makedonischen Reich Alexanders des Großen. Reiche kommen und gehen, das ist ihr Schicksal; und mit der Zeit wichen die Überreste dieser einst mächtigen Reiche dem, was bald eines der größten und am längsten überdauernden von allen sein würde: das ausgedehnte Römische Reich, das sich in seiner Blütezeit von Britannien bis nach Nordafrika und Vorderasien erstreckte. Nicht zufällig wurden die Begriffe „Imperium" und „Imperialismus" vom lateinischen *imperium* abgeleitet. Es stand ursprünglich für die „Befehlsgewalt" oder „Herrschaft" entweder eines zivilen Magistrats oder eines militärischen Führers und unterstreicht, was ein Imperium vor allem bedeutet: Macht.

Als der Begriff „Imperialismus" um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkam, bezeichnete er zunächst nichts anderes als ein Regierungssystem, an dessen Spitze ein Kaiser stand; teilweise wurde er mit der negativen Nebenbedeutung verwendet, dass eine solche Herrschaft willkürlich oder despotisch war. Doch schon bald, mit dem Aufblühen des Britischen Empire, erhielt der Begriff eine eher positive Bedeutung und stand für eine Politik – und das Eintreten für eine Politik –, die darauf ausgerichtet war, Macht und Einfluss eines Staates auszuweiten, gewöhnlich mit Waffengewalt und durch Kolonisation. In diesem Sinne wird der Begriff auch heute meist verstanden. Allerdings haben ein Jahrhundert mit zwei Weltkriegen und viele (anfänglich) kommunistisch beeinflusste Schmähungen dazu geführt, dass sich seine Konnotationen vollständig geändert haben. Im 21. Jahrhundert gelten imperialistische Bestrebungen fast ausnahmslos als schädlich und verurteilungswürdig.

Zeitleiste

Mitte 6. Jh. v. Chr.
Kyros der Große errichtet das Perserreich im Vorderen Orient

478–404 v. Chr.
Aus einer gegen Persien gerichteten Allianz griechischer Staaten geht das Attische Reich hervor

336–323 v. Chr.
Alexander der Große von Makedonien erobert ein riesiges Reich, das sich bis nach Indien erstreckt

3. Jh. v. Chr.
Die Machtausweitung Roms über Italien markiert den Beginn des Römisches Reichs

„Vernünftiger Imperialismus ist höherer Patriotismus – im Unterschied zu dem, was ich als Raubtier-Imperialismus bezeichnen würde.“

Lord Rosebery, britischer liberaler Politiker, 1899

Wo Macht vor Recht geht Überlegene Macht war immer die Grundvoraussetzung für Herrschaft, und erst in den zurückliegenden 100 Jahren wurde das Recht, diese Macht in vollem Umfang einzusetzen, von Herrschern wie Beherrschten ernsthaft hinterfragt. Die Vorstellung, dass Macht vor Recht geht – dass es richtig ist, wenn der Mächtige den Schwächeren unterwirft –, wird von dem griechischen Historiker Thukydides in seiner Geschichte des Peloponnesischen Krieges ausdrücklich formuliert. Er berichtet, wie eine Gesandtschaft von Athenern, die 432 v. Chr. vor der Großen Versammlung in Sparta einen Krieg abzuwenden und Athens imperialen Herrschaftsanspruch über Griechenland zu rechtfertigen versuchten, indem sie darauf beharrten, nur das zu tun, was jeder andere an ihrer Stelle auch tun würde: „Es steht für alle Zeiten fest, dass der Schwächere von dem Mächtigeren niedergehalten wird.“ Der rechtliche Gesichtspunkt, so fügten sie hinzu, tue hier nichts zur Sache und habe „noch niemanden von Übergriffen abgehalten, wenn sich Gelegenheit bot, durch Gewalt etwas zu erwerben“. Politische Zweckdienlichkeit und politische Macht – einzig und allein darauf kommt es an.

Die Gelegenheit beim Schopf packen Die Dominanz eines Imperiums beruht im Wesentlichen auf einer ungleichen Machtverteilung, aus der sich die Möglichkeit zur Ausbeutung eines Landes durch ein anderes ergibt. In der Geschichte kam es zu solchen unausgewogenen Machtverhältnissen, wenn ein Staat sich bestimmte Vorteile in der Waffentechnik oder im strategischen Bereich verschafft hatte. Beispielsweise dürfte die Entwicklung eines verbesserten Steigbügels, der es den Mongolen erlaubte, ihre Bogen zu Pferd wirksamer einzusetzen, ihren Teil dazu beigetragen haben, dass sie ein riesiges Reich errichten konnten, das sich von der Pazifikküste Chinas bis an die Ufer des Schwarzen Meeres erstreckte. In ähnlicher Weise war die Verwendung von Schießpulver und später von Selbstlade- und Maschinengewehren eine Voraussetzung dafür, dass die Europäer ihren Herrschaftsbereich auf weite Teile Asiens, Afrikas und des amerikanischen Doppelkontinents ausweiten konnten.

13. Jh. n. Chr.
Die Mongolen erobern ein riesiges Reich quer durch Eurasien

15.–19. Jh.
Europäische Kolonisation des amerikanischen Doppelkontinents, Indiens usw.

1920er-Jahre bis **1945**
Faschistische Diktatoren leiten eine neue Phase des aggressiven Imperialismus ein

2001
Mit dem „Krieg gegen den Terror“ beginnt eine neue Phase des US-amerikanischen Imperialismus

Wo sich die Gelegenheit bietet, einen vorhandenen Bedarf oder Mangel auszugleichen, können Gemeinschaften, die über ausreichende Macht verfügen, nach Expansion streben und sich Ressourcen außerhalb ihrer Grenzen aneignen. In manchen Fällen mag ein plötzlich und unvorhergesehen eintretendes Ereignis, zum Beispiel Hunger oder Dürre, der Anlass dafür sein; in anderen Fällen sind es eher allmähliche Veränderungen wie eine wachsende Bevölkerung, die mehr Fläche für Siedlungen und Landwirtschaft benötigt. Oft ist das Motiv auch ökonomischer Art: das Bestreben, exotische oder besonders wertvolle Güter (Minerale, Gewürze, Rauschmittel) zu kontrollieren, durch zusätzliche Steuern und Abgaben Einnahmen zu erzielen, Zugang zu billiger oder Sklavenarbeit zu erhalten oder Märkte für einheimische Produkte zu gewinnen und zu beherrschen. Imperialistische Absichten sind grundsätzlich komplex, und auch der Ruhm der Eroberung als solcher kann ein Motiv sein, etwa um die Unterstützung der Bevölkerung für ein Regime zu gewinnen oder die Aufmerksamkeit von nationalen Problemen abzulenken.

Die Bürde des weißen Mannes Die aktivste und aggressivste Phase der Errichtung von Imperien war die des sogenannten Neo-Imperialismus, der die Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 prägte. Landraub riesigen Ausmaßes – darunter als spektakulärster Fall ein fieberhafter „Wettlauf um Afrika“ – wurde mit solcher Entschlossenheit vorangetrieben, dass sich 1914 fast vier Fünftel der weltweiten Landfläche unter der Herrschaft einer Handvoll Kolonialmächte befanden. An vorderster Front standen Großbritannien, Deutschland, Frankreich und verschiedene andere europäische Mächte, später kamen Japan und die USA hinzu.

Von Beginn an war der Ton dieses neuen Imperialismus triumphierend und herablassend. Von zentraler Bedeutung war dabei der Mythos der „Zivilisierungsmission“, im

Das amerikanische Imperium

Der Imperialismus ist nicht tot, nur seine Mittel sind vielfältiger und subtiler geworden. So jedenfalls würden die Feinde Amerikas argumentierten. Durch das militärische Debakel in den 1970er-Jahren in Vietnam zum Umdenken gezwungen, suchten nachfolgende US-Regierungen nach anderen Mitteln, um sicherzustellen, dass der amerikanische Einfluss in der Welt auch weiterhin spürbar blieb. Das effektivste Instrument war die enorme Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten. Sie gestattete es den politischen Entscheidungsträgern in Washington, die Botschaft der Freiheit (und des freien Handels) und Demokratie (und des Antikommunismus) durch die Aussicht auf amerikanische Investitionen und Kredite zu verbreiten. Sichtbares Zeichen des globalen wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses der USA waren Schilder und Plakate, die – mit freundlicher Genehmigung der Brüder McDonald und der Coca-Cola Company – überall auf der Welt hervorsprossen. Das Vertrauen in die militärische Stärke kehrte unterdessen schrittweise zurück, und die Macht des amerikanischen Imperiums wurde der Welt schließlich erneut vor Augen geführt, als die USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ihren „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan und im Irak führten.

Rahmen derer die westlichen Nationen ihre Aufgabe darin sahen, „nicht zu versklaven, sondern zu befreien", wie es der britische Staatsmann Lord Palmerston unbekümmert formulierte. Die Sichtweise, dass man die Segnungen der Zivilisation und Kultur den unterworfenen Völkern schenkte und nicht aufzwang, wurde von vielen politischen und intellektuellen Eliten Großbritanniens geteilt. Mit beispielloser Arroganz beschrieb Rudyard Kipling die vermeintlichen „Tugenden des Britischen Empire" in seinem Gedicht *Die Bürde des weißen Mannes* (1899). Darin fordert er seine Leser auf, ihre gottgegebene imperiale Bestimmung pflichtbewusst anzunehmen.

Das Ende des Größenwahns Die selbstherrliche Dreistigkeit der Neo-Imperialisten wurde im Verlauf des Ersten Weltkriegs stark in Mitleidenschaft gezogen und geriet unmittelbar nach Kriegsende durch die geballte kommunistische Rhetorik weiter unter Druck. In einer 1917 verfassten Streitschrift erweiterte Lenin die marxistische Interpretation des Imperialismus um das Argument, dieser sei das „höchste Stadium" des Kapitalismus – der kritische Wendepunkt, an dem die industrialisierten kapitalistischen Ökonomien durch sinkende Profitraten im Inland gezwungen waren, neue Märkte in Übersee zu erschließen, um ihre Überschussproduktion abzusetzen; und damit, so folgerte er, kann der Kapitalismus nur durch Revolution überwunden werden. Die kommunistische Kritik bestimmte in den darauffolgenden Jahrzehnten den Ton der Debatte, und in der sowjetischen Propaganda wurde die Bezeichnung „Imperialist" zu einem Schimpfwort, das praktisch dasselbe wie „Kapitalist" bedeutete.

Das heißt nicht, dass es nach 1918 an Befürwortern einer imperialen Machtentfaltung gemangelt hätte. In Hitler und Mussolini fand der Imperialismus zwei seiner lautstärksten und aktivsten Vertreter, für sie war die imperiale Herrschaft Teil der natürlichen Ordnung – gehörte es zum Schicksal des Menschen, dass der Starke über den Schwachen herrscht. Doch im Grunde waren diese faschistischen Führer Nostalgiker, die unablässig in eine mythische Vergangenheit horchten, und ihr letztendliches Scheitern trug naturgemäß nicht dazu bei, die Idee des Imperialismus zu rehabilitieren. In den Nachkriegsjahren war die negative Verwendung des Wortes so selbstverständlich geworden, dass sich die Propagandisten des Kalten Krieges ohne Weiteres gegenseitig als „Imperialisten" beschimpfen konnten, zumal mit dem verunglimpfenden Begriff kaum noch ein konkreter Bedeutungsinhalt verbunden war. Pointierter wurde der Begriff in der postkolonialen Rhetorik benutzt, wo er aus dem Munde der einst Unterdrückten die vergangenen und gegenwärtigen Sünden der früheren Kolonialmächte umfassen konnte. Am Ende des Jahrhunderts, in einer von einer einzigen Supermacht dominierten Welt, war der Vorwurf des Imperialismus (oder Neo-Imperialismus) überwiegend gegen die USA gerichtet, die oft ungeschickt und mit mäßigem Erfolg ihre Interessen in der Welt durchzusetzen versuchten.



48 Isolationismus

Sich einzumischen bringt meist nur Ärger. Für die Führung eines Landes ist es immer ratsam, sich – *ceteris paribus* – aus den Problemen anderer Länder herauszuhalten. Und der sicherste Weg, nicht in fremde Querelen hineingezogen zu werden, ist der, keine Verpflichtungen einzugehen, die die eigene Handlungsfreiheit einschränken könnten und einen zu Entscheidungen zwingen, die man normalerweise nicht getroffen hätte.

Leider hängt in der Realität alles mit allem zusammen. Jedes Land ist durch historische Zusammenhänge, seien sie politischer, sozialer oder kultureller Art, mit anderen verbunden. Diese Verbindungen können nicht einfach gelöst werden, und nur wenige Nationen könnten ohne Handelsbeziehungen auf längere Sicht gedeihen. Auch die Sicherheit eines Landes ist oft abhängig von Allianzen, die es dem Schwächeren erlauben, in der Gemeinschaft mit anderen aufzutreten und sich den aggressiven Absichten des Stärkeren entgegenzustellen. Die Souveränität eines Staates bedeutet im Wesentlichen das Recht, einen selbstgewählten Weg einzuschlagen und in der Verfolgung nationaler Interessen unabhängig von anderen zu agieren. Für die meisten Staaten ist ein gewisser Verlust an nationaler Souveränität – der Verzicht auf einen Teil ihrer Autonomie – ein lohnender Preis für mehr Stabilität und Wohlstand.

Zu verschiedenen Zeiten und aus unterschiedlichen Gründen haben manche Länder einen anderen Weg gewählt und sich von der übrigen Welt mehr oder weniger stark abgesondert. China und Japan sind historische Beispiele, während heute etwa Nordkorea für seine tiefe politische und kulturelle Isolation bekannt ist. Letzteres kann als paradigmatischer Fall einer isolationistischen Politik gelten, die den Bürgern eines Landes von ihren politischen Führern aus ideologischen Gründen aufgezwungen wird. Der Begriff „isolationistisch“ wird jedoch im politischen Diskurs auch ziemlich eng verwendet, um eine Denkrichtung zu beschreiben, die eine herausragende und charakteristische Rolle in der Politik der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert spielte.

Keine Auslandsabenteuer „Isolationismus“ und „isolationistisch“ sind historisch gesehen relativ junge Begriffe, die frühestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts gebraucht werden. Obwohl US-Politiker, auf die der Begriff passen würde, nur unwe-

Zeitleiste

1793
George Washington proklamiert die Neutralität der Vereinigten Staaten

1801
Thomas Jefferson warnt vor „verstrickenden Bündnissen“

1920
Der US-Senat blockiert den Eintritt Amerikas in den Völkerbund

sentlich früher in Erscheinung traten, hätten diese den Sachverhalt wohl anders gesehen. Sie verstanden sich im Allgemeinen als Konservative und Traditionalisten und vertraten im 20. Jahrhundert Überzeugungen, von denen sie glaubten, sie hätten weithin und klugerweise schon im 19. Jahrhundert und davor das Handeln bestimmt.

Die für die isolationistische Position charakteristischen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen kamen in den Zwischenkriegsjahren zum Vorschein, als die USA – eine neu entstehende Supermacht von rasch wachsender politischer, ökonomischer und militärischer Bedeutung – intensiv bemüht waren, sich mit ihrer neuen Rolle in der Welt zu arrangieren. Im Gegensatz zu Politikern mit einer stärker ausgeprägten interventionistischen Neigung hegten die Vertreter des Isolationismus, die in der damaligen Zeit erhebliches politisches Gewicht hatten, tiefes Misstrauen gegenüber allen Versuchen, die Vereinigten Staaten in diverse Auslandsabenteuer zu verwickeln. Die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg hineingezogen wurden, galt als warnendes Beispiel für das Risiko, in Kriege außerhalb des eigenen Landes und insbesondere in Europa verstrickt zu werden. Überhaupt waren die Befürworter einer isolationistischen Politik gegen dauerhafte militärische Bündnisse, wie sie solche Interventionen erfordern können, und darüber hinaus lehnten sie auch einen Beitritt zu internationalen Organisationen wie beispielsweise dem Völkerbund ab, dessen Ziel die Friedenssicherung durch gemeinsames Handeln seiner Mitglieder war. Ihnen ging es nicht vorrangig um die pazifistische Haltung, dass ihr Land den Krieg prinzipiell ablehnen sollte, sondern darum, dass es seine nationale Eigenständigkeit – seine Freiheit, unabhängig, unilateral und auf eigene Initiative zu handeln – unter allen Umständen bewahren sollte.

‚Die richtige Politik besteht für uns darin, uns aus langfristigen Bündnissen mit irgendeinem Teil des Auslands herauszuhalten.‘
George Washington, 1976

Keine Bündnisse mit niemandem Die Befürworter einer isolationistischen Politik im 20. Jahrhundert beriefen sich oft auf die Formulierungen und das Beispiel der Gründerväter, vor allem auf George Washington und Thomas Jefferson. Als erster Fürsprecher der Nichteinmischung Amerikas erließ Washington 1793 die Neutralitätsproklamation der Vereinigten Staaten, mit der sich das Land auf ein „freundschaftliches und unparteiisches Verhalten“ gegenüber den verschiedenen Konfliktparteien in den europäischen Revolutionskriegen festlegte. Drei Jahre später erläuterte er in seiner Abschiedserklärung, seine Landsleute sollten feste Bündnisse vor allem deshalb unbedingt meiden, weil es kein gemeinsames Ziel und keine gemeinsamen Interessen gab: „Europa verfolgt primäre Interessen, die die Amerikaner unmöglich oder nur sehr bedingt teilen können.“

1934–1937
US-Neutralitätsgesetze unterbinden Kredite und Waffenlieferungen an kriegführende Staaten

1941
Japans Angriff auf Pearl Harbour versetzt der isolationistischen Bewegung den Todesstoß

1945
Gründung der Vereinten Nationen mit dem Ziel, den Weltfrieden durch gemeinsames Handel zu erhalten

Die bevorzugte Politik – Kooperation ohne Verbindlichkeiten – wurde von Jefferson in seiner Antrittsrede 1801 auf den Punkt gebracht. Darin empfahl er als Ziel „Frieden, Handel und aufrichtige Freundschaft mit allen Nationen, verstrickende Bündnisse mit keiner".

Die nostalgisch verklärte Bewunderung für den isolationistischen Weg der Gründerväter war im 20. Jahrhundert fehl am Platz. Jeffersons Skepsis gegenüber „verstrickenden Bündnissen", die von späteren Präsidenten geteilt wurde, war eine kluge Reaktion auf die besondere Situation der noch jungen USA gewesen, die sich gerade erst aus der Umklammerung der überwältigenden Macht Europas befreit hatte und sowohl ökonomisch wie auch militärisch noch auf schwachen Beinen stand; fernab des Weltgeschehens waren die Vereinigten Staaten damals aufgrund ihrer geografischen Abgelegenheit weder eine Bedrohung für andere, noch wurden sie selbst bedroht. In dieser Lage war es vernünftig, sich aus den Angelegenheiten anderer Länder herauszuhalten, und Nichteinmischung blieb auch über weite Strecken des 19. Jahrhunderts das Leitprinzip der US-amerikanischen Außenpolitik. Die Betonung lag jedoch stets auf der Wahrung von Neutralität und Autonomie, nie auf der Isolation als solcher. Tatsächlich waren die Vereinigten Staaten in dieser Zeit der übrigen Welt gegenüber buchstäblich und in noch nie dagewesenem Ausmaß aufgeschlossen. Sie hießen Millionen von Einwanderern – die „zusammengedrängten Massen, die sich danach sehnen, freie Luft einzuatmen" – willkommen und ermöglichten ihnen auf ihrem Boden ein neues Leben. Überdies bauten die USA unermüdlich ein weltweites Netz von Handelsbeziehungen auf, das sie bald schon zum wirtschaftlichen Giganten machen sollte.

Abschottung in Ostasien

Isolationismus wird meist mit der Politik der Vereinigten Staaten in Verbindung gebracht, doch die extremsten Beispiele lassen sich in der Geschichte Japans und Chinas finden. Von den 1630er-Jahren an verfolgte Japan unter dem Tokugawa-Shogunat über zwei Jahrhunderte hinweg eine Politik der nationalen Abschließung (japanisch *sakoku*, „verschlossenes Land"), die Japaner daran hinderte, das Land zu verlassen, und Ausländern die Einreise so gut wie unmöglich machte. Ursprünglich mit der Absicht eingeführt, christliche Missionare fernzuhalten, erlebte Japan unter der Direktive der völligen Abschottung eine nie dagewesene Periode des Friedens. Anderseits hatte die Maßnahme gravierende Auswirkungen auf den Handel und gilt außerdem als Ursache für die Entstehung eines engstirnigen Chauvinismus. In China wurde unter der Ming- und der Qing-Dynastie zwischen dem 14. und dem 17. Jahrhundert zeitweise ein „Seeverbot" (*Hai jin*) – ein Embargo auf maritime Aktivitäten – verhängt. Sein genauer Zweck ist umstritten – die Beseitigung der Piraterie war zumindest einer der Gründe –, doch letztlich hemmte es hauptsächlich den Handel und ließ die Küstenbewohner verelenden.

Neue Realitäten Mit ihrer erfolgreichen Opposition gegen die internationalistischen Bestrebungen zweier Präsidenten hatte die isolationistische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. Zuerst war es ihr gelungen, die Bemühungen Woodrow Wilsons um einen Beitritt der USA zum Völkerbund zu vereiteln. Dies wäre in den Augen des Präsidenten ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu dem von ihm gesetzten Ziel gewesen, die Welt „sicher für die Demokratie“ zu machen. Dann, in den 1930er-Jahren, wehrte sie alle Versuche Franklin D. Roosevelts ab, seiner wachsenden Sympathie für den Kampf europäischer Länder gegen den aufkommenden Faschismus konkreten Ausdruck zu verleihen. Zwischen 1934 und 1937 wurde eine Reihe von Neutralitätsgesetzen eingeführt, die einer Unterstützung für die im Krieg befindlichen Länder in Form von Waffen und Krediten enge Grenzen setzten. Als jedoch die weltweite Stabilität durch die Siege der Faschisten in Spanien und Italien, die imperialistischen Ambitionen Japans und die wachsende Bedrohung durch Nazideutschland ins Wanken geriet, wuchsen die Zweifel an der weiteren Realisierbarkeit einer isolationistischen Politik. Der Einmarsch deutscher Truppen in Paris im Juni 1940 verstärkte bei den Amerikanern das Gefühl der Unsicherheit, und der japanische Überraschungsangriff auf Pearl Harbour im Dezember des darauffolgenden Jahres bedeutete schließlich das endgültige Aus für die isolationistische Bewegung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten die Vereinigten Staaten einen eindrucksvollen Aufstieg zur unangefochtenen militärischen Supermacht mit weltweitem Einfluss und zu einer Wirtschaftsmacht im Epizentrum des Welthandels. Sie trieben die Bildung internationaler Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO) und das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO) voran, übernahmen in ihnen die Führungsrolle und dominierten ihre Agenda. Immer wieder hat Amerika sich in die Angelegenheiten anderer Länder eingemischt – in Korea, Vietnam, Lateinamerika, Afghanistan –, gelegentlich mit Erfolg und teilweise auch im Schulterschluss mit anderen Staaten. Doch auch in einem Land, das sich so umfassend in der Weltpolitik engagiert, ist der Reiz des Isolationismus nie ganz verflogen. In Zeiten traumatischer Erfahrungen, zum Beispiel nach dem Vietnam-Debakel oder den Terroranschlägen vom 11. September 2001, melden sich regelmäßig prominente Stimmen zu Wort, die einen Rückzug in die Festung Amerika fordern. Doch heute schwingt in diesen Stimmen mehr Nostalgie als Realismus mit.

Worum es geht

Möglichen Verstrickungen aus dem Weg gehen

49 Globalisierung

Die Welt ist enger zusammengerückt. Mobiltelefone, SMS, E-Mail, soziale Netzwerke, Banküberweisungen auf Knopfdruck, Satelliteninformationssysteme: Jede dieser technologische Entwicklungen hat uns der Realität einer uneingeschränkten, schnellen und weltweiten Kommunikation ein Stück nähergebracht. Und dieses Schrumpfen des virtuellen Raumes hat auch Orte im realen Raum einander angenähert. Eine Reise auf die andere Seite des Globus, die vor einem Jahrhundert noch Wochen dauerte, ist heute eine Angelegenheit von Stunden. Orte, die einst unmöglich zu erreichen waren, wurden durch billige Fernflüge für Millionen von Touristen erschlossen. Egal wohin wir gehen, wir tragen die gleiche Kleidung, nehmen das gleiche Essen zu uns, sehen dieselben Sportarten und Fernsehprogramme. Wir bekommen sogar dieselben Krankheiten.

All diese Entwicklungen sind Ursachen oder Symptome dessen, was gegenwärtig mit einem der am häufigsten verwendeten politischen Schlagworte bezeichnet wird: Globalisierung. Trotz seiner Omnipräsenz ist das Phänomen nicht leicht zu erfassen. Einfach ausgedrückt, handelt es sich um eine Veränderung hin zum Globalismus: einer Weltsicht im eigentlichen Wortsinn – eine Art und Weise, die Dinge im Wesentlichen aus einer gobalen und weniger aus einer lokalen Perspektive zu betrachten. Darüber hinaus ist eine exakte Definition des Begriffs schwierig, zum einen, weil er so viel Facetten hat – soziale, politische, ökonomische, kulturelle –, zum anderen weil er eng verknüpft ist mit anderen, ebenfalls unscharfen Begriffen wie Modernisierung, Verwestlichung und kulturelle Homogenisierung, die aber jeweils andere Bedeutungen haben.

Was die verschiedenen Aspekte der Globalisierung miteinander verbindet, ist der Sachverhalt eines fortschreitenden Souveränitätsverlusts der Nationalstaaten. Einst streng kontrollierte Staatsgrenzen sind durchlässig geworden und vermögen das riesige Aufkommen an realem und virtuellem Verkehr – eine unaufhaltsame Flut von Ideen, Informationen, Gütern und Menschen – kaum noch zu regulieren. Der Wandel von der nationalen zur globalen Perspektive hat völlig neue Möglichkeiten geschaffen. In der Unternehmenswelt machen sich riesige multinationale Konzerne die neuen weltumspannenden Strukturen der Produktion und des Konsums zunutze. In der Politik hat der

Zeitleiste

1962
Marshall McLuhan entwickelt in seinem Buch *Die Gutenberg-Galaxis* die Vorstellung des globalen Dorfes

1971
Asiens erstes McDonalds-Restaurant in Tokio, Japan, eröffnet

Wille, über den Tellerrand nationaler Interessen hinauszuschauen, internationale Organisationen hervorgebracht, darunter als bekannteste die Vereinten Nationen und die zahlreichen ihr angeschlossenen Behörden. Und schließlich hat der Globalismus zu einer geschärften Wahrnehmung der Welt als etwas einheitlich Ganzem und als Ort der globalen Gefahren von Aids bis zum Klimawandel beigetragen.

Prophet des globalen Dorfes … Die scheinbare Verdichtung von Raum und Zeit, die den Prozess der Globalisierung antreibt, wurde in den 1960er-Jahren von dem berühmten kanadischen Medientheoretiker Marshall McLuhan erforscht:

> Die elektronische Schaltungstechnik hat die Herrschaft von „Zeit“ und „Raum“ gestürzt und überschüttet uns sekundenschnell und in einem fort mit den Angelegenheiten aller Menschen. Sie hat den Dialog im globalen Maßstab wieder ermöglicht. Ihre Botschaft ist der totale Wandel, der aller Beschränktheit, sei sie psychischer, sozialer, ökonomischer oder politischer Art, ein Ende setzt … Unsere Zeit ist eine brandneue Welt der Gleichzeitigkeit. „Zeit“ hat aufgehört, „Raum“ ist verschwunden. Wir leben jetzt in einem globalen Dorf.

Als McLuhan diese Zeilen niederschrieb, war die „elektronische Schaltungstechnik“ noch kaum über den Fernseher und das Telefon hinausgekommen, aber jede der nachfolgenden Innnovation des Informationszeitalters hat sein Vorauswissen nur bestätigt.

McLuhan war von der Aussicht auf ein Leben im globalen Dorf grundsätzlich fasziniert und viele andere nach ihm teilten seinen Optimismus. Einer seiner einflussreichen Schüler ist der konservative US-amerikanische Philosoph Francis Fukuyama, der 1992 spekulierte, der Zusammenbruch der autoritären Herrschaft in der Sowjetunion und anderen Teilen der Welt markiere „den Endpunkt der ideologischen Evolution des Menschen und die Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als endgültige menschliche Regierungsform“. In diesem weltweiten Triumph des Liberalismus, meinte

Globesity – globale „Seuche“ Fettsucht

Immer schon bevorzugtes Angriffsziel von Globalisierungsgegnern, werden McDonald´s und die anderen Burger-Giganten nicht nur für eine trostlose Vereinheitlichung der Ernährungsweisen verantwortlich gemacht; sie werden jetzt auch beschuldigt, an der Geburt eines neuen Schreckgespenstes beteiligt zu sein: „*Globesity*“. Als Folge der sich weltweit verändernden Essgewohnheiten (mehr Fleisch, Fett, industriell verarbeitete Zuckerarten usw.) rechnet die Weltgesundheitsorganisation mit einem globalen Anstieg der Zahl fettleibiger Erwachsener auf 700 Millionen bis 2015. Doch wie es scheint, bringen die als Symbole des US-amerikanischen Kulturimperialismus gegeißelten Fastfood-Ketten nicht nur Schlechtes. Ihnen wurde auch als Verdienst angerechnet, dazu beigetragen zu haben, dass es heute höfliche Bedienungen in Moskau, wohlgeordnete Warteschlangen in Hongkong und überall auf der Welt sauberere Toiletten gibt.

1988
Guy Debord verspottet Marshall McLuhan in *Kommentare zur Gesellschaft des Spektakels*

2015
Die Zahl fettleibiger Erwachsener wird weltweit auf 700 Millionen angestiegen sein (laut WHO)

Fukuyama, sei eine „wirklich globale Kultur“ entstanden, die vom technologischen Fortschritt angetriebenes Wirtschaftswachstum und die kapitalistischen Gesellschaftsbeziehungen, die zu seinem Entstehen und Erhalt nötig sind, in den Mittelpunkt stellt.

‚ Die neue elektronische Interdependenz verwandelt die Welt in ein globales Dorf. ‘
Marshall McLuhan, 1962

Gemeinsam mit vielen anderen Befürwortern der Globalisierung stützt Fukuyama seine Argumente auf die weitgehend nicht hinterfragte Annahme der positiven Wirkungen einer marktliberalen Wirtschaftsform westlicher Prägung. Der schnelle und uneingeschränkte Fluss von Geld und Gütern rund um den Globus, so seine Vermutung, wird die größtmögliche Effizienz und den maximalen Nutzen für alle bringen: mehr und billigere Güter für die bereits reichen Länder und für die armen mehr und besser bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten. In den armen Ländern würde der wachsende Wohlstand schrittweise zu einem höheren Bildungsniveau und einem Mehr an politischer Kultur führen und dies wiederum, wie die Geschichte lehrt, zu Liberalisierung und Demokratie.

… oder Dorftrottel Nicht jeder teilt die Zuversicht angesichts des Lebens im globalen Dorf. Am schärfsten widerspricht der französische Künstler und Philosoph Guy Debord den Vorstellungen McLuhans, den er 1988 abfällig als „überzeugtesten Dummkopf des Jahrhunderts“ titulierte. Verzückt von den zahllosen Freiheiten, die dieses „Weltdorf“ mit sich brachte und die einem jeden augenblicklich und mühelos zur Verfügung standen, habe der „Denker aus Toronto“ die Gewöhnlichkeit des Landlebens übersehen: „Im Gegensatz zu den Städten sind die Dörfer stets von Konformismus, Isolierung, kleinlicher Bespitzelung, Langeweile und dem dauernd wiedergekäuten Tratsch über einige wenige und immer dieselben Familien beherrscht worden.“

Konformismus und Eintönigkeit sind die zentralen Kritikpunkte von Globalisierungsgegnern. Mit der beginnenden Auflösung nationaler Grenzen wird der Strom von Waren und Ideen zwangsläufig am stärksten aus den wirtschaftlich und politisch dominierenden Regionen gespeist, vor allem aus den Vereinigten Staaten. Globalisierungsskeptiker sind entsetzt, wie die stark kommerzialisierte Kultur Amerikas und anderer westlicher Länder schon jetzt die lokalen Praktiken und Gewohnheiten zu überlagern und zu verdrängen beginnt. Mit dem Voranschreiten dieser neuen Form von Kulturimperialismus werden die lokalen Essgewohnheiten von Ronald McDonald und Colonel Sanders rüde ausgelöscht, die authentischen Botschaften einheimischer Filmemacher vom schrillen Lärm der in Hollywood produzierten Kassenschlager übertönt. Und hinter dem oberflächlichen Konsumismus steht eine Reihe seelenloser, aggressiver und zynischer multinationaler Konzerne: ein gigantisches Business, das „den Westen betrügt und die übrige Welt ausbeutet“, indem es in den Industrieländern Jobs vernichtet und sie durch Sklavenarbeit in den Ausbeuterbetrieben der Dritten Welt ersetzt.

Plus ça change

Ist Globalisierung wirklich ein neues Phänomen oder vielleicht doch nur die Fortsetzung eines historischen Prozesses? Nun, genau genommen wahrscheinlich keines von beidem. Eine mit dem Globalisierungsprozess vergleichbare Entwicklung ist in der Vergangenheit durchaus erkennbar. Die Imperialisten, Missionare und Kaufleute früherer Jahrhunderte waren bestrebt, ihre Macht, ihren Einfluss und ihre Handelsbeziehungen so weit wie möglich über den Globus auszudehnen, und wo sie auch hingingen, sie hinterließen, ob sie es wollten oder nicht, deutliche kulturelle Spuren. In gewisser Weise ist Kolumbus' Ankunft in der Neuen Welt im Jahr 1492 ein Musterbeispiel für Globalisierung: das Aufeinandertreffen zweier Kontinente und Welten, nach dem keine der beiden Seiten jemals wieder die gleiche sein würde wie zuvor. Was heute neu ist, ist das erstaunliche Ausmaß und das eindrucksvolle Tempo des politischen, ökonomischen und kulturellen Wandels. Hier bewegen wir uns wirklich auf Neuland – in mehrerlei Hinsicht.

Weiterhin lokal verankert Das sind extreme Positionen. In Wahrheit sind die Prozesse der Globalisierung viel differenzierter als sowohl ihre Gegner als auch ihre Befürworter zugeben wollen. Die globale Kultur, die von den einen begrüßt und von den anderen verteufelt wird, ist im Grunde genommen eine Fiktion. Die umfangreichen Forschungen zu Fragen der Globalisierung kommen alle zu dem klaren Schluss, dass wir es nicht mit einem einseitigen Prozess zu tun haben. Wenn unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen, führt dies nicht einfach dazu, dass eine dominiert und die anderen verdrängt; viel eher handelt es sich um einen subtilen Vorgang gegenseitiger Befruchtung, aus dem etwas Neues und Eigenständiges entsteht – etwas, das für alle Seiten bereichernd sein kann. Wie neugierig Menschen auf neue Dinge auch sein mögen, sie scheinen ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit zu einem bestimmten lokalen Umfeld und der Teilhabe an einem komplexen System von örtlich verwurzelten Bräuchen und Überzeugungen zu bewahren. Menschen zeigen von Natur aus ein territoriales und kein kosmopolitisches Verhalten. Darin unterscheiden sie sich nicht von den Tieren. Deshalb wird jede Beschreibung des Globalisierungsprozesses, die die Bedeutung der regionalen Verwurzelung des Menschen außer Acht lässt, unzulänglich bleiben.



50 Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen (UNO) sind die größte und erfolgreichste internationale Organisation, die jemals existierte. Ihr natürlich größter Triumph ist, dass es seit mehr als 50 Jahren keinen globalen Konflikt – keinen Dritten Weltkrieg – gegeben hat. Doch sie hat noch mehr erreicht: Bei der Einhaltung der Menschenrechte wurden weltweit Fortschritte erzielt; die Folgen verheerender Krankheiten konnten abgemildert werden; die sozialen und ökonomischen Systeme der Entwicklungsländer wurden gefördert; die derzeit drängendsten Probleme – internationaler Terrorismus, Drogenhandel, internationales organisiertes Verbrechen, Klimawandel – wurden angesprochen und als Daueraufgaben auf die Agenda gesetzt.

So jedenfalls würden die vielen Befürworter der UNO uns glauben machen wollen. Doch es gibt andere Einschätzungen, vor allem (aber nicht nur) seitens der Rechtskonservativen in den Vereinigten Staaten. In ihren Augen ist die UNO eine Organisation mit gravierenden Mängeln: ohne nennenswerten Einfluss und marginalisiert in den ersten 45 Jahren ihres Bestehens, und seit dem Ende des Kalten Krieges ein undemokratisches Forum für antiwestliche (speziell antiamerikanische) Intrigen und Lobbyarbeit; bestenfalls ein bedeutungsloser und kostspieliger Debattierklub, schlimmstenfalls eine Brutstätte für Meinungsstreitigkeiten und Konflikte.

Sogar ihre Kritiker dürften einräumen, dass die UNO eine beeindruckende Vision verkörpert. Im Inferno des Zweiten Weltkriegs ausgearbeitet, ist die anspruchsvolle Charta der Vereinten Nationen ein Ansporn zur weltweiten Kooperation: ein Plädoyer an die Nationen, gemeinsam daran zu arbeiten, dass Meinungsunterschiede friedlich gelöst werden, und ein Aufruf, sich gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit und die Anerkennung der Menschenrechte einzusetzen, um so die Welt ein Stück besser zu machen. Das Problem ist, so argumentieren die Kritiker, dass dieses ehrgeizige Ziel nicht mehr ist als ein frommer Wunsch, eine Vision, die die harten Realitäten der Weltpolitik komplett ausblendet. Nationale Interessen seien die wirkliche Triebfeder staatlichen Handelns und dies gälte – ungeachtet aller hehren Ansprüche – auch für das Handeln von Staaten in den heiligen Hallen der Vereinten Nationen. Die Debatte über die Rolle der UNO ist in ihren Augen also im Kern eine Debatte über den Charakter der internationalen Politik.



Juni 1945

Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen in San Francisco (im Oktober 1945 in Kraft getreten)

1971

Die Volksrepublik China übernimmt als Nachfolgerin der Republik China (Taiwan) deren Sitz im Sicherheitsrat

Ist die Vorstellung einer globalen Governance – eines Systems, das die internationalen Beziehungen gemeinschaftlich innerhalb eines internationalen Rechtsrahmens regelt – eine realistische Perspektive oder vielleicht doch nur eine gefährliche Illusion?

Charta für Frieden Das Scheitern des Völkerbundes als Vorgängerorganisation der UNO manifestierte sich allenthalben in den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, sodass noch vor Beendigung der Kampfhandlungen an den Plänen für eine neue internationale Organisation gearbeitet wurde. Es gab intensive Verhandlungen zwischen den Regierungschefs der drei großen Siegermächte: Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (Sowjetunion). Große Uneinigkeit – und hier zeichneten sich bereits die zukünftigen Probleme der gerade erst entstehenden Organisation ab – herrschte in der Frage des Gleichgewichts der Kräfte und Interessen zwischen den „Großmächten" und den anderen Staaten.

Die Charta der Vereinten Nationen, die formale Grundlage der neuen Organisation und ihrer Aktivitäten, wurde auf einem Treffen am 26. Juni 1945 in San Francisco von Vertretern aus 50 Staaten unterzeichnet und trat am 24. Oktober desselben Jahres in Kraft. Die zentrale Erkenntnis, die in der Charta an prominenter Stelle ausgeführt wird, ist, dass die Aufgabe der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht losgelöst von allgemeinen Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte verfolgt werden kann. Dementsprechend erklären „die Völker der Vereinten Nationen" in der Präambel der UN-Charta ihre Ziele:

- Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren …
- unseren Glauben an die fundamentalen Menschenrechte erneut zu bekräftigen …
- Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können
- den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern.

Die 111 Artikel der Charta führen die Aufgaben, Kompetenzen und Prinzipien der Organisation weiter aus und umreißen ihre Strukturen, Tätigkeitsgebiete, Finanzierung und Verfahrensweisen.

Vetorecht und Stillstand Die Kritik an der UNO setzt gewöhnlich an ihrer mangelnden Effizienz und Funktionalität an, die sich besonders in den ersten 50 Jahren ihres Bestehens gezeigt hat, als die internationale Politik von der unerbittlichen Logik des

1991	2008	2009
Die Russische Föderation übernimmt an Stelle der vormaligen Sowjetunion die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat	Die UNO mobilisiert mehr als 12 Milliarden US-Dollar für humanitäre Hilfsbemühungen	Die UNO hat 192 Mitgliedsstaaten

Kalten Krieges geprägt war. Das häufige Versagen der UNO in der damaligen Zeit ist größtenteils eine Folge von Kompromissen und Widersprüchen, die dazu führten, dass ihre ursprüngliche Struktur geschwächt wurde. Insbesondere lähmte in vielen Fällen die Gewaltenteilung zwischen Sicherheitsrat und Generalversammlung die UNO bei der Durchführung ihrer erklärten Mission, der Wahrung des Weltfriedens.

Die General- oder Vollversammlung ist das zentrale repräsentative Organ der UNO, in dem jeder Mitgliedsstaat einen Sitz hat. Sie hat vielfältige Funktionen, insbesondere in Bezug auf den Haushalt und die Wahl von Mitgliedern, und ist das Hauptforum für Debatten über wichtige Angelegenheiten, die vor die Generalversammlung gebracht werden. Die Generalversammlung erlässt Resolutionen im Hinblick auf Gefährdungen des Friedens, sie verfügt allerdings nicht über die Macht, bei Verstößen deren Einhaltung zu erzwingen. Entsprechend der Charta ist es der Sicherheitsrat, der die „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" trägt. Dieses mächtigste Organ der UNO hat die Autorität, Entscheidungen zu treffen, die für alle Mitgliedsstaaten bindend sind, doch aus strukturellen Gründen ist es oft ineffektiv gewesen. Zehn der insgesamt 15 Mitglieder (ursprünglich elf) des Sicherheitsrates sind nichtständige Mitglieder, die für die Dauer von zwei Jahren durch die Generalversammlung gewählt werden. Ständige Mitglieder, auch die „Großen Fünf" genannt, sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland (vor 1991 Sowjetunion) und die Volksrepublik China (vor 1971 Republik China/Taiwan). Alle Mitglieder des Sicherheitsrates ver-

Meilenweit auseinander

Die scheinbar unüberbrückbare Kluft zwischen Befürwortern und Kritikern der UNO verdeutlichen zwei konträre Beiträge, die in *The Oxford Companion to Politics of the World* (2001) erschienen sind. Die Rolle des Verteidigers übernimmt der kanadische Politiker und zweimalige Präsident des UNO-Sicherheitsrates Lloyd Axworthy:

> Wie viele Menschenleben hätten Konflikte, Krankheit und Hunger geopfert, wenn es die Vereinten Nationen nicht gäbe? Und können wir sicher sein, dass es uns ohne sie gelungen wäre, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern? … Nie wieder können einzelne Staaten, auch nicht die mächtigsten, im Alleingang handeln. Internationale Zusammenarbeit ist unverzichtbar … Eine robuste UNO sollte eine zentrale Stellung in diesem System einnehmen, denn sie besitzt ein großes Potenzial, die komplexen Probleme der heutigen Welt zu bewältigen.

Als Kläger tritt der ehemalige amerikanische UNO-Botschafter John R. Bolton auf:

> Es mag tatsächlich schlechterdings keine „Lösungen" für die derzeitigen Probleme der UNO geben. Es kann sein, dass die immanenten Widersprüche der Charta der Vereinten Nationen es der UNO unmöglich machen, auch nur etwas effektiver zu funktionieren, als sie es gegenwärtig tut … Daher wird die zukünftige Rolle der UNO höchstwahrscheinlich in der mehr oder weniger unveränderten Fortführung ihres konfusen, inkohärenten und von weitgehender Bedeutungslosigkeit gekennzeichneten gegenwärtigen Zustands bestehen.

fügen über je eine Stimme, allerdings haben die ständigen Mitglieder ein Vetorecht und können so jede Entscheidung blockieren.

Während des Kalten Krieges führte dieses System in den zahlreichen Fällen, in die zwei oder mehr der „Großen Fünf“ involviert waren, oft zum völligen Stillstand. Vor 1966 legte die Sowjetunion, die in der UNO im Wesentlichen ein Instrument des westlichen Imperialismus sah, gegen mehr als 100 Resolutionen ihr Veto ein. Von 1966 bis zum Zerfall des Ostblocks 1989, eine Periode, in der die USA die UNO zunehmend als Brutstätte feindlich gesonnener Cliquen kommunistischer und Drittweltstaaten einstufte, machten die Vereinigten Staaten 67-mal von ihrem Vetorecht Gebrauch. Nach dem Ende des Kalten Krieges lösten sich die verhärteten Fronten, und im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts führte die UNO rund dreimal so viele Operationen zur Friedenssicherung durch wie in den vorausgegangenen Jahrzehnten seit ihrer Gründung. Dennoch war die Bilanz weiter durchwachsen, es gab erhebliche Misserfolge beziehungsweise Unterlassungen im ehemaligen Jugoslawien von 1992 bis 1995, während des Völkermords in Ruanda 1994 und 2003 im Irak, als die UNO von der Bush-Administration übergangen wurde.

Einer besseren Zukunft entgegen Kritiker der UNO richten ihren Blick naturgemäß auf deren Unzulänglichkeiten und unterschlagen dabei oft ihre bemerkenswerten Erfolge. Von ihrem Hauptquartier in New York aus beaufsichtigt und koordiniert die UNO die Arbeit eines Netzwerks spezialisierter Organisationen, deren Aufgabe es ist, ein breites Spektrum ökonomischer, sozialer, kultureller, humanitärer und umweltbezogener Probleme zu bewältigen. Das sogenannte „System UNO“ – die UNO selbst mit ihren Unter- und Sonderorganisationen – schließt viele der weltweit einflussreichsten und profiliertesten Organe ein: das Ernährungs- und Landwirtschaftsprogramm (FAO), die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), den Internationalen Gerichtshof, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), den Internationalen Währungsfonds (IWF). Sie mögen gelegentlich zögerlich und nicht immer angemessen gehandelt haben, doch sind die Schritte, die die Menschheit in den zurückliegenden Jahrzehnten für ihr eigenes Vorankommen unternommen hat – die Verbesserung der Weltgesundheit und -ernährung, die Ausweitung von Bildungsmöglichkeiten, die Bekämpfung der Armut, die Beseitigung der „Geißel des Krieges“ – hauptsächlich den Anstrengungen der Vereinten Nationen zu verdanken.



Glossar

absolutistisch Beschreibt eine Regierungsform, die sich durch die uneingeschränkte, aber gleichwohl legitimierte Macht des (gelegentlich der) Herrschenden auszeichnet; oft im Unterschied zu konstitutionell (die Macht des Herrschers ist durch eine Verfassung begrenzt) und tyrannisch oder diktatorisch (die Macht des Herrschers ist unbegrenzt und nicht legitimiert).

Amerikanische Revolution Der politische und militärische Kampf der amerikanischen Kolonisten mit dem – 1783 erreichten – Ziel, sich von der britischen Kontrolle zu befreien.

Aufklärung Das „Zeitalter der Vernunft", die im späten 17. Jahrhundert beginnende und von revolutionären Umbrüchen in der Wissenschaft gekennzeichnete Periode der abendländischen Geistesgeschichte, in der sich die Kraft der Vernunft über die Autorität von Religion und Tradition erhebt.

Autokratie Eine Staatsform, die sich durch die Konzentration der Macht in der Hand eines Alleinherrschers auszeichnet.

Autonomie Unabhängigkeit, Selbstverwaltung; wird auf Einzelpersonen oder Staaten angewendet.

autoritär Charakterisiert einen Regierungsstil, bei dem von den Regierten bedingungsloser Gehorsam zulasten der persönlichen Freiheit verlangt wird.

Bürokratie Ein Verwaltungssystem, bei dem die Entscheidungen von dauerhaft beschäftigten, gewöhnlich nichtgewählten Amtsträgern getroffen werden, die hierarchisch organisiert sind und nach den Vorgaben eines strengen Regelwerks handeln.

despotisch Charakterisiert einen Machthaber oder ein Regime, der bzw. das sich durch die Ausübung absoluter Macht in einer in der Regel unmenschlichen oder unterdrückerischen Art und Weise auszeichnet.

Diktator Ein Herrscher, der unumschränkte, gewöhnlich gewaltsam übernommene Macht über einen Staat ausübt.

Feudalismus Das vorherrschende Gesellschaftssystem im europäischen Mittelalter, in dem die Krone Rechte an Grund und Boden an Adlige vergab, die als Gegenleistung zum Heeresdienst verpflichtet waren; die unteren Ränge in der feudalen Hierarchie wurden von Vasallen und Bauern (Leibeigenen) eingenommen.

Föderalismus Ein staatliches Organisationsprinzip, bei dem sich die Macht auf einzelne politische Einheiten (oft auch „Staaten" genannt) verteilt und nicht auf eine über diesen stehende zentrale Institution konzentriert ist.

Französische Revolution Der Sturz der absoluten Monarchie in Frankreich, der unter zunehmendem Blutvergießen zwischen 1789 und 1799 erreicht wurde; wird manchmal auch als die erste moderne Revolution angesehen, weil sie die Gesellschaft radikal verändert und völlig neue politische Ideologien hervorgebracht hat.

Geopolitik Eine Herangehensweise an die Analyse der internationalen Politik, bei der besonderes Gewicht auf geografische Aspekte wie Größe und Lage gelegt wird.

Gewaltenteilung Eine Lehre, nach der die Staatsgewalt zum Zweck der Machtbegrenzung auf mehrere Organe (meist Legislative, Exekutive und Judikative) verteilt ist.

Glorreiche Revolution (*Glorius Revolution*) Der Sturz des katholischen Monarchen Jakob II. und die Übernahme des englischen Throns durch seine protestantische Tochter Maria und ihren Ehemann Wilhelm von Oranien im Jahr 1689; der unblutige Umsturz markierte das Ende des Absolutismus und den Beginn einer konstitutionellen Regierung in England.

Ideologie Ein zusammenhängender Korpus von Ideen und Überzeugungen, der die Grundlage einer politischen oder ökonomischen Theorie bildet und eine bestimmte Erklärung für das Funktionieren der Welt liefert.

Industrielle Revolution Die soziale und ökonomische Transformation einer Agrargesellschaft in eine Industrie- und Stadtgesellschaft. Im 18. Jahrhundert in England beginnend, brachten die Entwicklung der Dampf-

maschine, das Aufkommen der Fabrikproduktion und der Bau von Eisenbahnen immer wieder neue Impulse in den Prozess.

konstitutionell siehe unter absolutistisch

Laissez faire Wirtschaftsgrundsatz, demzufolge der Markt bei völliger Abwesenheit von staatlichen Interventionen (Störungen) am besten funktioniert.

links und rechts Ein theoretisches Spektrum der politischen Ausrichtung, auf das häufig, aber oft unpräzise Bezug genommen wird; linke Politik wird heute im Allgemeinen mit weitgehend sozialistischen Entwürfen assoziiert, während rechte Politik in der Regel konservativ ist und sich mit Fragen wie wirtschaftliche Liberalisierung (freier Handel usw.) beschäftigt.

Lobbyarbeit Aktivität bestimmter Interessengruppen mit dem Ziel, Politiker über ihre Standpunkte zu informieren und sie davon zu überzeugen, dass sie zu ihren Gunsten für Gesetze stimmen oder solche entwerfen.

marxistisch Bezieht sich auf die Überlegungen des deutschen Philosophen und Gesellschaftstheoretikers Karl Marx (1818–1883), den Begründer des modernen Kommunismus (mit Friedrich Engels).

Mittelalter Bezeichnet in der europäischen Geschichte die Epoche zwischen dem Ende des Weströmischen Reiches im 5. Jahrhundert n. Chr. und dem Beginn der Renaissance im 15. Jahrhundert.

Meritokratie Ein Gesellschaftssystem, in dem Macht oder Status der Lohn von Verdienst (Talent und Leistung) ist und nicht von Klasse, Geschlecht, Alter usw. abhängt.

Naturrecht Die Vorstellung einer Ordnung in der Natur, aus der sich auf rationalem Weg Standards oder Grundregeln für menschliches Verhalten ableiten lassen; wird oft als unumstößliche Begründung für die von Menschen gemachten Gesetze herangezogen.

Neoliberalismus Ein seit den 1970er-Jahren aufgegriffenes wirtschaftspolitisches Konzept, das Aspekte des klassischen Liberalismus (besonders die Omnipotenz freier Märkte) mit Enthusiasmus für persönliche Freiheit und einen schlanken Staat kombiniert.

Neuzeit Bezeichnet in der westlichen Geschichte die Zeitspanne (ungefähr) vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart; für den frühen Abschnitt bis ca. 1800 ist der Begriff „frühe Neuzeit“ gebräuchlich.

Populismus Eine politische Bewegung, die für sich in Anspruch nimmt, die Meinungen und Wünsche der breiten Mehrheit zu priorisieren.

progressiv Charakterisiert Politiker oder politische Handlungen, die auf Innovation und Reform ausgerichtet sind. Von einem progressiven Steuersystem spricht man, wenn die Steuer proportional zum versteuernden Einkommen ansteigt, sodass der Reiche mehr zahlt als der Arme.

Rationalismus Allgemein das Beharren darauf, dass Handlungen und Meinungen auf Vernunft und Erkenntnis beruhen sollten; Gegensätze sind religiös motivierter Glaube oder auf Traditionen basierende Überzeugung.

Reformation Eine religiöse Bewegung im 16. Jahrhundert in Europa, die eine grundlegende Reform der römisch-katholischen Kirche forderte und aus der sich der Protestantismus entwickelte.

Renaissance Das Wiederaufleben europäischer Kunst und Literatur in der Zeit zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert, inspiriert durch die Rückbesinnung auf klassisch-antike Vorbilder.

Souveränität Einer Person oder einer Institution zuerkannt, ist Souveränität der Anspruch höchster politischer Autorität innerhalb des Staates; das Recht, Gesetze zu erlassen und politische Entscheidungen zu treffen sowie dafür zu sorgen, dass diese von jedermann befolgt werden.

totalitär Charakterisiert eine Regierungsform, bei der jeder Bereich des privaten und öffentlichen Lebens vom Staat kontrolliert wird; in einem totalitären Regime sind die Interessen der Bürger vollständig denen des Staates untergeordnet.

tyrannisch siehe unter absolutistisch

Index

ISBN 978-3-8274-3108-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer Spektrum
Übersetzung der englischen Ausgabe: 50 Political Ideas You Really Need to Know von Ben Dupré, erschienen bei Quercus Editions Ltd (UK) 2011, © Ben Dupré 2011. Alle Rechte vorbehalten

Planung und Lektorat: Frank Wigger, Bianca Alton
Redaktion: Birgit Jarosch
Satz: TypoDesign Hecker, Leimen
Einbandabbildung: Road sign © iStockphoto
Einbandentwurf: wsp design Werbeagentur GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Spektrum ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-spektrum.de